

Europawahl

## Auf der Suche nach der Schuldigen 104,1

Für den Aufstieg des rechtsradikalen Front National in Frankreich sei Angela Merkel verantwortlich, sagt Oskar Lafontaine. Das ist verlogen - und gefährlich. Europa droht zu zerfallen.

02.06.2014, von **ECKART LOHSE**



© AP  Fällt man im Vergleich mit dem Nachbarn zurück, muss ein Schuldiger her. Doch Angela Merkel ist es nicht

Seit Frankreich und Deutschland in den fünfziger Jahren den Grundstein für die Aussöhnung beider Länder und für die friedliche Vereinigung Europas gelegt haben, gerät der sogenannte deutsch-französische Motor immer mal wieder ins Stocken. Gute Jahre wechseln mit schlechten Jahren. Doch niemals wurde diesseits oder jenseits des Rheins ernsthaft in Frage gestellt, dass nur das enge Miteinander der beiden großen Gründungsstaaten der Europäischen Union der Garant dafür sein kann, die Idee eines friedlichen Europas dauerhaft zu erhalten.



Autor: Eckart Lohse, Jahrgang 1963, politischer Korrespondent in Berlin. Folgen:

England hat im wörtlichen und im übertragenen Sinne immer ein bisschen am Rande der Gemeinschaft gelebt. Italien, ebenfalls ein Gründungsmitglied, hatte nie die politische und ökonomische Stabilität, um einen der beiden europäischen Stützpfeiler im Norden zu ersetzen. Frankreich und Deutschland müssen nicht auf den Euro und Cent, aber im Prinzip gleichstark sein, damit Europa funktioniert.

### Lebenswichtiger Nachbar

Drei Männer, die tief im Westen Deutschlands politisch sozialisiert wurden haben diese Erkenntnis besonders beherzigt. Konrad Adenauer, der zwei von Europa ausgehende Weltenbrände als erwachsener Mann erlebt hat, Helmut Kohl, der in den Trümmern Europas aufwuchs, und Joschka Fischer, dessen Familie infolge des Zweiten Weltkriegs Ungarn verlassen musste. Adenauer lebte im Rheinland, Kohl in der Pfalz, Fischer in Baden-Württemberg, später in Frankfurt. Für alle drei war wie für wenige außenpolitisch Verantwortliche sonst Frankreich der lebenswichtige Nachbar Deutschlands.

Doch eine solche Sozialisation, ein Leben nahe der deutsch-französischen Grenze ist kein Garant dafür, die Bedeutung der deutsch-französischen Einigkeit zu verinnerlichen. Ausgerechnet ein Mann, der geradezu auf der Naht zwischen den beiden Ländern sein Leben verbracht hat, rüttelt von dort aus am Fundament der wichtigsten europäischen Verbindung. Am Werk ist eine der zerstörerischsten Figuren der deutschen Nachkriegspolitik: Oskar Lafontaine. Er hat in diesen Tagen über den Ausgang der Europawahl in Frankreich folgenden Satz geschrieben: „Nachdem der Sozialist Hollande auf deutschen Druck eine Agenda 2010 à la française durchsetzen will, ist die (sic!) Front National bei der Europawahl zur stärksten politischen Kraft geworden.“ Und über die Bundeskanzlerin: „Merkel wurde so zur unfreiwilligen Patin Marine Le Pens“, also der Chefin der rechtsradikalen Kraft Frankreichs, die als spektakuläre Siegerin aus der Wahl am vorigen Sonntag hervorgegangen ist.

Zugegeben: Das Argument ist verlockend. Die Ostdeutsche Angela Merkel versteht nicht, wie Europa funktioniert, weil die Schlagbäume, die es in ihrem Leben zu überwinden galt, nicht an der deutsch-französischen Grenze, sondern in der Mitte Berlins standen. Mit dem kalten Herz der Physikerin interessiert sie sich bloß für die Haushaltsdefizite Europas und nicht für seine Seelen. Weil das so ist, zwingt sie erst Griechenland, dann Italien und zur Krönung Frankreich so lange ihren harten Konsolidierungskurs auf, bis den gebeutelten Franzosen gar nichts anderes mehr übrigbleibt, als den Front National zu wählen, der mit antideutschen Tönen Wahlkampf gemacht hat.

### **Merkels Zugang zu Europa ist ein anderer**

Es ist nicht zu bestreiten, dass Angela Merkel einen anderen emotionalen Zugang zu Europa hat als ihre beiden großen Vorgänger in der CDU, Adenauer und Kohl. Wie sollte das auch anders sein? Tatsächlich aber hat sie im Lauf der Jahre, die sie Verantwortung für Europa trägt, das intergouvernementale System immer mehr zu schätzen gelernt. Sie hat keine romantischen Vorstellungen davon, dass „die Europäer“ sich eines Tages eine gemeinsame, echte Regierung wählen. Vielleicht hat sie wirklich etwas zu wenig Empathie für die deutsch-französische Freundschaft. Mit keinem der Präsidenten Frankreichs hat sie in den fast neun Jahren ihrer Kanzlerschaft eine Beziehung entwickelt, wie es sie zwischen dem CDU-Mann Kohl und dem Sozialisten Mitterrand gab.

Aber wird sie damit zur Patin der französischen Rechtsradikalen und aller anderen europakritischen Parteien in anderen EU-Mitgliedsländern gleich mit? Schließlich haben die nicht nur in Frankreich gut abgeschnitten bei der Wahl zum europäischen Parlament. Hat der Front National denn überhaupt seine Erfolge der Tatsache zu verdanken, dass Angela Merkel Europa und Frankreich ihren Konsolidierungskurs aufgezwungen hat? Dass die Mitglieder der Familie Le Pen fremdenfeindliche Töne anschlagen und damit bei den Wählern punkten, ist schließlich nicht neu, kann also kaum das Produkt der vorigen fünf Jahre deutscher Europa-Politik sein.

Wer sich in jüngerer Zeit, da es den Franzosen wirtschaftlich und finanziell so schlecht geht, auch nur für einige Tage in deren Land aufhält und ein paar Worte ihrer Sprache spricht, der hat beste Aussichten, lobende Worte über die Reformen in Deutschland und auch über Angela Merkel zu hören. Es ist noch nicht so lange her, dass ein Präsident Sarkozy im Kampf um seine Wiederwahl Angela Merkel unterhaken und für seinen Wahlkampf einspannen wollte. Das war im Jahr 2012. Zwar entschied er sich in bekannter Manier schließlich ruckartig anders. Doch müssen seine Strategen lange der Meinung gewesen sein, dass ihre Landsleute sich nach einer ökonomischen Situation wie der in Deutschland sehnten.

### **Deutschland ist der Maßstab**

Das ist ja auch normal. Gerade ein selbstbewusstes, großes Land wie Frankreich erträgt es schwer, so deutlich gegen den Nachbarn im Osten abzufallen. Deutschland ist nun mal der Maßstab für die französische Größe. Ist man ähnlich stark, ist es gut. Wenn nicht, dann muss ein Schuldiger her. Mag sein, dass mancher Franzose es sich einfach macht und sich vorgaukeln lässt, dieser Schuldige sei Angela Merkel. Die meisten werden aber klug genug sein, um zu erkennen, dass beide politischen Lager, aus denen bisher die französischen Präsidenten kamen, überfordert damit sind, das Land wieder flottzumachen. Heillos überfordert sogar. Mochten viele Franzosen Sarkozy am Ende für einen Luftikus gehalten und deswegen Hollande eine Chance gegeben haben, so stellen sie jetzt maßlos enttäuscht fest, dass dieser noch weniger imstande ist, dem Land wieder auf die Beine zu helfen.

Die Lage bietet Grund zur Sorge. Denn der Ausweg für die unter schlechten Wirtschaftsdaten und dem Ausbleiben von Reformenerfolgen leidenden Franzosen kann nicht darin bestehen, Deutschland zu schwächen. Es ist wie im Fußball: Wenn in einer Liga die Nummer zwei darunter leidet, dass die Nummer eins so gut ist, kann der Ausweg nur heißen, dass die Nummer zwei sich mehr anstrengt und nicht, dass die Nummer eins gewollt schlecht spielt.

Oskar Lafontaine ist zu klug und zu erfahren, um das alles nicht zu wissen. Das ist das eigentlich Verlogene und Gefährlich an seinen Worten. Er tut so, als müsse die große Koalition in Berlin nur die abschlagsfreie Rente mit 53 einführen und den Schuldenstand der größten deutschen Volkswirtschaft in die Höhe schnellen lassen, damit Frankreich wieder auf Augenhöhe kommt und der deutsch-französische Motor wieder mit voller Kraft läuft. In Deutschland hat der schmerzvolle Reformprozess unter der Überschrift Agenda 2010 mehr oder weniger ein Jahrzehnt gedauert. In manchem anderen Land Europas ist etwas Ähnliches gelungen. Frankreich muss das ebenfalls hinbekommen. Nicht weil – wie Lafontaine es sagt – die „Pfarrerstochter aus der Uckermark“ das will. Sondern weil Europa sonst ernsthaft Gefahr läuft, auseinanderzufallen.

Frankreichs Seelenlage

## Das Land leidet am Brigitte-Bardot-Syndrom 104,3

Zurückgezogen von der Welt, verbittert, voller Hass gegen die Anderen und voller Bewunderung für den Front National: Wie die einstige Filmdiva nach wie vor Frankreich symbolisiert - und warum das nicht gut ist.

31.05.2014, von OLIVIER GUEZ, PARIS



© KAT MENSCHIK  Jean-Luc Godards „Le Mépris“ von 1963 ist ein Klassiker des Fernsehprogramms. Kat Menschik zeichnete die Hauptdarstellerin im September 2012.

Seit dem vergangenen Sonntag denke ich öfter mal an Brigitte Bardot. Nicht wegen ihrer öffentlich bekundeten Sympathie für den Front National, das ist ihr Recht und interessiert mich nicht weiter, sondern weil ihre Entwicklung mir wie eine Metapher für den Weg erscheint, den Frankreich im letzten halben Jahrhundert zurückgelegt hat.

Es gab einmal eine Zeit, da verkörperte Brigitte Bardot die Moderne und die emanzipierte Frau; ihr Körper, ihre Sexualität, ihre vergänglichen Liebesbeziehungen waren Mythen des Alltags und BB, ein Symbol des Frankreichs der 1960er Jahre, eine strahlende und großzügige Marianne, avantgardistisch, aufregend und begehrenswert, frei und heiter. Doch eines schönen Tages im Jahr 1973, mit nicht einmal vierzig Jahren, schmiss Brigitte Bardot alles hin.

Seither lebt sie zurückgezogen in ihrem Anwesen in Saint-Tropez, umgeben von Tieren. Brigitte Bardot hat der Welt den Rücken gekehrt, einer Welt, vor der sie Angst hat, die sie nicht mehr versteht und gegen die sie regelmäßig anstänkert: gegen die Homosexuellen, gegen die Muslime, gegen die Vermischung, gegen die Öffnung der Grenzen, gegen den Eintopf der Globalisierung.

### **Nicht zu umgehen und sehr verführerisch**

Deshalb musste ich am Morgen nach dem heftigen nationalen Wahlrausch mit einem entsprechenden Kater an Brigitte Bardot denken. Ihr Rückzug aus der Welt und ihre Verbitterung stehen für einen Gemütszustand, den des heutigen Frankreichs, das gegenwärtige Verhältnis der Franzosen zur Welt, eines Volkes, das sich verängstigt immer stärker auf sich selbst zurückzieht. Brigitte Bardot enthüllt recht gut den nationalen Zeitgeist, einmal den der Zeit vor fünfzig Jahren, als sie mit Jean-Luc Godard „Die Verachtung“ drehte, und den heutigen, weniger glanzvollen und sehr beunruhigenden, in dem die neonationalistischen Schimären des Front National eine wachsende Zahl von Franzosen verführen.

Man muss sich vergegenwärtigen, dass Frankreichs Rolle in der Welt einmal eine andere war, übrigens auch in jenem Land, auf das wegen der WM nun alle blicken: Am 14. Juli 1890 waren öffentlichen Gebäude und Privathäuser in Rio de Janeiro mit französischen Fahnen geschmückt. Während der gesamten ersten brasilianischen Republik (1889 bis 1930) wurde der Sturm auf die Bastille dort als Symbol der Weltrevolution offiziell gefeiert. In aller Welt, von Brasilien bis nach Rumänien, war Frankreich zwei Jahrhunderte lang, von der Revolution bis zum Fall der Berliner Mauer, die Brigitte Bardot der Nationen.

Ein Star und eine Diva, universell, narzisstisch, zuweilen entnervend, aber nicht zu umgehen und verführerisch, im Mittelpunkt der Welt. Mit der Erhebung der Herrschaft des Volkes und der Menschenrechte zu Archetypen der Moderne eröffnete das revolutionäre Frankreich ein neues Paradigma der Geschichte. Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit - verbunden mit einem staatlichen Laizismus. Dieses Paradigma besiegelte die Herrschaft des Politischen und des Staates. Interpretiert und der Zeit wie auch den regionalen Gegebenheiten angepasst, gelegentlich auch verbogen, bildete es doch den Bezugspunkt für Generationen von Demokraten in aller Welt, die Französisch lernten und nach Paris kamen, sobald sie es konnten.

### **Die weltweite Entwicklung wird als Kränkung erlebt**

Seit dem Fall der Berliner Mauer beherrscht ein anderes, von den angelsächsischen Ländern inspiriertes Paradigma die Welt. Die multikulturelle Marktgesellschaft triumphiert. Mit seiner Orientierung am Sozialstaat, den es nicht zu reformieren vermag, schwimmt Frankreich gegen den Strom und koppelt sich ab. Es bildet nicht mehr den Mittelpunkt der Welt, und weil Deutschland wiedervereinigt ist und sich tiefgreifend modernisiert hat, wird Europa niemals mehr ein großes Frankreich sein.

Die Brigitte Bardot der Nationen kommt mit ihrem Altern nur schlecht zurecht. Nervös und im Unfrieden mit seiner Zeit, schottet Frankreich sich ab und kehrt der Welt den Rücken. Es träumt davon, sich hinter seine Grenzen zurückziehen zu können wie Brigitte Bardot in ihre Villa an der Côte d'Azur. Wie kein anderes Volk verachten die Franzosen die Globalisierung und machen sie für alle Übel verantwortlich, unter denen das Land leidet - im April 2012 glaubten 82 Prozent von ihnen, sie sei schädlich für die Beschäftigung. Ängstlich und misstrauisch, resigniert oder erzürnt wie die Bretonen während des ganzen Herbstes erleben sie die weltweite Entwicklung als Enteignung und narzisstische Kränkung.

Die Krise, die Frankreich seit mehreren Jahren erlebt, ist nicht nur wirtschaftlicher, sondern auch psychologischer und zivilisatorischer Natur. Im Inneren wie nach außen hat Frankreich kein Gemeinschaftsprojekt und keine universelle Botschaft mehr. Es ist nicht mehr der Gärtner der Menschheit, und die Franzosen, die sich als Nabel der Welt empfanden, die von der Geschichte und der Geographie so lange umworben wurden, können sich noch nicht damit abfinden. Sie möchten sich verbarrikadieren: Der Front National ist die stärkste Partei Frankreichs.

Die Zukunft birgt keine Hoffnungen mehr, sondern nur noch reale oder eingebildete Gefahren. Frankreich fühlt sich nicht wohl in seiner Haut, es grummelt und meckert und dreht sich im Kreise. Frankreich mit seinen inzwischen zahllosen Prozessen wegen Islamfeindlichkeit, Homophobie, Europafreundlichkeit und Hexerei jeglicher Art leidet am Brigitte-Bardot-Syndrom.

Aus dem Französischen übersetzt von **Michael Bischoff**.



Replik auf Habermas

## Europas Herz schlägt anderswo 103,6

Die Kanzlerin hat sich hinter Jean-Claude Juncker gestellt - doch die Zukunft der Demokratie in der EU hängt nicht davon ab, dass er Kommissionspräsident wird. Jürgen Habermas irrt.

02.06.2014, von WERNER MUSSLER, BRÜSSEL



© AP  Jean-Claude Juncker

Jürgen Habermas schlägt in seiner **Analyse der Europawahl** einen hohen Ton an. Im Feuilleton dieser Zeitung erklärt der Philosoph zum einen, das Europaparlament habe durch die Aufstellung von Spitzenkandidaten erstmals eine „tatsächliche Legitimation“ erfahren. Zum anderen behauptet er, die EU-Staats- und Regierungschefs würden „das europäische Projekt mitten ins Herz treffen“, sollten sie eine(n) andere(n) als einen der beiden Spitzenkandidaten als Präsidenten der EU-Kommission vorschlagen. Warum die Staats- und Regierungschefs sich in der vergangenen Woche nicht umgehend auf Jean-Claude Juncker oder Martin Schulz festgelegt haben, weiß Habermas natürlich auch: Sie machten „die Schotten dicht, um eine übergreifende exekutive Macht, die sie in den Jahren der Krise auf dem Wege undemokratischer Selbstermächtigung ausgebaut haben, gegen die Flut der vermeintlich irrationalen Volkswut abzusichern“.



Autor: Werner Mussler, Jahrgang 1966, Wirtschaftskorrespondent in Brüssel. Folgen:

Derart pathetischer Alarmismus ist schon deshalb unangebracht, weil noch gar nichts passiert ist. Die Bundeskanzlerin hat zu Recht darauf verwiesen, dass der Lissabonner Vertrag einzuhalten ist. Dort heißt es, dass der Europäische Rat (also die Staats- und Regierungschefs) dem Parlament „nach entsprechenden Konsultationen“ mit qualifizierter Mehrheit einen Kandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten vorschlägt. Dabei „berücksichtigt“ er das Ergebnis der Europawahl.

Diese Bestimmung bedeutet erstens, dass der Rat das Vorschlagsrecht hat, nicht das Parlament. Zweitens ist nicht von Spitzenkandidaten die Rede – wohl aber von Konsultationen. Die lassen sich nicht in zwei Tagen erledigen. Drittens ist keine Rede davon, dass das Parlamentspräsidium direkt nach der Europawahl einen Kandidaten beauftragt, sich eine Mehrheit im Parlament zu suchen. Das Präsidium – nicht etwa das Plenum – hat dies dennoch getan und keine zwei Tage nach Schließung der Wahllokale Juncker beauftragt, in der erkennbaren Absicht, die Staats- und Regierungschefs vor vollendete Tatsachen zu stellen. Was ist das anderes als eine „Selbstermächtigung“ (Habermas)?

### Auch der Europarat ist legitimiert

Die Behauptung des Philosophen, dass das Europaparlament nun erstmals eine „tatsächliche Legitimation“ erfahren habe, beruht auf zwei sich widersprechenden Befunden. Zum einen habe die Aufstellung der Spitzenkandidaten einen „Demokratisierungsschub“ ausgelöst, weil Europa so in den „Strom der polarisierten Willensbildung seiner Bürger hineingeraten“ sei. Wer die Auftritte der

Spitzenkandidaten verfolgt hat und um ihre überschaubare Bekanntheit weiß, dürfte von dieser Polarisierung wenig mitbekommen haben. Zum anderen hätten die Europagegner stärker als bisher Sitz und Stimme im Parlament erlangt, so dass sich nun „die Böcke von den Schafen trennen“. In der Tat standen sich bei dieser Wahl Befürworter und Gegner der europäischen Integration expliziter gegenüber als bisher. Aber zugleich waren die Stimmen für die Europagegner auch Proteststimmen gegen das jeweilige nationale Establishment.

So oder so lässt sich aus dem Wahlergebnis nicht ableiten, dass die Bürger die Legitimation des Europaparlaments gestärkt hätten. Soweit es die Europagegner beflügelt hat, wird das Wahlergebnis vor allem die Regierungen der Mitgliedstaaten beschäftigen. Diese sind über nationale Wahlen ohnehin nicht weniger demokratisch legitimiert als das Europaparlament selbst. Dass sie im Rat ein gewichtiges Wort bei der Auswahl des EU-Führungspersonals mitzureden haben, ist nur folgerichtig.

### **Es gibt keine europäische Öffentlichkeit**

Habermas geht es indes nicht nur um die Bestellung des Kommissionspräsidenten. Seine Behauptung, der Rat habe sich in der Krise auf undemokratische Weise eine „übergriffige exekutive Macht“ angeeignet, reicht weiter. Und sie macht ratlos: Meint er, anstatt des Rats hätte das Europaparlament die EU-Krisenfonds beschließen sollen? Angesichts dessen, dass die Mitgliedstaaten die Fonds finanzieren, wäre das eine seltsame Vorstellung. Verstehen kann seine Behauptung wohl nur, wer um Habermas' Beobachtung weiß, dass sich die EU in einem „fortgeschrittenen Prozess der Umwandlung der sozialstaatlichen Bürgerdemokratie in eine marktkonforme Fassadendemokratie“ befinde – und dass sich dieser Prozess nur über ein „politisch geeintes Kerneuropa“ (und damit in der Überwindung der „übergriffigen Macht“ der Mitgliedstaaten) umkehren lasse. Wie sich das Wahlergebnis mit diesen steilen Thesen erklären lässt, bleibt das Geheimnis des Philosophen.

**Der Diskurstheoretiker Habermas müsste wissen, dass der EU bis auf weiteres etwas Entscheidendes fehlt: eine europaweite öffentliche Debatte über die Inhalte eines Gesetzesvorhabens. Sie findet nicht statt, weil es – nicht nur wegen der Sprachbarrieren, sondern auch wegen kultureller Unterschiede – keine europäische Öffentlichkeit gibt. Solange das so bleibt, wird die Legitimation der EU-Gesetzgebung und damit des Europaparlaments an ihre Grenzen stoßen.** Und der Kommissionspräsident? Er wird nach Maßgabe des Vertrags gewählt werden: vom Parlament, auf Vorschlag des Rates. Die Zukunft der Demokratie in der EU hängt nicht davon ab, ob er Jean-Claude Juncker, Martin Schulz oder anders heißt.

[http://www.lepoint.fr/societe/boubakeur-les-musulmans-temoins-impuissants-devant-la-recrudescence-des-djihadistes-recrutes-en-prison-02-06-2014-1830169\\_23.php](http://www.lepoint.fr/societe/boubakeur-les-musulmans-temoins-impuissants-devant-la-recrudescence-des-djihadistes-recrutes-en-prison-02-06-2014-1830169_23.php)

## Boubakeur : "Les musulmans, témoins impuissants devant la recrudescence des djihadistes recrutés en prison" 104,8

Le Point.fr - Publié le 02/06/2014 à 12:47

Selon le recteur de la Grande Mosquée de Paris, "la gravité récurrente des actes djihadistes à caractère antisémite" inquiète la communauté musulmane.



Le recteur de

la Grande Mosquée de Paris, Dalil Boubakeur. © AFP PHOTO/ JACQUES DEMARTHON

SOURCE AFP

[À la une du Point.fr](#)



Le recteur de la Grande Mosquée de Paris, [Dalil Boubakeur](#), a souligné lundi que "la gravité récurrente des actes djihadistes à caractère antisémite" inquiétait la communauté musulmane, "témoin impuissant devant la recrudescence des jeunes djihadistes recrutés en prison".

L'arrestation de Mehdi Nemmouche, suspect de la tuerie du Musée juif de Bruxelles, "révèle la gravité récurrente des actes terroristes djihadistes à caractère antisémite", écrit dans un communiqué Dalil Boubakeur, par ailleurs président du Conseil français du culte musulman (CFCM). "La répétition de ces actes inquiète les deux communautés, juive et musulmane, l'une victime directe de ces attentats, l'autre témoin impuissant devant la recrudescence de jeunes djihadistes recrutés en prison et rapidement endoctrinés tant sur le Web que par les réseaux terroristes", poursuit le recteur. "Les musulmans de [France](#), ajoute-t-il, s'alarment de cette dérive djihadiste qui les prend tous en otages."

Dans un communiqué séparé, le président de l'Union des mosquées de France (UMF), Mohammed Moussaoui, estime que la tuerie de Bruxelles "vient entretenir la souffrance morale des musulmans de France face à l'instrumentalisation insupportable de leur religion par des extrémistes de tout bord". L'UMF se dit "préoccupée par ce phénomène de radicalisation qui défigure l'image de l'islam et des musulmans" et "appelle les responsables musulmans à organiser des états généraux contre le radicalisme religieux". "Ces états généraux doivent mobiliser les imams et les aumôniers de France et permettre une réflexion profonde et sérieuse sur les causes et les mécanismes de ces dérives qui menacent notre vivre ensemble", écrit Mohammed Moussaoui, président d'honneur du CFCM.

## Früherer EZB-Chefvolkswirt warnt vor Leitzinssenkung 104,9

Am Donnerstag entscheidet die EZB über die weitere Geldpolitik - und außergewöhnliche Maßnahmen werden erwartet. Vor der Sitzung meldet sich der ehemalige Chefvolkswirt Jürgen Stark zu Wort: Die Wirkung eines noch tieferen Zinses sei „äußerst fraglich“, schreibt er in der F.A.Z.

Der frühere EZB-Chefvolkswirt Jürgen Stark hat in einem Gastbeitrag für die Frankfurter Allgemeine Zeitung die Europäische Zentralbank vor falschen Schritten gewarnt. Trotz der gesunkenen Inflationsraten bestehe im Euroraum insgesamt derzeit keine Deflationsgefahr, schreibt Stark in der Dienstagsausgabe der F.A.Z.

Der Wechselkurs dürfe kein Grund für eine lockerere Geldpolitik sein. Eine Leitzinssenkung von bisherigen Rekordtief 0,25 Prozent näher an die Null sei nur noch Kosmetik. Die Wirkung negativer Einlagenzinsen sei „äußerst fraglich“.



© REUTERS  Jürgen Stark

Die Europäische Zentralbank will am kommenden Donnerstag über die weitere Geldpolitik entscheiden. An den Finanzmärkten wird damit gerechnet, dass die EZB auf ihrer Ratssitzung ein **Bündel von Lockerungsmaßnahmen beschließen wird**. Die niedrigen Inflationsraten hatten zuletzt die Furcht vor einer Deflation in Europa genährt. Am wahrscheinlichsten sind Zinssenkungen. Als erste große Notenbank könnte die EZB auch einen Negativzins für bei ihr unterhaltende Guthaben beschließen. Möglich sind zudem weitere Langfristkredite für die Banken, um insbesondere die Kreditvergabe an Unternehmen in Südeuropa zu erleichtern.

Der frühere EZB-Chefvolkswirt Stark warnt die Zentralbank vor einer neuen großen geldpolitischen Lockerung und riskanten unkonventionellen Maßnahmen. Die EZB dürfe gegenüber den Märkten und den Regierungen nicht den Eindruck erwecken, sie habe „kostenlose Wunderinstrumente mit noch niedrigeren Zinsen, dem fortgesetzten Fluten der Finanzmärkte und weiteren Markteingriffen, um die wirtschaftlichen Probleme des Eurogebiets zu lösen“. Noch mehr als bisher würde sich die EZB auf völlig neues Gelände wagen. Letztlich könnten nur die Regierungen mit Strukturreformen die Eurokrise lösen, die EZB sei der falsche Ansprechpartner.

## Suspect in Shootings at Jewish Museum in Belgium Has Familiar Profile 104,10

June 2, 2014 5:11 p.m. ET



A couple pause Sunday in front of the Jewish Museum in Brussels, where a gunman killed three people last month. *Reuters*

Police investigators piecing together a profile of the French man suspected of killing three people in Belgium last month—from a convict radicalized in prison to suspected fighter alongside Islamist rebels in Syria—are confronting a disturbing reality: Hundreds of Europeans have similar backgrounds.

French and other national European agencies said they were straining to coordinate intelligence and surveillance of Europeans, now estimated to number up to 2,000, who have traveled to Syria to fight alongside rebels in their battle to unseat President Bashar al-Assad.

The relative accessibility of the Syrian-Turkish border explains why so many more Europeans have gone to Syria compared with other conflict zones, such as Afghanistan, Mali or Somali, according to Europol, the Europe-wide law-enforcement agency.

Even when suspicious militants have been identified, European policy makers said they lacked sufficient tools to act.

French Interior Minister Bernard Cazeneuve said he would submit proposals to Parliament this month to better tackle the threat of homegrown radicals like Mehdi Nemmouche, the suspect in the Belgian case.

French police Monday detained four people on suspicion of being related to Islamist networks organizing travels of would-be jihadists to Syria. The arrests come a day after the capture of Mehdi Nemmouche, who is suspected of killing three people at the Jewish Museum of Brussels last month.

"Today our legal arsenal to crack down on terrorist activities isn't sufficient to stop a man like Mr. Nemmouche," he told French radio.

Mr. Nemmouche, 29, was apprehended in Marseille during a routine customs check on Friday after stepping off a bus arriving from Amsterdam via Brussels. He is suspected of killing three people and wounding one in the May 24 attack at the Jewish Museum of Brussels.

As of Monday evening, Mr. Nemmouche remained in police custody. His court-appointed lawyer wasn't known.

French officials said they were exploiting all possible leads to understand how Mr. Nemmouche drifted into violence. Investigators searched the homes of his relatives in the northern French city of Tourcoing, near the Belgian border, while two people were questioned by police in Belgium.

"We want to know everything," Mr. Cazeneuve said.

Born near Tourcoing, Mr. Nemmouche was raised by foster parents and racked up a police record as a teenager. Convicted seven times, including for armed robbery, he was in prison from 2007 to 2012, according to Paris prosecutor François Molins.

His lawyer at the time, Soulifa Badaoui, described a polite and quiet man who didn't express any extremist views on religion or politics.

"Back then, he had had almost no religious upbringing," Ms. Badaoui said.

Still, the prosecutor said Mr. Nemmouche appears to have radicalized in prison. Toward the end of his stay in prison, "he distinguished himself by his extremist proselytism," Mr. Molins said. His behavior was notified to the French intelligence services, which put Mr. Nemmouche on a watch list, he said.

**European prisons "remain one of the most serious incubators of radicalization," Gilles de Kerchove, the EU's counterterrorism director, said in an interview.**

Only weeks after Mr. Nemmouche was released from prison, in December 2012, he left France for Belgium, the U.K., Lebanon, Turkey and, possibly, Syria, where he may have fought alongside Islamist groups, Mr. Molins said.

He was last spotted by German border police in March of this year, but intelligence services again lost track of him, he said.

Already an estimated 1,000 European rebel fighters have died in the more than three-year Syrian conflict, according to intelligence officials and counterterrorism researchers. Another approximate 1,000 European citizens have been deported by Turkish authorities who arrested them as they traveled via Turkey—the most well-known pathway for Westerners to get to Syria.

It isn't clear whether the rough estimate of 2,000 Europeans involved in the war in Syria includes those who have already died.

The estimates of Europeans fighting or doing humanitarian work with the Syrian rebels is constantly in flux, according to intelligence officials. Additionally, not all those who go to Syria would also be willing to conduct jihad against their homelands, these officials said.

In the U.K., the lure of fighting with Syria's rebels has led to a torrent of new police and surveillance actions among citizens.

British authorities have announced a record number of terrorism-related arrests this year, all linked to British Muslims allegedly helping to fund rebels or train rebels in Syria. Parliament has approved new powers for the cabinet minister who oversees law-enforcement agencies to revoke U.K. citizenship from terror suspects without a court order. Regional police have also launched a new surveillance program under which British Muslim women are urged to report suspicious behavior among relatives.

France has announced similar actions, but in both countries, authorities are wary of threatening civil liberties.

The motivations of would-be fighters range from supporting the Syrian opposition in the fight against Mr. Assad, to a desire to wage global jihad against the West, said Mr. de Kerchove, the EU's counterterrorism director.

Mr. de Kerchove said a key question was to determine whether Mr. Nemmouche acted alone or was part of a larger network, especially after the influx of experienced fighters from Pakistan into Syria.

"In addition to the fight against Mr. Assad and local jihad, there are people who think of global jihad, targeting the 'far enemy,' " he said.

## Polizeigewerkschaft warnt vor mehr gewaltbereiten Islamisten 103,12

Verbandschef Rainer Wendt geht von rund 2000 potentiellen Tätern aus in Deutschland aus. Hunderte seien zudem in der Ausbildung in Syrien. Er fordert eine europaweite Überwachung.



© DPA  Der Chef der Polizeigewerkschaft Rainer Wendt warnt vor Islamisten

Nach [dem Anschlag auf das Jüdische Museum in Brüssel](#) hat die deutsche Polizeigewerkschaft vor einer steigenden Zahl gewaltbereiter Islamisten in Deutschland gewarnt. „Ihre Zahl steigt rasant, was nicht zuletzt die Szene der so genannten Salafisten, zum Beispiel im Rheinland, zeigt“, sagte Verbandschef Rainer Wendt [dem Online-Auftritt des „Handelsblatts“](#). Bei etlichen Gelegenheiten hätten „diese Extremisten gezeigt, dass Gewalt zum festen Bestandteil ihrer Strategie zur Durchsetzung ihrer Ziele gehört und auch und gerade vor staatlichen Institutionen und Vertretern nicht halt macht“.

Nach seiner Kenntnis befinden sich derzeit mehrere hundert Extremisten aus dem Umfeld der [Salafisten in Syrien und erlernten dort das Töten](#). „In Deutschland muss mit mehr als 2000 gewaltbereiten Islamisten gerechnet werden“, sagte der Polizeigewerkschafter weiter.

Islamisten sollen europaweit überwacht werden

Wendt unterstützte die Forderung der belgischen Regierung nach einer stärkeren europaweiten Überwachung gewaltbereiter Islamisten. „Es ist richtig und notwendig, technische Mittel zur besten Überwachung einzusetzen, dazu zählt natürlich die Kontrolle und Auswertung vorhandener Daten, aber auch eine umfangreiche Auslandsaufklärung“, sagte Wendt.

Allerdings sehe er für solche Maßnahmen große politische Widerstände. „Manche Politiker glauben eben immer noch, die eigenen staatlichen Behörden seien der Feind unserer demokratischen Ordnung, statt unseren Sicherheitskräften die notwendigen Mittel zur erfolgreichen Terrorbekämpfung zu geben“, kritisierte Wendt.

## Die EZB als Gefangene ihrer Politik 104,13

Ja, die Inflation ist niedrig. Dennoch besteht aktuell keine Notwendigkeit dafür, dass die Europäische Zentralbank die Geldpolitik abermals lockert.

03.06.2014, von JÜRGEN STARK

Der Blick der interessierten Öffentlichkeit und der Finanzmärkte ist auf den 5. Juni gerichtet, auf die nächste EZB-Ratssitzung. Die Finanzmärkte erwarten neue Entscheidungen der Europäischen Zentralbank. Die Andeutungen von Präsident Mario Draghi werden als Ankündigungen interpretiert. Ein Paket zusätzlicher Maßnahmen wird diskutiert: eine weitere Leitzinssenkung, die zu einem negativen Einlagensatz führen würde.

Längerfristige Liquiditätsoperationen, möglicherweise verknüpft mit der Auflage an die Banken, Kredite an die Realwirtschaft zu vergeben – sogenanntes „funding for lending“. Ferner, und eher zu einem späteren Zeitpunkt erwartet, eine quantitative Lockerung der Geldpolitik durch den großvolumigen Kauf von privaten oder öffentlichen Anleihen sowie von Asset-Backed Securities.

### **Krisensymptome sind nicht mehr so spürbar wie zuvor**

Worum geht es? Zunächst ist festzuhalten, dass die Einlassungen der EZB und der Druck der Finanzmärkte politischen Erklärungen entgegenstehen, dass die Krise im Euroraum überwunden sei. Schwaches wirtschaftliches Wachstum, hohe Arbeitslosigkeit, hohe private und öffentliche Verschuldung, Bankenprobleme in der Peripherie und Reformmüdigkeit oder Selbstzufriedenheit zeigen: Trotz unbestreitbarer Fortschritte ist keines der Probleme gelöst. Vielmehr sind derzeit die akuten Krisensymptome wegen der Generalgarantie der EZB nicht mehr so spürbar wie zuvor.

Drei Aspekte der erwarteten EZB-Entscheidungen stehen im Fokus: Kreditvergabe, Euro-Wechselkurs und Deflationsgefahr. Eine Reduktion der Leitzinsen soll die Kredit- und Refinanzierungskosten weiter senken und damit die Investitionsbereitschaft beleben. Ein negativer Einlagensatz soll dazu anregen, überschüssige Liquidität der Banken nicht an die Zentralbank zurückzugeben, sondern in Form von Krediten an private Haushalte und Unternehmen weiterzureichen. Ähnliches soll ein mögliches „funding for lending“ bewirken.

### **Es geht um die Behebung regionaler Schwierigkeiten**

Der Euro-Wechselkurs soll geschwächt werden, nachdem diesbezüglich der politische Druck auf die EZB wieder erheblich zugenommen hat. Und durch eine mögliche mengenmäßige geldpolitische Lockerung soll drohenden Deflationsgefahren entgegengewirkt werden. Von den drei genannten Punkten ist allenfalls der Zugang zu Krediten in einigen Ländern derzeit ein Problem.

Während große Unternehmen sich über den Kapitalmarkt finanzieren können, haben kleine und mittelgroße Unternehmen in den Peripherieländern Schwierigkeiten, Kredite zu erhalten. Das hängt im Wesentlichen mit dem Zustand der dortigen Bankensysteme zusammen. So liegt zum Beispiel der Anteil der „faulen“ Kredite am gesamten Kreditvolumen der Banken in Italien und Spanien nach wie vor extrem hoch. Muss dann eine zögerliche Kreditvergabe verwundern?



© EILMES, WOLFGANG  Jürgen Stark: war von 2006 bis Ende 2011 Chefvolkswirt der Europäischen Zentralbank

Erst mit der Bilanzüberprüfung durch die EZB und den Banken-Stresstest in diesem Jahr wird Transparenz und Klarheit geschaffen, inwieweit weitere Bilanzbereinigungen und frisches Kapital erforderlich sein werden. Wenn das geschehen ist, wird sich auch die Kreditvergabe normalisieren. Die Geldpolitik selbst kann hier wenig bewirken. Gleichwohl befasst sich die EZB sehr intensiv mit Möglichkeiten, wie die Kreditkonditionen für kleine und mittlere Unternehmen verbessert werden können. Man hat die Wiederbelebung des Verbriefungsmarktes im Visier.

Über eine Verbriefung von Krediten und den Ankauf von Asset-Backed Securities durch die EZB soll mittelständischen Unternehmen ein günstigerer Zugang zu Krediten ermöglicht werden. Ist das überhaupt eine Aufgabe der Zentralbank? Zunächst geht es um die Behebung regionaler Schwierigkeiten. Es handelt sich also um keine Störung im gesamten Eurogebiet. Wäre das der Fall, könnte eventuell ein Eingreifen der EZB wegen einer Störung des geldpolitischen Transmissionsmechanismus gerechtfertigt sein.

### **Das Zinsinstrument ist ausgereizt**

Aber es ist nicht die Aufgabe einer Zentralbank, ein bestimmtes Finanzierungsinstrument oder Marktsegment zu fördern und dadurch Kredite für eine bestimmte Unternehmensgruppe in einigen Volkswirtschaften zu subventionieren. Wenn dies ein ernsthaftes wirtschaftspolitisches Problem ist, dann ist es Sache der Regierungen, dieses anzugehen. Dies könnte gemeinsam mit der Europäischen Investitionsbank im Zusammenwirken mit nationalen Förderbanken geschehen, aber nicht über die EZB. Unabhängig davon wird die mögliche Leitzinssenkung um 0,1 oder 0,15 Prozentpunkte nur wenig bewirken. Das Zinsinstrument ist ausgereizt.

Keine Investitionsentscheidung wird von einer derart minimalen Zinsänderung abhängen. Deshalb wäre ein solcher Schritt eher kosmetischer Natur. Auch die Wirksamkeit eines negativen Einlagenzinses ist äußerst fraglich. Keine große Zentralbank hat Erfahrungen, inwieweit dadurch das Verhalten der Banken beeinflusst wird. Fragen die Banken weniger Liquidität nach? Wird der Interbankenmarkt wieder aktiviert? Vergeben die Banken mehr Kredite?

Bisher haben nur kleinere Zentralbanken Erfahrungen mit einem negativen Einlagenzins, und die sind sehr gemischt. Allerdings verfolgten diese Zentralbanken wegen ihrer Wechselkursbindung an den Euro andere

Ziele als jetzt die EZB. Außerdem sollte keine im Wettbewerb stehende Bank durch öffentliche Institutionen zu einem bestimmten Kreditvergabeverhalten gedrängt oder gar gezwungen werden.

### **Keine Gründe, die Geldpolitik zu lockern**

Das gilt auch für „funding for lending“. Dessen Wirksamkeit ist nach den Erfahrungen der englischen Zentralbank ebenfalls nicht eindeutig. Die Absicht, die Banken zur Kreditvergabe zu drängen, kann übrigens zu einem ersten Ziel- und Interessenkonflikt für die EZB in ihrer neuen Rolle als Bankenaufseher führen. Der EZB-Rat ist sowohl das oberste geldpolitische als auch das bankenaufsichtliche Entscheidungsgremium des Euroraums. Was die EZB zur Beschleunigung der wirtschaftlichen Erholung über mehr Kreditvergabe zu fördern oder zu erzwingen versucht, müsste sie als oberste Instanz der Bankenaufsicht kritisch sehen, wenn Banken zu hohe oder unkalkulierbare Risiken eingehen.

Gibt es darüber hinaus einen triftigen Grund, die Geldpolitik weiter zu lockern? Gewiss nicht wegen der Entwicklung des Euro-Wechselkurses, der sich zuletzt sowieso abgeschwächt hat. Zu Recht betont der EZB-Präsident immer wieder, dass die EZB kein Wechselkursziel verfolgt. Der Wechselkurs ist für die Geldpolitik nur dann relevant, wenn er signifikante Auswirkungen auf die Preisentwicklung hat. Diese sind nicht zu erkennen. Die Höherbewertung des Euro dürfte außerdem ein temporäres Phänomen sein, das sich spätestens mit der Änderung der amerikanischen Geldpolitik zurückbilden dürfte.

### **Es besteht derzeit keine Deflationsgefahr**

Der Druck auf die EZB, Einfluss auf den Wechselkurs zu nehmen, wird bestehen bleiben. Dieser Druck kommt vor allem von den Regierungen solcher Euroländer, die sich über Jahrzehnte auf eine „einfache“ Lösung ihrer wiederholten Wettbewerbsfähigkeitsprobleme verlassen haben, nämlich über die Einbahnstraße der Abwertung ihrer Währungen. Sie waren nie oder nur sehr selten einem Aufwertungsdruck ausgesetzt. Es sind gleichzeitig diejenigen Länder, die in den vergangenen Jahren nichts getan haben, um ihre preisliche Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern. **Die Lohnstückkosten, als ein wichtiger Indikator, steigen insbesondere in Italien und Frankreich weiter an.**

Zum dritten Element, der niedrigen Inflation und einer drohenden Deflationsgefahr und als Klarstellung: **Die derzeitige Inflationsrate von 0,7 Prozent im Eurogebiet bedeutet Preisstabilität. Damit erfüllt die EZB ihr Mandat. Alle anderen Deutungen sind irreführend.** Die niedrige Inflationsrate ist wie in anderen westlichen Volkswirtschaften zum weit überwiegenden Teil **eine Folge des deutlichen Rückgangs der Öl- und Rohstoffpreise.**

Gleichzeitig befinden wir uns im Euroraum nach einer zweifach aufeinanderfolgenden Rezession in einer Phase schwacher wirtschaftlicher Erholung. Die zwingend notwendigen wirtschaftlichen und preislichen Anpassungsprozesse in der Peripherie des Eurogebiets, der Abbau von Schulden und Überkapazitäten belasten die wirtschaftliche Erholung. Im Euroraum insgesamt besteht derzeit keine Deflationsgefahr mit deutlich fallenden Preisen, fallenden Löhnen und letztlich einer rückläufigen wirtschaftlichen Produktion.

### **Die EZB sollte durch das Inflationstief „hindurchschauen“**

Präsident Draghi hat selbst wiederholt darauf hingewiesen, dass es keine negative Erwartungshaltung der privaten Haushalte oder der Unternehmen gibt, die eine zeitliche Verschiebung von Kauf- oder Investitionsentscheidungen zur Folge hätte. **Im Gegenteil: Ein stabiles Preisniveau stärkt die real verfügbaren Einkommen und fördert den privaten Verbrauch.**

Eine mittelfristig ausgerichtete Geldpolitik sollte durch das derzeitige Inflationstief „hindurchschauen“, anstatt Erwartungen über eine mengenmäßige Lockerung der Geldpolitik zu schüren. Es sei denn, die EZB verfügt über andere Informationen, die der Öffentlichkeit bisher nicht bekannt sind. Auf der Basis verfügbarer

Informationen dürfte die Verbraucherpreisinflation graduell wieder steigen. Auch aus grundsätzlichen Erwägungen ist von einer mengenmäßigen Lockerung der Geldpolitik abzuraten.

Jede geldpolitische Intervention führt zu Marktverzerrungen und zur Umverteilung von Risiken und Wohlstand. Da die Interventionen immer selektiv sind, bevorzugt die Zentralbank bestimmte Marktsegmente und benachteiligt andere. Es stellen sich dann Fragen nach der Verantwortung für die Folgen dieses Vorgehens, aber auch nach dem Ausstieg aus einer solchen Maßnahme. Denn sowohl der Einstieg als auch der Ausstieg führen zu Verzerrungen. Das Beispiel der Federal Reserve der Vereinigten Staaten hat dies in aller Deutlichkeit gezeigt.

### **Die Markterwartungen spielen eine wichtige Rolle**

Warum also die erwartungsvolle Diskussion über weitere Aktionen der EZB? Suchen die Finanzmärkte einen Akteur, der bereit ist, zusätzliche Liquidität in den Markt zu geben? Die amerikanische Federal Reserve dürfte mit der schrittweisen Reduktion zusätzlich geschaffener Liquidität und möglichen Zinserhöhungen im Jahr 2015 als billiger Liquiditätsgeber nicht mehr zur Verfügung stehen. Ist es dann an der EZB, das System am Laufen zu halten?

Die Markterwartungen spielen sicher eine wichtige Rolle. **Gleichzeitig verstärkt die Handlungsbereitschaft der EZB gegenüber den Regierungen und der Öffentlichkeit den Eindruck, als verfüge sie über „kostenlose“ Wunderinstrumente mit noch niedrigeren Zinsen, dem fortgesetzten Fluten der Finanzmärkte und weiteren Markteingriffen, um die wirtschaftlichen Probleme des Eurogebiets zu lösen.** Noch mehr als bisher würde sich die EZB auf völlig neues Gelände wagen.

Mit den bisherigen nicht konventionellen Maßnahmen, die immer noch in Kraft sind, wurde schon neues Terrain betreten. Nach den negativen Erfahrungen der zu langen Niedrigzinsphase vor der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 sollte man eine Vorahnung davon haben, wie die derzeitige Phase zu niedriger Zinsen für zu lange Zeit – gekoppelt mit überschüssiger Liquidität – sich auf das Verhalten im Wirtschaftsleben auswirkt.

### **Kosmetik und Aktionismus**

Das bisherige Krisenmanagement hat gezeigt, dass die Zentralbanken auch dann noch Handlungsoptionen haben, wenn die Leitzinsen bei null angekommen sind. Bezogen auf die zu Anfang angesprochenen drei Aspekte, gibt es keinen Handlungsbedarf der Zentralbank. Wenn dennoch gehandelt wird, dann gibt man dem Erwartungsdruck der Märkte und der Politik nach. Dann geht es um Kosmetik und Aktionismus.

**Und es geht um falsche Anreize, indem der Druck auf die verantwortlichen Regierungen genommen wird, die notwendigen wirtschaftlichen Reformen endlich anzugehen oder ihre Umsetzung zu beschleunigen.** Würde eine Kosten-Nutzen-Abschätzung vorgenommen, würde deutlich, dass die mittelfristigen Kosten weiterer Zentralbankmaßnahmen mehr und mehr überwiegen. Der Zins hat bereits seine Signal- und Steuerungsfunktion verloren.

**Die Finanzmärkte sind durch die Zentralbankinterventionen und die gegebenen Garantien völlig verzerrt. Risiken werden nicht mehr richtig abgebildet. Mit anderen Worten: Die Finanzmärkte sind abhängig vom Handeln der Zentralbanken. Daher erwarten sie auch mehr billige Liquidität für länger. Die Zentralbanken selbst sind Gefangene ihrer eigenen Politik. Ein rascher Ausstieg hätte eine neue Systemkrise zur Folge.**

*Der Autor Jürgen Stark war von 2006 bis Ende 2011 Chefvolkswirt der Europäischen Zentralbank. Er trat zurück aus Protest gegen die Staatsanleihekäufe der Notenbank.*

03 juin 2014

## Dans les quartiers populaires, les femmes sont renvoyées à la maison 104,17

Par [Xavière Laffont](#)



Une étude présente les inégalités hommes-femmes dans les zones sensibles Photo Seshuta / Getty Images

Elles ne sont plus qu'une sur deux à avoir un emploi dans les Zones Urbaines Sensibles en France selon l'Insee. La crise a touché les femmes de plein fouet et beaucoup ne cherchent même plus à retrouver un poste.

Si la crise semble épargner davantage les femmes que les hommes sur l'ensemble du marché du travail, il n'en est pas de même dans les zones urbaines sensibles (ZUS). Au contraire, les inégalités y seraient renforcées depuis 2008 et la condition socio-économique des femmes subit une forte dégradation.

Près d'une femme sur deux y est inactive et 39 % travaillent uniquement à temps partiel. Un constat alarmant qui résulte d'une [étude](#) menée par le [Haut conseil à l'égalité entre les femmes et les hommes](#), en partenariat avec l'[Insee](#) et l'Observatoire national des ZUS ([Onzus](#)). Les inégalités se creusent avec le temps. Et chaque jour plus de femmes renoncent purement et simplement à chercher un emploi et donc à se déclarer aux organismes dédiés. L'enquête s'est portée de manière volontaire sur des zones et quartiers relevant uniquement de la politique de la ville. Une façon de « mettre en avant les indicateurs d'alerte », afin de sensibiliser les décideurs locaux. « Ces alertes doivent être prises en compte dans les politiques publiques qui seront menées à partir des contrats de ville », explique Romain Sabathier, secrétaire du Haut conseil.

Une nouvelle liste des quartiers prioritaires devrait voir le jour dans les mois à venir, dessinant ainsi une nouvelle carte de la pauvreté en France... Alors que la crise ne touchait pas particulièrement les femmes, elles sont bel et bien les premières frappées dans les ZUS. Quand le taux d'inactivité chez les hommes en 2012 a été de 31 %, il a atteint 47 % chez les femmes. Une augmentation de 5 points depuis la crise de 2008 qui a creusé un écart de 16 points entre hommes et femmes. Alors que sur l'ensemble du territoire l'écart est de 8 points, avec 33 % de femmes inactives contre 25 % d'hommes... Le niveau de responsabilité dans l'emploi est aussi plus faible dans les ZUS. En 2012, 64,4% des femmes salariés dans ces zones étaient des « employées à faibles responsabilités », contre 50 % dans les autres quartiers des agglomérations.

Les femmes des quartiers sensibles ont payé le prix fort et parfois celui de l'intégration. Car beaucoup sont issues de l'immigration et avaient misé sur les études pour s'en sortir avant de se voir rattraper par le repli du marché du travail et souvent par les structures familiales traditionnelles.

## Les musulmans de France se mobilisent contre le radicalisme 104,18

Publié le 04/06/2014 à 19:33



Le Conseil français du culte musulman, inquiet de voir les jeunes séduits par les thèses extrémistes, lance un appel solennel à l'ensemble de la communauté.

Les musulmans de France affirment dans une «convention citoyenne» inédite et publiée mercredi leur «rejet de la violence», du «fanatisme» et leur «condamnation de toute menée subversive, terroriste ou criminelle». Ils ajoutent: «Tout musulman doit avoir à cœur de se démarquer nettement de l'extrémisme.» Ils «rejettent le racisme, l'antisémitisme et la xénophobie». Et appellent les «pouvoirs publics» mais aussi «les familles musulmanes et les responsables religieux» à «juguler les actions subversives et radicales» qui «dénaturent le message et la vie des musulmans de France».

Ces musulmans se disent en effet «inquiets de l'attractivité des thèses radicales auprès d'une fraction de la jeunesse en quête de sens, confrontée à des injustices et à des inégalités». Dans un appel solennel, ils appellent donc «l'ensemble» de la communauté «à se mobiliser afin que la jeunesse puisse retrouver le chemin d'un islam apaisé». Sans quoi c'est «l'islamophobie» qui se développera, accompagnée de «discriminations structurantes» dont pâtissent, estime le document, la majorité des jeunes musulmans. Un climat déjà nourri, reconnaît-on, par la «montée d'un certain radicalisme islamique», par la «méfiance mutuelle» au sein de «la communauté nationale» et par les «discours populistes».

Ce document était préparé depuis des mois par le Conseil français du culte musulman (CFCM), présidé par Dalil Boubakeur, recteur de la Grande Mosquée de Paris, mais cet organisme représentatif des musulmans de France a choisi de le rendre public dans le contexte de [l'arrestation de Mehdi Nemmouche](#), soupçonné d'être l'auteur de [l'attaque du Musée juif de Bruxelles](#), le 24 mai.

Le document dépasse donc de loin cette actualité violente car il entend être une charte de conduite pour tout musulman vivant en France. Son ambition, comme l'indique son titre - «Convention citoyenne des musulmans de France pour le vivre-ensemble» - vise à favoriser l'intégration des musulmans. Les dix-neuf articles qui composent cette convention sont en tout cas une première, présentée mercredi soir par Dalil Boubakeur. Jamais l'islam de France n'avait à ce point défini «sa place, son rôle et sa contribution dans la société», comme l'indique le préambule.

### **Le principe majeur souligné par le CFCM est «le respect des règles et des lois républicaines»**

Le principe majeur souligné par le CFCM, clé de voûte du texte - récusé par les radicaux -, est «le respect des règles et des lois républicaines» qui s'inscrit contre «le repli communautariste». Ainsi les musulmans de France «considèrent la laïcité comme un acquis majeur du vivre-ensemble et de la non-discrimination». Ils assurent que «l'islam est parfaitement compatible avec les lois de la République». Par conséquent: «Chaque citoyen musulman se doit de respecter la citoyenneté telle qu'elle est établie par les lois françaises de la République.»

Certes, reconnaît le texte, «les musulmans ont également besoin d'ouverture» en rejetant notamment «toute forme d'archaïsme» mais ils ne doivent pas être «assimilés à une citoyenneté de seconde zone». Le CFCM prône donc une hiérarchie d'appartenance: «Le musulman est d'abord citoyen. Il affirme ou non, ensuite, son appartenance religieuse.»

Le second principe fondateur du texte - religieux celui-là et également mis en cause par les islamistes - est le concept musulman de «*contextualisation*». Il vise à «*ajuster*» la «*compréhension de la religion*» selon l'époque et la société. S'ensuivent de multiples adaptations décrites en détail. Dont celle du voile. «*Le port du voile intégral n'est pas une obligation religieuse*», rappelle-t-on, mais une simple «*prescription*».

---

**DOCUMENT –**

**La Convention citoyenne des musulmans de France pour le vivre-ensemble:**

## "Mindestlohn führt zu Arbeitsplatzverlusten" 104,20

Mit dem Mindestlohn kommt auch die Arbeitslosigkeit. Das erwartet Wirtschaftsprofessor David Neumark. Von den Versprechen der Politik hält der 54-Jährige nichts und erklärt lieber die Konsequenzen.

Von Tina Kaiser, New York



Foto: Center for Economics & Public Policy David Neumark erwartet 800.000 bis 900.000 Arbeitslose durch den neuen Mindestlohn in den USA

Der Mindestlohn bringt nicht allen Menschen immer nur Vorteile. Diese These vertritt Wirtschaftsprofessor David Neumark von der Universität Kalifornien in Irvine seit vielen Jahren. [Auch ein Buch veröffentlichte](#) der 54-Jährige zu dem Thema bereits. Er glaubt, dass der Durchschnittsbürger das Thema nicht versteht und die Risiken des Mindestlohns nicht beachtet.

**Die Welt:** Die deutsche Regierung will einen Mindestlohn von 8,50 Euro einführen. Sollten sich [Geringverdiener](#) darüber freuen oder es eher mit der Angst zu tun bekommen?

**David Neumark:** Sowohl als auch. Die meisten Angestellten im Niedriglohnsektor werden vermutlich durch den Mindestlohn ein wenig mehr verdienen. Aber man muss sich darüber im Klaren sein, dass der Mindestlohn nicht nur Gewinner hervorbringt sondern auch Verlierer. Ein Teil der heutigen Geringverdiener wird seinen Job verlieren, weil ihre Arbeitsleistung zu dem höheren Gehalt nicht mehr wirtschaftlich ist.

**Die Welt:** Wie viele Arbeitsplatzverluste erwarten Sie in Deutschland?

**Neumark:** Das kann ich nicht seriös beantworten, weil ich die Daten für Deutschland nicht gut genug kenne. Eine Vielzahl von empirischen Studien belegt jedoch eindeutig, dass der Mindestlohn immer zu mehr Gewinnern als Verlierern führt. Aber es gibt Verlierer, zweifellos. Letztlich ist es eine simple ökonomische Überlegung: Wenn man etwas teurer macht – in dem Fall also die Arbeitskraft –, wird die Nachfrage sinken.

**Die Welt:** Rechtfertigen die vielen Gewinner nicht die wenigen Verlierer?

**Neumark:** Wenn zum Beispiel 1000 Leute jeweils 25 Cent mehr verdienen und einer dafür seinen Job und eine Chance auf Beschäftigung verliert, gibt es zwar 1000 Gewinner und einen Verlierer, aber ist es das wert? Letztlich müssen das die Politiker und die Wähler entscheiden. Als Ökonom ist es meine Aufgabe, auf die empirische Beweislage hinzuweisen. Und die ist eindeutig.

**Die Welt:** US-Präsident Barack Obama will den landesweiten Mindestlohn in den USA von 7,25 Dollar auf 10,10 Dollar erhöhen – umgerechnet also von rund 5,25 Euro auf 7,32 Euro.

**Neumark:** Richtig. Er behauptet, dass ein höherer Mindestlohn zu keinerlei Arbeitsplatzverlusten führen wird. Das klingt zwar gut, ist aber leider von diversen Studien fundamental widerlegt. Auf dieser Welt gibt es nichts umsonst. Das heißt nicht, dass ein höherer Mindestlohn grundsätzlich falsch ist. Aber wir müssen akzeptieren, dass er Konsequenzen haben wird.

**Die Welt:** Eine [Studie der parteiunabhängigen Haushaltsbehörde des Kongresses CBO](#) besagt, der höhere Mindestlohn könnte in den USA 500.000 Jobs kosten. Gleichzeitig würden sich die Einkommen von 16,5 Millionen Arbeitnehmern verbessern. 900.000 Amerikaner könnten aus der Armut befreit werden. Plausibel?

**Neumark:** Die 16,5 Millionen Arbeitnehmer mit einem höheren Gehalt sind eine simple Statistik. Hierbei handelt es sich schlicht um diejenigen Menschen, die heute weniger als 10,10 Dollar verdienen und daher von der Erhöhung profitieren würden. Die Zahl der verlorenen Arbeitsplätze ist schon schwerer zu schätzen. Das CBO sagt auch, dass es je nach Szenario bis zu eine Million Jobs treffen könnte. Das halte ich für plausibler. Ich würde von 800.000 oder 900.000 Menschen ausgehen, die wegen des Mindestlohns arbeitslos werden. Wie das CBO auf die Armutszahlen kommt, ist mir vollkommen schleierhaft.

**Die Welt:** Warum?

**Neumark:** Präsident Obama sagt: Niemand, der Vollzeit arbeitet, sollte in Armut leben. Die Frage ist nun, ob wir mit dem Mindestlohn eigentlich die richtigen Leute erreichen? Meiner Meinung nach lautet die Antwort: nein. Es gibt Studien über Studien, die besagen, dass ein höherer Mindestlohn die Zahl der Armen entweder gar nicht oder nur marginal senken würde. Es gibt genau genommen nur eine einzige Studie, die diesen Ergebnissen widerspricht.

**Die Welt:** Sie sprechen von der Studie von Professor Arindrajit Dube von der Universität Massachusetts, die gern von Mindestlohn-Befürwortern angeführt wird. Dube behauptet, in den Datensätzen einer Ihrer Studie habe er ebenfalls den Beleg gefunden, dass ein zehnprozentiger Anstieg des Mindestlohns die Armut in der Gesellschaft um drei Prozent senken würde.

**Neumark:** Dube und ich sind schon lange in eine öffentliche Debatte zu dem Thema verwickelt. Seine Position ist leider sehr eindimensional: "Der Mindestlohn ist ein Heilsbringer. Alle Studien, die das Gegenteil beweisen, sind falsch." Dass er als einziger zu dem Ergebnis kommt, der Mindestlohn würde die Armut lindern, interessiert ihn nicht. Seine Aussage zu meiner Studie ist bewusst irreführend. Die zitierten Zahlen sind komplett aus dem Zusammenhang gerissen. In meiner von ihm zitierten Studie geht es überhaupt nicht um Armut, außerdem haben wir nur die Altersgruppe der 21- bis 44-Jährigen untersucht. Alle Untersuchungen, die sich auf die gesamte Bevölkerung beziehen, konnten keinen Zusammenhang von Mindestlohn und Armutsrate feststellen.

**Die Welt:** Wieso ist das so? Es klingt doch eigentlich schlüssig, dass höhere Löhne zu weniger Armut bei Geringverdienern führen sollten.

**Neumark:** Wenn die überwiegende Zahl der Geringverdiener gleichzeitig Alleinverdiener in einem Haushalt wären, würde das auch zutreffen. In Wahrheit sind es aber auch eine Menge Ehefrauen, die sich in Teilzeit etwas dazu verdienen oder aber Teenager aus wohlhabenden Familien. Die sind aber nicht arm und würden trotzdem vom höheren Mindestlohn profitieren. Es gibt Mitnahmeeffekte. Gleichzeitig muss man sich auf über die negativen Langzeitfolgen im Klaren sein. In amerikanischen Städten gibt es viele Gettos, in denen Teenager nicht von ihrem Eltern gefördert werden und auch meist zu sehr schlechten Schulen gehen. Ein höherer Mindestlohn wird vermutlich überproportional diese Teenager ohne Ausbildung und Referenzen treffen. Wenn sie aber in jungen Jahren keine Berufserfahrung sammeln können, werden sie später dann erst recht keinen Job finden, oder?

**Die Welt:** In Deutschland soll der geplante Mindestlohn nur für Menschen über 18 Jahre gelten. Halten Sie das also für sinnvoll?

**Neumark:** In den USA gibt es auch eine Tendenz dazu, Kinder und Jugendliche aus armen Verhältnissen gegenüber den Erwachsenen zu bevorzugen. Viele Amerikaner sind der Meinung, Armut sei meist selbst verschuldet. Kinder von armen Eltern können jedoch definitiv nichts für ihre Situation. Deswegen gibt es einen gesellschaftlichen Konsens, dass man ihnen helfen sollte. Soweit, so gut. Wer profitiert nun aber, wenn der Mindestlohn nicht für Minderjährige gilt? Das Gettokind? Ja, aber auch der Sohn aus reichem Haus, dem die Eltern das Studium ohnehin finanzieren und der zum Geburtstag einen BMW bekommt. Soll der wirklich bevorzugt werden gegenüber einer alleinerziehenden Mutter, die älter als 18 Jahre ist und kaum ihre Miete zahlen kann? Sie sehen, die Sache ist nicht so einfach. Die Ungleichheit in der Gesellschaft wächst immer weiter, das gilt für Deutschland und noch mehr für die USA. Die meisten Industrienationen wollen etwas dagegen tun. Der Mindestlohn ist jedoch nicht das beste Mittel dafür.

**Die Welt:** Wenn die Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschung so eindeutig sind, wieso sprechen sich Politiker wie Bundeskanzlerin Angela Merkel und Präsident Obama trotzdem dafür aus?

**Neumark:** Es gibt mehrere Gründe: Zunächst einmal ist der Mindestlohn bei der Bevölkerung sehr beliebt. Also bei der US-Bevölkerung ist das so, aber ein Großteil der Bevölkerung glaubt hierzulande ja auch nicht an die Evolutionstheorie...

**Die Welt:** In Deutschland ist die Evolutionstheorie wohl anerkannter. Der Mindestlohn wird von 84 Prozent der Deutschen unterstützt.

**Neumark:** Tja, das zeigt nur, dass der Durchschnittsbürger das Thema nicht versteht. Die denken nur: "Die Löhne gehen hoch. Den Armen wird geholfen, das ist eine gute Sache, die mich nichts kostet." Politiker können also mit dem Mindestlohn Wählerstimmen einfangen und müssen gleichzeitig keine schwierigen Budgetverhandlungen deswegen führen. Daher ist der Mindestlohn sehr viel einfacher politisch umzusetzen als beispielsweise höhere Sozialhilfebudgets, die mit Steuererhöhungen gegenfinanziert werden müssen. Für den Mindestlohn zahlt natürlich auch jemand, das ist aber viel intransparenter und fällt deswegen den wenigsten Leute auf. Schließlich sind es auch die Gewerkschaften, die den Mindestlohn sehr stark unterstützen. Sie betreiben damit aber klar Klientelpolitik. In den 90er-Jahren haben sich die US-Gewerkschaften auch gegen die Sozialreformen unter Präsident Bill Clinton gewehrt, die Arbeitslose dazu antreiben, in den Arbeitsmarkt zurückzukehren.

**Die Welt:** Wenn der Mindestlohn kein geeignetes Mittel zur Armutsbekämpfung ist, was würden Sie stattdessen vorschlagen?

**Neumark:** In den USA haben wir schon seit den 70er-Jahren das Mittel der Lohnauffüllung, die sehr viel effektiver die richtigen Bevölkerungsgruppen anspricht. Geringverdiener müssen bis zu einer gewissen Obergrenze keine Einkommensteuer zahlen. Stattdessen bekommen sie sogar noch Geld vom Staat. Der Staat ist umso großzügiger, je mehr Kinder der Haushalt hat. Eine Familie mit zwei Kindern und einem Jahreseinkommen von 13.430 Dollar bekommt 40 Prozent des Gehalts vom Staat dazugezahlt. Ein kinderloser Arbeitnehmer oder ein Zweitverdiener in einem Haushalt würde mit einem solchen Gehalt dagegen nichts bekommen. Die Lohnauffüllung schafft also Anreize, dass sich Arbeit auch bei geringem Einkommen lohnt. Gleichzeitig gibt es keine Mitnahmeeffekte bei reichen Kids oder Ehefrauen, die sich etwas dazu verdienen wollen. Weil es das Lohnniveau nicht erhöht, gehen außerdem keine Jobs verloren.

**Die Welt:** Wenn die Methode so erfolgreich ist, warum ist die Armutsrate in den USA trotzdem so hoch?

**Neumark:** Das Mittel ist sehr effektiv und ist aktuell in den USA das größte Programm zur Armutsbekämpfung. Auf Bundesebene wird für die Lohnauffüllung rund 70 Milliarden Dollar pro Jahr ausgegeben – das ist doppelt so viel wie für die herkömmliche Sozialhilfe. Trotzdem reicht

ein solches Programm allein auf diesem Niveau nicht, die Armut abzuschaffen. Mit mehr Geld wäre das vielleicht möglich, aber dafür gibt es keinen Willen in der Gesellschaft. Denn irgendwer muss das Geld ja auch mit seinen Steuern bezahlen.

**Die Welt:** Wer zahlt dagegen die Zusatzkosten des Mindestlohns? Führt ein höherer Mindestlohn zu höheren Konsumpreisen?

**Neumark:** Es wird einen Einmaleffekt in jenen Branchen geben, die viele Geringverdiener beschäftigen: Restaurants, Friseursalons, Einzelhandel zum Beispiel. Ein Teil der zusätzlichen Lohnkosten wird vermutlich an die Preise weitergegeben, der Rest vermindert den Gewinn in jenen Wirtschaftszweigen. Man muss sich fragen, ob diese Art der Umverteilung sinnvoll ist. Wieso sollte ein Restaurantbesitzer oder der Betreiber eines Friseursalons stärker belastet werden, eine Investmentbank oder ein Technologiekonzern aber nicht?

**Die Welt:** Welche Auswirkungen hat der Mindestlohn auf das Wirtschaftswachstum?

**Neumark:** Gesamtwirtschaftlich sind die Effekte des Mindestlohns zu vernachlässigen. Geld- oder Steuerpolitik haben einen wesentlich größeren Einfluss auf Arbeitslosigkeit, Konsum und Preisniveau. Zumindest, wenn der Mindestlohn nicht auf ein völlig unverhältnismäßiges Niveau angehoben wird. Aber das ist ja weder in den USA noch in Deutschland geplant. Die Arbeitslosigkeit wird nicht massiv ansteigen, ebenso wenig die Inflation. Dafür ist die betroffene Gruppe der Geringverdiener einfach zu klein. Dementsprechend ist die manchmal verbreitete Meinung Quatsch, der Mindestlohn werde den Konsum deutlich ankurbeln. Jeder der behauptet, der Mindestlohn habe einen großen positiven oder negativen Effekt auf die Makroökonomie, versucht Stimmung zu machen. Es gibt keinerlei empirische Belege dafür.

Gegen Sparpolitik

## Portugals Verfassungsrichter regieren gerne mit 104,23

Schon wieder haben die obersten Gesetzeshüter Sparpläne der portugiesischen Regierung kassiert. Warum mischen sie sich so oft ein? Und warum haben sie sich nie über das Schuldenmachen beschwert?

05.06.2014, von **LEO WIELAND**, LISSABON



© JULIA STELZNER  Straßenbahn in Lissabon

Als wechselnde Regierungen Portugal über ein Jahrzehnt immer höhere Staatsschulden und Haushaltsdefizite bescherten, beschwerte sich das Verfassungsgericht nicht. Auch als die letzte sozialistische Regierung unter Ministerpräsident José Sócrates das Land an den Rand des Staatsbankrotts führte – im Mai 2011 kam der Hilferuf, gefolgt von einem 78-Milliarden-Euro-Kredit der europäischen Partner und des Internationalen Währungsfonds – erhoben die Robenträger keine Einwände. Erst seit der bürgerlich-konservative Ministerpräsident Pedro Passos Coelho unter striktem Sanierungszwang der Troika die Ausgaben des ärmsten westeuropäischen Landes zurück schneiden muss, stößt er regelmäßig bei seinem Verfassungsgericht an einen neuen Stolperstein.



Autor: Leo Wieland, Jahrgang 1950, politischer Korrespondent für die Iberische Halbinsel, Marokko und Tunesien mit Sitz in Madrid. Folgen:

**So geschah es zuletzt auch in der vorigen Woche**, als das Gericht drei im Haushalt für dieses Jahr vorgesehene Kürzungen für rechtswidrig erklärte, deren Umfang auf knapp eine Milliarde Euro beziffert wird. Wieder einmal ging es vor allem um Löhne im öffentlichen Dienst. Die Regierung wollte die Richter noch mit dem Hinweis milde stimmen, dass viele der schon vorgenommenen oder für dieses Jahr 2014 programmierten Einschränkungen in den kommenden Jahren allmählich wieder zurückgenommen würden. Es nützte nichts. Das Urteil, das folgte, ist für Regierungschef Passos Coelho abermals ein Tritt gegen ein Schienbein, das ihn ohnehin schon heftig schmerzt. Sogar seine Reise zur Fußballweltmeisterschaft nach Brasilien hat er nun abgesagt, um die Situation zu managen. In seiner Reaktion auf das Urteil warf er den Richtern neben Kurzsichtigkeit und Verstoß gegen die nationalen Interessen auch mangelnden Patriotismus vor.

### Die Kommunisten klagen ständig

Das ist natürlich ein politisches Argument. Ein anderes hat er nicht, weil das Verfassungsgericht juristisch schließlich wissen muss, was es tut. Wann immer es eine Sparmaßnahme monierte, tat es das auf unanfechtbarer rechtlicher Grundlage. Nur zwang es auch jedes Mal die Regierung wieder neue Schlupflöcher zu suchen, oder einfach – als wäre das „sozial“ gerechter – irgendwelche Steuern zu erhöhen.

Dieses Mal war man in der Koalition, die im Parlament unverändert über eine solide absolute Mehrheit verfügt, sogar versucht, die große Mehrwertsteuerkeule hervorzuholen. Aber die Portugiesen zahlen schon 23 Prozent. Eine Erhöhung auf 25 Prozent, das weiß keiner besser als die Finanzministerin, wäre nicht nur ein Schlag ins Kontor sondern auch auf die Steuerehrlichkeit.

Warum fühlen sich die Verfassungsrichter animiert, indirekt mitzuregieren und die Kreise von Parlament und Exekutive zu stören? Der Grund ist, dass sie sich mit einschlägigen Klagen einfach befassen müssen. Und diese werden unablässig von den Linksparteien, vor allem den beiden kommunistischen Parteien, sowie den Gewerkschaften und punktuell auch von Bürgerorganisationen eingereicht. Manchmal ist es sogar Staatspräsident Aníbal Cavaco Silva selbst (er gehört pikanterweise zur gleichen Partei wie Passos Coelho und war auch einmal zehn Jahre lang Ministerpräsident), der in Zweifelsfällen ein Haushaltsgesetz erst einmal wie Pilatus an das Verfassungsgericht zur Prüfung weiterreicht.

Cavaco Silva hat als alter Funktionär ein etwas weicheres Herz für den öffentlichen Dienst Portugals als der frühere Geschäftsmann Passos Coelho. Aber beide wissen schon, dass dieser Dienst, ohne dass er jemals herausragende Effizienz gezeigt hätte, ein ziemlich aufgeblasenes und kostspieliges Unternehmen war. Es gab sogar Zeiten, da erreichte die Zahl der Staatsbediensteten fast die Millionen-Grenze - für ein Land mit knapp zehn Millionen Einwohnern war das schon etwas üppig. Und dass ein Portugiese praktisch neun andere „verwaltete“, trug aus der Sicht der Letztgenannten nicht immer und unbedingt zu deren Lebensqualität bei.

Neben Recht, Gesetz, Vorschriften, Tarifverträgen, Zusagen und Privilegien, welche die Richter letztinstanzlich zu prüfen haben, spielt freilich auch im Verfassungsgericht die Politik eine gewisse Rolle. Die meisten amtierenden Richter wurden noch von der alten sozialistischen Regierung „platziert“ oder neigen ein bisschen mehr zur Linken als zur Rechten.

Das frustriert zwar nun den Regierungschef gehörig. Aber viel machen kann er nicht, außer damit zu drohen, im nächsten Jahr die Wahlen wieder zu gewinnen und bei erster sich bietender Gelegenheit die interne Balance im Gericht zu verändern. Doch der Mann, der Portugal seit drei Jahren mit bemerkenswerter Konsequenz aus dem Morast zu ziehen versucht und vor zwei Wochen nach dem Ende des Rettungsprogramms sogar das Risiko einging, keine „vorsorgliche Kreditlinie“ der internationalen Geldgeber zu beantragen, mag selbst jene Wahl nicht überdauern; jedenfalls zogen in den jüngsten Europawahlen die jetzt oppositionellen Sozialisten zum ersten Mal wieder an seiner Mitte-Rechts-Koalition vorbei.

Auch das war eine Strafe für die Sparmaßnahmen und die sozialen Einschnitte, welche punktuell den Verfassungsrichtern so missfallen. Doch wenn das Land nicht auf Sparkurs bleibt, werden ihm die Finanzmärkte mit höheren Zinsen vermutlich bald wieder Grenzen aufzeigen.

5. Juni 2014 18:27

Maßnahmen der Europäischen Zentralbank

## Geldverschenker ohne Weitblick 104,25



[Bild vergrößern](#)

EZB-Chef Mario Draghi ist dabei, den Europäern mit seinem Maßnahmenpaket nicht nur Vorteile zu bescheren,

(Foto: AP)

Ein Strafzins für Europas Finanzhäuser, Milliardenkredite für Banken. Werden die Währungshüter um EZB-Chef Mario Draghi die Probleme der Krisenstaaten damit lösen können? Die Ursachen für deren Leiden sind kaum heilbar - und das billige Geld richtet Schäden an, die immer mehr Menschen spüren.

### **Ein Kommentar von Alexander Hagelüken**

Ein richtiger deutscher Bundesbanker hält natürlich nur ein Modell einer Zentralbank für angemessen: das der Deutschen Bundesbank. Doch diese Welt ist versunken. Vorbei die Zeiten, als Europas Währungshüter nur auf Preisstabilität starrten, als lauere hinter jeder Ecke das Inflationsgespenst von 1923. Seit Jahren regiert auch in Europa ein anderes Modell: das amerikanische.

In diesem Modell wollen Zentralbanker Banken retten - und Währungen und die Konjunktur gleich dazu. Die Frage für die Europäer ist nun, ob ihnen dieser Wechsel nur die Vorteile des US-Modells einbringt - oder auch die Nachteile. Die Notenbank Fed rettete in der Finanzkrise 2008 die Banken Amerikas und bewahrte so das Land vor dem Absturz. Zu diesem Aktivismus gehört aber auch, dass sie zuvor dem Wachstum zuliebe die USA so lange mit billigem Geld geflutet hatte, bis diese Finanzkrise überhaupt entstehen konnte. Sie löste also ein Problem, das sie mitgeschaffen hatte. Die USA wirken bis heute angeschlagen und überschuldet. Sie sind abhängig von den Spritzen der Fed wie ein gedopter Sportler.

## **Letztlich kann nur jedes Land sich selber helfen**

Ist Europa dabei, Amerikas Fehler zu wiederholen? Diese Frage stellt sich noch schärfer, seit die EZB am Donnerstag ungekannte Werkzeuge ergriff. Sie will Banken im südlichen Europa zwingen, den Firmen mehr Kredite zu geben, indem sie straft: Wenn Banken bei der EZB Geld holen und es sogleich dort parken, statt es Firmen zu leihen, schrumpft es über Nacht. Ein Strafzins für Europas Finanzhäuser, das gab es noch nie. Und andere Instrumente sind ebenso ungewöhnlich.

Aber werden sie wirklich die Probleme der Krisenstaaten lösen? Viele Ökonomen sind skeptisch, denn die Krankheit hat Ursachen, die keine Spritze heilen kann. Gleichzeitig richtet das billige Geld Schäden an, die immer mehr Menschen spüren. EZB-Chef Mario Draghi ist dabei, den Europäern nicht nur die Vorteile des aktivistischen US-Modells zu beschern, sondern auch heftige Nachteile.

Draghi wurde seit 2012 zu einem Superstar der Geldpolitik, falls es so etwas gibt, weil er nach US-Vorbild aktiv wurde. Er sah die Uneinigkeit der Politiker. Und mit seinem Versprechen, "alles" zu tun, um den Euro zu retten, rettete er den Euro tatsächlich - weil er die Spekulanten in die Flucht schlug. Draghi setzte sich im Grunde gegen die Deutschen durch, die an das Modell der Bundesbank glauben. Und er behielt recht, zum Segen Europas, denn ein Kollaps des Euro wäre ein Desaster.

Es war aber immer klar, dass Draghis Maßnahmen nur Zeit kaufen, jedoch nicht die Probleme der Krisenstaaten lösen, die sich jahrelang heruntergewirtschaftet haben. Nur wenn Italien, Griechenland und Frankreich wettbewerbsfähig werden, können sie in einer Währungsunion mit Exportmeister Deutschland bestehen. Diese Reformen sind mühsam, sie verursachen viel Leid, doch sie sind alternativlos, wie die Kanzlerin sagen würde.

## **Draghi macht nationale Wirtschaftspolitik überflüssig**

Nun allerdings scheint Draghi den willigen Krisenregierungen zu suggerieren, es gäbe einen bequemeren Weg als Reformen: die Frankfurter Dauerinfusion. Das Problem der EZB-Entscheidung ist gar nicht jede einzelne Maßnahme; manches lässt sich durchaus erwägen, um eine Spirale fallender Preise zu verhindern. Das Problem ist, dass sich Draghi durch seine ständigen Geldspritzen zum Super-Wirtschaftsminister aufschwingt, der nationale Wirtschaftspolitik überflüssig zu machen scheint. Das aber funktioniert nicht.

Die Banken im Süden geben den Firmen auch deshalb wenig neue Kredite, weil ihre Bücher voll mit faulen alten sind. Die Firmen nehmen auch deshalb wenig neue Kredite, weil die Menschen wegen der Sparprogramme wenig ausgeben. Die traurige Wahrheit ist, dass es dauert, bis die Wirtschaft überall anspringen wird. Die Erholung aber kann allein von Reformen ausgehen, Draghis billiges Geld kann nur unterstützen. Doch die Regierungen in Paris, Rom und anderswo scheinen zunehmend zu glauben, der Magier in Frankfurt richte es allein, sodass sie ihr Volk schonen können.

Das ist falsch. Und gleichzeitig produziert Draghis Politik hohe Kosten, sodass er sie lieber früher als später stoppen sollte. Deutsche Sparer verlieren ihr Geld, weil die Zinsen so niedrig sind. Und die billigen Kredite beginnen, eine Immobilien- und Aktienblase aufzupumpen - ganz wie in den USA vor der Finanzkrise.

Es wird Zeit, dass Draghi innehält. Er bescherte Europa die Vorteile des US-Zentralbankmodells, als er schnell eingriff und den Euro rettete. Nun sollte er Europa die Nachteile des amerikanischen Modells ersparen: in dem er vermeidet, zum Dauer-Geldverschenker zu werden, von dem Europas Volkswirtschaften abhängig werden wie Süchtige, die sich nicht mehr selbst helfen wollen und können.

## Mit Draghis Therapie wird aus Sparen Wertvernichtung 104,27

Mario Draghi, der Präsident der Europäischen Zentralbank, führt Minuszinsen ein und stellt den Geldwert auf den Kopf. Leidtragende sind wieder einmal die deutschen Sparer. Deren Spargbücher schmelzen. Von Anja Ettel



Foto: Getty Images Wer sein Geld hortet, wird bestraft

Mit ihrer [Entscheidung für Minuszinsen](#) stellt die Europäische Zentralbank (EZB) die Geldwelt auf den Kopf. Im Kapitalismus wird normalerweise derjenige belohnt, der sein Geld zusammenhält. Es vermehrt sich dank Zinsen und Zinseszinsen, gleichsam wie von selbst. In der neuen Welt des Schwundgeldes ist das anders. Ab jetzt wird derjenige bestraft, der sein Geld hortet, statt es zu investieren.

"Außergewöhnliche Umstände erfordern außergewöhnliche Maßnahmen", hat der erste Präsident der EZB, [Wim Duisenberg](#), einmal gesagt. Das war zu einer Zeit, als Geldpolitik noch eine vergleichsweise überschaubare Sache war, mit klaren Zielen und eisernen Regeln. Mittlerweile, nach unzähligen Rettungsrunden, Billionenkrediten, Anleihekäufen und verbalen Blankoschecks, nach Zinssenkungen und Liquiditätsprogrammen für Banken, muss die Frage erlaubt sein: Was, wenn die außergewöhnlichen Umstände die Normalität bleiben?

Wenn der Zeitgewinn, den die EZB mit den immer neuen Varianten ihrer Politik des extrem billigen Geldes schafft, zu nichts führt? – weil mehr Zeit allein an den verfahrenen Umständen schon lange nichts mehr ändern kann. Was also wird, wenn selbst das Schwundgeld die Krise nicht zum Verschwinden bringt?

Draghis dicke Bertha

Zweifel an der neuen Therapie, die die EZB dem Euro-Raum verordnet hat, sind angebracht. Kurzfristig mag die Strafgeld für Banken, die das günstige Notenbankgeld horteten, statt es zu verleihen, durchaus Wirkung zeigen. Zumal die EZB noch weitere Anreize beschlossen hat, um die widerspenstigen Finanzhäuser zu einer höheren Kreditvergabe zu bewegen.

Doch Volkswirtschaften, die mit billigem Barem nur so zugeschüttet werden, neigen auch dazu, mit dem vielen Geld bestehende Strukturen zu zementieren. Anders gesagt: [Draghis "dicke Bertha"](#) und Minuszinsen allein werden Länder, denen ein gesunder Mittelstand und ein tragfähiges Konzept auf dem Weltmarkt fehlen, nicht zu Wachstumsträgern Europas machen können. Ohne deutlich mehr Wachstum aber wird der Währungsraum von seiner Schuldenlast regelrecht erdrückt werden. Draghis Billionen lösen dieses Problem nicht, sie verschleppen es nur.

Für die Sparer hat die Radikaltherapie aus dem Eurotower noch ganz andere Folgen. Sie werden sich daran gewöhnen müssen, dass das Sparen nicht nur nicht mehr zeitgemäß ist – das war es in den vergangenen Jahren wegen der extrem niedrigen Zinsen und dem Wertverlust durch die jährliche Inflation ohnehin schon nicht mehr.

## Der Albtraum der Aktionäre

In einer Welt des Schwundgeldes Bares auf Konten zu parken kommt mehr denn je einer aktiven Wertvernichtung gleich. Erst recht dann, wenn die Banken ihre Strafzinsen in Form höherer Gebühren an die Kunden weiterreichen. Belohnt wird in Draghis neuer Geldwelt derjenige, der sein Sparschwein gegen Aktien eintauscht.

Das Risiko des Scheiterns – viele frühere T-Aktionäre werden sich an diese Lektion nur zu gut erinnern – inbegriffen. Für Deutschland sind das schlechte Nachrichten: Gut 1,9 Billionen Euro haben die Sparer hierzulande auf die hohe Kante gelegt. So viel wie keine andere Nation in Europa. In einer Welt des Schwundgeldes eher die falsche Strategie.

Draghis neue Therapie mag kurzfristig beflügelnd wirken. Für das Vertrauen der deutschen Sparer in das Euro-System allerdings wird das wohl nicht gelten.

## Débarquement : le 6 juin, le déclin et nous 104,29

Le Point.fr - Publié le 06/06/2014 à 07:52

Le lustre donné par la France aux commémorations du Débarquement est récent. Cet événement nous renvoie à notre "hantise du déclin".



La patrouille de France au-dessus d'Arromanches, jeudi. © Jean-François Monier / AFP

Par SÉBASTIEN LE FOL

Longtemps, le 6 juin 1944 a figuré dans l'angle mort de la mémoire collective française. Dès août, lors de la libération de Paris, **de Gaulle avait réécrit l'histoire : nous nous étions libérés seuls**. Les Américains ? Les Anglais ? Pas vus. Comme l'expliquait récemment au Figaro l'historien Olivier Wieviorka : "**Jusqu'en 1984, on ne peut pas dire que l'État se passionne pour le Débarquement.**"

**Ce déni de la réalité** est l'un des marqueurs du "syndrome de 40" dont notre pays se remet à peine. Comme le souligne l'historien Robert Frank dans un livre indispensable, *La Hantise du déclin* (Armand Colin), en France, la peur du déclin est bien antérieure à la guerre de 39-45. Mais avec la débâcle et l'Occupation, "elle se métamorphose pour devenir profondément tragique et dramatique". La nation a été frappée dans sa dignité. Tout ce qui lui évoque cette blessure la fait vaciller. D'où notre propension à minimiser l'action des Anglais durant le conflit. Puissance du même ordre que la France, allié privilégié, l'Angleterre, durant la guerre, a montré une détermination et un courage churchilliens qui nous renvoient à nos ombres : d'où le fait qu'elle nous soit si insupportable.

Sept décennies plus tard, l'anxiété française s'alimente désormais à des sources nouvelles. Nous avons grosso modo accepté, sans toutefois nous y résigner, notre relégation au rang de puissance moyenne "d'influence mondiale" (dixit l'ancien ministre des Affaires étrangères Hubert Védrine). Nos angoisses se concentrent sur la question identitaire. La métamorphose de la nation française sous l'effet de l'immigration avive les inquiétudes. Et, le 25 mai, les élections européennes ont confirmé une véritable crise d'identification des Français à l'Europe. Le remède à notre mal est pourtant dans cette communauté de destin et de civilisation. La hantise du déclin, qui reste le meilleur moyen de le prévenir, doit devenir européenne. "Afin que l'UE, ce géant économique, soit incitée à sortir de sa situation de nain politique."

[http://online.wsj.com/articles/the-danger-of-angela-merkels-do-nothing-germany-1402338604?mod=rss\\_Opinion?mod=hp\\_opinion](http://online.wsj.com/articles/the-danger-of-angela-merkels-do-nothing-germany-1402338604?mod=rss_Opinion?mod=hp_opinion)

[OPINION EUROPE](#)

## The Danger of Do-Nothing Germany 104,30

Facing Russian aggression in Ukraine, Europe's leading nation gets the vapors.

By

JOHN VINO CUR

June 9, 2014 2:31 p.m. ET

Headline (notional variety): "Germans Double Troops to Poland in Response to Russia's Ukraine Thrusts."

You haven't read that before. But German Defense Minister Ursula von der Leyen, in a self-proclaimed show of solidarity with NATO's eastern allies, pointed to the numbers last week. Her ministry indicated the German contingent at the multinational force outpost in Szczecin, Poland would grow to 118 from 59.

Take...

## A Positive Vision for the Euro Zone 104,31

Investors and policy makers need to look further than the ECB in Frankfurt.

By MICHAEL HEISE

June 17, 2014 1:26 p.m. ET

Investors worldwide have rediscovered euro-zone markets. Risk premiums on peripheral debt have tumbled, equity markets have shot up and the euro is strong. Now all eyes are on the European Central Bank, on its measures to stem the alleged risk of deflation in the euro zone and on its efforts to clean up Europe's finance houses before they become part of the new EU banking union. But investors and policy makers need to look much further than Frankfurt when they ponder the future of the euro zone. Wide-ranging reforms will be needed to put the euro on a sustainable footing.

For starters, change the story: During the euro crisis, commentators and politicians focused on how public-spending cuts and structural changes imposed on struggling euro members were choking their economies. While it is true that fiscal consolidation was accompanied by collapsing growth, rising unemployment and social hardship, it is now time to look ahead. Political leaders need to show a positive vision for the euro zone. Citizens should no longer associate euro membership with misery, but with economic opportunity.

The evidence we have from recent years—and especially from those countries that were subject to bailout programs—confirms that reforms pay off. In countries such as Ireland, Portugal and Spain, growth has returned, unemployment appears to have peaked and external deficits have disappeared. Now these countries are continuing their reforms, not because bureaucrats in Brussels or Frankfurt are telling them to, but because it is in their own interest. The European Union can help to maintain that momentum, for example by helping to pay for new infrastructure or by allowing countries to overshoot fiscal targets under the condition that they implement reforms.

Policy makers also need to learn to manage a multi-speed Europe. If the euro countries want to avoid a repeat of the latest crisis, they need to integrate further. Different speeds of integration are already a reality today—not all EU countries have joined up to sign the banking union or the fiscal compact, or the Schengen agreement on borderless travel. Some countries have opted out of EU justice policies. All this has nothing to do with the euro crisis and it needs to be accepted. In a union of 28 nations, it does not make sense to insist on the same speed of integration in every member country. The EU is a master of compromise and complexity. It should be able to make integration at various speeds work.

[Enlarge Image](#)



*Associated Press*

The EU must also clean up its rule book. During the euro crisis, European countries adopted a plethora of new rules and established various new institutions. The euro zone's governance framework now encompasses the "Euro+ Pact" (governments inside and outside the currency union pledging reforms to improve their fiscal position and competitiveness); the "Fiscal Compact" and the "Six-Pack" laws on fiscal and macroeconomic surveillance; the "Two-Pack" laws on budget monitoring; new macroprudential provisions and the running "European Semester" of economic governance; and an outcropping of institutions with such catchy acronyms as the ESM, SSM and ESRB.

No wonder Europeans are confused while their governments struggle to comply with all the new rules. For the sake of transparency and effectiveness, the EU needs to consolidate all the elements of its new governance framework into a single "economic constitution."

And while the EU has already done much to make the euro function better, it must go further. For example, it needs to have a more powerful European fiscal watchdog that can guarantee that the old and new rules are respected. It needs a mechanism for sovereign default that helps to impose discipline on governments and investors alike. And it needs clearer rules for the exit of a country where the citizens no longer feel that the union serves them well.

Now that growth has returned and financial markets are calmer, complacency is the biggest risk that the euro zone faces. No longer looking into the abyss of a euro break-up, politicians may be tempted to duck difficult and unpopular reforms. But if the euro is to survive and prosper, their efforts must go on.

*Mr. Heise is chief economist at Allianz SE and author of "Emerging From the Euro Debt Crisis: Making the Single Currency Work" (Springer, 2013).*



Des manifestants sur la voie ferrée à la gare Montparnasse, mardi après-midi. © William Delaporte / AFP

Par FRANZ-OLIVIER GIESBERT

**L'Histoire, en tout cas en France, est une vieille alzheimerienne** dont il n'y a, pour l'heure, plus grand-chose à attendre. Observez comme une partie de notre pays gagatise, ces temps-ci, avec la conviction idiote de vivre l'antépénultième page du roman national, avant le grand soir qui ne saurait tarder.

**Ce qu'on vit aujourd'hui rappelle les grandes grèves de 1995**, quand une certaine France, confite de bêtise et de naïveté, s'était dressée comme un seul homme contre les excellents projets de réforme du Premier ministre de l'époque, Alain Juppé, qui s'était inspirés de travaux de la CFDT. Répétant en chœur les slogans éculés de syndicalistes antédiluviens, elle avait paralysé le pays jusqu'à ce que le gouvernement remballe tout : contre toute logique, les agents roulants avaient obtenu le maintien de leurs exorbitants régimes spéciaux de retraite.

**Le mouvement était déjà mené, en ce temps-là, par les syndicats des agents roulants de la SNCF**, présentés par la presse bien-pensante comme les fers de lance de la France qui souffre. La farceuse ! Enamourée, voire extatique, elle nous expliquait même qu'ils se battaient, en fait, pour les salariés du secteur privé avec un sens admirable de l'intérêt général. Défense de rire. À les fréquenter dans les trains, on ne peut pas nourrir de griefs contre ces agents, bien au contraire. Ils sont courtois, efficaces et professionnels. Une majorité d'entre eux est même contre cette grève. Mais ce n'est pas le sujet.

**Les syndicats ont inventé la grève préventive comme il y a des guerres préventives.** Le projet de regroupement du trafic (SNCF) et du réseau (RFF) défendu par le pouvoir ne vise en rien les agents roulants. Mais leur statut étant mirifique (retraite à 50 ans jusqu'en 2017, ensuite à 52 ans), ils sont bien conscients que ces avantages risquent d'être, un jour, remis en question. C'est pourquoi certains de leurs syndicats s'y accrochent comme la bernique à son rocher. Rien de plus humain. Ce que l'on ne comprend pas, en revanche, c'est la complaisance insane à leur égard de ceux qui réclament le retrait de la réforme, à gauche mais aussi dans l'opposition, comme Luc Chatel, un ancien ministre sarkozyste, incarnation de la droite "oui-oui", celle qui, au premier conflit, n'écoulant que son courage qui lui dit de se cacher, passe sous la table.

Le syndrome Chatel est une maladie dont la droite doit se guérir au plus vite si elle ne veut pas continuer, en alternance avec la gauche, à précipiter la France dans le déclin. C'est ce mélange neuneu de mollesse et de lâcheté qui, depuis plus de trois décennies, a tenu lieu de politique à nos grands partis. Il serait temps que l'UMP cesse d'être aussi sectaire que le PS quand il est dans l'opposition. Qu'elle commence à ne plus avoir

peur de son ombre. Qu'elle songe enfin au bien commun et refuse les réflexes à la Chatel, qui commande de se coucher devant la première grève venue.

**Ceux qui ont mis la France dedans, ce sont évidemment les corporatismes chauvins**, représentés jusqu'à la caricature par les braillards de la CGT ou de Sud, qui, avec 14 % seulement de grévistes à la SNCF, bloquent le pays. Les profiteurs sans gêne de la SNCM qui, depuis si longtemps, travaillent avec acharnement à couler leur instrument de travail, pour le grand bonheur de Corsica Ferries. Les lois débiles sur les RTT grâce auxquelles la France est en bas du tableau en matière d'heures travaillées annuellement.

**La liste des naufrageurs du pays est sans fin.** Les jean-foutre de l'idéologie du déficit budgétaire qui plombe la croissance au lieu de la relancer. Les Don Quichotte de la dépense publique et les pythonisses de l'impôt-roi. Les autruches franchouillardes qui refusent de prendre exemple sur les réussites économiques allemandes, suédoises ou canadiennes. Sans oublier la culture irresponsable de l'endettement de l'État avec laquelle M. Balladur, son champion infatué, tenta de gagner la présidentielle de 1995 en faisant des chèques à la chaîne, avec le succès que l'on sait. Les niquedouilles des médias ne sauraient être exonérées, qui ne savent pas séparer le bon grain de l'ivraie, les conflits sociaux justes et les opérations de racket syndical comme celle de la SNCF. La pleutrierie bonasse de la gauche ou de la droite a fait le reste.

**Plus que jamais, notre pays a besoin d'une classe politique qui sait dire non** : ce n'est pas une histoire de droite ou de gauche, mais de simple bon sens. Pour une fois que le pouvoir socialiste fait preuve de fermeté face aux corporatismes, le minimum de patriotisme, pour l'opposition, serait de le soutenir avant de le vitupérer sur le reste de sa gestion, comme c'est son devoir. Il n'y aura pas de redressement sans esprit de responsabilité.



Retrouvez cet éditorial de Franz-Olivier Giesbert et le dossier "Les naufrageurs" dans *Le Point* n°2179, actuellement en vente.

À retrouver dans [la boutique Le Point](#) et sur l'[AppStore Le Point](#).

[http://www.nytimes.com/2014/06/20/business/international/a-german-voice-hans-olaf-henkel-calls-for-euro-abolition.html?hp&\\_r=0](http://www.nytimes.com/2014/06/20/business/international/a-german-voice-hans-olaf-henkel-calls-for-euro-abolition.html?hp&_r=0)

## INTERNATIONAL BUSINESS

*A German Voice, Hans-Olaf Henkel, Calls for Euro's Abolition 104,35*

By JACK EWING JUNE 19, 2014



Hans-Olaf Henkel, who was elected to the European Parliament last month, was earlier IBM's top executive in Europe. Credit: Colin Delfosse for The New York Times

BRUSSELS — He was once one of Germany's most prominent business leaders, head of a major industry lobby and IBM's top executive in Europe. But recently Hans-Olaf Henkel has embarked on a new career, one that puts him radically at odds with most of his European business peers.

Mr. Henkel wants to abolish the euro.

His country, he contends, would be better off returning to the deutsche mark, rather than letting hard-working, disciplined Germans continue spending their taxes propping up laggards in Greece, Italy and other euro zone countries that he says have squandered the common currency's birthright. And last month he won a seat in the European Parliament that will give him a platform to try to unwind the currency union.

The chances he will succeed are remote. Most German business leaders have no desire to return to the days when the strong deutsche mark put them at a severe price disadvantage in export markets. Even as they grumbled about the cost, Germans provided crucial support to the euro union when it seemed in danger of collapse in recent years — seeing their country's relatively robust economy as a prime beneficiary of the euro system.

But Mr. Henkel and the upstart party he represents have already shaken up German politics, becoming a serious irritant to Chancellor Angela Merkel and even complicating her relations with Britain's prime minister, David Cameron.

No wonder Mr. Henkel was exuberant one day last week as he waited in a cafeteria line at the European Parliament, where he formally takes office next month.

“Merkel is terrified of us,” Mr. Henkel said.

A few minutes later, over a cappuccino, he explained his journey from euro enthusiast to currency contrarian.

“A country is responsible for its own debts and the stability of its own banks,” he said. “In order to save the euro they have pushed this overboard. That disturbs me.”

Mr. Henkel's desire to scuttle the euro is not shared by most business executives, particularly in Germany.

"The introduction of the euro was and remains the right thing," said Ulrich Grillo, president of the Federation of German Industries, a group that Mr. Henkel led from 1995 to 2000. "Especially for Germany and its export economy," Mr. Grillo said in an email exchange, "the common currency is the foundation of prosperity and employment."

Mr. Henkel is a rarity in Germany, where there is almost no tradition of business leaders entering politics.

He financed his own successful run for office, in the mode of many American politicians. Mr. Henkel contributed 1 million euros, or \$1.36 million, to his party, the Alternative for Germany, which proved crucial to its winning 7 percent of the vote in parliamentary elections last month and seven seats in the European Parliament.

The party's delegation is tiny in an assembly with 751 members. But Mr. Henkel was part of a wave of discontent that delivered unprecedented power to euro-skeptic parties in Brussels, posing a political threat to the currency union even as euro zone leaders were dealing with financial and economic threats that nearly destroyed it.

With echoes of the Tea Party in the United States, Mr. Henkel and a small army of other newly elected members want to curtail what they see as the overarching power of the European Union and abolish the euro, or at least expel members like Greece and Italy, which they regard as chronically irresponsible.

With his blue-chip business résumé and name recognition earned from years on the German television talk show circuit, Mr. Henkel symbolizes how the anti-euro movement is becoming more socially acceptable — and more difficult for the centrist, pro-euro parties to ignore.

At the same time, though, his particular variety of Brussels bashing is a reminder of how difficult it will be for the euro-skeptic parties to reconcile their eclectic platforms. Although many of the groups share a hostility toward the European Union, they also often foster distinct elements of nationalism and xenophobia, making it a challenge to find common cause on any issue of substance.

Mr. Henkel, a longtime member of the human rights group Amnesty International, strenuously denies that the Alternative for Germany party, known as the AfD in Germany, is a haven for the extreme right. He says such labels come from journalists who "would rather paint us into an anti-immigration corner or a rightist corner so they can ignore us."

He ruled out cooperating with far-right, anti-immigration groups like the Marine Le Pen's National Front in France or the U.K. Independence Party, led by Nigel Farage.

Instead, the AfD joined the European Conservatives and Reformists Group, or E.C.R. The E.C.R. also includes members of the British Conservative Party, whose decision to welcome the AfD last week strained already uneasy relations between Ms. Merkel and Mr. Cameron, the Conservative leader. (Britain, of course, has long opposed the euro union, having opted to stick with the pound sterling.)

But membership in the E.C.R. is not likely to quiet criticism that the AfD, led by Bernd Lucke, an economics professor at the University of Hamburg, is a Trojan horse for Germany's extreme right. The E.C.R. also includes right-wing populist parties like the True Finns of Finland and the Danish People's Party.

Manfred Güllner, head of the Forsa polling firm in Berlin, pointed out that in the May elections for the European Parliament, the AfD did especially well in voting districts seen as bastions of far-right sympathy, such as a region in southeastern Germany known as Saxon Switzerland. While Mr. Henkel helps lend the party an air of respectability, Mr. Güllner said, "in my eyes it's almost an extreme-right party."

Still, Mr. Henkel may make it harder to stereotype anti-euro forces in the European Parliament as a collection of right-wing cranks. The AfD has clearly stolen votes from Ms. Merkel's centrist Christian Democrats.

"It's a good thing to have a political party from Germany composed of people with reputations like Mr. Henkel," Jan Zahradil, a Czech member of the European Parliament who is first vice chairman of the E.C.R., said by telephone after the group voted to include the AfD. "He really is an asset."

Before he ran for office, Mr. Henkel was already well known as an advocate for loosening Germany's rigid work rules. His rage at what he derides as heavy-handed government practices was nurtured at IBM, where he worked for more than three decades.

Mr. Henkel recalled last week how, as head of IBM's German operations in the late 1980s, he ran into ferocious opposition from unions, political leaders and even the Catholic Church when he tried to operate a semiconductor factory near Stuttgart on Sundays.

Mr. Henkel went on to become head of IBM's operations in Europe, the Middle East and Africa, but left in 1995. He then became the unpaid president of the Federation of German Industries.

After leaving the federation in 2000, Mr. Henkel emerged as something of a professional contrarian, appearing often on talk shows as an advocate of rolling back Germany's social welfare system.

Later, he was a board member of mainstream companies like Bayer, the German drug and chemical maker, and an adviser to Bank of America. He resigned from those posts before entering politics.

Although Mr. Henkel said he had private doubts about the euro from the outset, he publicly supported the idea as the currency was being introduced in 1999. He turned decisively against it, he said, after Ms. Merkel agreed in 2010 to a rescue plan for Greece — which Mr. Henkel still dismisses as nothing more than a handout to French banks with Greek holdings.

The AfD's goal, he said, is to repeat its recent success in several coming German state elections, and then, led by Bernd Lucke, ride the momentum to representation in the German Bundestag in 2017.

"Then I will leave politics," Mr. Henkel said. "It is my ultimate goal to see Mr. Lucke give speeches in the Bundestag."

As he finished his cappuccino, Mr. Henkel maintained that an increasing number of his business peers privately shared his doubts about the euro. He likened his quest now to the 1980s and 1990s, when he was a voice in the wilderness pleading for less government interference in business.

"I was alone then," he said, "and I find myself again alone."

## Die Schulden sind noch längst nicht im Griff 104,38

Italien und Frankreich wollen mehr Spielraum für ihre Schulden. Kein Wunder: Die Staaten schaffen es seit Jahren nicht, ihre Haushaltsdefizite in den erlaubten Bereich zu bringen.

Europas Sozialdemokraten und Sozialisten wollen Ländern im Gegenzug für Reformen mehr Zeit beim Defizitabbau einräumen. Vor allem Italien und Frankreich reden von einem „Spardiktat“, aus dessen Fesseln sie sich befreien wollen. Die deutsche Bundesregierung hält dagegen und [pocht auf die Einhaltung der gemeinsamen Regeln zur Haushaltsdisziplin](#).

Eigentlich darf die Neuverschuldung nicht über 3,0 Prozent und die Gesamtverschuldung nicht über 60 Prozent der Wirtschaftsleistung liegen. Doch daran hält sich der Großteil der Staaten seit Jahren nicht, wie die Zahlen von Eurostat belegen.

Im Krisenjahr 2009 sind die Haushaltsdefizite in fast allen Ländern stark gestiegen. Die EU-Kommission hat Schuldensündern in den vergangenen Jahren dann mehrfach mehr Zeit gegeben, um ihr Defizit unter 3 Prozent zu drücken. Dass die meisten Länder ihre Haushaltsdefizite senken ist deutlich erkennbar. Deutschlands Haushalt ist mittlerweile nahezu ausgeglichen, Luxemburg verzeichnete im Jahr 2013 sogar einen kleinen öffentlichen Überschuss. Doch noch immer weisen 10 Mitgliedsstaaten ein Defizit von mehr als 3 Prozent aus, allen voran Slowenien (14,7 Prozent) und Griechenland (12,7 Prozent).

Auch Frankreich, das sich jetzt besonders lautstark für eine Reform stark macht, hat es nicht geschafft, sein Defizit unter die 3-Prozent-Marke zu drücken. Zwar konnte das Land seine Neuverschuldung in den vergangenen Jahren verringern, doch auch im Jahr 2013 erwirtschaftete das Land noch ein Defizit von rund 4,3 Prozent des BIP.

---

### Angriff auf den Stabilitätspakt - 5 Antworten

---

#### ⌚ Warum ist der Stabilitätspakt gerade so in der Diskussion?

---

#### 📌 Wer macht in der EU Druck?

Vor allem Italien und Frankreich. Beide wollen öffentliche Investitionen für Wachstum aus der Defizitberechnung heraushalten. Italiens Regierungschef Matteo Renzi sieht sich durch das heimische Europawahl-Ergebnis erheblich gestärkt. Der Florentiner erklärte schon beim G7-Gipfel Anfang des Monats in Brüssel, für ihn sei das Kapitel der Sparpolitik abgeschlossen. Es gehe nun um Wachstum und Beschäftigung. Italien hat sein Defizit-Strafverfahren verlassen; Frankreich steckt noch in der Prozedur, bei der in letzter Konsequenz hohe Geldbußen drohen.

#### ⌚ Aber die Staaten machen jetzt schon trotz Stabilitätspakt hohe Schulden?

---

#### ⌚ Es hat ja schon Reformen gegeben, wie sahen sie aus?

---

#### ⌚ Und was passiert jetzt?

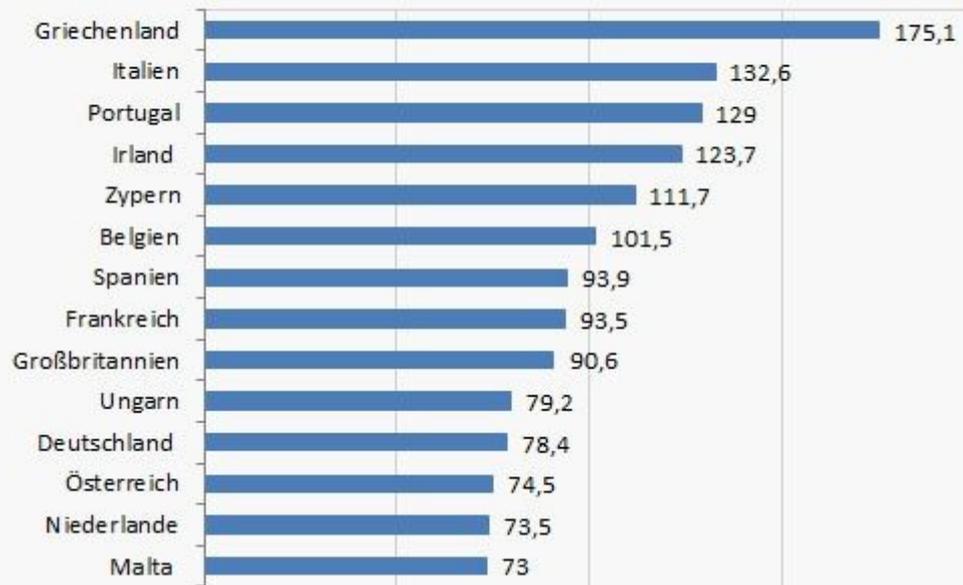
---

Mit dem Gesamtschuldenstand sieht es ähnlich aus: Nicht nur Schuldensünder wie Griechenland, Portugal, Zypern und Irland reißen die Latte bei der Höhe der Gesamtschulden, auch Italien (133 Prozent), Frankreich (94) und Deutschland (78) haben deutlich höhere Staatsschulden angehäuft, als eigentlich erlaubt.

Die niedrigsten Verschuldungsquoten haben noch immer die ehemaligen Länder des Ostblocks, wohl auch deshalb, weil sie noch nicht so viel Zeit hatten, so hohe Schuldenberge aufzutürmen.

## Öffentlicher Schuldenstand der EU-Länder

Gemessen in Prozent des BIP



[Zur Homepage](#)

Quelle: FAZ.NET / tine.

## Weidmann fordert noch strengeren Stabilitätspakt 104,40

Während Italien und Frankreich lockere Regeln wollen, verlangt der Bundesbank-Chef das Gegenteil. In einem Zeitungsbeitrag plädiert er für noch striktere Vorgaben. Besonders hart geht er mit Frankreich ins Gericht.



© AFP  Bundesbankpräsident Jens Weidmann

Angesichts von Forderungen aus Frankreich und Italien hat Bundesbank-Chef Jens Weidmann vor einer Aufweichung des Euro-Stabilitätspakts gewarnt. Es wäre fatal, die Schuldenlast, trickreich zu verschleiern und die Lehren aus der Schuldenkrise wieder zu vergessen, schreibt er in einem Beitrag für die "Süddeutsche Zeitung". Eine Lockerung könnte eine „massive Erschütterungen der Währungsunion auslösen“.

Weidmann fordert stattdessen, die Verschuldung noch entschiedener zu begrenzen. Es bedürfe „keiner Schwächung, sondern vielmehr einer Stärkung der Fiskalregeln“. Er bemängelte in diesem Zusammenhang auch die Rentenreform der Bundesregierung. Dies habe keinen Vorbildcharakter in Europa.

Auch Deutschland sei kein Vorbild

Es sei ernüchternd, dass aus dem politischen Raum zahlreiche Forderungen nach Aufweichung der Regeln erhoben würden, kaum dass der Marktdruck spürbar nachgelassen habe, schreibt Weidmann. Er kritisierte in diesem Zusammenhang insbesondere Frankreich. Dabei habe in Frankreich die Defizitquote seit Gründung der Währungsunion in neun von 15 Jahren oberhalb der Grenze von drei Prozent der Wirtschaftsleistung gelegen. Das werde auch in diesem Jahr der Fall sein.

Nach den Regierungen Italiens und Frankreichs hatten auch andere führende Sozialisten und Sozialdemokraten in der EU, darunter Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel, am Wochenende gefordert, den Stabilitätspakt flexibler auszulegen. Damit wollen sie eine stärkere Förderung von Wachstum und Investitionen ermöglichen. Die Bundesregierung zeigte sich bereit, Euro-Ländern gegebenenfalls mehr Zeit zur Haushaltskonsolidierung einzuräumen. Änderungen am Stabilitätspakt lehnt sie aber ab.

Quelle: Reuters

24. Juni 2014 05:31

Währungsunion

## Europa darf den Stabilitätspakt nicht aufweichen 104,41



*Kaum hat der Marktdruck nachgelassen, werden aus der Politik zahlreiche Forderungen nach einer Aufweichung des Stabilitätspakts erhoben. Doch das wäre fatal: Mit Schulden lässt sich kein Wachstum gründen.*

### **Ein Kommentar von Bundesbankpräsident Jens Weidmann**

Die trügerische Ruhe an den Finanzmärkten birgt die Gefahr, die Lehren aus der Krise für die öffentlichen Haushalte schon wieder zu vergessen. Das aber wäre fatal. Zweifel an der Tragfähigkeit der Staatsfinanzen können schwere Erschütterungen der Währungsunion auslösen. Das hat die Krise schmerzlich vor Augen geführt.

Die Gemeinschaft sah sich in der Folge gezwungen, über die Rettungsschirme einigen Ländern milliardenschwere Hilfskredite bereitzustellen. Die Geldpolitik geriet unter Druck, den Ausputzer zu spielen - teilweise im Grenzbereich ihres Mandats. Wir sollten auch nicht vergessen: Auf einem Berg von privaten oder öffentlichen Schulden lässt sich kein nachhaltiges Wirtschaftswachstum gründen.

Als die Krise akut war, haben alle Verantwortlichen feierlich versichert, der in der Not eingegangenen Gemeinschaftshaftung eine stärkere gemeinsame Kontrolle gegenüberzustellen. So sollten **die für das Funktionieren der Währungsunion wichtige Balance zwischen Haftung und Kontrolle** verbessert und die aufgebauten Ungleichgewichte korrigiert werden. Gleichzeitig sollte neuerlichen nationalen Fehlentwicklungen verlässlich vorgebeugt werden. Aus der Währungsunion sollte keine Schuldenunion werden.

### **Die Fiskalregeln sollten gestärkt werden**

Die Fiskalregeln sollten gestärkt werden und mehr Bindungskraft erhalten. Die Regeln sollten deutlicher vor politischer Einflussnahme geschützt und durch striktere nationale Haushaltsregeln abgesichert werden. Darüber hinaus sollten auch makroökonomische Fehlentwicklungen nun explizit in den Blick genommen werden.

Mit den neuen Verfahren und mit Verpflichtungen einzelner Länder sollte verloren gegangenes Vertrauen zurückgewonnen und eine verlässliche Perspektive für die Zukunft aufgezeigt werden. Da die Geldpolitik mit niedrigen Zinsen und unkonventionellen Maßnahmen gewissermaßen Zeit gekauft hat, weist gerade auch der EZB-Rat regelmäßig darauf hin, dass die Ursachen der Krise nur durch fortgesetzte Konsolidierungs- und Reformbemühungen in den betroffenen Ländern selbst bekämpft werden können.

Vor diesem Hintergrund ist es ernüchternd, dass - kaum hat der Marktdruck spürbar nachgelassen - aus dem politischen Raum zahlreiche Forderungen nach Aufweichung der Regeln erhoben werden: Von manchen

werden Änderungen gefordert, wie das Herausrechnen einzelner Ausgabenkategorien aus den Defiziten, um auf diese Weise die zusätzliche Schuldenlast, die dadurch den kommenden Generationen aufgebürdet wird, trickreich zu verschleiern. Andere geben sich damit zufrieden, den im Rahmen der Regeln gegebenen Entscheidungsspielraum zu strapazieren und suggerieren, man könne ohnehin alles "passend machen".

Faktisch haben sich die Fiskalregeln - auch nach der jüngsten Reform - in der Tat als keineswegs besonders strikt erwiesen. **So lag beispielsweise in Frankreich - woher besonders laute Rufe nach einer Aufweichung kommen - die Defizitquote seit Gründung der Währungsunion in neun von 15 Jahren oberhalb von drei Prozent, und nach 2001 ist die Schuldenquote, also das Verhältnis des gesamten Schuldenbergs am Bruttoinlandsprodukt, mit Ausnahme eines Jahres kontinuierlich gestiegen.**

Das wird auch in diesem Jahr der Fall sein, in dem mit einem Defizit von etwa vier Prozent gerechnet wird. Ein "Spardiktat" ist dies sicherlich nicht.

### **Komplexe Regeln erschweren die öffentliche Kontrolle**

Dabei hat es in der Vergangenheit nie an Ankündigungen von Defizit- und Schuldenabbau gemangelt, sondern an der Umsetzung. Auch auf Basis der reformierten Regeln wurden die Vorgaben zur Defizitkorrektur wiederholt gelockert und die Regeln weich ausgelegt. Die Verfahren sind zudem in der konkreten Ausgestaltung immer komplexer und undurchsichtiger geworden. Die Einhaltung der Regeln ist von der breiten Öffentlichkeit damit auch immer schwieriger zu kontrollieren.

Auch erste Erfahrungen mit den makroökonomischen Verfahren sind gemischt. So wurde zuletzt aus einer aktuellen Studie im Auftrag des europäischen Parlaments berichtet, die offenbar zum Ergebnis kommt, dass die europäischen Empfehlungen in vielen Fällen nicht oder nur unzureichend in nationale Politik umgesetzt wurden. Hier haben beispielsweise auch die deutschen Beschlüsse zur Rentenpolitik keinen Vorbildcharakter.

**Dabei bedarf es keiner Schwächung, sondern vielmehr einer Stärkung der Fiskalregeln.** Es wäre verhängnisvoll, wenn letztlich die Probleme in den einzelnen Ländern nicht an der Wurzel angepackt würden und sich die Verantwortlichen darauf verlassen, dass bei einer neuerlichen Zuspitzung wieder die Geldpolitik oder die fiskalischen Hilfsmechanismen zur Rettung eilen werden.

### **Solide Haushalte sind Voraussetzung für eine stabile Währungsunion**

Es wäre schädlich für das Vertrauen nicht nur in einen verlässlichen Ordnungsrahmen der Währungsunion, sondern auch in die Handlungsfähigkeit der Politik, **wenn zwar gehärtete Fiskalregeln als wichtiges Element einer weiter prinzipiell auf fiskalischer Eigenverantwortung basierenden Währungsunion herausgestellt werden, diese dann aber bei sinkendem Druck umgehend kassiert würden.**

Natürlich sind Konsolidierungs- und Reformmaßnahmen im derzeitigen Umfeld politisch schwierig durchzusetzen, und manche dämpfen auch vorübergehend die Konjunkturentwicklung. Deshalb haben Regierungen den Hang, Konsolidierungsanstrengungen hinauszuzögern. Solide Staatsfinanzen sind aber kein Gegensatz zu einer wachstumsorientierten Wirtschaftspolitik und hoher Beschäftigung.

Sie sind im Gegenteil eine wichtige Grundlage, und Schuldenfinanzierung ist keine Voraussetzung für das Gelingen von Strukturreformen. Letztlich würde ein "Aufrechnen" von Reformen gegen höhere Defizite in die haushaltspolitische Beliebigkeit führen und die Bindungswirkung der Regeln weiter aushöhlen.

Die historisch niedrigen Finanzierungskosten der Staaten, die auch im Zusammenhang mit der weltweit sehr lockeren Geldpolitik stehen, dürfen den Handlungswillen daher nicht erlahmen lassen. Länder mit zu hohen Schuldenquoten würden ansonsten einen künftigen Anstieg der Zinsen nur schwer verkraften können. Damit stiege das Risiko, dass die Geldpolitik erneut unter massiven politischen Druck gerät. Keinesfalls aber darf der

EZB-Rat eine geldpolitisch notwendige Zinserhöhung mit Rücksicht auf die Tragfähigkeit der Staatsfinanzen aufschieben.

Solide öffentliche Haushalte sind eine Voraussetzung für eine stabile Währungsunion. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass sie sich nicht dadurch erreichen lassen, dass Fiskalregeln gelockert oder lax umgesetzt werden.

© 2014 Regeln zum Copyright...

<http://blogs.faz.net/fazit/2014/06/24/german-locomotive-moving-fast-enough-4185/>

## The German Locomotive Is Moving Fast Enough 104,44

24.06.2014, 10:29 Uhr · A popular theme with the world commentariat is that Germany needs to become a stronger locomotive for European and world growth. These complaints are way overgrown.

By **Kenneth Rogoff**

Von **FAZITBLOG**



© RAINER WOHLFAHRT/Kenneth Rogoff

A popular theme with the world commentariat is that Germany needs to become a stronger locomotive for European and world growth. With a current account surplus over 7% of GDP, it is exporting too much and saving too little, all to the detriment of its neighbors, or so the story goes. Its workers are too competitive and its government too frugal. There is, of course, a grain of truth in these complaints, but they are still way overblown.

German frugality has been a subject of contention in global macro-debates for much of the past six decades. During the Bretton Woods era of fixed exchange rates, when many countries such as the United Kingdom were forced to periodically devalue their exchange rates against the dollar, Germany occasionally had to revalue its exchange rate upwards. In the late 1970s, US authorities put heavy pressure on Germany and Japan to become locomotives of world demand by engaging in massive fiscal stimulus. During the 1992 European Monetary System crisis, when the first attempt to achieve a single currency collapsed, some commentators seemed to be blaming German stability for the instability of other currencies. And during this past year, the US Treasury once again criticized Germany for being unwilling to help Europe and the world with a larger fiscal stimulus.

To its credit, the IMF staff did produce studies indicating that a big German fiscal stimulus would not really be all that much of a help for the countries on the periphery of Europe. The external effects of a German stimulus would mainly affect the US, Asia, and central Europe (where the German supply chain is centered). The periphery just doesn't export enough to Germany to make a decisive difference.

The IMF staff's sound logic did not stop ultra-Keynesians from insisting that a forceful German expenditure hike would work miracles for the periphery economies, while costing Germany almost nothing. The Germans, they said, were foolish to worry about public debt, unfunded pension liabilities, and the hidden future costs

likely to be incurred by bailing out banks and periphery governments. Thin on logic, the ultra-Keynesians resorted to unscrupulous smear tactics against anyone who dared suggest that governments should seek a long-term strategy to extricate themselves from soaring debts in the aftermath of the financial crisis. Debt hardly matters, they insisted.

The fact that the ultra-Keynesians have hugely overstated their case (consider their unqualified predictions of doom for the now booming UK) doesn't mean German policy has always been right. Germany might certainly do well to engage in structural reforms to make its economy stronger and more competitive. In a country with a strong employment market, the case for increased infrastructure investment is not quite as compelling as in the United States. Still, with the German government able to borrow at extraordinarily low interest rates, the cost-benefit return on infrastructure investment is persuasive, especially in the face of the deficiencies identified by the European Commission in areas like power generation and broadband.

Germany could also do more to strengthen its education system, for example by enhancing competition within the German university system and increasing investment in education at all levels. Private investment could also be encouraged by greater deregulation in the service and retail sectors.

Ironically, these positive developments would do nothing to silence complaints about German thrift, since in the long run they would only make Germany even more competitive. Together, however, they might help reduce Germany's current account surplus.

Unfortunately, even a sharp rise in German investment would do little to help the periphery countries, which are still mired in debt. Dozens of studies show that the problem of private, public, and external debt overhang still hampers growth out there on the margins and – from a broader perspective – interferes with investment in the Eurozone. True, governments have benefited enormously from a sharp fall in interest rates courtesy of the forceful actions undertaken by European Central Bank head Mario Draghi. But small and medium-size businesses still have a hard time persuading banks to lend them money.

I have long argued that even if northern European arm-twisting might conceivably get periphery countries to pay back their debts by imposing severe austerity programs, this would be a mistake. By far the better approach would be a sharp debt-level writedown, perhaps by forcing private creditors to extend maturities as a condition for official financial aid. Whatever the northern countries lost in repayments, they would get back in the long term from a healthier, more productive Eurozone.

Surely a debt writedown for the periphery countries would be a far more helpful approach than a giant spendthrift German stimulus program. Those who see stimulus as the panacea for all woes need to take a closer look at France, a country with many remarkable strengths that are offset by a grotesquely bloated government sector. If France were to undertake structural reforms like those instituted by Germany a decade ago or Sweden two decades ago, the Eurozone would benefit enormously. Aside from the direct spillover effects, Germany would be more confident about having a genuine partner able to pull its weight in the leadership of the Eurozone.

Yes, Germany should have been quicker to assume a truly generous attitude to the periphery countries, finding creative ways to bring down debt burdens and helping to foster structural reforms. But the idea that Germany can save the day by transforming itself into a giant spending locomotive is sadly mistaken.

*Kenneth Rogoff is a Professor of Economics at Harvard University. This op-ed is based on a lecture which Prof. Rogoff will be holding in Berlin at the XI. Ludwig-Erhard-Lecture of the Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) on the 25th of June.*

## Deutschland kann nicht alle Probleme Europas lösen 104,46

Deutschlands Sparsamkeit steht bei den anderen Europäern in der Kritik. Doch wenn Deutschland mehr Geld ausgibt, hilft das nicht. Die Überschuldung ist das Problem.

### Ein Gastbeitrag von Kenneth Rogoff.



© DPA  Im Akkord für den Export: BMW-Mitarbeiter arbeiten im Werk Leipzig am Elektrowagen i3

Deutschland müsse eine stärkere Lokomotive für das europäische und globale Wirtschaftswachstum werden, lautet eine der häufigsten Forderungen von internationalen Kommentatoren. Mit einem Leistungsbilanzüberschuss von mehr als 7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes sei die Exportquote zu hoch und die Sparquote zu gering – sehr zum Leidwesen seiner Nachbarn, lautet der allgemeine Tenor. Die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Arbeitskräfte sei zu hoch und die Staatsquote zu gering. Diese Thesen sind zwar nicht gänzlich von der Hand zu weisen, stark übertrieben sind sie jedoch allemal.

Die deutsche Sparsamkeit ist in den vergangenen sechs Jahrzehnten immer wieder in makroökonomischen Debatten auf der ganzen Welt diskutiert worden. Während der Bretton-Woods-Ära fester Wechselkurse, als sich zahlreiche Länder, darunter auch Großbritannien, regelmäßig gezwungen sahen, ihre Wechselkurse gegenüber dem Dollar abzuwerten, musste Deutschland einige Male seinen Wechselkurs aufwerten. Ende der siebziger Jahre übten die amerikanischen Währungshüter hohen Druck auf Deutschland und Japan aus, als sie eine starke Erhöhung der Staatsausgaben forderten, um so die weltweite Nachfrage anzukurbeln.

### Skrupellose Schmutzkampagne

Auch während der Krise des Europäischen Währungssystems 1992, als der erste Versuch einer Einheitswährung scheiterte, schienen einige Kommentatoren die deutsche Stabilitätspolitik für instabile Währungen anderer Länder verantwortlich zu machen. Und auch im vergangenen Jahr wiederholte das amerikanische Finanzministerium seine Kritik, Deutschland sei nicht gewillt, Europa und der Welt mit einem größeren Konjunkturpaket unter die Arme zu greifen.

Demgegenüber ergaben Untersuchungen des Internationalen Währungsfonds (IWF), dass ein großangelegtes deutsches Konjunkturprogramm nicht den gewünschten Nutzen für sämtliche Peripheriestaaten Europas nach sich ziehen würde. Von einem deutschen Konjunkturprogramm würden in erster Linie die Vereinigten Staaten, Asien und Mitteleuropa profitieren, da sich hier das Zentrum der deutschen Lieferkette befindet. Die Exporte der Peripherieländer nach Deutschland sind schlichtweg nicht hoch genug, um substantiell ins Gewicht zu fallen.



© WOHLFAHRT, RAINER 

Kenneth Rogoff, amerikanischer Professor an der Harvard-Universität und ehemaliger Chefökonom des Internationalen Währungsfonds

Doch ungeachtet aller soliden Argumente des IWF halten die Ultra-Keynesianer an ihrer Überzeugung fest: Eine massive Erhöhung der deutschen Staatsausgaben wirke Wunder für die Peripheriestaaten, während sie gleichzeitig nur minimale Kosten für Deutschland verursache. Die Deutschen seien töricht, wenn sie sich um Staatsverschuldung, ungedeckte Rentenverbindlichkeiten und zukünftig zu

erwartende, verdeckte Kosten von Bankenrettungen und Staatssanierungen sorgten. In Ermangelung von handfesten Argumenten lancierten die Ultra-Keynesianer eine skrupellose Schmutzkampagne gegen jegliche Befürworter eines langfristigen Ausstiegs aus der Schuldenspirale infolge der Finanzkrise. Schulden seien einfach kein Problem.

Die massiven Übertreibungen der Ultra-Keynesianer (man betrachte nur einmal ihre unqualifizierten Prophezeiungen vom Untergang Großbritanniens, das Land erlebt gerade einen Aufschwung) bedeuten nicht etwa, dass die deutsche Politik immer die richtige war. Deutschland könnte selbstverständlich Strukturreformen einleiten, um die eigene Wirtschaft zu stärken und den Wettbewerb zu fördern. Wenn ein Land jedoch schon über einen soliden Arbeitsmarkt verfügt, fallen die Argumente für erhöhte Infrastrukturinvestitionen nicht so überzeugend aus wie etwa im Fall der Vereinigten Staaten. Angesichts der außergewöhnlich niedrigen Zinsen für deutsche Staatsanleihen erscheint das Kosten-Nutzen-Verhältnis von Infrastrukturinvestitionen jedoch tatsächlich sehr attraktiv, zumal die von der Europäischen Kommission aufgezeigten Defizite in den Bereichen Stromerzeugung und Breitbandnetze nicht von der Hand zu weisen sind.

### **Drastischer Schuldenschnitt als Lösung**

Deutschland kann auch mehr für die Verbesserung seines Bildungssystems tun, beispielsweise durch die Stärkung des Wettbewerbs unter den Universitäten und durch höhere und breit angelegte Investitionen in Bildung und Erziehung. Auch private Investitionen in den Bereichen Dienstleistungen und Einzelhandel ließen sich durch größere Deregulierung fördern. Ironischerweise würden diese positiven Schritte die Klagen über die deutsche Sparpolitik nicht verstummen lassen – schließlich würden sie den deutschen Wettbewerbsvorsprung langfristig nur weiter ausbauen. Doch könnten sie als Gesamtmaßnahmenpaket möglicherweise den gegenwärtigen Leistungsbilanzüberschuss reduzieren.

Bedauerlicherweise würde jedoch selbst eine deutliche Erhöhung der deutschen Investitionen kaum den nach wie vor hochverschuldeten Peripheriestaaten zugutekommen. Wie in Dutzenden Studien nachgewiesen, ist die private, öffentliche und externe Überschuldung nach wie vor ein Hemmnis für Wachstum in der Peripherie und Investitionen in der Eurozone. Die Regierungen Europas haben zwar tatsächlich enorm von den deutlich niedrigeren Zinsen profitiert, die Mario Draghi von der Europäischen Zentralbank mit seinen drastischen Maßnahmen durchsetzen konnte; doch kleine und mittlere Unternehmen haben nach wie vor enorme Schwierigkeiten, an Kredite zu gelangen.

Ich bin seit langem der Ansicht: Selbst, wenn es Nordeuropa gelänge, mithilfe einer energischen Sparpolitik die Peripheriestaaten zur vollen Rückzahlung ihrer Schulden zu verpflichten, wäre dies ein Fehler. Ein drastischer Schuldenschnitt, etwa durch die Verpflichtung privater Kreditgeber zu Laufzeitverlängerungen als zwingende Voraussetzung für offizielle Finanzhilfen, wäre der weitaus bessere Lösungsansatz. Mögen die Verluste der nordeuropäischen Länder durch verlorengegangene Rückzahlungen auch noch so hoch sein – langfristig würde eine gesündere, produktivere Eurozone diese Verluste wieder wettmachen.

Ein Schuldenerlass für die Peripherieländer wäre zweifellos ein wesentlich hilfreicherer Ansatz als ein kostspieliges Konjunkturpaket Deutschlands. Wer in fiskalpolitischen Maßnahmen die Lösung jeglicher Probleme sieht, möge nach Frankreich blicken – in ein Land, das zahlreiche Stärken aufweist, die jedoch durch einen immens aufgeblähten Regierungsapparat nicht zur Geltung kommen können. Würde Frankreich Strukturreformen wie in Deutschland vor einem Jahrzehnt oder Schweden vor zwei Jahrzehnten einleiten, hätte die Eurozone davon enorm profitieren können. Abgesehen von den direkten Spillover-Effekten würde man in Deutschland neue Zuversicht gewinnen, dass man einen echten Führungspartner in der Eurozone hat.

Ja, Deutschland hätte sich schon früher großzügiger gegenüber den Peripherieländern zeigen sollen – indem es neue Wege für den Schuldenabbau aufzeigt und Strukturreformen unterstützt. Die Vorstellung, dass ein Deutschland in der Form einer gigantischen Ausgaben-Lokomotive sämtliche Probleme lösen könnte, ist jedoch leider ein Trugschluss.

*Kenneth Rogoff ist Ökonom in Harvard. Der Text basiert auf einem Vortrag, den er anlässlich der Ludwig-Erhard-Lecture der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) am Mittwoch in Berlin hält. [Eine englische Version steht im Wirtschaftsblog „Fazit“.](#)*

## Der Einheitszins passt keinem 104,48

Die Europäische Zentralbank muss eine einheitliche Geldpolitik betreiben und orientiert sich dabei an Durchschnittswerten. Doch während der Leitzins für Deutschland absurd niedrig ist, gestaltet er sich für den Süden als viel zu hoch.

24.06.2014, von PHILIP PLICKERT

Man stelle sich vor, im Euroraum gäbe es nur noch Kleidung einer Einheitsgröße. Von Finnland bis Sizilien, vom Atlantik bis nach Griechenland müssten alle Hosen, Hemden oder Kleider derselben Größe tragen. Für die einen wären sie zu eng, den anderen viel zu weit und locker. Jeder sieht sofort, dass diese Einheitskleidergröße keine gute Idee wäre. Indes ist die europäische Geldpolitik von einer ähnlichen Situation nicht weit entfernt. Für die 18 Länder der Währungsunion, ein sehr heterogenes Währungsgebiet, muss die EZB eine einheitliche Geldpolitik betreiben.



Autor: Philip Plickert, Jahrgang 1979. Redakteur in der Wirtschaft, zuständig für „Der Volkswirt“. Folgen:

Die Europäische Zentralbank orientiert sich dabei an Durchschnittswerten - doch die konjunkturelle Lage der Euroländer ist oft weit von diesem Durchschnitt entfernt. Für Volkswirtschaften wie Deutschland mit recht starker Konjunktur und hoher Wettbewerbsfähigkeit ist der Leitzins viel zu niedrig. Aus Sicht der rezessionsgeplagten Länder mit deflationären Tendenzen liegen die Zinsen noch immer real zu hoch. In diesem Spannungsfeld muss die EZB operieren - eine Gratwanderung.

### „Enteignung der Sparer“

Wie unterschiedlich die Perspektiven sind, zeigen die Reaktionen auf die jüngste Senkung des Leitzinses auf nur noch 0,15 Prozent. „Enteignung der Sparer“, tönte es in Deutschland. Das Sparervolk sieht durch die niedrigen Zinsen seine Altersvorsorge bedroht. In den krisengebeutelten Südländern dagegen wurde die geldpolitische Lockerung der EZB mit einem „Na endlich“-Aufatmen begrüßt.

Man mache ein kurzes Gedankenexperiment: Wo läge der Leitzins für Deutschland, wenn es die Währungsunion nicht gäbe und die Bundesbank eine eigenständige Geldpolitik betreiben würde? Der angemessene Leitzins für Deutschland läge nicht bei 0,15 Prozent, sondern bei 4 Prozent, hat die Brüsseler Denkfabrik Bruegel jüngst errechnet. Diese sehr plausible Schätzung orientiert sich an der Zinsregel des Ökonomen John Taylor. Die Formel des Stanford-Professors wird in Zentralbanken weltweit als Referenzmaßstab genutzt.

Die Taylor-Regel besagt, etwas vereinfacht: Gibt es in einem Land viele brachliegende Kapazitäten und fällt die Inflationsrate weit unter den Zielwert, dann muss der Leitzins gesenkt werden. Und umgekehrt: Läuft die Wirtschaft gut, dann muss der Zins erhöht werden, um Überhitzungen vorzubeugen. Das ist die Situation in Deutschland, das auf eine Phase der Hochkonjunktur zusteuert. Auch für andere Länder in Mitteleuropa, etwa Österreich und Belgien, ist der EZB-Leitzins deutlich zu tief.

### Zu starker Stimulus durch billiges Geld

Griechenland dagegen brauchte wegen der riesigen brachliegenden Kapazitäten und hohen Arbeitslosigkeit einen Leitzins von real minus 15 Prozent (ginge nur mit hoher Inflation), ergab die Bruegel-Berechnung. Für Spanien, Portugal und Italien müsste der Leitzins bei minus 4 bis minus 1 Prozent liegen. Auch der Eurowechselkurs ist aus Sicht dieser Länder - auch aus Sicht Frankreichs - zu hoch.

Um es bildlich auszudrücken: Der EZB-Einheitszins ist für die Südländer wie eine zu enge Jacke, ein Korsett, das ihnen die Luft zum Atmen nimmt. Dagegen bringt die Geldpolitik hierzulande einen zu starken Stimulus durch zu billiges Geld. Das führt zu einer gewaltigen Aufblähung in bestimmten Märkten, vor allem auf dem Immobilienmarkt.

Die Bundesbank beobachtet die Entwicklung mit Argusaugen. Nach ihren Modellrechnungen sind die Marktpreise für Wohnungen in den beliebten deutschen Großstädten mittlerweile um 20 bis 25 Prozent zu hoch. Zwar vermeidet sie das Wort „Blase“, doch könnten die extrem günstigen Kreditzinsen dazu führen.

Es ist die Tragik der Währungsunion, dass sie zuerst der Peripherie ein vergiftetes Geschenk durch zu billiges Geld machte. Das verlockte zu übermäßiger Verschuldung und entfachte Immobilien- und Konsumbooms, die dann implodierten. Nun könnte die nächste Blase im Eurozentrum entstehen, wenn der Leitzins bis mindestens Ende 2016 so tief bleibt. Es drohen neue Gefahren für die Finanzstabilität, wenn Banken durch verfehlte Zinssignale Risiken falsch einschätzen.

Was könnte man tun, um „wandernde Blasen“ im Euroraum zu vermeiden? „Makroprudentielle Aufsicht“ lautet die Standardantwort aus den Zentralbanken. Der Zungenbrecher bedeutet, dass die Bankenaufsichter die Kreditvergabe in blasengefährdeten Regionen zu bremsen versuchen, indem sie etwa höhere Kapitalanforderungen für Immobilienkredite verlangen. Die Schweiz, die indirekt gegen die

EZB-Politik und gegen die Frankenaufwertung mit einer expansiven Politik ankämpft, probiert solche antizyklischen Maßnahmen schon aus - mit mäßigem Erfolg, der Häusermarkt dort droht zu überhitzen.

Fünfzehn Jahre nach Einführung des Euro klaffen die Entwicklungen im gemeinsamen Währungsgebiet stärker denn je auseinander. Es gibt einen Graben zwischen den stärkeren mitteleuropäischen Ländern und dem strukturell schwachen Süden. Da die Aufspaltung des Euro in kleinere, homogenere Währungsverbände für die Europolitiker tabu ist, muss die EZB demnächst zu korrigierenden Notmaßnahmen greifen, um der Gefahr wandernder Blasen entgegenzuwirken. Dann beginnt das nächste Kapitel der Euro-Krise.

Quelle: F.A.Z.

<http://www.lefigaro.fr/emploi/2014/06/24/09005-20140624ARTFIG00408-exclusif-le-rapport-accablant-sur-le-temps-de-travail-des-francais.php>

Exclusif: le rapport accablant sur le temps de travail des Français 104 ,50

Publié le 24/06/2014 à 20:18

Selon un rapport de l'institut Coe-Rexecode fondé sur des données européennes, les salariés français à temps complet travaillent cinq semaines de moins que les Allemands par an. Seuls les Finlandais ont un temps de travail inférieur en Europe. L'étude pointe aussi d'importantes différences entre salariés.

La durée moyenne effective de travail des salariés à temps complet (un concept large qui inclut la fonction publique) s'est établie à 1661 heures par an dans l'Hexagone en 2013. Ce mauvais résultat place la France au deuxième rang des pays qui travaillent le moins en Europe... Les salariés français passent ainsi 120 heures de moins par an au bureau ou à l'usine que les Italiens, 186 heures de moins que les Allemands et 239 heures de moins que les Britanniques.

Retrouvez l'intégralité de cet article dans *Le Figaro* à paraître mercredi 25 juin, et dès 22 heures sur le Web, les mobiles et les tablettes [pour les abonnés Mon Figar](#)

## Union européenne : Hollande appelle à "ouvrir une nouvelle étape" 104,51

Le Point.fr - Publié le 24/06/2014 à 13:50 - Modifié le 24/06/2014 à 15:23

Dans un document adressé au président du Conseil européen, le chef de l'État défend ses propositions pour les orientations futures de l'UE.



Le président

français exhorte aussi à plus de "flexibilité" dans l'"application des règles budgétaires" afin de favoriser l'emploi et l'investissement. © PHILIPPE WOJAZER / AFP

"Il est temps de changer d'échelle et d'ouvrir une nouvelle étape" de la construction européenne, plaide [François Hollande](#) dans un document adressé au président sortant du Conseil européen, [Herman Van Rompuy](#), et publié mardi par *Le Monde*. François Hollande y propose un "agenda pour la croissance et le changement en [Europe](#)" avec, entre autres mesures phares, un programme d'investissement sur cinq ans. "Depuis deux ans, les bases d'un rebond ont été posées", fait valoir le président français à deux jours d'un sommet européen décisif qui devrait proposer le nouveau président de la Commission et fixer de nouvelles orientations pour l'Union européenne.

Dans le document, François Hollande propose "une application des règles budgétaires favorable à l'investissement et à l'emploi" afin de "tirer pleinement parti des flexibilités" offertes selon le chef de l'État par les traités européens. Il s'agit, précise-t-il, "de tenir compte des réformes engagées par les pays et de leur situation économique". Pour relancer l'investissement, Paris prône donc un "programme d'investissements à cinq ans en mobilisant les ressources publiques européennes et nationales ainsi que les ressources de l'épargne privée et les grands investisseurs".

Estimant "les principaux besoins" à 2 % du produit intérieur brut, soit environ 240 milliards d'euros annuels, le chef de l'État identifie "cinq domaines prioritaires". Il s'agit des "grandes infrastructures, en particulier en matière d'énergie, de transport et de numérique" de la "recherche et l'innovation", de "l'efficacité énergétique", de la "formation et la qualification des jeunes" et des "besoins en matière de santé". Dans le détail, il plaide pour la "mobilisation immédiate des instruments européens existants" avec l'"accélération des programmes engagés sur le budget européen", une "utilisation renforcée" de la Banque européenne d'investissement, le recours aux nouveaux moyens du Fonds européen d'investissement pour le soutien aux start-up européennes ou "le lancement d'une nouvelle phase de project-bonds". Il s'agit, résume-t-il, de poser "les bases d'une nouvelle capacité financière de la zone euro".

Améliorer le fonctionnement à traités constants

Paris propose aussi "une meilleure coordination des politiques économiques et budgétaires nationales" ainsi qu'un "programme de convergence fiscale et sociale renforcée, afin de lutter contre la concurrence déloyale" avec, notamment, "un salaire minimum dans tous les États membres" et la lutte contre la fraude et l'évasion fiscales. Pour lutter contre le chômage des jeunes, il propose de doter l'initiative européenne en la matière "d'au moins 20 milliards d'euros sur l'ensemble de la législature" contre six milliards aujourd'hui. "La taxe sur les transactions financières devra effectivement être mise en place pour 2015", réaffirme encore François Hollande, qui souhaite qu'une "part significative de son produit" soit "affectée à l'aide au développement".

D'une manière générale, il reprend aussi les propositions françaises d'"une amélioration du fonctionnement de la zone euro à traités constants", contrairement à l'Allemagne, avec des "sommets de la zone euro plus réguliers" ou "un président à plein temps de l'eurogroupe". "L'Union européenne doit agir là où son action est attendue" sans "créer des contraintes inutiles" et "se soumettre à un choc de simplification", souligne-t-il. En matière de sécurité, François Hollande exhorte l'UE à "lutter fermement contre le terrorisme" avec, entre autres mesures, la mise en oeuvre d'un "programme d'identification du financement du terrorisme" européen. Quant à la maîtrise des flux migratoires, elle suppose, selon lui, d'appliquer "strictement" les règles de surveillance des frontières extérieures de l'espace Schengen, mais passerait aussi par la création, "à terme", d'un "corps de gardes-frontières européens".

## Arbeiten die Franzosen zu wenig? 104,53

Eine neue Studie sorgt in Frankreich für Furore: Danach arbeiten in Europa nur die Finnen weniger als die Franzosen. Paris will die 35-Stunden-Woche trotzdem nicht antasten. Andere schon.

25.06.2014, von CHRISTIAN SCHUBERT, PARIS



© LÜDECKE, MATTHIAS  Savoir-vivre in Paris: Aber nicht nur die Franzosen mögen das schöne Leben.

Frankreich fällt wirtschaftlich nicht nur wegen hoher Arbeitskosten zurück, sondern auch wegen seiner geringen Arbeitszeiten. Dies zeigt eine neue Studie der französischen Beratungsgesellschaft Coe-Rexecode auf der Basis von Eurostat-Daten. Danach war die Einführung der landesweiten 35-Stunden-Woche bei gleichem Lohn durch die sozialistische Regierung Ende der neunziger Jahre ein schwerer Fehler. In einem Vergleich von 26 europäischen Ländern arbeiten nach der Studie nur die Finnen weniger als die Franzosen. Ferien, Fehlzeiten und Feiertage sind dabei berücksichtigt.



Autor: Christian Schubert, Jahrgang 1964, Wirtschaftskorrespondent in Paris. Folgen:

„Frankreich hat ein Problem mit seiner Wettbewerbsfähigkeit, weil die Produktivität schwächer steigt als in der Vergangenheit, weil die Gehälter trotzdem zunehmen und die Franzosen insgesamt nicht genügend arbeiten“, sagt Denis Ferrand, Generaldirektor von Coe-Rexecode, einem als arbeitgebernah geltenden Institut. Die Studie sorgt in Frankreich für heftige Debatten, weil die sozialistische Regierung die 35-Stunden-Woche nicht antasten will. Die Sozialisten sehen die landesweit einheitliche Arbeitszeitobergrenze als soziale Errungenschaft und haben daher auch die unter Präsident Nicolas Sarkozy eingeführten Steueranreize für Überstunden abgeschafft.

### Effekte der 35-Stunden-Woche sind umstritten

Sarkozy hatte die Überstunden von der Einkommensteuer befreit, um die Mehrarbeit attraktiver zu machen. Seither ging die Zahl der Überstunden zurück, was allerdings auch auf die schwache Konjunktur zurückzuführen ist. Die französischen Ökonomen sind über die Effekte der 35-Stunden-Woche seit langem zerstritten. „Jetzt die Arbeitszeiten freizugeben wäre das Schlimmste, was man machen könnte, denn das Wachstum ist gleich null und wir haben Massenarbeitslosigkeit“, sagt der Ökonom Eric Heyer von dem der Regierung nahestehenden Beratungsinstitut OFCE. Viele Arbeitsplätze würden verlorengehen, weil die Unternehmen ihre Mitarbeiter länger arbeiten lassen würden, meint er. Doch es gibt kaum Belege für die Behauptung sozialistischer Politiker, dass die 35-Stunden-Woche zur Schaffung von Hunderttausenden neuer Arbeitsplätze führte.

Stattdessen zeigen viele Untersuchungen, wie sie die Arbeitskosten für die Unternehmen anhub, weil die Überstundenzuschläge früher als in anderen Ländern greifen. Auch für den Staat fallen Kosten an: Er hat nach Einführung der 35-Stunden-Woche die Arbeitgeber von Sozialabgaben für die unteren Lohngruppen befreit und gleicht den Fehlbetrag mit einer Zahlung von jährlich 20 Milliarden Euro aus. François Fillon – der ehemalige Premierminister unter Sarkozy, der jetzt seine Präsidentschaftskandidatur für 2017 vorbereitet – forderte in diesen Tagen die Abschaffung der Wochenarbeitszeitgrenze in der Privatwirtschaft und für den öffentlichen Dienst den

Übergang zur 39-Stunden-Woche. Nur so seien Wachstumskräfte zu entfalten. Die jüngste Schätzung des Statistikamtes Insee über ein Wachstum von nur 0,7 Prozent in diesem Jahr (gegenüber 1 Prozent laut Regierungsprognose) zeige den Handlungsbedarf, meint Fillon.

Viele französische Ökonomen haben die geringe Arbeitszeit auch häufig mit dem Verweis auf die hohe Produktivität der Franzosen verteidigt. Dieser Vorteil ist laut einer Studie des Finanzministeriums in den vergangenen Jahren jedoch geschwunden. Laut Ferrand resultiert die Produktivität Frankreichs auch daraus, dass ein großer Teil der Jungen und der Senioren vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen bleibt.

### **Frankreichs Selbständige arbeiten überdurchschnittlich viel**

Den Angaben der neuesten Studie von Coe-Rexecode liegen Daten zugrunde, die Eurostat auf Bitten der Beratungsgesellschaft korrigiert hat. Eurostat berücksichtige in seinen regelmäßigen, europaweiten Befragungen nicht jene Personen, die in der abgefragten Referenzwoche nicht gearbeitet haben, etwa wegen Krankheit oder Urlaub. Diese Personen seien aber ein wichtiger Teil der Statistik, meint die französische Gesellschaft. Nach ihren Angaben arbeiten die Franzosen mit einer Vollzeitstelle nur 1661 Stunden im Jahr. Deutschland rangiert dagegen im Mittelfeld mit 1847 Stunden. Werner Eichhorst, Direktor beim deutschen Institut zur Zukunft der Arbeit (IZA), kann die Zahlen nach eigenen Angaben allerdings nicht nachvollziehen. Die Arbeitszeit in Deutschland werde um rund 200 Stunden überschätzt. Unter anderem seien die Urlaubsangaben zu niedrig angesetzt, meint er.

Innerhalb von Frankreich ergeben sich laut Coe-Rexecode große Unterschiede. Vor allem arbeiten die Selbständigen in Frankreich überdurchschnittlich viel: im Durchschnitt 43 Prozent mehr als die abhängig Beschäftigten. In Deutschland betrage der Unterschied 27 Prozent und in Großbritannien nur 7 Prozent. Zudem gibt es in Frankreich weniger Teilzeit-Arbeitskräfte, und wenn die Franzosen teilzeitbeschäftigt sind, dann kommen sie in der Regel auf höhere Arbeitszeiten als Arbeitnehmer im Ausland.



## Le PS renouerait-il avec sa tradition libérale ? 104,55

Le Point.fr - Publié le 26/06/2014 à 10:54

L'État ne peut pas tout faire. Cette idée est défendue, pour l'instant timidement, par certains socialistes. Garspard Koenig les invite à l'assumer.



Gérard Collomb estime qu'il faut en finir avec les carcans qui

inhibent la création et l'innovation. © Jeff Pachoud / AFP

Par **GASPARD KOENIG**

La semaine dernière, au congrès des professionnels de l'immobilier à Lyon, est apparu au pupitre un homme en colère. Il n'eut pas de mots assez durs contre la loi Alur, pur produit de la pensée collectiviste ; contre les charges sociales, asphyxiantes pour les entreprises ; ni contre le code de l'urbanisme et autres monstres juridiques, inhibiteurs pour l'activité. Le même homme défendait, dans un livre paru il y a quelques années, l'idée que "l'État ne peut pas tout faire", et que la modernité devrait enterrer "la vision d'une social-démocratie classique, fondée sur l'intervention de l'État, par la redistribution et la réglementation". Renseignements pris, ce dangereux libéral n'était autre que Gérard Collomb, sénateur-maire de Lyon et membre du conseil national du Parti socialiste dont il fut un temps le président.

Ce que Gérard Collomb dit tout haut, beaucoup de ses amis le pensent tout bas. Je me suis aventuré récemment en territoire PS, pour découvrir avec ravissement que les équipes de Terra Nova, les jeunes des cabinets, et même de nombreux députés de la majorité dissertent paisiblement - hors micro - sur la mort de l'État-providence, les errements du présidentielisme, le scandale des professions réglementées, l'injustice des retraites par répartition, les dérives mafieuses des syndicats, le drame de la fiscalité, le jacobinisme ringard du système éducatif, la folie du protectionnisme économique, les rigidités de la fonction publique ou l'insoutenable paternalisme des lois de santé publique...

### **Une tradition ancrée à gauche**

Je ne devrais pas être surpris. Même si elle est peu visible en cette époque d'étatisme débridé, il existe en effet une forte tradition libérale à gauche. Rappelons que les premiers libéraux, comme Frédéric Bastiat ou Alexis de Tocqueville, siégeaient à gauche de l'hémicycle, d'où ils s'opposaient à la droite conservatrice et protectionniste. Qu'il existe au sein du PS, depuis la scission du congrès de Tours, un courant militant pour la concurrence et le libre-échange, cousin de l'ordolibéralisme allemand, et dont Pierre Bérégovoy fut le dernier grand représentant. Que les composantes anarcho-libertaires de la gauche ont toujours alimenté la réflexion sur les libertés individuelles (Jean Jaurès ne voyait-il pas en Proudhon "un grand libéral en même temps qu'un grand socialiste" ?). Et n'est-ce pas en effet l'essence d'une politique de gauche, comme l'expliquait l'économiste Jean-Marc Daniel dans *Le Socialisme de l'excellence*, que de promouvoir l'innovation contre les rentes, l'émancipation individuelle contre l'État-nounou, l'autogestion contre le dirigisme ?

Aujourd'hui, tous les ingrédients sont en place pour qu'à l'archaïque opposition droite/gauche se substitue celle des Anciens et des Modernes. D'un côté, les planificateurs nostalgiques des Trente Glorieuses, qu'ils se disent gaullistes ou frondeurs ; de l'autre, ceux qui ont pris la mesure de cette "quatrième révolution" de l'État décrite dans le récent livre du rédacteur en chef de *The Economist* John Micklethwait : un État fort mais au périmètre restreint, sur le modèle suédois, consacrant le triomphe postmoderne de l'autonomie individuelle, de la coopération spontanée et de la décentralisation des processus.

Il est temps d'ôter les masques ! Chers amis libéraux de gauche, regroupez-vous, écrivez des tribunes, affirmez votre voix et vos principes. Au lieu d'embrasser timidement et comme à regret la cause des entreprises, au lieu de vous excuser du (modeste) "virage social-libéral" en invoquant d'ennuyeuses nécessités budgétaires, au lieu de laisser à Bruxelles la responsabilité d'ouvrir à la concurrence les différents secteurs de notre économie, assumez ! Proposez-nous une nouvelle vision de l'individu et de la société! Faites-nous rêver !

## Muslimische Häftlinge in Frankreich

# Alleingelassen in der Zelle 104,56

Häftlinge in Frankreichs Gefängnissen sind anscheinend leichte Ziele radikaler Prediger und empfänglich für das „Erlösungsversprechen“ des heiligen Kampfes in Syrien. Ein muslimischer Seelsorger warnt nach den jüngsten Attentaten vor „Nacheiferern“.

26.06.2014, von MICHAELA WIEGEL, PARIS

Wieder ein Anschlag, wieder Tote und Verletzte und wieder reichen die Spuren in eine französische Haftanstalt. Mehdi Nemmouche, der mutmaßliche Attentäter vom Jüdischen Museum in Brüssel, hat sich im Gefängnis radikalisiert. Der 29 Jahre alte Franzose, der in Nordfrankreich in zerrütteten Familienverhältnissen aufwuchs, glitt frühzeitig in die Kriminalität ab. Doch erst im Gefängnis kam er in Kontakt mit radikalislamistischen Gruppen. Wie vor ihm Mohamed Merah, der sich in der Haft einem islamistischen Netzwerk anschloss und im März 2012 im Namen des „Dschihad“ in Toulouse und Montauban sieben Menschen tötete. „Zwei Einzelfälle“, sagt Foudil Benabadji, „aber es sind Einzelfälle, die ein bestimmtes Profil aufzeigen, das mir im Gefängnisalltag immer häufiger begegnet.“



Autorin: Michaela Wiegel, Politische Korrespondentin mit Sitz in Paris. Folgen:

Benabadji ist einer von insgesamt 169 muslimischen Gefängnisseelsorgern in Frankreich. Obwohl in den staatlichen Haftanstalten das Prinzip der Laizität gilt, der Trennung von Religion und Staat, hat die Regierung 2005 eingelenkt und muslimische Gefängnisseelsorger zugelassen. Schließlich hat es immer schon katholische, protestantische, orthodoxe und jüdische Seelsorger in den Haftanstalten gegeben. Inzwischen haben jedoch mehr als die Hälfte der französischen Häftlinge Wurzeln, die in den muslimischen Kulturraum reichen. Doch darüber spricht auch Benabadji nicht gern, schließlich will er nicht die Thesen des rechtsextremen Front National stärken, für die Kriminalität und Immigration zusammengehören.

### Wachsender Einfluss radikaler Salafisten

Benabadji berichtet lieber von der „erschreckenden Unkenntnis“ der meisten Häftlinge in religiösen Fragen und insbesondere über den Islam. Sie seien „leichte Ziele“ für selbsterklärte Imame, die den orientierungslosen, frustrierten jungen Männern ein Lebensprojekt ausmalen. Benabadji spricht von einem „Do-it-yourself-Islam“, der den oftmals ohne Vater aufgewachsenen Männern ein Gefühl von Bedeutung gebe, das ihnen in ihrer Kindheit und Jugend fehlte. Sie sehen sich als „heilige Krieger“, die Teil eines großen missionarischen Werkes seien. So hätten sie, die entwurzelten Kinder der französischen Banlieue, den Eindruck, die Verbindung zu ihren Vorfahren wiederzufinden. „Sie glauben, dass sie zu einem Ur-Islam zurückkehren“, sagt Benabadji. Das sei genauso irrsinnig, als würden die Christen sich vornehmen, wie zu Lebzeiten Jesu Christi zu leben.



© FRANCE KEYSER / M.Y.O.P.  Seelsorger: Foudil Benabadji

In der Haftanstalt in Chambéry (Savoyen), in der Benabadji jeden Freitag Gespräche in den Zellen anbietet und das Freitagsgebet leitet, entstammen nach seiner Schätzung acht von zehn Gefangenen dem muslimischen Kulturraum. „Viel zu viele“, sagt er, „es ist fast unmöglich, sich aller so anzunehmen, wie sie es verdient hätten.“ Es herrscht ein chronischer Mangel an muslimischen Gefängnisseelsorgern in Frankreich. Die katholische Kirche zählt 655, die Protestanten 317, die jüdische Gemeinde 70, doch die Zahl der muslimischen Seelsorger stagniert bei 169. Gerade mal fünfzehn neue Stellen sind im vergangenen Jahr geschaffen worden. „Das ist ein Skandal“, sagt Benabadji. Es bedeute, dass die meisten Häftlinge bei ihrer Suche nach religiösem Halt alleingelassen und somit leichte Beute für selbsternannte Imame würden. „Ich bin schockiert über den Anschlag vom Jüdischen Museum, aber überrascht bin ich nicht“, sagt Benabadji.

Auch wenn er Verallgemeinerungen ablehne, habe er in den vergangenen 20 Jahren den zunehmenden Einfluss radikaler Salafisten beobachtet. „Die meisten Häftlinge sind isoliert und psychologisch fragil. Ihr Alltag ist langweilig und unangenehm, sie müssen auf

engstem Raum mit anderen Leuten zusammenleben. Sie sind auf der Suche nach ihrer Identität, nach einem Projekt für die Zeit nach dem Knast. Wenn sich dann ein selbsternannter Imam für sie interessiert, dann können sie schnell in dessen Bann geraten“, sagt der muslimische Seelsorger. Die Haftbedingungen in Frankreich seien erschreckend: überfüllte Zellen und so gut wie keine Hilfen zur Wiedereingliederung in die Gesellschaft, aus Mangel an qualifizierten Sozialarbeitern. „Aber es fehlt auch an gut ausgebildeten muslimischen Imamen, die Französisch sprechen, sich in der französischen Kultur und im Rechtssystem auskennen und willens sind, in die Haftanstalten zu gehen“, sagt Benabadji. Etwa 800 Euro erhalten die muslimischen Gefängnisseelsorger für ihre Arbeit im Monat.

### **Zahl islamistischer Häftlinge wird auf fast 1000 geschätzt**

Der nationale Leiter der muslimischen Gefängnisseelsorge, El Aloui Talibi, hat nach dem Attentat von Brüssel einen Brandbrief an die Regierung geschickt. Die „barbarische Tat“, die er zutiefst verurteile, zeige von neuem, wie wichtig es sei, einen moderaten Islam zu verbreiten. „Unsere Arbeit im Gefangenenmilieu ist nützlich. Es ist an der Zeit, dass die Bedingungen, unter denen wir arbeiten, verbessert werden“, heißt es in dem Brief. Es müssten mehr Posten geschaffen und Fortbildungen für die Gefängnisseelsorger angeboten werden. Justizministerin Christiane Taubira hingegen ist nicht der Meinung, dass der Fall Nemmouche ein Umdenken im Haftvollzug erfordert. „Das Phänomen der Radikalisierung in den Haftanstalten existiert, aber man sollte es nicht überschätzen“, sagte die Justizministerin. Insgesamt 80 Häftlinge ständen aufgrund radikalislamistischer Ideen „unter besonderer Beobachtung“. Das sei eine verschwindend kleine Minderheit. In Frankreich sitzen derzeit 80470 Personen in Haft. Die Justizvollzugsgewerkschaften schätzen die Zahl der potentiell gefährlichen islamistischen Eiferer in Haft hingegen auf annähernd 1000.

Auch Benabadji hält es für riskant, die Veränderungen im Gefängnisumfeld zu verharmlosen. Die Haftanstalten seien ein Spiegelbild der Gesellschaft. Benabadji zitiert den Islamforscher Gilles Kepel. In seinem jüngsten Buch „Passion française, les voix des cités“ beschreibt Kepel den Vormarsch des Salafismus in den Vorstädten der großen französischen Ballungszentren. Für eine wachsende Zahl von Franzosen mit Einwanderungshintergrund aber auch für Konvertiten sei dieser „Urislam“ mit seinen strikten Regeln und Kleidungsvorschriften attraktiv.

Der alltägliche Banlieue-Salafismus mit seinen äußeren Erkennungsmerkmalen, langen Bärten und Djellabah für die Männer, Niqab für die Frauen, schreibt Kepel, bilde den Nährboden für den bewaffneten Dschihad. Den Gläubigen werde empfohlen, den „wahren Islam“ im Mittleren Osten oder im Maghreb auszuleben und Frankreich zu verlassen. Es gebe keinen Gewaltautomatismus, so Kepel. Aber es reiche oftmals aus, dass ein Imam die muslimischen Pflichten eigenmächtig auslege und dazu aufrufe, die „Glaubensbrüder“ in Syrien im bewaffneten Kampf zu verteidigen, um den Radikalisierungsprozess einzuleiten. Gerade in Gefängnissen erscheine das „Erlösungsversprechen“ des heiligen Kampfes in Syrien besonders attraktiv. „Haftanstalten sind Orte besonderer Verwundbarkeit“, sagt auch Benabadji.

### **Konspirative Stimmung**

Es sei sehr schwierig, einen Radikalisierungsprozess zu unterbrechen, zumal die meisten selbsternannten Prediger eine konspirative Stimmung erzeugten und auf Verheimlichung Wert legten. Ihre Opfer ließen sich keine langen Bärte mehr wachsen, um unerkannt zu bleiben. Gerade deshalb sei es wichtig, den Kontakt zu den Häftlingen zu halten. Benabadji hat beobachtet, dass das Aufsichtspersonal in den Haftanstalten die Religiosität der Häftlinge toleriert, „weil sie sich so sozialen Frieden erkaufen“. Die „Neu-Gläubigen“ machten keine Scherereien, sondern seien vollends mit ihrem selbstgebastelten Islam beschäftigt.

„Seit einigen Jahren hat sich die Strategie der radikalislamistischen Gruppen in den Haftanstalten verändert. Es werden nur noch kleine, konspirative Zellen gebildet, um nicht die Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen“, schreibt der Islamforscher Farhad Khosrokhavar, der das Buch „Der Islam im Gefängnis“ („L’Islam en prison“) veröffentlicht hat.

Deshalb sprächen die Geheimdienste von „einsamen Wölfen“. Doch dies täusche: Wenn es sich wie bei Nemmouche und Merah um Einzeltäter handele, so seien sich beide gewiss gewesen, Teil eines großen Netzwerkes zu sein. „Das verheerende ist, dass der Islam der Verständigung und des friedlichen Zusammenlebens, den ich im Gefängnis predige, kaum noch etwas mit dem zu tun hat, was die Häftlinge entdecken, wenn sie entlassen werden“, sagt Benabadji. Merah und Nemmouche würden in vielen Sozialbauvierteln als „Helden“ betrachtet. „Es wird noch Nacheiferer geben“, sagt Benabadji.

# Deutschland schafft in EU Millionen Arbeitsplätze 104,58

Gehen die deutschen Exporterfolge zulasten der anderen EU-Staaten? Laut einer neuen Studie ist das nicht der Fall. Im Gegenteil – die deutsche Wirtschaft treibe andere Länder an.



Foto: dpaContainerschiff in Hamburg: Deutschlands Stärke nützt durchaus auch anderen EU-Ländern

Die deutsche Exportstärke schafft einer Studie zufolge rund dreieinhalb Millionen Arbeitsplätze in der EU. Laut der Untersuchung im Auftrag der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw) brauchen deutsche Unternehmen für die Fertigung ihrer Exportgüter viele Produkte, die im Ausland vorab hergestellt würden.

Die deutsche Importnachfrage nach solchen, Vorleistungsgütern genannten Waren aus EU-Staaten summierte sich laut Studie im Jahr 2012 auf 409 Milliarden Dollar (300 Milliarden Euro), wie das Forschungsinstitut Prognos für die vbw errechnete.

"Damit ist die Mär widerlegt, [die Exporterfolge der Bundesrepublik gingen zulasten der anderen EU-Staaten](#)", meint der Hauptgeschäftsführer der vbw, Bertram Brossardt. Vor allem Tschechien und Ungarn profitierten von der deutschen Nachfrage.

## Südeuropa fällt zurück

Deutschland steht wegen seiner hohen Überschüsse im Außenhandel schon seit längerem international unter Druck. Die Länder Europas driften in ihrer Leistungsfähigkeit zunehmend auseinander. Vor allem der Süden Europas fällt zurück.

Der Vorwurf an Deutschland lautet oft, das Land müsse seine starke Exportorientierung reduzieren und mehr für die Nachfrage im eigenen Land tun, um andere Länder nicht zu schwächen.

## Was wir aus der deutschen Geschichte lernen könnten 104,59

Soll Deutschland sich stärker in der Welt engagieren? Auch militärisch? Viele Bürger sind skeptisch. Führt uns dies in neue, endlose Kriege? Eine Prüfung unserer Geschichte legt eine Antwort nahe.

26.06.2014, VON HEINRICH AUGUST WINKLER



© DAPD ;  Fordert mehr Engagement Deutschlands in den Krisengebieten der Welt: Bundespräsident Joachim Gauck

Das „Zeitalter der Extreme“: So lautet der einprägsame Titel von Eric Hobsbawms Buch über das zwanzigste Jahrhundert. Über dieses Zeitalter nachzudenken hat kein Land so viel Anlass wie Deutschland. Denn in seiner ersten Hälfte trug das vergangene Jahrhundert einen deutschen Stempel. Das liegt nicht nur an dem maßgeblichen Anteil, den das Deutsche Reich an der Auslösung des Ersten Weltkriegs, der „Urkatastrophe“ des 20. Jahrhunderts, hatte. Es liegt auch daran, dass es ohne aktive deutsche Hilfe die Machtergreifung der russischen Bolschewiki im November 1917 nicht gegeben hätte - ein epochales Ereignis, das aus der Vorgeschichte zweier anderer Machtergreifungen totalitärer Bewegungen, derjenigen der italienischen Faschisten 1922 und jener der deutschen Nationalsozialisten 1933, nicht wegzudenken ist. Dass auf den Ersten Weltkrieg ein Vierteljahrhundert später der Zweite folgte, war durchaus nicht zwangsläufig. Aber auch hier gilt: Ohne die Urkatastrophe von 1914 sind die Folgekatastrophen nicht zu erklären.

Deutschland war kulturell ein Land des Westens. Es hatte die großen europäischen Emanzipationsprozesse seit dem Mittelalter mitvollzogen, ja im Fall der Reformation in Gang gesetzt und teilgehabt an der europäischen Aufklärung. Wesentlichen politischen Konsequenzen der Aufklärung aber in Gestalt der Ideen der unveräußerlichen Menschenrechte, der Volkssouveränität und der repräsentativen Demokratie hatten sich die herrschenden Eliten Deutschlands bis ins 20. Jahrhundert hinein verweigert.

Der Erste Weltkrieg wurde von den deutschen Kriegsideologen als Kampf der „Ideen von 1914“ gegen die Ideen von 1789 geführt. Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit fanden ihr Gegenstück im Bekenntnis zu einem starken Staat, zur Volksgemeinschaft und zu einem „deutschen Sozialismus“. Die höchste Steigerung des deutschen Ressentiments gegen den Westen und sein normatives Projekt, die Ideen der Amerikanischen Revolution von 1776 und der Französischen Revolution von 1789, war die Herrschaft des Nationalsozialismus - die „deutsche Katastrophe“, von der der Historiker Friedrich Meinecke 1946 sprach.

### **Das juristische Fundament**

Erst nach der zweiten, diesmal totalen Niederlage Deutschlands im 20. Jahrhundert konnte sich die westliche Demokratie in Deutschland, genauer gesagt, in einem Teil Deutschlands, durchsetzen. Dass es dazu kam, war ein Gemeinschaftswerk der westlichen Alliierten, an ihrer Spitze der Vereinigten Staaten, und der weise gewordenen Weimarer, der Väter und Mütter des Bonner Grundgesetzes, die das „Dritte Reich“ überlebt und aus dem Scheitern der Demokratie von 1918/19 Schlussfolgerungen für den Aufbau einer abwehrbereiten und funktionstüchtigen parlamentarischen Demokratie gezogen hatten. Die anfangs höchst umstrittene Westbindung mitsamt dem Beitrag der Bundesrepublik zum westeuropäischen Einigungsprozess, das Werk einer Koalition der rechten Mitte unter Konrad Adenauer, hörte seit der historischen Kurskorrektur der Sozialdemokraten von 1959/60 auf, Gegenstand innenpolitischer Kontroversen zu sein.



© LÜDECKE, MATTHIAS  Heinrich August Winkler

Ein Vierteljahrhundert später, während des „Historikerstreits“ von 1986 um die Einzigartigkeit des nationalsozialistischen Judenmordes, wertete Jürgen Habermas die „vorbehaltlose Öffnung der Bundesrepublik gegenüber der politischen Kultur des Westens“ als diejenige intellektuelle Leistung der westdeutschen Nachkriegszeit, auf die gerade seine Generation stolz sein könne. Das Verdikt des Philosophen wurde zur Geburtsstunde einer posthumen Adenauerschen Linken - einer informellen Koalition, der sich im Jahrzehnt nach der Wiedervereinigung Deutschlands auch die Grünen anschlossen.

Bis zur Wiederherstellung der deutschen Einheit waren die beiden deutschen Staaten nur beschränkt souverän gewesen. Mit der Wiedervereinigung hörten die alliierten Vorbehaltsrechte in Bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes zu bestehen auf. Mit der wiedergewonnenen Souveränität aber tat sich das vereinte Land schwer. Das zeigte sich bereits im Golfkrieg von 1991 und erst recht bei den jugoslawischen Nachfolgekriegen der neunziger Jahre. Das „Out of area“-Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 12. Juli 1994 schuf dann juristische Klarheit, unter welchen Bedingungen humanitäre und/oder militärische Einsätze der Bundeswehr auch außerhalb des Bündnisgebiets zulässig waren.

### **Gefahr einer Banalisierung**

Im Jahr darauf, am 30. Juni 1995, stimmte der Bundestag einem Einsatz der Bundeswehr zum Schutz und zur Unterstützung der „Schnellen Eingreiftruppe“ in Bosnien-Herzegowina mit den Stimmen der christlich-liberalen Koalition zu. Die Mehrheit der SPD, die meisten Grünen und die PDS lehnten ihn ab. Den 45 sozialdemokratischen Abweichlern, die für den Einsatz stimmten, hielt der damalige Bundesgeschäftsführer der SPD, Günter Verheugen, entgegen, Deutschland könne auch nach der großen Wende in Europa „nicht in dem Sinne ein normales Land werden . . ., wie andere ohne eine so anomale Geschichte es sind. Wer es immer noch nicht glaubt, sollte sich einmal fragen, was das erst jüngst eröffnete Washingtoner Holocaust-Museum bedeutet.“

Abermals drei Jahre später wurde Deutschland erneut mit dem Problem seiner internationalen Verantwortung konfrontiert. Wenige Tage vor der Bildung der ersten rot-grünen Bundesregierung stimmte der Bundestag am 16. Oktober 1998 mit großer Mehrheit, darunter den Stimmen der meisten Sozialdemokraten und Grünen, einer Beteiligung der Bundeswehr an einem möglichen Einsatz des Atlantischen Bündnisses gegen die aggressive Politik Serbiens im Kosovo zu. In den Begründungen dieser humanitären Intervention spielte der Holocaust erneut eine große Rolle, aber jetzt als Argument für einen Einsatz, der einen Völkermord an den Kosovo-Albanern verhindern sollte. Die Berufung auf das Menschheitsverbrechen der Nationalsozialisten mochte mitunter auch dazu dienen, verbliebenen Zweifeln der regierenden Linken entgegenzuwirken, ob eine Befriedung der umkämpften Region mit militärischen Mitteln möglich sein würde. Aber anders als 1995 waren 1998/99 auch die Abgeordneten der Sozialdemokraten und der Grünen nahezu geschlossen bereit, die Konsequenzen mitzutragen, die sich aus dem Souveränitätszuwachs von 1990 ergaben. Deutschland handelte wie alle Demokratien des Westens. Es blieb kleinen Minderheiten überlassen, unter Hinweis auf die deutsche Vergangenheit auf einer deutschen Sonderrolle zu beharren.

Auschwitz als Argument in aktuellen deutschen Debatten ist seit der Jahrtausendwende seltener geworden, und das ist gut so. Denn jede tagespolitische Bezugnahme auf die Ausrottung der europäischen Juden gerät in die Gefahr einer Instrumentalisierung und damit einer Banalisierung des schrecklichsten Ereignisses der deutschen und der europäischen Geschichte. Die Berufung auf die Einzigartigkeit der Judenvernichtung zu dem Zweck, andere, neuere Verbrechen nicht zu verurteilen oder sie zu relativieren, bedeutet nichts anderes, als dass der Hinweis auf Auschwitz als Vorwand einer Entsensibilisierung gegenüber der Missachtung von Menschenrechten erhalten muss. Wenn eine solche Argumentation ernst gemeint ist, ist sie der Ausdruck eines pathologischen Lernprozesses.

### **Kultur der Zurückhaltung**

Die Westbindung Deutschlands schloss immer eine enge Verbindung mit der westlichen Führungsmacht, den Vereinigten Staaten, ein. Eine bedingungslose Unterwerfung unter das, was Washington jeweils unter westlichen Interessen versteht, bedeutet die Westbindung nicht. Das rot-grüne Nein zum Irak-Krieg von 2003 war völkerrechtlich und politisch wohlbegründet und ein Akt der Emanzipation von einem Amerika, das unter George W. Bush seine eigenen Werte fundamental in Frage stellte. Eine Aufkündigung der westlichen

Wertegemeinschaft aber folgt aus diesem transatlantischen Konflikt nicht. Wenn Europäer und Amerikaner sich über grundsätzliche Fragen streiten, handelt es sich fast immer um unterschiedliche Auslegungen gemeinsamer Werte. Die politische Kultur des Westens ist immer auch eine Streitkultur. Sie beruht auf der Einsicht, dass die Gemeinsamkeiten des Westens stark genug sind, um Differenzen auszuhalten, ja als Chance zur Weiterentwicklung des normativen Projekts des Westens zu begreifen.

Auch nach dem Ende der Präsidentschaft des jüngeren Bush kam es immer wieder zu Spannungen zwischen den Vereinigten Staaten und Teilen von Europa. In einem Fall, der Auseinandersetzung um eine humanitäre Intervention im libyschen Bürgerkrieg, begab sich Deutschland durch seine undurchdachte Stimmenthaltung im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen am 17. März 2011 nicht nur in einen Gegensatz zu den Vereinigten Staaten, sondern auch zu zwei seiner westeuropäischen Verbündeten, Frankreich und Großbritannien - eine bisher noch nicht dagewesene Selbstisolierung Deutschlands.

Das im Juli 1994 von dem damaligen freidemokratischen Außenminister Klaus Kinkel geprägte Wort von der „bewährten Kultur der Zurückhaltung“ bei Militäreinsätzen, auf das sich auch der liberale Außenminister der schwarz-gelben Koalition der Jahre 2009 bis 2013, Guido Westerwelle, gern berief, gewann bei dieser Gelegenheit eine neue Bedeutung: Wichtige westliche Alliierte sahen darin immer mehr eine beschönigende Umschreibung einer innenpolitisch motivierten Flucht aus der außenpolitischen Verantwortung, ja einen neuen, diesmal mehr oder minder pazifistischen deutschen Sonderweg. Vor diesem Hintergrund sind auch die wiederholten, wohlbegründeten Mahnungen von Bundespräsident Joachim Gauck zu verstehen, Deutschland müsse mehr internationale Verantwortung übernehmen - eine Verantwortung, die dem wirtschaftlichen und politischen Gewicht der Bundesrepublik in Europa und der Welt entspricht. Wenn es um die Verteidigung von Frieden und Menschenrechten geht, kann das als ultima ratio auch Einsätze der Bundeswehr einschließen.

### **Elitenprojekt Europa**

Zu den Belastungen des transatlantischen Verhältnisses ist schon vor geraumer Zeit eine dreifache Krise des europäischen Einigungsprozesses hinzugekommen. Die erste dieser Krisen, die der Eurozone, mag ihren Höhepunkt inzwischen überschritten haben, überwunden ist sie noch längst nicht. Die zweite Krise resultiert aus der Gefährdung der Demokratie in mehreren Mitgliedstaaten der Europäischen Union, obenan Ungarn, Rumänien und Bulgarien. Das Ausmaß dieser Bedrohung des Zusammenhalts der EU wird noch immer unterschätzt, und das auch deshalb, weil der konservative Budapester Regierungschef Viktor Orbán den Rückhalt der in der Europäischen Volkspartei vereinigten konservativen und christdemokratischen Parteien genießt, während der Sozialdemokrat Victor Ponta in Bukarest sich über die verständnisvolle Haltung der europäischen Sozialisten freuen kann. Haust du meinen Viktor (Victor), hau ich deinen Victor (Viktor): Das scheint bisher die unausgesprochene Devise der beiden größten Parteifamilien zu sein. Daher spricht alles für den Vorschlag des Politikwissenschaftlers Jan-Werner Müller, eine unabhängige „Kopenhagen-Kommission“ einzusetzen, die im Vorfeld möglicher Sanktionen auf Antrag der Europäischen Kommission oder auf der Grundlage einer Petition tätig wird, wenn Grund zu der Annahme besteht, dass ein Mitgliedstaat die Kopenhagener Beitrittskriterien von 1993 verletzt.

Die dritte Krise des europäischen Einigungsprozesses ist die Legitimationskrise des Projekts Europa, wie sie sich auch in den Stimmengewinnen rechts- und linkspopulistischer Parteien bei der Wahl zum Europäischen Parlament von Ende Mai 2014 spiegelt. Die Kritik an der wachsenden Verselbständigung der Exekutivgewalt in Brüssel ist nicht neu, und sie ist zu erheblichen Teilen gerechtfertigt. Allzu lange sind Entscheidungen über Zukunftsfragen der Gemeinschaft, auch im Zusammenhang mit dem Erweiterungsprozess, hinter verschlossenen Türen getroffen und der Öffentlichkeit als „fait accompli“ präsentiert worden. Der Ausgang des derzeitigen Machtkampfes zwischen dem Europäischen Parlament und dem Europäischen Rat ist offen. Im Prinzip wäre eine Parlamentarisierung der Kommissionsspitze ein Schritt nach vorn, weil sie das Gewicht des Europäischen Parlaments gegenüber dem Rat stärken würde. Das gilt trotz verbreiteter Zweifel, ob der konkrete Personalvorschlag des (alten) Parlamentspräsidiums geeignet ist, die EU politisch voranzubringen: Der konservative „Spitzenkandidat“ (ein deutscher Begriff, der sich unübersetzt im Englischen durchzusetzen beginnt), gilt bis weit in die eigenen Reihen hinein als Verkörperung des „Elitenprojekts Europa“ und des „Weiter so“ einer Politik, die in fortschreitender Integration einen nicht mehr begründungsbedürftigen Selbstzweck zu sehen scheint.

### **Notwendiger Diskurs**

In einem **Interview mit dieser Zeitung hat Jürgen Habermas** die Staats- und Regierungschefs, die Jean-Claude Juncker an der Spitze der Kommission sehen wollen, aufgefordert, den Ländern, die sich dieser Lösung entgegenstellen, den Austritt aus der Europäischen Union nahezu legen. Andernfalls würden die Unterstützer des erfolgreicher unter den beiden aussichtsreichsten „Spitzenkandidaten“ ihren eigenen Ruf als Demokraten aufs Spiel setzen. „Im Fall eines unlösbar zugespitzten Konflikts bliebe immer noch die Möglichkeit einer Neugründung der Europäischen Union in ihren bisherigen Institutionen - eine Drohung, der auch Herr Cameron kaum widerstehen dürfte.“

Über den Widerspruch von Viktor Orbáns Ungarn gegen einen Kommissionspräsidenten Juncker kann sich die Mehrheit des Europäischen Rats in der Tat hinwegsetzen. Der Fall des widerstrebenden Großbritannien liegt anders, und die Vorstellungen seines Premierministers von einer Rückübertragung von Aufgaben von Brüssel auf die Nationalstaaten sind sehr viel diskussionswürdiger als alles, was der Budapester Regierungschef von der EU erwartet. Deutschland und Europa können kein Interesse daran haben, den

ohnehin möglichen Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU zu provozieren. Ebenso wenig kann Deutschland daran liegen, die Niederlande und Schweden, die ebenfalls Bedenken gegen einen Kommissionspräsidenten Juncker geäußert haben, nachhaltig zu verprellen. Eine EU ohne diese drei Staaten wäre illiberaler, protektionistischer und krisenanfälliger als die EU der 28, und allein das Ausscheiden Großbritanniens würde die Gemeinschaft als globalen Akteur nachhaltig schwächen.

Wenn die Parlamentarisierung der Kommissionsspitze ohne negative Folgen für den Zusammenhalt der EU gelingen sollte, wäre sie ein Fortschritt, aber noch nicht das, was seit langem ein Ziel der deutschen Politik ist und bleiben muss: die Weiterentwicklung der Europäischen Union zu einer Politischen Union, also eine grundlegende Reform der EU. Dieses Ziel ist jedoch an eine Reihe von Voraussetzungen gebunden. Eine der Vorbedingungen ist eine gemeinsame politische Kultur, und zwar die politische Kultur des Westens, zu der sich die EU in den Kopenhagener Beitrittskriterien und in der Europäischen Grundrechtecharta von 2000 bekannt hat. Die Fälle Ungarn, Rumänien und Bulgarien zeigen, dass von einem solchen Konsens im Rahmen der EU der 28 zurzeit nicht gesprochen werden kann. Eine Politische Union bedürfte überdies einer grundlegenden Übereinstimmung der Mitgliedstaaten im Hinblick auf die Grundzüge einer wirtschaftlichen und fiskalischen Reformagenda - einer Übereinstimmung, die nur in einem europaweiten öffentlichen Diskurs erzielt werden könnte. Einen solchen reformpolitischen Gleichklang gibt es aber nicht einmal da, wo er am nötigsten wäre: innerhalb der Währungsunion und zwischen ihren beiden größten Mitgliedern, Deutschland und Frankreich.

### **Russland als Gegenpol**

Solange es einen belastbaren deutsch-französischen Reformkonsens nicht gibt (und er ist nach dem Sieg des Front National bei der Europawahl noch unwahrscheinlicher geworden), bleibt infolgedessen nur die Option der verstärkten intergouvernementalen Zusammenarbeit auch in den bisher nicht vergemeinschafteten Bereichen der Politik und namentlich in der Außen- und Sicherheitspolitik. Das letzte Wort der europäischen Politik kann diese Art der Kooperation gewiss nicht sein. Aber solange der Vertrag von Lissabon gilt, ist die EU auf sie geradezu existentiell angewiesen.

Wie wichtig ein Europa wäre, das in wichtigen Fragen mit einer Stimme spricht, zeigt die Ukraine-Krise. Vermutlich werden spätere Historiker zu dem Schluss gelangen, dass im Jahre 2014 eine Zwischenphase zu Ende ging - jene Zeit, die vor einem Vierteljahrhundert mit den friedlichen Revolutionen in Ostmitteleuropa begann, im Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 ihr historisches Symbol fand und die Welt mit der Hoffnung erfüllte, dass sich die Ideen der atlantischen Revolutionen des späten 18. Jahrhunderts wenn nicht global, so doch im gesamten Bereich der damals noch existierenden Sowjetunion durchsetzen würden.

Von dieser Hoffnung muss sich der Westen bis auf weiteres verabschieden. Vierzehn Jahre nachdem er erstmals zum russischen Präsidenten gewählt wurde, hat Putin Klarheit geschaffen. Er sieht in der Russischen Föderation den Gegenpol des vermeintlich dekadenten Westens, die Sprecherin aller Kräfte der multipolaren Welt, die sich gegen die universale Geltung der Menschenrechte auflehnen, die Freundin der Homophoben auf allen Kontinenten und in Europa eine verlässliche Bundesgenossin der Anti-EU-Parteien von links und rechts sowie all derer, die Europa von Amerika abkoppeln, das Atlantische Bündnis also sprengen wollen.

Das wohlwollende Verständnis, das Putin nach der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim, einem Akt des völkischen Nationalismus, nicht nur auf dem linken und rechten Rand, sondern auch beim Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft, bei aktiven Politikern der CSU, bei einigen „elder statesmen“ der SPD und nicht wenigen einflussreichen Journalisten gefunden hat, empfinden einige ostmitteleuropäische Mitgliedstaaten der EU und der NATO zu Recht als beunruhigend. Mitunter wird bereits gefragt, wie tief die Westbindung Deutschlands eigentlich geht und ob Berlin bei einer Zuspitzung der Krise loyal zu seinen Bündnisverpflichtungen stehen würde. Deutschland hat keinen Anlass, von seinem Bemühen abzulassen, die neue Ost-West-Konfrontation diplomatisch zu entschärfen, in der Ukraine auf einen nationalen Dialog und in Moskau auf die Rückkehr zu einer Politik des friedlichen Interessenausgleichs zu drängen. Doch zugleich dürfen deutsche Regierungen keinen Zweifel daran aufkommen lassen, dass deutsche Alleingänge und eine Schaukelpolitik zwischen West und Ost keine Optionen für Deutschland sind - dass die Westbindung also unwiderruflich ist.

Die deutsche Öffnung gegenüber der politischen Kultur des Westens ist die wichtigste Lehre aus dem Jahrhundert der Extreme. Das Bekenntnis westlicher Demokratien zum normativen Projekt des Westens ist freilich nur dann glaubwürdig, wenn es einhergeht mit der Bereitschaft zu historischer Selbstkritik. Die Ideen von 1776 und 1789 beschrieben nicht die Wirklichkeit von damals, aber sie lieferten die Maßstäbe, an denen sich der Westen fortan abarbeiten und messen lassen musste. Das Projekt wurde dadurch zum Korrektiv einer Praxis, die den proklamierten Werten oft genug strikt widersprach. Es entfaltete eine Dynamik, die aus dem Projekt einen Prozess machte. Dieser Prozess ist so lange nicht abgeschlossen, als die unveräußerlichen Menschenrechte nicht weltweit gelten. Der Westen gäbe sich selbst auf, wenn er von dieser Forderung abließe. Das gilt auch für Deutschland, das, historisch gesehen, noch immer eine der jungen westlichen Demokratien ist.

**Heinrich August Winkler** legt im Herbst den abschließenden Band seiner „Geschichte des Westens“ vor. Der hier veröffentlichte Text beruht auf einem Vortrag, den der Verfasser auf der außenpolitischen Jahrestagung der Heinrich-Böll-Stiftung am 19. Juni in Berlin gehalten hat.

Publiée 27/06/2014 à 18:34

FIGAROVOX/TRIBUNE - Le chômage a battu un nouveau record en mai. Pour Cécile Philippe, les réformes cosmétiques du gouvernement sont impuissantes : il faut libéraliser un marché du travail beaucoup trop rigide qui freine l'embauche.

Cécile Philippe est la directrice de l'Institut Molinari qu'elle a fondé en 2003.

Les derniers chiffres du chômage sont tombés et ne sont pas bons. Après une augmentation déjà sensible du nombre de chômeurs recensés en avril, le chômage a connu une hausse brutale en mai avec 24 800 nouveaux inscrits à Pôle emploi dans la catégorie A (soit 0,7% de plus qu'en avril). Plus encore, sur un an, la hausse atteint

**N'est-il pas temps de comprendre que la croissance ne sort pas de nulle part mais qu'elle est, au contraire, nourrie par un système institutionnel porteur ?**

4,1%. Alors que Manuel Valls refuse tout fatalisme, le ministère du Travail dans un communiqué constate simplement que ces chiffres sont «le reflet d'une croissance plus faible que prévu au 1er semestre.» Faut-il encore croire à la méthode Coué et penser que le retour de la croissance permettra les embauches? N'est-il pas temps de comprendre que la croissance ne sort pas de nulle part mais qu'elle est, au contraire, nourrie par un système institutionnel porteur?

Le premier ministre attend beaucoup et sans doute trop du pacte de responsabilité car pour régler une bonne fois pour toute le problème du chômage en France, il faut cesser de penser que tout a été fait en la matière et, au contraire se remettre à l'ouvrage pour révolutionner le marché du travail et revenir au plein emploi. C'est d'autant plus important que c'est une condition nécessaire et préliminaire à la remise sur pied de l'économie française.

Évidemment, le gouvernement actuel peut revendiquer sa loi sur la sécurisation de l'emploi du 14 juin 2013. Elle s'attaque effectivement à certaines rigidités du marché du travail en autorisant l'entreprise à négocier avec les syndicats une baisse de salaire et/ou de la durée du temps de travail pour une période transitoire. On y trouve aussi des accords de mobilité interne et la possibilité pour l'entreprise de négocier avec les syndicats des plans sociaux soumis à un contrôle administratif plus rapide et plus ou moins sévère, selon qu'il y a eu accord collectif ou pas.

Cependant, au-delà des défauts qu'elle présente, elle n'a agi que sur un aspect du marché du travail, à savoir le niveau de protection de l'emploi. Or, la liste des atteintes portées par l'actuel droit du travail à la liberté contractuelle et à la liberté d'association est extrêmement longue. Age et durée légale du travail, salaire minimum, règles d'assurance chômage rigides, monopole de la sécurité sociale, charges sociales élevées, clauses du contrat définies à l'avance, aucune force obligatoire du contrat individuel, etc. Rien d'étonnant dans ces conditions à ce que le Forum économique mondial classe le marché du travail français en 116ème position sur 148 pays.

**Cependant, au-delà des défauts qu'elle présente, elle n'a agi que sur un aspect du marché du travail, à savoir le niveau de protection de l'emploi. Or, la liste des atteintes portées par l'actuel droit du travail à la liberté contractuelle et à la liberté d'association est extrêmement longue.**

Conséquence, les employeurs rationnent les embauches et le chômage s'est installé durablement dans le paysage français. Le taux de chômage en France n'est plus passé sous la barre des 4,5 % de la population active depuis 1978, ce qui mine notre société. En 1993, Alain Duhamel mentionnait déjà le chômage dans les grandes Peurs françaises. Vingt ans plus tard, les choses n'ont pas changé. La peur du chômage reste une tendance lourde,

avec son lot de conséquences sociales et psychologiques. Une grande partie des Français, convaincus que leur avenir est bouché, sont en proie à la peur du déclassement si bien décrite par le sociologue Eric Maurin.

Cette peur bloque tout. Comme le secteur privé se refuse à embaucher, personne ne peut vraiment faire le nécessaire pour rééquilibrer les comptes publics ou sociaux. Faute de geler les embauches de fonctionnaires, les déficits perdurent. De même, tout le monde hésite à équilibrer les comptes des retraites par répartition. L'allongement de la période d'activité est perçu comme un mauvais service pour les jeunes ayant des difficultés à trouver un job, ou pour ceux proches de la retraite ayant peur de perdre leur poste.

Un big-bang sur le marché du travail est clé pour résorber le chômage et pouvoir entamer un vaste programme de réformes. Si ce marché devient flexible et permet plus d'embauches que de licenciements, alors il sera possible d'aborder sereinement la réforme du financement de la protection sociale, la diminution de la taille de l'État ou encore la réforme de la fiscalité. Sinon, les chiffres du chômage continueront à se détériorer et les pouvoirs publics achopperont systématiquement dans leurs tentatives de réformer la France.

Donc plutôt que de parler réforme territoriale, réforme de la fiscalité, rabotage des budgets publics, on ferait mieux de reparler sérieusement de réformer le marché du travail en profondeur. En ce sens, le programme économique de [François Fillon](#) propose des mesures qui méritent attention.

Malika Sorel : «Voir la France tant humiliée, violentée, m'est devenu insupportable» 104,65

Publiée le 27/06/2014 à 20:27



FIGAROVOX/GRAND ENTRETIEN - Malika Sorel a accordé un entretien fleuve au FigaroVox dans lequel elle revient notamment sur l'affaire Baby-Loup et les violences qui ont suivi la victoire de l'Algérie. Ces propos résonnent à la fois comme cri d'amour pour la France et de colère contre ses élites.

---

*Malika Sorel-Sutter est ancien membre du collège du Haut Conseil à l'Intégration et de sa mission Laïcité. Elle est notamment l'auteur d'«[Immigration, intégration: le langage de vérité](#)». [Fayard/Mille et une nuits, 2011](#).»*

---

## **La Cour de cassation a confirmé mercredi le licenciement pour faute grave d'une salariée voilée de la crèche Baby-Loup. Que pensez-vous de cette décision? S'agit-il d'une victoire pour la laïcité?**

**Malika Sorel:** La situation que nous vivons est surréaliste. La République est laïque - c'est même inscrit dans sa Constitution -, et nous en sommes réduits à nous réjouir lorsque la Justice nous autorise à appliquer la laïcité. Parler de victoire pour la laïcité, c'est aller un peu vite en besogne. C'est seulement un pas qui va dans le bon sens, celui de la cohérence.

Cette décision règle-t-elle définitivement la question de la laïcité dans les entreprises? Quelles sont les ambiguïtés qui demeurent?

Cette décision va simplement permettre à Baby Loup de continuer d'exister pour peu que les élus, sur place, s'attellent enfin à lever les derniers verrous qui persistent sur le plan des financements. Cette décision n'est d'aucun secours pour les entreprises de droit privé, qui sont pourtant de plus en plus soumises à des revendications religieuses qui introduisent des contraintes de fonctionnement et portent parfois atteinte à la cohésion des équipes. [C'est de notoriété publique](#), mais une fois encore, le législateur, au lieu d'anticiper pour éviter les tensions - ce qui est son rôle -, attend qu'elles se produisent.

## **La femme française d'aujourd'hui est la descendante directe d'Agnès Sorel qui avait libéré les corps. Depuis, la beauté que la nature a conférée à la femme n'a plus à être cachée.**

Il faut garder à l'esprit que les Français se sont sécularisés après des siècles de longs combats, dont une guerre fratricide entre catholiques et protestants. Aussi, voient-ils d'un très mauvais œil l'accroissement sans précédent de signes extérieurs qui manifestent une appartenance religieuse dont, entre autres, un «signe extérieur fort tel que le port du foulard», pour reprendre la qualification exacte qui a été employée par la Cour Européenne des Droits de l'Homme (arrêt Lucia Dalhab, 15 février 2001). Dans le même arrêt, la Cour développait par ailleurs la question de fond posée par le voile: «le port du foulard est imposé aux femmes par une prescription coranique qu'il est difficile de concilier avec le message de tolérance, de respect d'autrui, d'égalité et de non-discrimination que, dans une démocratie, tout enseignant doit transmettre à ses élèves». Nous sommes là au cœur de l'identité culturelle des Français et de bien d'autres peuples européens chez lesquels le statut actuel de la femme est, là aussi, fruit de plusieurs siècles de combats pour la liberté et l'égalité. Comme chacun sait, en

France, bien davantage que dans d'autres pays occidentaux, ce sujet est hautement sensible. Avant même qu'elle ne conquière sa liberté au sens où nous l'entendons aujourd'hui, la femme française était pleinement intégrée dans la vie de la cité, aussi bien dans les campagnes qu'à la ville où elle pouvait tenir salon littéraire. La femme française d'aujourd'hui est la descendante directe d'Agnès Sorel qui avait libéré les corps. Depuis, la beauté que la nature a conférée à la femme n'a plus à être cachée. Bien d'autres évolutions pourraient être citées qui ont participé à forger le regard que les Français portent sur eux-mêmes, sur les autres et sur le monde - c'est-à-dire, leur identité culturelle.

**Il faut permettre à tous ceux qui souhaitent adopter la laïcité comme principe d'organisation de le faire en toute sécurité juridique. C'est un impératif absolu pour peu que l'on souhaite préserver la paix sociale ...**

Faut-il légiférer sur cette question de la laïcité?

84 % des Français sont favorables à une loi qui interdit les signes religieux ou politiques dans les entreprises privées (Institut BVA, octobre 2013). Il faut permettre à tous ceux qui souhaitent adopter la laïcité comme principe d'organisation de le faire en toute sécurité juridique. C'est un impératif absolu pour peu que l'on souhaite préserver la paix sociale, car nous ne sommes plus dans la situation où une culture et des fondamentaux communs faisaient que chacun comprenait de lui-même où sa liberté commençait à empiéter sur celle des autres. Comme l'a très bien exprimé le Procureur Général Jean-Claude Marin lors de l'audience en plénière de la Cour de cassation, il convient en effet de distinguer entre «croyance et manifestation de cette croyance». Ce qui se traduit concrètement par l'existence d'un «for interne» et d'un «for externe». Et le Procureur Général de poursuivre: «le for interne, c'est la conviction intime, la foi profonde. Cette liberté est absolue et inviolable». Par contre, le for externe qui est «la manifestation extérieure des croyances ou des convictions peut se heurter aux autres croyances, générer des conflits, troubler l'ordre public. C'est la raison pour laquelle la liberté de manifester sa conviction n'est pas absolue».

**J'ai souvent eu le sentiment de « prêcher dans le désert ».**

En 2007, vous publiez [Le puzzle de l'intégration](#). Comment la situation a-t-elle évolué sur cette question depuis?

Il suffit de le relire pour voir que j'y avais anticipé tout ce qui se produit maintenant. Début 2011, j'avais également publié un programme politique détaillé sur les sujets de l'intégration et de l'école. À chaque fois, mon souhait était que le politique joue son rôle de garant de la paix tant que la situation était encore contrôlable. La plupart des responsables rencontrés, ceux qui détenaient des leviers d'action, sont restés plus ou moins sourds et indifférents au sort de la société française. J'ai souvent eu le sentiment de «prêcher dans le désert».

La victoire de l'Algérie, aussi bien contre la Corée du Sud que contre la Russie, a été célébrée dans toute la France par les supporters algériens. Certaines manifestations de joie et les violences qu'elles ont parfois entraînées ont pu choquer certains Français. Qu'est-ce que cela vous inspire? Est-ce selon vous le reflet d'un certain malaise identitaire?

Aujourd'hui, nous ne sommes plus dans cette situation de malaise identitaire. N'importe quelle enquête met en évidence que nombre d'entre eux ne se revendiquent pas de l'identité culturelle française. Ils l'expriment d'ailleurs avec franchise et grande honnêteté.

**Le fait que les Algériens fêtent la victoire de leur pays est légitime. La seule chose qui puisse être reprochée c'est que certains parmi eux saisissent toute occasion, défaite ou victoire, pour attenter à l'ordre public et même procéder à des opérations de destruction. C'est le mépris de la France et de tout ce qu'elle représente culturellement à leur yeux qui s'exprime ici.**

Le malaise identitaire était le passage obligé de tous ceux qui s'engageaient dans le processus d'intégration culturelle car la construction de sa propre identité, surtout lorsqu'elle diffère fortement de celle de ses ascendants biologiques, est un processus jalonné de questionnements profonds mais aussi de souffrances morales inévitables. Nous ne sommes plus dans cette époque où existait une volonté d'intégration culturelle.

Le fait que les Algériens fêtent la victoire de leur pays est légitime. La seule chose qui puisse être reprochée c'est que certains parmi eux saisissent toute occasion, défaite ou victoire, pour attenter à l'ordre public et même procéder à des opérations de destruction. C'est le mépris de la France et de tout ce qu'elle représente culturellement à leur yeux qui s'exprime ici. Mais là encore, il convient de hiérarchiser les responsabilités. Ce sont nos élites qui ont créé les conditions d'une telle expression. Je renvoie de nouveau vers mes ouvrages, où j'avais longuement décrypté le pourquoi du comment.

**Tous les discours lénifiants qu'ils continuent de servir aux Français, ils n'y croient pas eux-mêmes. J'ai été aux premières loges pour le voir et l'entendre.**

Vous critiquez le concept de diversité. Celui-ci mène-t-il finalement à l'effacement de l'«identité française»?

Baby Loup en est l'exemple flagrant. Parce que la crèche a souhaité appliquer la laïcité, la vie lui a été rendue impossible et elle a dû partir, déménager, quitter le territoire de Chanteloup-les-Vignes. Le concept de diversité a été propagé par les élites politiques, intellectuelles, médiatiques pour désigner ceux qui n'étaient culturellement pas Français mais auxquels l'État attribuait pourtant, en toute connaissance de cause, des papiers d'identité français. En seulement quelques années, dans les échanges à huis clos au sein du monde de la haute administration et de la politique, nous sommes passés d'un «il n'y a pas de problème d'intégration. C'était exactement la même chose avec les Italiens» à un «c'est fini. Il est trop tard!» C'est la raison pour laquelle ils ont abandonné la République, et chemin faisant la France. Tous les discours lénifiants qu'ils continuent de servir aux Français, ils n'y croient pas eux-mêmes. J'ai été aux premières loges pour le voir et l'entendre.

**Je continue quant à moi de penser que pour celui qui aime son pays, il n'est jamais trop tard pour participer à faire recouvrer à son peuple la maîtrise de son destin, c'est-à-dire la maîtrise de son projet de société.**

Comme l'explique Michèle Tribalat dans son dernier livre, les politiques ont abandonné depuis une trentaine d'années le principe d'assimilation au profit d'une logique multiculturelle. N'est-il pas trop tard pour faire marche arrière?

C'est ce que pensent beaucoup de nos politiques. Je continue quant à moi de penser que pour celui qui aime son pays, il n'est jamais trop tard pour participer à faire recouvrer à son peuple la maîtrise de son destin, c'est-à-dire la maîtrise de son projet de société. Dans mes différents ouvrages, j'ai longuement développé les raisons pour lesquelles j'étais opposée au fait d'imposer l'assimilation. Le choix de sa propre identité doit en effet être libre et non contraint. La liberté d'être est, à mes yeux, la plus importante qui soit. Par contre, il est évident que nul ne peut être exonéré du respect, sur un territoire donné, des normes collectives qui correspondent à l'héritage politique et culturel du peuple auquel ce territoire appartient.

**C'est autour de la question du respect de leur identité, et de tout ce que cela commande, qu'il faut chercher la source principale du divorce entre les élites et le peuple**

En revanche, j'ai toujours précisé que l'octroi des papiers d'identité français devait obligatoirement correspondre à la réussite du processus d'intégration culturelle qui se matérialise par l'assimilation. Ce n'est là que respecter le contenu du code civil relatif à cette question. C'était le sens de la Charte des droits et des devoirs du citoyen français que nous avons élaborée au sein du HCI, et qui avait commencé à être mise en œuvre par le ministre de l'Intérieur Claude Guéant. C'est autour de la question du respect de leur identité, et de tout ce que cela commande, qu'il faut chercher la source principale du divorce entre les élites et le peuple. Il est manifeste qu'au long de ces dernières décennies, les gouvernements qui se sont succédé ont pour beaucoup violé les termes du contrat de délégation de pouvoir confié par le peuple. Le fait que le pouvoir politique persiste à laisser entrer des flux migratoires et à distribuer des papiers d'identité qui sont autant de titres de propriété sur la terre est extrêmement grave. De même en est-il du droit du sol devenu totalement obsolète. Obsolescence que les gouvernants ont pourtant refusé de prendre en considération. À qui peut-on encore faire croire que naître sur une terre suffit à faire de vous un porteur de l'identité de cette terre?

**Voir la France et le peuple français tant humiliés, violentés, y compris par leurs élites, m'était devenu insupportable. Rester assis et ne rien faire, c'est se rendre complice.**

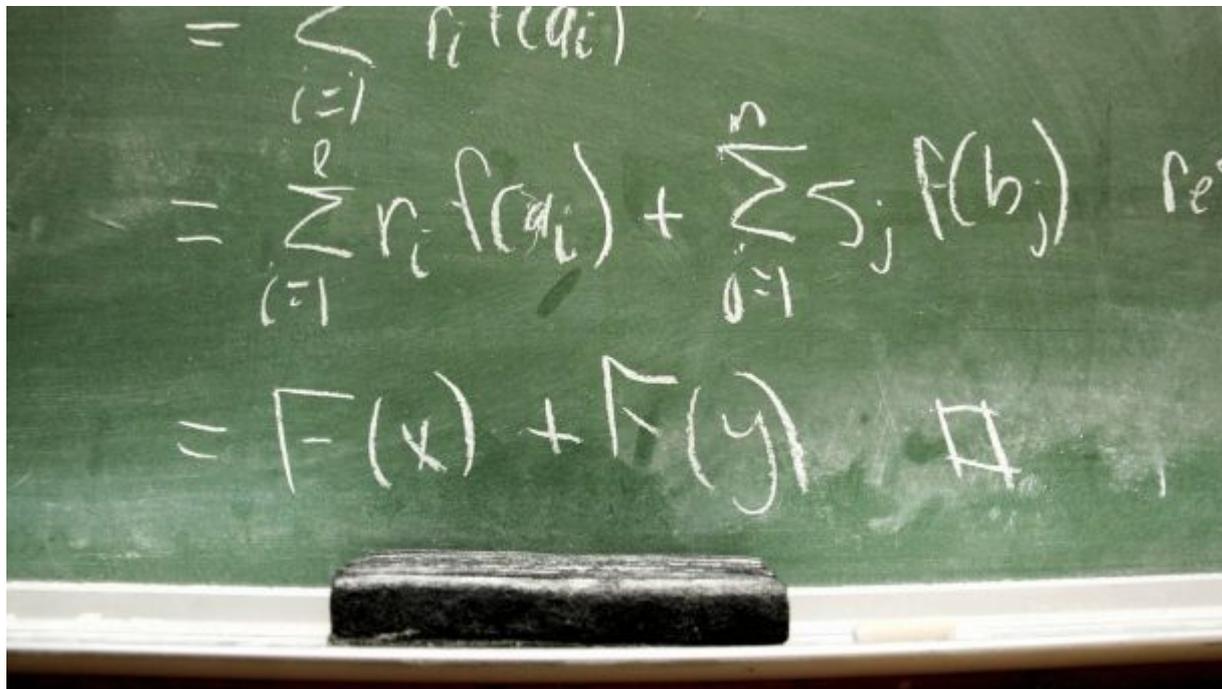
Vous êtes vous-même d'origine étrangère. Qu'est-ce qui vous pousse à mener ce combat sur l'intégration depuis tant d'années?

Mon engagement est celui d'un combat pour la justice. Voir la France et le peuple français tant humiliés, violentés, y compris par leurs élites, m'était devenu insupportable. Rester assis et ne rien faire, c'est se rendre complice. Les citoyens doivent en prendre pleinement conscience car, tôt ou tard, notre époque, comme d'autres avant elle, sera passée au crible par des historiens. Au vu des moyens d'information fabuleux dont nous disposons, nous ne bénéficierons d'aucune circonstance atténuante telle que celle de l'ignorance des faits qui avait pu tantôt prévaloir.

## Männerdiskriminierung an der Humboldt-Universität 104,69

Bestenauslese oder Frauenförderung – das war die Frage bei der Besetzung einer Mathematik-Professur in Berlin. Jetzt kriegt keiner die Stelle, weil die Universität lieber verzichtet, als einen Mann zu berufen.

27.06.2014, von HERMANN HORSTKOTTE



© F1ONLINE ;  Man sieht es den Gleichungen oft gar nicht an, wer sie angeschrieben hat

Gegenwärtig studieren ungefähr so viel junge Frauen wie Männer, jeweils gut eine Million. Bei den Professoren ist das Gleichgewicht der Geschlechter aber längst nicht erreicht. Auf's Ganze gesehen, ist lediglich jeder fünfte Hochschullehrer weiblich. Aktuelle Zahlen von 2012 können das trübe Bild ein wenig aufhellen: Der Anteil von Frauen bei Habilitationen, also den traditionellen Hochschullehrerprüfungen, und Bewerbungen auf Professuren liegt bei rund einem Viertel, bei Berufungen bei knapp dreißig Prozent.

Die Bildungspolitik will diesen Trend nachdrücklich verstärken. So ist die steigende Zahl von Forscherinnen ein Wettbewerbskriterium in den milliardenschweren „Exzellenzinitiativen“ des Bundes und der Länder. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft und andere Wissenschaftsorganisationen haben sich verpflichtet, den Frauenanteil in den akademischen Hierarchien stufenweise zu erhöhen. Mit Unterstützung des Bundesbildungsministeriums fordert ein Netzwerk „Frauen in Wissenschaft und Forschung“ einen Stellenanteil für Professorinnen, der der Quote von Studentinnen im jeweiligen Fach entspricht.

Ein Stellenstreit an der Berliner Humboldt-Universität (HU) zeigt indes, zu welchen Irrungen und Wirrungen das Ideal der Gleichstellung im real existierenden wissenschaftlichen Wettbewerb führen kann. Die HU hat vor anderthalb Jahren eine Professur für „Reine Mathematik“ ausgeschrieben, die sie jetzt aber offenbar gar nicht braucht. Denn trotz vierundvierzig männlichen und weiblichen Bewerbern aus dem In- und Ausland und einer fertigen Berufungsliste hat die Fakultät das Berufungsverfahren jüngst ergebnislos beendet.

### Prinzip der Wahrscheinlichkeitsrechnung

Das erstaunt umso mehr, weil die neue Stelle ausdrücklich der „Verbesserung der Studienbedingungen und der Lehre“, der Betreuung der Studierenden also, gewidmet war. Dafür gibt es einen besonderen Finanztopf des Bundes und der Länder. Konkret ging es an der HU um eine vorgezogene Neuberufung. Der bald ausscheidende Lehrstuhlinhaber und der oder die Neue sollten ab kommendem Wintersemester bis Frühjahr 2016 die wachsende Zahl von Studierenden im Doppel versorgen.

Das Vorhaben war in der geschlechtsneutralen Stellenausschreibung für „Bewerber und Bewerberinnen“ allerdings mit dem „Ziel der Förderung der Chancengleichheit von Frauen“ verbunden. Dieser fast floskelhaft klingende Hinweis sollte laut Unileitung allerdings ein Wink mit dem Zaunpfahl sein. Denn damit sei von vornherein „absehbar und rechtzeitig erkennbar“ gewesen, dass Männer keine

Chance hätten, meint die Leiterin des Präsidialbüros im Nachhinein gegenüber einem verdutzten Beschwerdeführer. Also entweder eine Frau oder keiner.

Diese An- oder Aussicht wurde auch gleich über weibliche Info-Kanäle verbreitet. „Ich hatte über Umwege gehört, dass auf einer Mailingliste für Frauen in der Mathematik stand, dass die Stelle nur für Frauen sei oder so was in der Art“, erklärt ein Bewerber aus England dieser Zeitung. Schließlich landete er auf dem dritten Listenplatz. Er habe einfach darauf vertraut, dass im Berufungsverfahren „rechtzeitig bemerkt wird, dass auch männliche Kandidaten laut Ausschreibung akzeptiert werden müssen.“

Tatsächlich nahm die Auswahlkommission, die mit Professoren der HU und Auswärtigen besetzt war, „Andeutungen“ über eine hochschulamtliche Männerdiskriminierung, zur Kenntnis, „aber nicht zu Protokoll“, wie Teilnehmer berichten. Denn den meisten von ihnen erschien ein Abweichen von einer geschlechtsneutralen Bestenauslese „juristisch zu zweifelhaft“, wie der Freiburger Mathematiker Martin Ziegler dieser Zeitung erklärt. Er stellt klar: „An einem Verfahren, das männliche Bewerber benachteiligt, hätte ich mich nicht beteiligt.“ Dass am Ende jedenfalls ein Mann auf Platz eins kam, ist zumindest nach der Wahrscheinlichkeitsrechnung kaum überraschend, weil sich ja viel weniger, nämlich nicht mehr als fünfzehn Frauen beworben hatten.

### **Chancengleich heißt nicht vorrangig**

Dem Streit zwischen der Bestenauslese und Frauenförderung, zwischen der Auswahlkommission und der entscheidenden Fakultät liegt eine rein interne Anweisung der Universitätsleitung an alle Fachbereiche und Institutsdirektoren zugrunde. Danach sollen die Sondermittel für „vorgezogene Neuberufungen“ allein für erstplatzierte Frauen zur Verfügung stehen. Im Ausschreibungstext für „Bewerber und Bewerberinnen“ steht das freilich nicht. Andernfalls wäre womöglich jemand direkt wegen Männerdiskriminierung vor Gericht gezogen. Denn das proklamierte „Ziel der Förderung der Chancengleichheit von Frauen“ ist keineswegs nur dann erreicht, wenn sie in jedem Falle den Vorrang vor Männern bekommen. Das Grundgesetz (Artikel 33) erklärt vielmehr „Eignung, Befähigung und fachliche Leistung“ zu den einzigen Wettbewerbskriterien beim Zugang in den öffentlichen Dienst.

Viele Hochschullehrerinnen für Geschlechterstudien wollen diese Rechtslage auf Nachfrage lieber nicht kommentieren. Eine Ausnahme ist Susanne Ihsen, Professorin für „Gender Studies in den Ingenieurwissenschaften“ an der Technischen Universität München. Sie erklärt klipp und klar: „Bei der Besetzung von Professuren steht immer die ‚gleiche Qualifikation‘ im Vordergrund.“ Es könne mithin nur darum gehen, dass sich von Fall zu Fall „auch die besten Frauen bewerben“, nicht aber „um eine Förderung von Frauen zuungunsten einer ‚Bestenauslese‘.“ Demnach kann allenfalls bei gleicher Eignung ein gutgemeinter Frauen-Bonus im Berufungsverfahren ausschlaggebend werden. Im konkreten Fall an der HU kamen vier Frauen und vier Männer in die engere Auswahl, ein Bewerber aus den Vereinigten Staaten wurde Erster, eine Kandidatin ebenfalls aus den Vereinigten Staaten Zweite.

Der Pressesprecher der Humboldt-Universität, Hans-Christoph Keller, sucht die Nichtberufung des Besten und damit den Abbruch des Auswahlverfahrens mit dem Vorbild eines exklusiven „Professorinnenprogramms des Bundes und der Länder“ zu rechtfertigen. Diese Initiative unterstützt die „Gleichstellung“ der Geschlechter mit „bis zu drei Berufungen von Frauen“ je Hochschule, also in ganz engen Grenzen und nicht uferlos.

Demgegenüber geriert sich die HU mit der Null-Toleranz für Männer auch beim ganz anderen Förderprogramm für eine verstärkte Lehre wie in einem Spiel ohne Regeln und Grenzen. „Das ist ein politisch gewolltes Prinzip“, bemerkt der HU-Sprecher. Mag sein, trotzdem ist es ein Foul, bei dem es für den Spielverderber, die Universitätsleitung, auch eine Rote Karte geben könnte. Statt dessen aber jetzt umgekehrt der Platzverweis für den Besten, die Zweitbeste und alle anderen männlichen und weiblichen Wettbewerber. Das war nichts anderes als eine bloße Tatsachenentscheidung, über die wie immer wenigstens gestritten werden darf.

## Schafft er die Nationalstaaten ab? 104,71

Jean-Claude Juncker hat sich durchgesetzt. Aber sein Image ist schlecht. Und seine Gegner verbreiten wilde Behauptungen.

29.06.2014, von THOMAS GUTSCHKER



© DPA ;  Unter Beschuss: Jean-Claude Juncker

Über die Briten hat sich Jean-Claude Juncker in seiner langen Karriere schon oft geärgert. Richtig geärgert, schwarzgeärgert. Auch in den vergangenen Wochen. Aber Juncker machte seinem Ärger nur einmal kurz Luft, in einer Sitzung der konservativen EVP-Fraktion. Danach hielt er die Klappe und zog im Hintergrund die Fäden. Denn Juncker weiß, wie er aus Streit mit London das Beste für sich macht. Sein Lernprozess begann früh, mit seinem Aufstieg zum Regierungschef.



Autor: Thomas Gutschker, Jahrgang 1971, Redakteur im Ressort Politik in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung. Folgen:

Zwei Jahrzehnte ist das her. Schon damals ging es um den Kommissionsvorsitz. Der deutsche Kanzler hieß Helmut Kohl, der französische Präsident François Mitterrand. Sie hatten den nächsten Kommissionspräsidenten ausgekungelt: den belgischen Regierungschef Jean-Luc Dehaene. Doch die Sache kam heraus. Nun machte der britische Premierminister John Major gegen das „deutsch-französische Diktat“ mobil. Die europäischen Staats- und Regierungschefs verbrachten ein unerquickliches Wochenende auf Korfu, danach war der Belgier erledigt. Dafür war der Weg frei für Jacques Santer, den luxemburgischen Ministerpräsidenten. Und in Luxemburg rückte ein junger Mann auf den Chefsessel der Regierung. Das war Jean-Claude Juncker.

### Süßer Sieg

Juncker erzählt diese Geschichte, wenn er auf sein Verhältnis zu den Briten angesprochen wird – als „Beleg“ dafür, dass er ihnen sogar sein Amt als Regierungschef verdanke. Doch natürlich war ihm Dehaenes Schicksal eine Warnung. Juncker wusste früh, dass die Briten wieder schweres Geschütz auffahren würden, um ihn selbst als Kommissionschef zu verhindern. Aber er ließ sich von Premierminister Cameron nicht zu einer offenen Feldschlacht hinreißen. Denn die endet oft mit einem lachenden Dritten – seinerzeit war das Santer.

Stattdessen sammelte Juncker seine Truppen im Stillen. Er sah zu, wie Cameron mit forschenden Attacken selbst Zweifler auf Junckers Seite trieb. Als es am Freitag im Europäischen Rat zum Schwur kam, stand der Brite allein da. Eine krachende Niederlage. Und ein süßer Sieg für Juncker. Seine Wahl durch das Europäische Parlament ist jetzt nur noch Formsache. Im November wird er das wichtigste Amt übernehmen, das die Europäische Union zu bieten hat.

Allerdings hat der Sieg einen Preis. Um Junckers öffentliches Bild ist es nicht gut bestellt. In den vergangenen Wochen haben seine Gegner aus vollen Rohren auf ihn geschossen. Einige Schüsse gingen unter die Gürtellinie. Andere zielten auf sein politisches Selbstverständnis. Britische Zeitungen, die den Konservativen nahestehen, erklärten den Luxemburger zum „Protagonisten eines europäischen Superstaats“, zum „Super-Föderalisten“. Das fiel bei kontinentalen Rechtspopulisten auf fruchtbaren Boden, etwa bei der deutschen AfD. Die machte Juncker auch gleich noch für eine verfehlte Euro-Rettungspolitik verantwortlich. Er sei der Mann, „der alles Geld in den Süden fließen ließ, aber Osteuropa vernachlässigte“.

Haben die Staats- und Regierungschefs im Eifer des Gefechts also den falschen Mann ausgesucht? Es lohnt sich, die Vorwürfe mal genauer anzusehen.

## **Keine „Vereinten Staaten von Europa“**

Juncker hat sich immer für die europäische Integration starkgemacht – so wie seine beiden luxemburgischen Vorgänger im Amt des Kommissionspräsidenten, Gaston Thorn und Jacques Santer. Er ist dafür mit europäischen Preisen überschüttet worden. Der wichtigste war der Karlspreis. Den bekam er 2006, auf dem Höhepunkt der europäischen Verfassungskrise.

Juncker hielt zum Dank eine Grundsatzrede. Er begründete sein europäisches Engagement aus der Erfahrung zweier Weltkriege. Er warb für den „europäischen Weg“, für ein Europa, das „in den Herzen der Menschen wieder ankommt“, und für eine Vertiefung der Union. Aber er zog eine klare Grenze: „Ich möchte nicht Bürger der Vereinten Staaten von Europa werden und würde mich auch dagegen wehren, wenn jemand mich da zwangseingemeinden würde.“ Der Satz hätte von David Cameron stammen können.

Im Krönungssaal des Aachener Rathauses zuckten damals einige Festgäste zusammen; mit dem Preis waren schon viele Europäer ausgezeichnet worden, die genau das wollten: einen Bundesstaat Europa. Einer von ihnen hielt sogar die Laudatio auf Juncker – Helmut Kohl, sein Freund und Förderer. Es war mutig von Juncker, bei dieser Gelegenheit ein solches Bekenntnis abzulegen. Er sprach aus innerer Überzeugung. Die Nationen, so sagte er es der Festgemeinde, „sind keine provisorische Erfindung der Geschichte, sie sind auf Dauer angelegt“. Der Vorwurf, Juncker wolle einen europäischen Superstaat, ist Unsinn. In diesem Punkt hätte es vielmehr eine gemeinsame Basis für Cameron und Juncker gegeben – wenn der Brite sie denn überhaupt gewollt hätte.

Der andere Vorwurf gegen Juncker betrifft die Euro-Rettungspolitik: Er sei zu nachgiebig gegenüber den Südeuropäern, betreibe die Aufweichung des Stabilitätspaktes und sei in Wahrheit für Eurobonds, also für die Vergemeinschaftung von Schulden. Richtig daran ist, dass die Idee für Eurobonds auf Juncker zurückgeht. Er äußerte sie erstmals im November 2008, nach der Lehman-Pleite; damals wollte er mit Euro-Anleihen europäische Infrastrukturprojekte finanzieren. Als dann Griechenland ins Trudeln geriet und sich am Finanzmarkt kaum noch Geld leihen konnte, erneuerte Juncker seinen Vorschlag. Ende 2010 legte er die Details in einem Gastbeitrag für die „Financial Times“ dar.

## **Der Marathon zählt, nicht der Sprint**

Juncker wollte einen Markt für europäische Schuldtitel schaffen, der ausländische Investoren anzieht und es ihnen erschwert, gegen einzelne Eurostaaten zu spekulieren. Eurostaaten, die in Schulden versanken, sollten aber nur dann in den Genuss solcher Titel kommen, wenn sie sich zu tiefgreifenden Reformen verpflichteten. Außerdem sollten sie Schulden maximal in Höhe von 40 Prozent ihrer Wirtschaftsleistung mit Eurobonds finanzieren dürfen. Griechenland und Italien, deren Staatsdefizit viel größer ist als ihre Wirtschaftsleistung, hätten also immer noch den Löwenanteil ihrer Kredite selbst aufnehmen müssen – mit entsprechenden Zinsaufschlägen.

Juncker konnte sich mit diesem Modell nicht durchsetzen, die deutsche Kanzlerin entschied sich für Rettungsfonds. Als Vorsitzender der Eurogruppe ging er diesen Weg mit. Im Europa-Wahlkampf sprach er sich mehrmals klar gegen Eurobonds aus. Allerdings treibt ihn bis heute die Sorge um, dass der Stabilitätspakt nicht genügend Zähne hat, um Schuldenländer zu disziplinieren. Der heutige Pakt mit seinen Flexibilitätsregeln ist das Ergebnis eines Fehltritts. Deutschland und Frankreich hatten gegen die Defizitregeln verstoßen und sich das hinterher legitimieren lassen. Juncker empfand das als Schlag ins Gesicht. Denn den ursprünglichen, strengeren Pakt hatte er als Geburtshelfer selbst mit zur Welt gebracht: als er 1996 zwischen Deutschland und Frankreich vermittelte, sein erster großer Auftritt auf europäischer Bühne. Dass er als Kommissionspräsident sein Lebenswerk demontiert, sollte deshalb niemand erwarten.

Bleiben noch die gefühlsmäßigen Einwände gegen Juncker: dass er alt, müde und verbraucht sei. Es stimmt schon, die Euro-Krise hat tiefe Furchen in sein Gesicht geschrieben. Außerdem hat man das Gefühl, dass er immer schon da war – was ja auch stimmt. Aber warum sollen Alter (59 Jahre) und Erfahrung gegen einen Politiker sprechen? Wollte Juncker bloß eine ruhige Kugel schieben, hätte er sich mit dem Job des Ratspräsidenten zufriedengegeben. Aber der Luxemburger ist ein Getriebener – getrieben von echten europäischen Überzeugungen. So einer weiß, was er will. Er hat gelernt, dass in der Europapolitik der Marathon zählt, nicht der Sprint. Und schon gar nicht das Aussehen.

## Den Deutschen geht es richtig gut 104,73

Gibt es eine soziale Kluft in Deutschland? Davon ist nichts zu sehen. Die Deutschen sind so zufrieden wie lange nicht.

27.06.2014, von PATRICK BERNAU



© PICTURE ALLIANCE / ZB ; Kein Grund zur Sorge.

Wie viel besser das Leben in Deutschland in den vergangenen Jahren geworden ist, das hört man gerade fast täglich im Radio. Dort singen die Sportfreunde Stiller ihren WM-Hit aus dem Jahr 2006, und darin heißt es: „Für unseren langen Weg aus der Krise und aus der Depression lautet die Devise: Nichts wie rauf auf den Fußballthron!“

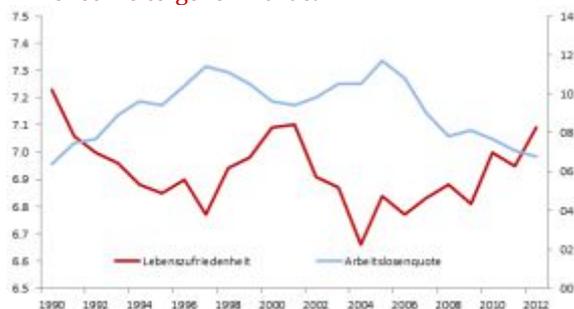


Autor: Patrick Bernau, Jahrgang 1981, verantwortlicher Redakteur für Wirtschaft Online. Folgen:

Mit Krise und Depression würde heute niemand mehr ein Lied dichten. Die Deutschen fühlen sich so gut wie lange nicht. 2012 waren die Deutschen mit ihrem Leben **so zufrieden wie noch selten seit der Wiedervereinigung** - und die ersten Ergebnisse aus der Welt-Werte-Umfrage des vergangenen Jahres deuten an: 2013 sind die Deutschen wahrscheinlich noch viel glücklicher geworden. So benehmen sich die Deutschen auch, wenn's um ihr Geld geht: Sie geben es aus. Nicht nur, weil es auf der Bank kaum Zinsen bringt. Sondern auch, weil die Deutschen weniger Angst vor der Zukunft haben und sich ihres Einkommens auch in den nächsten Monaten sicher sein können.

„Die wirtschaftliche Lage in Deutschland ist überragend, und die Arbeitslosigkeit war seit der Wiedervereinigung nicht so niedrig“, sagt Mara Ewers, die am Institut der Deutschen Wirtschaft die Gemütslage der Deutschen betrachtet. Das ist aus ihrer Sicht entscheidend. Arbeitslosigkeit macht unglücklich - und je weniger Leute arbeitslos sind, desto zufriedener sind die Deutschen.

Aber ist es nicht so, dass Deutschland kurz vor der Spaltung steht? **Warnt nicht die Industrieländer-Organisation OECD vor einer sozialen Kluft in Deutschland?** Die Armen werden immer ärmer, die Reichen immer reicher - so suggerierte die Debatte über den Wohlstand der Deutschen in den vergangenen Monaten. Und der Ökonom Thomas Piketty **rechnete vor, dass das in Zukunft noch immer so weitergehen würde.**



© IW KÖLN / SOEP / BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT Arbeitslosenquote sinkt,

Lebenszufriedenheit steigt. Zum Vergrößern bitte klicken.

Schon im Wahlkampf zur Bundestagswahl vor einem Jahr hatte die SPD sich für eine Kampagne rund um Armut, Reichtum und soziale Gerechtigkeit warmgelaufen. „**Deutschland besser und gerechter regieren**“ hieß das Wahlprogramm. Kanzlerkandidat Peer Steinbrück forderte höhere Steuern für Reiche. Doch das Thema traf nicht recht den Nerv der Deutschen, die SPD sprach bald lieber über anderes - und die Grünen mussten feststellen, dass die Steuererhöhungspläne ihrer eigenen Wählerschaft gar nicht gefielen.

Auch heute zündet die Debatte nicht besser. Thomas Piketty prophezeit, dass die westliche Welt auf Dauer von den Erben reicher Leute beherrscht werden könnte - doch die These hat in Deutschland nur unter einigen Kommentatoren verfangen. Während sein Buch in den krisengeplagten Vereinigten Staaten innerhalb weniger Wochen ausverkauft war, obwohl es sich um ein ökonomisches Fachbuch

handelte, fiel die Debatte in Deutschland nur auf dünnen Boden und starb bald ab. Nach einer Woche wandten sich die Talkshows anderen Themen zu.

Tatsächlich geht es den Deutschen heute lange nicht so schlecht wie vor acht Jahren, als die Sportfreunde Stiller ihr Lied gedichtet haben. Heute haben zwei Millionen mehr Deutsche eine Arbeitsstelle als damals. Die Einkommen armer und reicher Leute gehen nicht mehr weiter auseinander, sondern **sie nähern sich einander allmählich an** - gegen den **Trend in vielen anderen Industriestaaten**. In Deutschland bekommen die Arbeitnehmer immer größere Anteile des Wohlstands, der jedes Jahr erwirtschaftet wird. Und am Dienstag erst rechnete das Statistische Bundesamt vor, dass auch die **Löhne wieder schneller steigen als die Preise**.

Deshalb ist es den Deutschen gar nicht so wichtig, ob Intellektuelle wie Thomas Piketty über eine Entwicklung in der Zukunft diskutieren, die in Deutschland heute gar nicht zu spüren ist - so sieht es Jürgen Schupp, der Leiter des „sozioökonomischen Panels“ am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, der jährlich 20.000 Deutsche nach ihrem Leben befragen lässt. Wichtiger sei, wie es den Nachbarn geht, sagt Schupp. „Der Schlüssel sind die Anspruchsniveaus, die sich an Arbeitskollegen, Partnern, Eltern und Nachbarn orientieren.“

Der Vergleich mit den Nachbarn und den Kollegen fällt für die meisten Deutschen gar nicht so schlecht aus. Denn der Wohlstand der meisten Deutschen liegt ziemlich nahe beieinander. Zum reichsten Zehntel der Deutschen gehört man oft schon, wenn man ein Reihenhäuschen abgezahlt hat: **Die Vermögensgrenze liegt nach Berechnungen des Instituts der Deutschen Wirtschaft bei 261.000 Euro**. Und laut Einkommensteuerstatistik reicht schon ein Einkommen von 76.000 Euro für ein Leben unter den reichsten zehn Prozent.

Doch nicht nur das Geld stimmt die Deutschen zufrieden, ihre Bildung hilft vielleicht auch. Hochschulabsolventen sind nämlich ganz unabhängig von ihrem Einkommen mit ihrem Leben zufriedener als andere Leute. Und, wie DIW-Forscher Jürgen Schupp betont: Die 50-Jährigen von heute haben viel häufiger einen Hochschulabschluss als die Generation ihrer Eltern und Großeltern.

<http://blogs.telegraph.co.uk/news/damianthompson/100275208/radical-islam-in-secular-schools-now-the-shocking-truth-emerges/>

## Damian Thompson

Damian Thompson is Editor of Telegraph Blogs and a columnist for the Daily Telegraph. He was once described by The Church Times as a "blood-crazed ferret". He is on Twitter as [HolySmoke](#). His latest book is [The Fix: How addiction is taking over your world](#). He also writes about classical music for The Spectator.



# Radical Islam in secular schools: now the shocking truth emerges 104,75

By [Damian Thompson](#) [Religion](#) Last updated: June 7th, 2014

[3143 Comments](#) [Comment on this article](#)



Schools should not become madrassas (Photo: Reuters)

"Students' understanding of the arts, different cultures and other beliefs are limited." That's one of the [complaints about Birmingham schools made by Ofsted in their leaked report](#). It sounds like a relatively mild criticism.

Not so. What the Trojan Horse scandal has revealed is that leaders of the Muslim community in Birmingham have been creating a Wahhabi-inspired counterculture in secular, not faith, schools.

Put simply, the interpretation of Islam that's sweeping through the Muslim world, thanks to Saudi money, seeks to deprive children of *any* exposure to the arts, which it condemns as idolatrous. Even listening to music is *haram*, forbidden. The underlying teaching is that the arts, by seeking to create beauty, blaspheme by detracting attention from the only source of true beauty, Allah, which can be appreciated only in the natural world he created.

The imposition of this ideology on Muslim cultures is a tragedy – for them. But secular state schools in Birmingham are not part of Muslim culture, and their ghettoisation under the years of Labour government is a scandal.

To be clear about this: primary school children in certain non-faith schools are not taught music because Islamic fundamentalists have been able to manipulate the system.

Finally, Ofsted has begun to discover what's going on. I very much doubt whether it would have done so if anyone other than Michael Gove – who is not an Islamophobe but is definitely a veteran opponent of creeping Islamism – were Secretary of State for Education.

I expect plenty of controversy in the days to come, as the Ofsted report is published and its implications sink in. The BBC will try to dampen it down. We mustn't let that happen.

## Britain's island story keeps 'Europe' at bay 104,76

**The Juncker affair reminds everyone just how different we are from the rest of the European Union**



A man of principle? David Cameron is questioned by the media during the EU summit Photo: THIERRY CHARLIER/AFP

By [Bruce Anderson](#)

5:09PM BST 28 Jun 2014

 [655 Comments](#)

It might sound like a scene from Hamlet: "We go to gain a little patch of ground... which is not tomb and continent enough to hide the slain."

Was it necessary for David Cameron to fight over his little patch, in the form of Mr Juncker? A Ruritanian grand duchy and a charming relic of the Holy Roman Empire, Luxembourg has done well to retain its independence in such a conflict-strewn region. Its principal industries are tourism and tax avoidance, and it is not a nursery of statesmen. In recent years, Gibraltar has produced more politicians who would be plausible members of a British Cabinet.

In the early Eighties, Gaston Thorn was president of the European Commission. Another distinguished-looking mediocrity from Luxembourg, he was a good choice, being both amiable and ineffectual. A life-long federalist, he did nothing to realise his ambitions. Mr Juncker likes cognac for breakfast. That is not the ideal foundation for a day's hard federalising. So why go to such unavailing trouble to block a man who might turn out to be Gaston Thorn II?

There is a simple answer: cynicism is not enough. A bad choice for Britain, Mr Juncker was a worse one for Europe. Although a lot of people in Europe are talking about "reform", hardly any of them know what it means. Mr Juncker is not going to fill that gap. He may have spent five years as Luxembourg's employment minister, but he has no insight into the economic or political needs of a serious country. To him, a democratic mandate is something that emerges from the deal-brokers, irrespective of public opinion. A good economic policy is anything that promotes ever-closer union, irrespective of its impact on jobs, output and growth.

In this, Mr Juncker is the perfect spokesman for the Euro-nomenclatura who are determined to build Europe whatever the consequences for Europeans: the people who gave us the single currency. The euro has proved more durable than its critics expected. But the fundamental problem has not been solved. In order for Maastricht and Aachen to use the same currency as Messina and Athens, radical measures are required. Either the poorer country must suffer a drastic cut in living standards, or the richer one must pay a lot more tax to subsidise the poor relations – or both. At present, the strain is falling on living standards and on employment levels. Thus far and despite the rise of populist parties, there has been a surprising degree of quiescence. But how long will that last? The eurozone could still bleed to death on the streets. Mr Juncker will take no interest in reform. Nor do he and his colleagues seem disposed to listen to Britain. This will have consequences. A week ago, it seemed most unlikely that the UK would leave the EU. There was an obvious scenario. Between now and 2017, the British economy would continue to prosper and a re-elected David Cameron would enjoy a large measure of public confidence. There would be a tough renegotiation, much of it battles over the small print. Mr Cameron might decide to strengthen his position by one big-print initiative:

withdrawing from the European Convention on Human Rights (ECHR). He would then put the question to the people with a recommendation that we stay in. With the help of almost every other serious politician, he would win comfortably. Now, that all looks much less plausible.

The Juncker affair has reminded everyone just how different we are from the rest of the EU. Indeed, there is one inescapable point. We have never really joined. In the early Seventies, legislation was passed to insert a new European organ in the British body politic. This was assisted by large doses of immuno-suppressant drugs. Ken Clarke, Michael Heseltine and others assumed that with every passing year, they would be less and less necessary. The British public would start to take Europe for granted. As on the Continent, it would become an integral part of domestic politics. But that has not happened. On the contrary, in the final phase of their political careers, Ken and Hezza find themselves among the last of the Eu-hicans, striving desperately to prevent the Euro-organ from being rejected. Both would like to think that their cause is the victim of the Eurosceptic tabloids. Neither seems to understand that their real enemies are history, geography and political culture.

When Hugh Gaitskell came out against Europe in the early Sixties, to the dismay of most of his supporters, he said that joining Europe would break faith with a thousand years of British history. If anything, that was an underestimate. It was many thousands of years ago that Britain was sundered from Europe by the creation of the English Channel. That has shaped our entire history. After the past thousand years on a war-torn Continent, the others have lost faith in the nation state, and who can blame them? Think of the Rhine and its contrasts. North to South, the greatest of all rivers for the flow of trade, wealth and culture, it has been one of the headwaters of European civilisation. East to West, no river has seen more war, as contending armies looted the art and plundered the prosperity.

This continued until the day before yesterday. In the course of the last 100 years, almost all the member states of the EU have invaded their neighbours, or been invaded, or had a revolution: in some cases, multiple horrors. They can hardly be blamed for concluding that nationalism comes in jackboots, or for losing faith in the power of domestic laws to protect them.

Our experience is different. To us, the greatest threats have come from attempts to create a European super-state: Philip II, Louis XIV, Napoleon, Hitler... the EU. We may grumble about our judges' deplorable propensity to lenient sentencing, and the genius of the English common law is insufficiently appreciated by the public. But we would rather trust our judges than some foreign court, which forbids us to deport a terrorist because he has acquired a pussy-cat and is entitled to a private life.

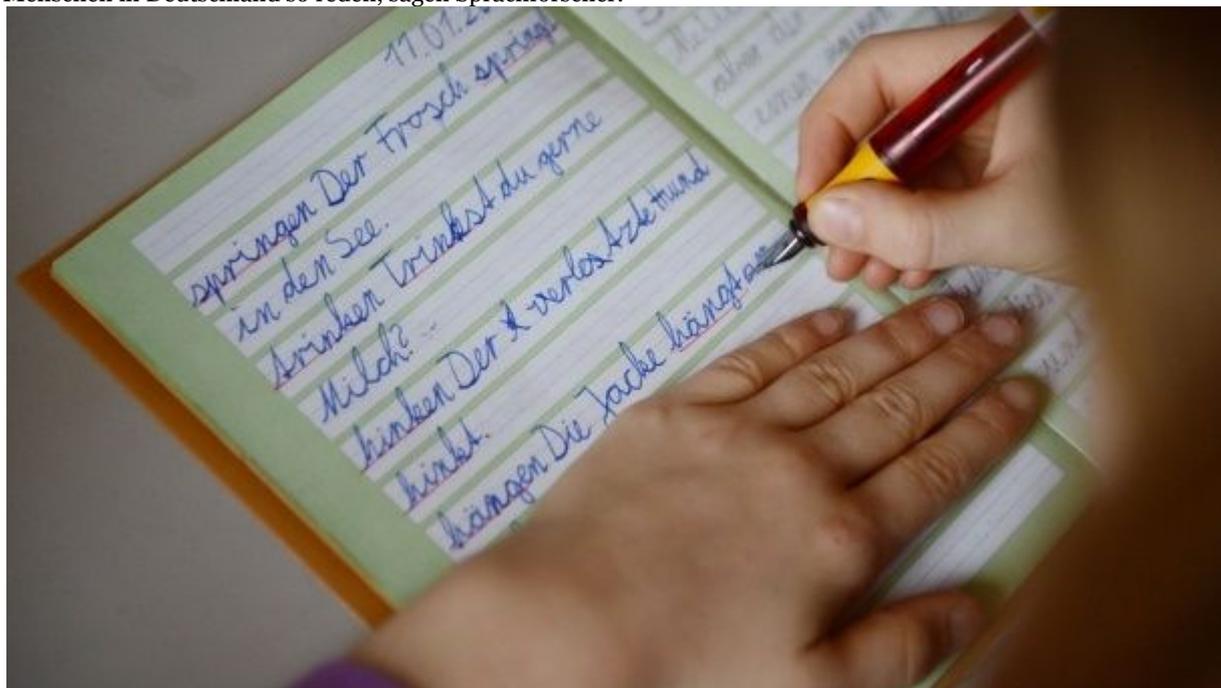
David Cameron would still like us to stay in Europe. Europe would like us to stay. **Although some of the French official class still has bouts of nostalgia for the days when Europe was a French jockey on a German horse, realism usually prevails. They regard us as a counter-weight to Germany.**

One might therefore conclude that the problem is soluble. That could be foolish. For more than 20 years, there has been a consensus about the ingredients of an Israel/Palestine peace plan. Yet realisation seems further away than ever. Sometimes, events have a momentum that is beyond politicians' control. This might be one such occasion.

In 1975, when the previous referendum was held, Britain was suffering from a collapse of national self-confidence. That is unlikely to be the case this time. It might seem absurd that a former prime minister of Luxembourg should provoke Britain into leaving Europe. Then again, the EU often resembles a performance in the Theatre of the Absurd.

## Präposition überbewertet 104,78

An manchen Schulen sind Sätze wie „Gehst du Bus?“ oder „Hast du Locher?“ längst gang und gäbe. In der Zukunft könnten alle Menschen in Deutschland so reden, sagen Sprachforscher.



© DPA ;  Frosch springt See – Trinkst Milch? – Hund hinkt – so läuft das bald.

Der neue Sprachtrend bei Jugendlichen klingt noch gewöhnungsbedürftig. „Ich komm mit Fahrradmahrrad“ oder „Ich bring Colamola“. Das heißt so viel wie: Irgendwie komme ich wahrscheinlich mit dem Fahrrad. Und ich bringe dann auch Cola mit. Das sagt Heike Wiese, Sprachwissenschaftlerin an der Universität Potsdam. Ihre Germanistik-Studenten haben Heranwachsenden in türkisch geprägten Stadtvierteln Berlins diese Sätze abgelauscht. Das spielerische Wiederholen eines Wortes mit einem „m“ davor habe seinen Ursprung im Türkischen, ergänzt Wiese. Ihrer Ansicht nach waren die Jugendlichen in Berlins Migrantenvierteln wie Kreuzberg und Wedding sprachlich damit wieder einmal sehr kreativ.

Die Meinungen über das „Kiezdeutsch“, das bei mehrsprachigen Jugendlichen besonders dynamisch und wandlungsfähig ist, gehen aber noch immer weit auseinander. Als Wiese vor zwei Jahren ein Buch zur Dialektgrammatik in Kreuzberg veröffentlichte und Sätze wie „Machst du rote Ampel?“ nicht verwerflich, sondern eher innovativ fand, kochte die Volksseele hoch. Gelegt haben sich die Anfeindungen immer noch nicht ganz, berichtet sie. „Sprache ist wohl einer der wenigen Bereiche, in dem man noch offen rassistisch sein kann“, sagt sie in Bezug auf Bezeichnungen wie „Türken-“ oder „Getto-Deutsch“.

Dabei hat Kiezdeutsch weder in Berlin noch in anderen deutschen Städten gleich etwas mit Migration zu tun. Das hat die Berliner Soziolinguistin Diana Marossek in ihrer Doktorarbeit belegt, die nun für den Deutschen Studienpreis nominiert ist. Marossek, die in Berlin einen Kinderbuchverlag leitet, war für ihre Arbeit ein Jahr lang in 30 Berliner Schulen zu Gast. Als Referendarin getarnt saß sie im hinteren Bereich des Klassenzimmers. Von ihrer Sprachforschung ahnten die Schüler freilich nichts.

### „Kommst du mit Klo?“

In allen Berliner Bezirken hörte die Doktorandin zu, wie insgesamt rund 1400 Acht- und Zehntklässler miteinander redeten. Sie notierte zum Beispiel, wie oft Jugendliche deutscher Muttersprache „zum“ oder „beim“ weglassen. Ob im tiefbürgerlichen Zehlendorf oder in den Migrantenvierteln Neuköllns – sie fand keine großen Unterschiede. Überall fielen Sätze wie „Kommst du mit Klo?“ oder „Ich war Fußball“. „Auf das Thema Kiezdeutsch bin ich gekommen, als ich gehört habe, wie seltsam meine jüngere Schwester und ihre Freunde miteinander geredet haben“, erinnert sich die Linguistin. „Heute weiß ich, dass es auch die Sprache von Schülern ohne Migrationshintergrund ist.“

Nur von türkischen Klassenkameraden hätten diese Jugendlichen ihr Kiezdeutsch dabei nicht abgekupfert, sagt Marossek. Denn auch die „Berliner Schnauze“ liebe das Verkürzen und Weglassen von Artikeln und Präpositionen. „Auf Schicht sein“ kennt aber auch das Ruhrgebiets-Deutsch. Dort sind Grammatik-Konstruktionen wie „Tu ma die Mama winken“ oder „Meine Oma ihre Tasche“ nicht nur ein Fall fürs Kabarett. Nach Marosseks Ansicht hätten sich zwei ähnliche Trends, nämlich einerseits die deutsche Dialektgrammatik und andererseits die Übernahme aus der Muttersprache von Migranten, gefunden und verbunden.

## „Ich bin Zoo“ sagen auch Akademiker

„Kiezdeutsch verstärkt, was ohnehin schon da war“, sagt auch Forscherin Heike Wiese. Im gesprochenen Deutsch gebe es schon seit langem den Trend, Artikel und Präpositionen zu verkürzen oder wegzulassen. „Darüber haben sich die Leute schon in den 1930er Jahren aufgeregt“, sagt sie. Gebremst hätte das die Entwicklung nicht. Und mit dem Bildungshintergrund habe es auch nichts zu tun. Haltestellen-Sprache wie „Ich bin jetzt Zoo“ brüllen in der U-Bahn und S-Bahn auch Akademiker ungeniert in ihr Handy.

---

Mehr zum Thema

- [Türkische Vereine versuchen, Berliner Schülern die Zukunft zu nehmen](#)
- [Exportschlager: Die deutsche Sprache wandert aus](#)
- [Schiebt nicht immer alles auf die Lehrer: Die Folgen einer Schuldzuweisung](#)

Heike Wiese geht davon aus, dass der Einfluss des Türkischen auf das Deutsche weit geringer ausfällt als umgekehrt. Wissenschaftler beobachteten seit einer Weile, dass sich in Deutschland das Türkische stark verändert. Es übernehme deutsche Ausdrücke und auch Konstruktionen aus der deutschen Grammatik, sagt Wiese. Diana Marossek geht davon aus, dass Sätze wie „Gehst du Bus oder bist du mit Auto?“ in Zukunft zum allgemeinen Sprachgebrauch gehören werden.

Heike Wiese glaubt, Kiezdeutsch werde gelegentlich von Jugendlichen auch zur Provokation genutzt. Die Schüler wüssten meist genau, wie ein Satz in korrektem Deutsch laute. Das glaubt Diana Marossek nicht. „Am Gymnasium ja, aber an anderen Schulen war ich mir da nicht immer sicher“, sagt sie. Selbst Lehrer, die sich zuerst über Kiezdeutsch amüsierten, hätten später unwillkürlich Artikel weggelassen. Als der Schüler sagte: „Ich brauche Locher“, antwortete die Lehrerin knapp: „Ist Locher nicht vorne drin?“

[http://www.lepoint.fr/societe/femmes-voilees-en-france-un-long-bras-de-fer-30-06-2014-1841897\\_23.php](http://www.lepoint.fr/societe/femmes-voilees-en-france-un-long-bras-de-fer-30-06-2014-1841897_23.php)

## Femmes voilées en France : un long bras de fer 104,80

Le Point.fr - Publié le 30/06/2014 à 11:13

Depuis 1989, la France cherche à limiter le port du voile au nom de sa conception de la laïcité et du droit des femmes. Retour sur une polémique interminable.



La CEDH doit

se prononcer sur la loi interdisant le port du voile intégral dans les lieux publics. © Pascal Montagne/Sipa

LE POINT.FR ( AVEC AFP)

La [Cour européenne des droits de l'homme](#) se prononce mardi sur la contestation, par une musulmane voilée, de la loi française de 2010 qui interdit le port du voile intégral dans l'espace public. Quelle que soit la décision, ce sera un épisode de plus dans un long feuilleton où la laïcité à la française se heurte à certains codes vestimentaires des musulmans.

### Le voile à l'école

La première "affaire du voile" a eu lieu en 1989, dans un collège public de Creil (Oise). Après l'exclusion de trois adolescentes pour port du voile, l'opinion s'est déchirée entre défenseurs du droit à la scolarité et tenants d'une stricte laïcité. La situation s'est reproduite plusieurs fois dans les années 1990 et au début des années 2000 avec une cinquantaine de jeunes filles exclues de leurs établissements.

La loi du 17 mars 2004 interdit les signes religieux ostensibles à l'école publique. À la rentrée suivante, seules quelques dizaines de jeunes filles se présentent voilées. En 2005, la justice valide l'exclusion de douze d'entre elles. En 2010, l'académie de [Toulouse](#) licencie une enseignante stagiaire qui refusait de retirer son voile islamique pour faire la classe en primaire.

Dernièrement, les débats se sont déplacés sur le sujet des mères accompagnatrices des sorties scolaires, [une circulaire de Luc Chatel en 2012 leur demandant de ne pas porter de signe religieux ostentatoire](#). En janvier, à Nice, une mère de famille voilée a saisi la justice contre une interdiction d'accompagner les enfants lors de sorties. En juin, treize mères d'enfants scolarisés à Meru (Oise) ont saisi le tribunal administratif d'Amiens pour la même raison.

### Le voile au travail

Après six ans de procédure, [la justice française a validé définitivement jeudi le licenciement d'une employée de la crèche privée Baby Loup de Chanteloup-les-Vignes \(Yvelines\)](#) qui refusait d'enlever son voile. La [Cour de cassation](#) a appuyé sa décision sur l'objet spécifique de cette crèche qui agit "pour la petite enfance en milieu défavorisé" et pour "l'insertion des femmes sans distinction d'opinion".

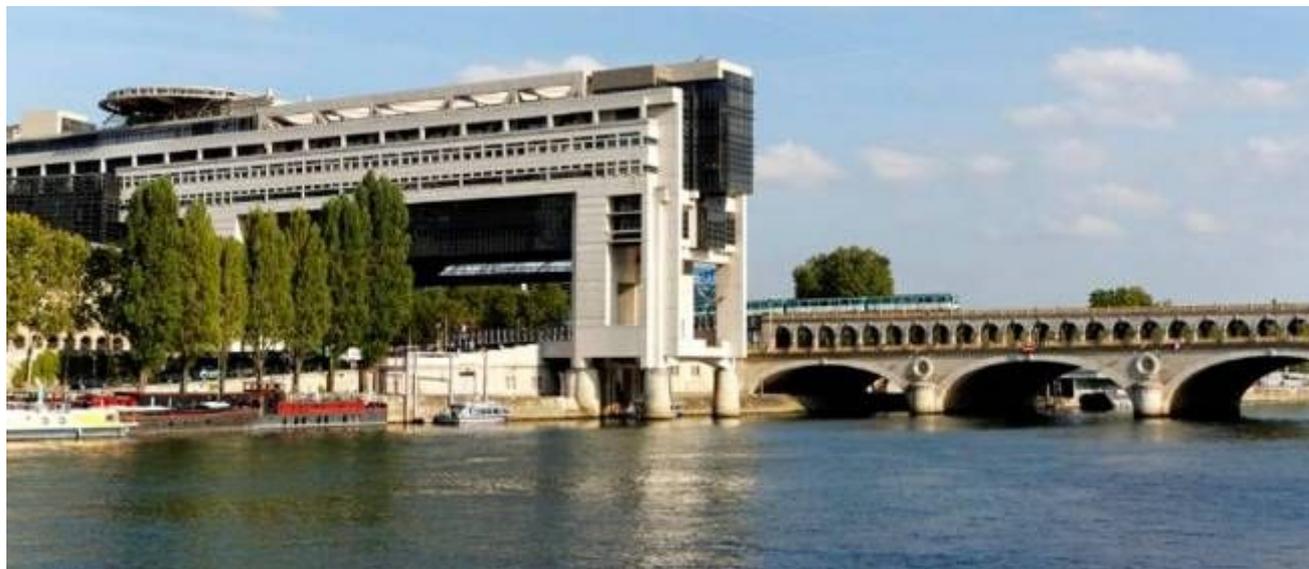
## Le niqab au volant

En 2010, à Nantes, une amende de 22 euros est infligée pour "circulation dans des conditions non aisées" à une conductrice dont le niqab ne laisse apparaître que les yeux. L'affaire crée une longue polémique. Le ministre de l'Intérieur Brice Hortefeux tente de remettre en cause la nationalité française de son mari, Lies Hebbadj, accusé de polygamie. En décembre, le tribunal de police annule l'amende, estimant que le niqab n'est pas dangereux. En octobre, la loi interdisant le port du voile intégral dans l'espace public entre en vigueur.

## Le voile intégral dans la rue

Sur la première année suivant cette loi, 354 femmes portant le voile intégral ont été contrôlées et 300 ont été verbalisées. Ce fut notamment le cas, en novembre 2011, de trois femmes, dont l'épouse et une compagne de Lies Hebbadj. En juillet 2013, le contrôle mouvementé d'une femme intégralement voilée, à Trappes (Yvelines), provoque des affrontements entre habitants et policiers durant trois nuits. Le mari est condamné en novembre à trois mois de prison avec sursis, mais une enquête vise un policier soupçonné d'islamophobie. La cour d'appel de Versailles doit se prononcer mardi.

## La dette a augmenté de 45,5 milliards d'euros entre le dernier trimestre 2013 et le premier trimestre 2014. Elle représente désormais 93,6 % du PIB. 104,82



Dans ses

dernières prévisions, le gouvernement a annoncé que la dette publique de la France monterait jusqu'à 95,1% du PIB cette année et ne refluerait pas avant 2016. © GUY Christian / AFP

### SOURCE AFP

La dette publique brute de la France a augmenté, selon l'Insee, de 45,5 milliards d'euros entre le dernier trimestre 2013 et le premier trimestre 2014, pour atteindre 1 985,9 milliards d'euros. Elle représente 93,6 % du produit intérieur brut de la France, en hausse de 1,8 point par rapport au quatrième trimestre 2013, précise l'Insee dans un communiqué publié lundi. Dans ses dernières prévisions, le gouvernement a annoncé que la dette publique de la France monterait jusqu'à 95,1 % du PIB cette année et ne refluerait pas avant 2016.

Pour le premier trimestre, c'est l'État qui génère la plus grande augmentation (+ 43,3 milliards d'euros), en lien pour l'essentiel avec la dette négociable à long terme (+ 32,3 milliards) et à court terme (+ 12,1 milliards). Vient ensuite la contribution des administrations de sécurité sociale (+ 4,6 milliards). La caisse d'amortissement de la dette sociale (Cades) s'est endettée à hauteur de 4,5 milliards du fait de la reprise de 5 milliards de dette du régime général. Ce dernier s'est désendetté pour 600 millions, les hôpitaux pour 500 millions tandis que l'Unedic a émis pour 1,1 milliard de titres de créances. Au contraire, la contribution à la dette des administrations publiques locales a baissé de 2,1 milliards d'euros.

À noter qu'au premier trimestre 2014 la dette nette des administrations publiques croît moins vite que la dette brute. Elle s'élève à 1 790,2 milliards d'euros, soit 84,4 % du PIB (contre 83,9 % au trimestre précédent), en hausse de 17,2 milliards. Selon l'Insee, "l'écart de 28,3 milliards entre cette progression et l'augmentation de 45,5 milliards de la dette brute traduit principalement la forte croissance de la trésorerie de l'État (+ 25,8 milliards) et, dans une moindre mesure, celle des administrations de sécurité sociale (+ 1,3 milliard)".

## Islam and apostasy 104,83

### The right to renounce

Jun 27th 2014, 15:11 by B.C.



NOTHING does so much harm to Islam's global image as the spectacle of people being condemned to death, or some other harsh fate, for renouncing their religion. In today's pluralist societies, religions generally gain respect when their followers seem to hold their beliefs voluntarily and sincerely, while respecting the convictions of others. The reverse also applies. To a modern, liberal mind, it is hard to see merit in a religion which threatens those who leave it with some terrible penalty. With menaces like that in the air, it seems impossible to tell whether people who persevere in that faith are doing so sincerely or just because they fear the consequences of stopping.

So does Islam always threaten those who abandon it with severe retribution? If you take only the Koran, it is possible to argue for a different conclusion. There are several verses which are often cited to affirm the idea that belief only has value when freely maintained. The most famous proclaims that "there is no compulsion in religion." Another declares that God could have chosen to make everybody believe, but decided otherwise. "Had our Lord willed, everybody on earth would have believed. Will you then compel people to be believers?"

The "no compulsion" verse carries particular weight, according to a briefing paper by Usama Hasan, a British imam who now works for the London-based Quilliam Foundation, which describes itself as an "anti-extremism think-tank"; that is because the verse comes straight after one of the most revered lines in the Koran: "[God's] throne encompasses the heavens and the earth...He is the exalted, the great."

On the other hand, if you take the various legal traditions which have been used to set rules for Muslim societies, the picture looks much darker. All the leading schools have argued for the legitimacy of executing, or at least severely punishing, those who fall away. Many cite a hadith—a well-established tradition relating to the words and deeds of Islam's prophet—which says Muslims cannot be put to death except for murder, marital infidelity or turning against Islam. In their early days, the legal schools seemed to differ only over the precise application of the penalty: whether it applied to women as well as men, and whether the person's soundness of mind had to be tested.

By way of explaining this extraordinary harshness, it is sometimes argued that the penalty was devised in the first years of Islam's existence, when Muslims were engaged in a life-or-death struggle against other communities—so that leaving Islam was tantamount to betrayal. "Many modern scholars would say that the death penalty can only apply when accompanied by treason," says Inayat Bunglawala, a co-founder of Muslims4UK, a lobby group which encourages civic engagement among Muslims.

Christian kings used to burn heretics, but they stopped. Why can't the Muslim world move on from such cruelty? Some would say it did move on—in the early 19th century, when the Ottoman empire stopped executing apostates. (Prior to that Ottoman Christians who embraced Islam and then reverted to their original faith did so at the cost of their lives.) And the Ottoman ruler who decreed that liberalising measure was not just a worldly sovereign but the caliph, the supreme religious authority over Muslims—so the whole Muslim world should have followed suit.

Unfortunately it has done so very patchily, as is shown by the ghastly case of Meriam Ibrahim (pictured above), a Sudanese woman with a Christian husband who was sentenced to a delayed death sentence in May for "renouncing" her religion, even though she was only technically Muslim because her father had followed that faith. This week brought news of her release, her re-arrest at the airport and, most recently, of her re-release on condition she not leave the country.

Mr Bunglawala says he wishes that Muslims living in the West would be more emphatic in deploring such cruelty. Even in the West, he added, some Muslims apparently felt they would incur opprobrium if they broke ranks with their co-religionists; and some seemed to fear that relaxing the ban on apostasy would open the flood-gates to all modern notions of personal and intellectual freedom. They may be so; but firmly accepting people's right to change religion (which is enshrined in all the world's human-rights charters) would be taken by most people as a vastly welcome and overdue change.

## Dokortitel für alle 104,84

In Deutschland erwerben 25.000 Personen jährlich einen Dokortitel. Das liegt an der Höherstufung der Ausbildungen und der wachsenden Professionalisierung. Denn in immer mehr Berufen geht nichts ohne akademische Ausbildung.

29.06.2014, von JÜRGEN KAUBE



© DPA ;  Ohne Dokortitel geht nichts.

In Deutschland erwerben jedes Jahr etwa 25.000 Personen einen Dokortitel. Allein 8000 davon sind Mediziner. Es liegt auf der Hand, dass nur die wenigsten von ihnen anschließend in der Wissenschaft tätig sind. Das gilt auch für die anderen Berufsgruppen, die weit vorne bei den Dokortiteln liegen: Juristen und Betriebswirte. Weshalb sie gerne promovieren, ist ebenfalls nicht schwer zu sagen. Der Titel schmückt, er hilft bei der Karriere und wirkt auf Kunden.

Doch wieso lässt sich ihrerseits die Universität darauf ein? Immerhin sind solche Verfahren nicht unaufwendig. Und warum haben Dokortitel auf Patienten, Klienten und Vorgesetzte eine solche Wirkung? Für eine Antwort auf diese Fragen ist es hilfreich zu sehen, dass das ganze moderne Bildungssystem von einer ständigen Höherstufung aller Ausbildungen bestimmt ist.

Es werden insbesondere seit den sechziger Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts immer mehr Titel von immer mehr Menschen erworben. Mancherorts liegt in Deutschland der Anteil der Abiturienten an einem Jahrgang bei fast fünfzig Prozent - beispielsweise in Hamburg, das bei den ländervergleichenden Leistungstests der Schüler dann interessanterweise immer im letzten Drittel liegt.

### **Die Studenten müssen erst hochschulreif gemacht werden**

Entsprechend wachsen seit Jahrzehnten die Studierquoten. Dass am unteren Rand des Schulsystems wiederum die Hauptschule abgeschafft und mit der Realschule zusammengelegt wird, ist nur die andere Seite dieser Verschiebung aller nach oben. Denn in einer Welt, in der jeder Zweite Abitur hat, ist die Entwertung niederer Abschlüsse, völlig unabhängig davon, was konkret gelernt wurde, unvermeidbar.

---

#### Mehr zum Thema

- Soziale Systeme: Sagt der Merkur zum Amor
- Soziale Systeme: Vorsicht, Psychologie!
- Soziale Systeme: Spieglein an der Wand
- Der MBA ist der neue Doktor

Sie geht allerdings ebenso unvermeidbar mit einer permanenten Nachschulung einher. Die Universitäten berichten unisono, dass sie inzwischen das Gros der Studenten zuallererst hochschulreif machen müssen. Im Eingangsbereich des Bachelorstudiums wird also - wenn es gutgeht - nachgeholt, was auf dem Gymnasium nicht bewältigt werden konnte. Entsprechend dient das anschließende Masterstudium vielen Studenten dazu, endlich „richtig“ zu studieren, also den Kontakt zur Wissenschaft aufzunehmen. Sich längere Zeit auf ein spezielles Forschungsgebiet einzulassen heißt unter diesen Umständen schon: zu promovieren. Vorher ist gar keine Zeit dafür.

## **Professionalisierung von jedermann**

Zu dieser Kombination aus Höherstufung und Nachschulung kommt noch hinzu, was der amerikanische Soziologe Harold L. Wilensky vor fünfzig Jahren schon die „Professionalisierung von jedermann“ genannt hat. Damit meinte er einen im neunzehnten Jahrhundert einsetzenden Prozess, in dessen Verlauf alle möglichen Berufe mit besonderen Zugangsbeschränkungen versehen wurden.

Wilensky setzte damals hinter seine Diagnose noch ein Fragezeichen. Inzwischen kann man es löschen. Man muss nicht nur studieren, um Zähne ziehen, Kinder unterrichten, Häuser bauen und Jahresabschlüsse machen zu dürfen. Es gibt kaum noch ein Tätigkeitsfeld, das nicht zumindest an seinem oberen Ende akademisiert worden ist, ganz gleich, ob es sich um das Anfertigen von Kleidung, den Brandschutz, den Journalismus oder die Verwaltung von Gefängnissen handelt.

Zuerst war das Studium nötig, um Studenten zu unterrichten, dann erfasste es die Schullehrer, bald sind auch die Kindergärtnerinnen dran. Und weil die Vorgesetzten und Manager des jeweiligen Bereichs dann angeblich noch qualifizierter sein müssen, trägt auch das zum Wachstum der höheren akademischen Titel bei.

### **„Von einem Bachelor lasse ich mich nicht operieren“**

Die Gründe für diese Professionalisierung von jedermann sind vielfältig. Teils liegen sie in der steigenden Spezialisierung der Berufe, teils im steigenden Einsatz von technischem Gerät, teils auch darin, dass die moderne Gesellschaft überall Risiken wittert und sich gegen inkompetenten Umgang damit durch ebenso standardisierte wie wissenschaftlich betreute Ausbildung zu versichern sucht.

„Von einem Bachelor lasse ich mich nicht operieren“, sagte einst ein deutscher Hochschulrektor. Das ist sogar nachvollziehbar. Aber wenn man in diese Formel „finanziell beraten“ oder „meine Kinder erziehen“ oder auch „pflegen“ einsetzt, hat man nur weitere Risikobereiche angesprochen, in denen immer höhere Bildung helfen soll.

In Wilenskys Aufsatz fehlt der Hinweis nicht, dass viele Berufsverbände das Ihre tun, um den Eindruck zu erwecken, Akademisierung sei unvermeidlich. Dass die Universitäten das genauso sehen, muss nicht ausführlich erklärt werden.

[Zur Homepage](#)

Harold L. Wilensky: „The Professionalization of Everyone?“, American Journal of Sociology, Vol. 70, Nr. 2, 1964.

## La CEDH valide l'interdiction de la burqa 104,86

Publié le 01/07/2014 à 18:59



Saisie par une Française d'origine pakistanaise, la Cour européenne des droits de l'homme a estimé que la loi votée en 2010 poursuit un objectif « légitime » et qu'elle est « proportionnée au but poursuivi ».

La France va pouvoir continuer d'interdire le voile islamique intégral. La loi votée fin 2010 n'est pas contraire aux droits de l'homme et poursuit un objectif «légitime», [a tranché mardi la Cour européenne des droits de l'homme](#) (CEDH) dans un arrêt définitif, rejetant ainsi la requête d'une jeune musulmane.

Au grand public, elle n'a révélé que ses initiales, S.A.S. Dans sa requête, la Française de 24 ans, d'origine pakistanaise, adepte aussi bien de la burqa - qui cache entièrement le corps, y compris les yeux derrière un tissu à mailles - que du niqab - qui couvre le visage pour n'en montrer que les yeux -, affirmait ne subir «aucune pression» familiale, accepter les contrôles d'identité, tout en voulant rester libre de porter le voile à sa guise. «Naturellement, ma cliente est déçue, a reconnu mardi l'un de ses défenseurs, Me Tony Muman. Mais elle va respecter le jugement de la Cour et agir conformément à la loi, comme elle l'a toujours fait. Elle craint, toutefois, que ce jugement, paradoxalement, exclue encore davantage sa communauté que l'entrée en vigueur de la loi, et sape la notion même de “vivre ensemble”.»

La préservation du «vivre ensemble» était justement l'argument invoqué par la France pour justifier sa loi. Si la CEDH se dit «consciente que l'interdiction contestée pèse essentiellement sur une partie des femmes musulmanes, elle relève qu'elle n'affecte pas la liberté de porter dans l'espace public des éléments vestimentaires qui n'ont pas pour effet de dissimuler le visage et qu'elle n'est pas explicitement fondée sur la connotation religieuse des vêtements, mais sur le seul fait qu'ils dissimulent le visage». Le gouvernement français avait en effet souligné que la loi n'était pas «antireligieuse» mais portait sur la dissimulation du visage par quelque moyen que ce soit, aussi bien par une cagoule que par un casque de moto, par exemple.

Eu égard aux 150 euros d'amende prévus, indique encore la Cour, «les sanctions en jeu sont parmi les plus légères que le législateur pouvait envisager» et «l'interdiction contestée peut par conséquent passer pour proportionnée au but poursuivi, à savoir la préservation du “vivre ensemble”». Quelques réserves toutefois, sur «les raisons sécuritaires» invoquées par le gouvernement, ainsi que sur le choix d'une interdiction générale «qui peut paraître démesurée» au regard du faible nombre de femmes concernées: «1.900 femmes environ étaient concernées fin 2009», selon une mission d'information de l'Assemblée nationale. Dans ses observations présentées à la cour de Strasbourg, le gouvernement français s'était félicité que ce chiffre ait chuté de près de la moitié depuis 2010.

## Contrôlée «trois ou quatre fois par jour»

Selon l'Observatoire de la laïcité, la police a procédé à un millier de verbalisations depuis avril 2011, portant sur 600 femmes, puisque certaines accumulent les amendes... Comme Stéphanie, une Française convertie à l'islam qui porte le voile intégral depuis près de vingt ans, contrôlée parfois jusqu'à «trois ou quatre fois par jour». Ce mardi, elle est «sous le choc (et) ne sait pas quoi faire». «Cette loi est disproportionnée! lance-t-elle, en larmes. C'est à cause des terroristes qui se cachent derrière la burqa que les juges ont pris cette décision. Mais nous, on n'a pas pris le voile pour faire le djihad!»

Enfin, «très préoccupée» par les «propos islamophobes» qui ont pu marquer le débat qui avait précédé l'adoption de la loi, la Cour n'a pas manqué de rappeler «l'importance de la tolérance et du pluralisme», se félicite Me Muman. «Le vêtement en cause est perçu comme étrange par beaucoup de ceux qui l'observent, indique en effet le jugement. Cependant, dans sa différence, il est l'expression d'une identité culturelle qui contribue au pluralisme dont la démocratie se nourrit.»

# Auch Deutschland sollte die Burka verbieten 104,88

Ein gutes Urteil: Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte erklärt Frankreichs Burka-Verbot für rechtens. Die Vollverschleierung verletzt demokratische Prinzipien und die Rechte der Frauen.



Foto: dpa Vollverschleierte Frauen auf einer Kundgebung des radikalen Salafistenpredigers Pierre Vogel in Offenbach am Main

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg hat die Klage gegen das Verbot der Vollverschleierung in Frankreich **abgewiesen**. Das ist eine klare Bekräftigung des Rechts des säkularen demokratischen Staates, die Grundregeln des Zusammenlebens seiner Bürger gegen die Anmaßungen des religiösen, namentlich des islamischen Fundamentalismus zu verteidigen.

Dass die Verteidiger der Burka sich dazu versteigen, die Vollverschleierung – und damit die symbolische Auslöschung weiblicher Identität und Individualität – als ein Menschenrecht zu reklamieren, folgt einer pervertierten Interpretation des Sinns eines solchen Rechts.

Seit langem arbeiten islamische Ideologen daran, die Menschenrechte zu einem Schutzmantel für die Zwangsdurchsetzung des Alleingeltungsanspruches religiöser Gebote umzudeuten. Nun besitzt die freie Religionsausübung im demokratischen Rechtsstaat tatsächlich einen hohen Rang. Doch sie findet ihre Grenze, wo sie die für alle Bürger gleichermaßen verbürgte Menschenwürde verletzt.

## **Man muss sich ins Gesicht schauen können**

Menschenrechte schützen den Einzelnen nicht nur vor der Willkür des Staates, sondern auch übermächtiger religiöser oder "kultureller" Kollektive. Diese Prinzipien wollen islamische Ideologen systematisch verwirren. Deshalb geben sie die Vollverschleierung, die zur Stigmatisierung und Ausgrenzung der Frau aus dem öffentlichen Raum ersonnen wurde, als Angelegenheit der "Privatsphäre" aus.

Die Unterwerfung unter religiös verfügte Unterdrückungspraktiken soll so als Ausdruck freier Entscheidung erscheinen. Doch auf diese Verdrehung für sie essenzieller Werte dürfen demokratische Gesellschaften nicht hereinfallen.

Dass sich Menschen gegenseitig ins Gesicht sehen können, ist nicht nur aus Gründen der Identifizierbarkeit unverzichtbar. Es ist auch erste Voraussetzung für zivilisierte Kommunikation und damit für jeglichen

demokratischen Diskurs. Wir sollten daher dem Beispiel Frankreichs und Belgiens folgen und die Vollverschleierung in der Öffentlichkeit verbieten.

## FORMEN DER VERHÜLLUNG IM ISLAM



### Burka

- Gewand, das den Körper und das Gesicht vollständig verhüllt
- Vor den Augen ist ein schmales Netz
- Burkas werden traditionell in Afghanistan getragen, meistens in der Farbe blau



### Hidschab

- Traditionelles islamisches Kopftuch
- Lässt das Gesicht frei, bedeckt nur Haar, Ohren, Hals und meist auch Schultern

### Nikab

- Gesichtsschleier, mit dem das Gesicht fast vollständig bedeckt wird – schmaler Schlitz für die Augen bleibt frei
- Wird meist in Kombination mit einem Schal getragen, der das Haar und die Stirn bedeckt (siehe Tschador)
- Verbreitet in Saudi-Arabien und Jemen



- Dunkler Überwurf, der Haare und den Körper bis zu den Fußspitzen verdeckt
- Das Gesicht bleibt frei
- Traditionelle Bekleidung im Iran

### Tschador



Nicolas Sarkozy

## Bote des Niedergangs 104,90

Das Korruptionsverfahren gegen Nicolas Sarkozy ist symptomatisch für die Verfallserscheinungen im politischen System Frankreichs. Noch schwerer wiegt jedoch das wachsende Misstrauen der Bürger.

02.07.2014, von MICHAELA WIEGEL

Vom Erneuerer hat sich Nicolas Sarkozy schlagartig in einen Boten des Niedergangs verwandelt. Das Korruptionsverfahren gegen ihn ist symptomatisch für die Verfallserscheinungen im politischen System Frankreichs. Von einer „untadeligen Republik“, wie sie der Wahlkämpfer Sarkozy einst versprochen hatte, können die Franzosen nur träumen. Gründervater Charles de Gaulle hatte sich die Institutionen der V. Republik maßschneidern lassen in dem Glauben, dass seine Rechtschaffenheit und seine Redlichkeit keiner Prüfung bedürften. Das taten sie auch nicht. Doch deshalb plagt sich Frankreich heute mit einem System, das für die politisch Verantwortlichen viel Vertrauen und wenig Kontrollen vorhält. Dies gilt erst recht für den Ersten unter ihnen, den Staatspräsidenten.



Autorin: Michaela Wiegel, Politische Korrespondentin mit Sitz in Paris. Folgen:

Der in Europa einzigartige Berufsstand der unabhängigen Untersuchungsrichter hat diese Lücke im Kontrollsystem zu schließen versucht. Das hat zu verhärteten Fronten zwischen Politik und Richtern geführt. Und das System funktioniert auch schlecht. Die Kontrollen greifen spät und schießen oft über das Ziel hinaus. Das erschreckendste Beispiel dieser nacheilenden politischen Justiz ist die Verurteilung Jacques Chiracs zu einer Bewährungsstrafe. Das Urteil gegen den früheren Präsidenten erging, als diesem schon Macht und Kraft fehlten, sich dagegen zu verteidigen. Es blieb allein eine symbolisch verheerende Botschaft: Der Hüter der Verfassung und Retter der Republik gegen Jean-Marie Le Pen hat als strafrechtlich tadelloses Vorbild versagt. Das Vertrauen der Franzosen in die Politik ist seitdem immer mehr geschwunden.

Diesen Missstand verstärkt Nicolas Sarkozy jetzt wider Willen. Das hat wenig mit der Frage zu tun, ob er wirklich so korrupt ist, wie die Untersuchungsrichter argwöhnen. Für ihn gilt die Unschuldsvermutung, zumal ungeklärt ist, ob die Abhöraktion gegen ihn wirklich rechtens war. Die belastenden Elemente sind alle auf die „großen Ohren“ der Justiz zurückzuführen. Doch schwerer wiegt, dass sich im Zuge der neuen Affäre ein Generalverdacht breit macht: „Tous pourris“, „alle verfault“ – das Urteil des rechtsextremen Front National (FN) über „die politische Klasse“ macht wieder die Runde. So kann am Ende nur Marine Le Pen frohlocken. Denn ihr werden die Wähler zugetrieben.

## Emploi: les propositions chocs de l'Institut Montaigne 104,91

Publié le 03/07/2014 à 06:01

Comme lors des deux premiers opus, la lutte contre le chômage sera le fil rouge de [la conférence sociale lundi et mardi](#). Et pour cause: rarement la situation n'a été aussi dramatique: + 81 600 chômeurs en catégorie A sur les cinq premiers mois de l'année, 5,7 millions d'inscrits toutes catégories confondues et 42,5 % de longue durée. Des records absolus! Quant aux perspectives, elles ne sont guère réjouissantes. Le régime d'assurance-chômage estime à 80.000 le nombre de chômeurs qui vont encore s'inscrire à Pôle emploi d'ici à la fin 2015, et le taux de chômage devrait atteindre 10,2 % en France entière fin 2014.

Il y a même, selon l'[Institut Montaigne](#), qui publie une étude sur le sujet dont *Le Figaro* a pris connaissance, deux facteurs aggravants. «D'une part, le chômage est orienté clairement à la baisse dans plus de la moitié des pays européens, note son auteur, Bertrand Martinot, ex-directeur de l'emploi et de la formation professionnelle. D'autre part, plusieurs pays européens qui connaissent des taux de chômage élevés se sont avérés capables, dans un passé récent, de revenir au quasi plein emploi, ce qui n'a jamais été le cas de la France depuis la fin des années 1970.»

Et ce ne sont pas les réformes mises en œuvre depuis deux ans qui vont permettre d'inverser la tendance. Partielles, assorties de nombreuses contreparties et évitant «de nombreuses questions fondamentales», elles ne sont en effet pas en mesure «d'endiguer véritablement le chômage de masse». Et ce, malgré le crédit d'impôt compétitivité emploi (CICE) - qui va permettre une baisse de 2,7 % du coût du travail en 2017 - qui «pourrait créer à long terme (au moins 5 ans) environ 300.000 emplois marchands».

### «Expérimenter un smic dérogatoire pour les jeunes»

L'Institut Montaigne juge donc venu le temps de lancer «des vraies réformes» et dresse un catalogue à la Prévert de mesures à prendre. Le think-tank suggère ainsi «d'unifier tous les dispositifs d'allègements de charges existant et de les intégrer définitivement dans le barème des cotisations sociales». Il propose encore de geler le smic pendant plusieurs années et d'«expérimenter un smic dérogatoire pour les jeunes qui seraient embauchés en CDI dans certains départements». Dit autrement, de créer un «smic jeunes» à 80 % du smic. Objectif? Gommer la barrière à l'entrée que constitue «un niveau de coût du travail excessif» pour les salariés peu qualifiés, et notamment pour les jeunes.

## Bonus-malus

Bertrand Martinot recommande aussi de «donner encore plus de marge de manœuvre à la négociation collective au niveau de l'entreprise», sur le temps de travail. Bref, de sortir du carcan des 35 heures en permettant par exemple aux entreprises de remonter jusqu'à 39 ou 40 heures le seuil de déclenchement des heures sup «de manière unilatérale» en rétablissant une exonération d'impôts. La durée du travail dans la fonction publique serait également relevée et les recrutements sur certains postes effectués en contrat de droit privé.

Pour limiter le recours aux CDD courts, l'Institut Montaigne suggère enfin de «créer un système de bonus-malus à l'assurance-chômage», en augmentant fortement les cotisations patronales sur les CDD et en les baissant sur les CDI. En contrepartie, les employeurs auraient la possibilité de recruter des salariés en «CDD longs (jusqu'à 3 ans), à l'instar de ce qui existe déjà dans le secteur public».

## Immigrés : un modèle familial traditionnel 104,92

Publiée 02/07/2014 à 20:36

Mariage, concubinage, enfants... Une étude de l'Insee décrypte les modes de vie des étrangers en France.

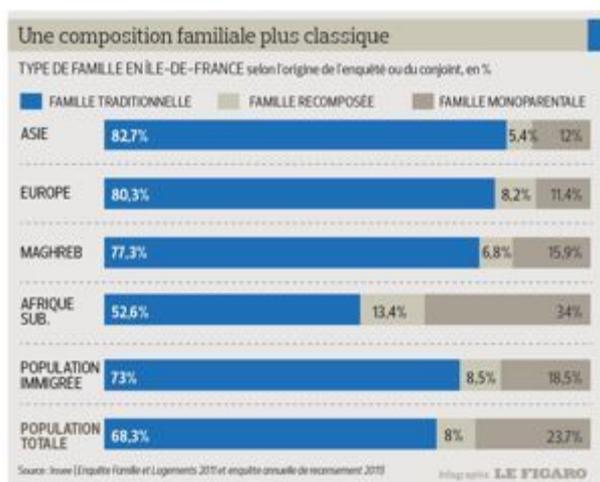
Plus traditionnelles, les familles d'immigrés? [C'est la conclusion d'une analyse de l'Insee, qui a passé au crible les chiffres du recensement et de l'enquête «Famille et logements» pour l'année 2011 en Île-de-France.](#) Mariage, concubinage, taille des foyers: les structures familiales des immigrés et de leurs descendants reflètent leurs origines, selon cet instantané de l'Institut national de la statistique et des études économiques. En outre, alors que l'Île-de-France concentre 2 millions d'immigrés, soit près de 40 % des immigrés installés en France, le constat - à quelques nuances près - peut être projeté au plan national.

### Le mariage à l'honneur

Si les Français boudent le passage devant le maire, ce n'est pas le cas des immigrés. 85 % de ceux qui vivent en couple sont mariés, contre 71 % pour le reste de la population. «Les plus enclins à se marier, en Île-de-France comme en province, viennent de pays de culture musulmane», relèvent les auteurs de cette analyse, Nathalie Couleaud, Claire Decondé et Mariette Sagot. Ainsi, le pourcentage de couples mariés atteint des sommets pour les immigrés franciliens du Maghreb et ceux venus de Turquie, respectivement 93 et 95 % à avoir échangé leurs consentements. Les immigrés asiatiques et européens affichent cependant aussi un vif penchant pour l'union officielle, avec 86 % et 80 % de couples mariés. Ces statistiques soulignent l'importance du poids de la tradition - et notamment de l'islam pour les immigrés maghrébins - de leur pays d'origine. «Il faut être marié pour pouvoir faire venir son conjoint en France dans le cadre du regroupement familial. Dans certains courants migratoires, le courant turc par exemple, les hommes sont venus souvent déjà mariés. Beaucoup viennent de sociétés dans lesquelles la formation d'un couple se fait par le mariage. On retrouve en France cette pratique du mariage direct lors de la mise en couple», précise [la démographe spécialiste de l'immigration Michèle Tribalat](#).

### La prédominance de la famille traditionnelle

Un père, une mère, des enfants: un schéma classique privilégié chez les immigrés. Il est largement plus répandu parmi les familles dont au moins un conjoint est immigré de l'Asie (83 %), de l'Europe (80 %) ou du Maghreb (77 %) que parmi les familles n'ayant aucun lien avec l'immigration, souligne cette analyse. «Les immigrés arrivent avec les comportements de chez eux dans leurs bagages, rappelle Michèle Tribalat. Leurs réflexes culturels ou religieux sont même quelquefois plus forts. Quand vous êtes plongé dans un milieu très différent de celui dont vous venez, vous pouvez avoir tendance à vous braquer sur un modèle pour vous protéger.»



Seuls les immigrés d'Afrique subsaharienne, plus jeunes et arrivés plus récemment en France, échappent à ce schéma avec un pourcentage de 34 % de familles monoparentales et des recompositions familiales plus fréquentes. Pour l'expliquer, on peut évoquer des unions libres plus fréquentes, voire la décohabitation des familles polygames, la polygamie étant interdite en France.

## La taille des familles

Les enfants de moins de 25 ans sont plus nombreux dans les familles immigrées franciliennes (2,06 par famille) que les autres (1,74). «Attention, il s'agit d'une photo à un instant précis qui ne prend pas en compte la plus ou moins grande l'ancienneté des vagues d'immigration et les différences de structures par âge, avertit Michèle Tribalat. Les familles d'Afrique subsaharienne, arrivées plus récemment, ont forcément plus d'enfants jeunes.» La taille de la famille diminue chez les couples mixtes tout comme chez les descendants d'immigrés, qui, avec 1,84 enfant par famille, se situent à mi-chemin entre les familles avec au moins un parent immigré et celles sans lien avec l'immigration.

Intermittents : Quand la culture «justifie tous les égoïsmes» 104,94

Publié le 04/07/2014 à 11:42



FIGAROVOX/ANALYSE - Alors que le spectacle d'ouverture d'Avignon vient d'être annulé, pour Jean-Philippe Delsol, les intermittents, sous prétexte de «culture», revendiquent en réalité le droit à être pris en charge par la collectivité.

---

*Jean-Philippe Delsol est avocat fiscaliste, et administrateur délégué de l'Institut de Recherches Economiques et Fiscales.*

---

Le régime des [intermittents](#) est bien entendu une question d'argent. Mais il est aussi, et bien au-delà, au cœur du débat sur la culture.

Le déficit du régime des intermittents représenterait 1 milliard d'euros, soit un quart du déficit de l'UNEDIC dont les intermittents ne comptent que pour 3,5% des assujettis! Mais la culture et ses salariés que sont les intermittents bénéficie de beaucoup d'autre argent public au travers des subventions et autres dépenses de l'Etat et des collectivités. A lui seul, le budget 2014 du ministère de la Culture et de la Communication s'élève à 7,26 milliards d'euros. Les intermittents revendiquent en fait un droit à être pris en charge par la collectivité du simple fait qu'ils ont décrétés qu'ils faisaient œuvre culturelle et quelque soit l'œuvre. Ils sont comme des avocats, des commerçants ou des coiffeurs qui voudraient gagner leur vie dans tous les cas, et même s'ils n'avaient pas de clients. Ah la bonne idée de pouvoir faire son métier sans avoir besoin de trouver des clients, c'est-à-dire sans avoir besoin d'être apprécié, sans avoir besoin de répondre à l'attente de personnes prêtes à acquérir le service offert. Non, la culture, disent-ils, est trop noble pour se soucier de se vendre, trop riche de ses bienfaits pour avoir la nécessité de s'occuper de se nourrir, trop bénéfique à tous pour que tous ne se réjouissent pas de la prendre en charge!

**Pour [les intermittents], se mutualiser, c'est mettre à la charge d'autrui en invoquant le saint nom de l'intérêt public. Le bien commun a bon dos qui pourrait justifier tous les égoïsmes.**

Le conflit des intermittents révèle une rupture très profonde au sein même de notre société entre deux mondes qui s'opposent radicalement. Les intermittents sont en grève contre l'économie libérale qu'ils dénoncent comme le fait [Antonella Corsani](#) dans le Monde du 19 juin en rejetant ce cadre dans lequel «il s'agit de faire de tout un chacun un «entrepreneur de soi-même» assumant seul tous les risques économiques et sociaux de son activité, un individu en lutte contre tous les autres pour obtenir un emploi, investissant à des rythmes frénétiques l'intégralité du temps de sa vie quotidienne, le jour et la nuit, dans la «production de soi» afin de gagner la guerre pour un revenu (direct et indirect) mérité». A cette vision qui lui est horripilante elle voudrait substituer «la culture défendue par les intermittents du spectacle en lutte [qui] fait du mutualisme le cœur d'un nouveau rapport des individus à eux-mêmes et aux autres».

En fait, ils veulent faire payer par les autres leur vie parfois créatrice et souvent négatrice de ce qu'ils appellent encore, trop fréquemment indument, la culture. Pour eux, mutualiser, c'est mettre à la charge d'autrui en invoquant le saint nom de l'intérêt public. Le bien commun a bon dos qui pourrait justifier tous les égoïsmes pour autant qu'ils soient peints aux couleurs de la communauté des biens pensants.

Il faut dire que ce statut n'existe pas à l'étranger. Une récente étude de l'IREF se basant sur un Rapport du Sénat a comparé la situation des intermittents français avec leurs homologues allemands, britannique, italiens, et suédois, lorsque ceux-ci sont au chômage. Le contraste est saisissant. Tout d'abord, on note que la France est le seul pays dans lequel existe ce type de statut. Nous avons donc comparé les situations équivalentes, c'est-à-dire l'accès à l'assurance chômage des emplois précaires dans les pays étudiés.

Ensuite, le système français est l'un des plus généreux - par la durée des indemnités (243 jours en France), contre 6 mois au maximum dans les autres pays. En Suède, l'indemnité peut durer jusqu'à 300 jours, mais cette générosité est liée à la particularité du système suédois. En effet, ce dernier indemnise tous les chômeurs qui ont préalablement cotisé à l'une des 36 caisses d'assurance chômage. Si ce n'est pas le cas, l'indemnité repose sur une base forfaitaire qui ne dépend pas du revenu, mais du nombre d'heures travaillées.

**La liberté de la création culturelle est certes essentielle, mais elle n'est pas la liberté d'être payé pour faire tout et n'importe quoi.**

La liberté de la création culturelle est certes essentielle, mais elle n'est pas la liberté d'être payé pour faire tout et n'importe quoi. Dans bien d'autres pays, la culture se pratique à ses frais plutôt qu'à ceux des autres. Et quand il faut gagner sa vie le jour pour pouvoir peindre, écrire, jouer ou chanter le soir, se mesure la force de conviction et de passion à mettre dans son art. Celui-ci est peut-être plus vrai alors, et plus créatif que lorsqu'il est payé par la collectivité anonyme, fonctionnarisé et syndicalisé.

Les syndicats, précisément, vont sans doute hurler au déni de justice sociale. Mais il existe des moyens de permettre à tous d'accéder à la culture au travers du «bon culture», mis en place il y a vingt ans avec succès en Région Rhône Alpes, et qui pourrait être généralisé. Plutôt que de donner des subventions aux artistes et aux institutions culturelles, il s'agirait de donner à chacun des bons d'accès aux spectacles de son choix à prix réduit pour permettre que le public élise les acteurs et producteurs de culture de son choix. Mais les intermittents ne veulent surtout pas de cette liberté qui les obligerait à faire des spectacles qui plaisent. Ils veulent parler au nom du peuple pour autant que le peuple ne dise et veuille que ce qu'ils veulent eux-mêmes.

En ce qui concerne les artistes, rien d'ailleurs ne les empêche de se mutualiser comme ils le revendiquent. Tout au contraire. Mais la mutualisation est un partage de risques entre les membres d'une même communauté, elle n'est pas le transfert des risques à la charge d'une autre communauté. Et c'est ce partage, que les artistes de petite culture ne veulent plus assumer, qui les rendrait responsables de leur art et qui en ferait des artistes libres alors qu'aujourd'hui ils ne pensent plus qu'à leurs petits avantages et, dans l'intermittence de la pensée dont ils se sont fait un métier, ont désappris le labeur que représente toute création.

## Warum Frankreich gewinnen sollte 104,96

Im Viertelfinale zwischen Frankreich und Deutschland geht es um alles. Der Doppelpass ist hier keine Lösung, sondern das Problem. Jedenfalls meiner. Jedenfalls meines.

04.07.2014, von NILS MINKMAR

Es ist nicht zu glauben, dass es in wenigen Stunden so weit sein soll. Keine Frage wurde mir öfter gestellt: Wenn Frankreich gegen Deutschland spielt, für wen bist du dann?



Autor: Nils Minkmar, Jahrgang 1966, verantwortlicher Redakteur für das Feuilleton. Folgen:

Ich habe zwei Pässe, den deutschen und den französischen, und sobald die Rede drauf kommt, folgt diese Frage. Sie wird immer mit einem maliziösen Lächeln vorgebracht, es ist keine unschuldige Frage. Am Freitagabend kommt der Moment der Wahrheit, keine Möglichkeit, ihm zu entgehen. Die Frage ist natürlich die zivile Abwandlung der historisch überholten Frage nach dem Militärdienst, wo man ihn lieber leisten würde, und die evidentere war die Nachkriegsversion der Frage nach dem wahren Vaterland, für das man sein Leben am süßesten und ehrenvollsten geben möchte. Es geht also um alles.

Im postmodernen europäischen Alltag sind Staatsangehörigkeiten keine brisante Sache mehr. Die meisten Menschen bewältigen ihren Alltag, ohne ständig im Sinn zu haben, welchen Ausweis sie haben. Selbst Spieler der Nationalmannschaften haben diverse Loyalitäten, die zu ihrem Verein, der meist nicht in ihrem Geburtsland angesiedelt ist, zum Sportartikelhersteller und Sponsor, jeder verlangt vollen Einsatz. Spitzensportler sind wie früher der Adel: irgendwie überall zu Hause, wo sie unter sich sind.

### Imperiale Maschinerie

Die deutsch-französische Begegnung heute hat aber eine besondere Dramatik. Es ist ironisch, dass eine Alternative eine französisch-algerische Begegnung gewesen wäre, vor der die Sicherheitsbehörden und der Bürgermeister von Nizza schon Angst hatten. Beide Paarungen weisen auf den ganzen Komplex mangelhaft aufgearbeiteter Themen hin, die Frankreich heute plagen. Während Deutschland unter der quasi monarchischen Kanzlerschaft von Angela Merkel ein neues Biedermeier genießt und eine Erfolgsmeldung nach der anderen vorweisen kann, erlebt Frankreich eine Phase nie gekannter Labilität. Die ist nicht nur ökonomisch oder fiskalisch begründet, wenn sich auf diesen Gebieten auch am deutlichsten die Krisensymptome erkennen lassen. In einem Land, in dem Staat und Wirtschaft so eng verflochten sind, kann der eine Sektor nicht ohne den anderen prosperieren. Und die Politik kann ihre Rolle nicht spielen, wenn der Gesprächsfaden zum eigenen Volk abgerissen ist, wenn Vertrauen fehlt und statt der vom nationalen Selbstverständnis versprochenen epischen Erzählung nur die drei Punkte eines ratlosen „nouveau roman“ vorgetragen werden.

Der Text passt nicht mehr zum Rahmen: Der zu einer Zeichnung von Sempé passende Habitus des Staatspräsidenten François Hollande wirkt im Dekor und in einer Verfassung, die als republikanische Monarchie auf Zeit ausgelegt ist, nur noch komisch. Die historisch gewachsene, großartige Kulisse des französischen Staatsapparats verlangt ein Auftreten, das heute nur noch anachronistisch wirken kann. Auch darum war die dänische Fernsehserie „Borgen“ dort solch ein Erfolg: Man sah eine Regierungschefin, die schon mal zu Fuß oder mit dem Fahrrad ins Büro fährt, die selbst kocht und einkauft und dennoch hehre Ziele verfolgt, an der Spitze eines Landes, das sein Format gefunden hat und in dem es möglich ist, die Fehlbarkeiten des politischen Personals dramatisch in solch einer Serie aufzuarbeiten. In Frankreich geht das nicht, nichts davon. Sobald der Präsident oder ein Minister sich im Lande bewegen, kommt eine schwere, nahezu imperiale Maschinerie in Gang.

### Die verdrängten Skandale

Der ehemalige französische Landwirtschaftsminister Bruno Le Maire, im Nebenberuf ein bemerkenswerter Literat, beschreibt in seinem auch auf Deutsch erschienenen Erinnerungsband „Tage der Macht“, wie er den damaligen Präsidenten Nicolas Sarkozy überreden konnte, mal einen kleinen Bauernhof zu besuchen und zwar, das war der Plan, ohne großes Brimborium, als diskreter Arbeitsbesuch. Es wurde dennoch große Staatstheater. Die Worte der Landwirte waren nicht zu verstehen, weil ein Hubschrauber über dem Haus umherflog – und vor den Fenstern sah man das Ballett der Spezialeinsatzkräfte. Der Staat ist längst viel zu groß für das politische Personal des Landes, dem man im Vergleich mit Deutschland deutlich anmerkt, dass sich nach 1989 kein Elitenaustausch vollzogen hat.

In Frankreich ist es, als würde immer noch der Andenpakt die CDU und die Riege der Enkel von Willy Brandt die SPD beherrschen. Statt einer mutigen Aufklärung herrscht kollektives Beschweigen etwa der Geschichte des Algerienkrieges, auch der Vertreibung der

Franzosen. So bildeten sich zunehmend unversöhnliche und kaum mehr in den nationalen Diskurs einzubindende Lager: Die Nachfahren der aus Algerien Vertriebenen animieren auch heute noch den Front national, die in Frankreich lebenden Kinder und Enkel von arabischen Familien unterhalten ein wachsendes islamistisches Milieu. Persönlichkeiten oder Prozesse, die die aufeinander zurasenden Extreme noch mäßigen oder ablenken könnten, sind nicht in Sicht.

Aber auch die französische Zeitgeschichtsforschung ist nicht auf dem Stand, auf dem sie sein müsste. In der Erforschung der frühen Neuzeit, des Mittelalters und des Ancien Régime hat die französische Geschichtswissenschaft Maßstäbe gesetzt, doch die jüngste Vergangenheit wird höchstens in entlegenen Publikationen verhandelt, Gegenstand eines offenen, gar schmerzhaften öffentlichen Diskurses ist sie nicht. Sie ist mit moralischen und politischen Tabus belastet. In einem Interviewband schildert der israelische Historiker Zeev Sternhell, selbst ein Zeitzeuge der Judenverfolgung, mit welchen Widerständen er bei französischen Historikern und Verlegern zu kämpfen hatte, als er Mitte der achtziger Jahre in einem Buch die These aufstellte, der europäische Faschismus habe auch in Frankreich genuine und starke Wurzeln gehabt. Kolonialismus und Antikolonialismus, Vertreibung und Folter, französischer Faschismus, die Afrikapolitik seit den sechziger Jahren, die Seilschaften im Staatsapparat – diese verdrängten Themen kehren als Skandal zurück und lähmen das Land.

### **Wille zur Selbstbestimmung**

Bei all den schweren politischen und symbolischen Problemen des Landes, aus denen auch die wirtschaftliche Malaise erwächst, über eine ganz eigene Ressource verfügt die französische Gesellschaft, nämlich die Fähigkeit zur praktizierten Anarchie. Der Schriftsteller Jean-Paul Kauffmann unternahm für sein Buch „Remonter la Marne“ eine Wanderung von Paris bis zu den Quellen der Marne, um das nationale Hinterland und sein kulturelles Unterbewusstsein zu ergründen.

Sehr schnell, fast augenblicklich nach Verlassen der Innenstadt waren die rigiden Pariser Verhältnisse, das Protokoll und die wichtigen Persönlichkeiten, in Frankreich in einem schrägen Anglizismus „les pipeuls“ genannt, vergessen. Am Fluss fand er Lebensbastler, die einen mehr oder weniger schlecht bezahlten Brotberuf mit einer Existenz als Angler, Reparierer und Sachensucher kombinierten und die auf ihre ganz persönliche Art den Dreiklang von Liberté, Egalité und Fraternité zelebrierten, der meist auf ein Gelage mit Grillvergnügen hinauslief. Die Liebe zur Freiheit war dabei der ausgeprägteste Charakterzug, und die Dominanz eines immer schneller rotierenden digitalen Kapitalismus wurde weniger als bedrohlich denn als lästig empfunden.

Das ländliche, aber nicht touristische, das sogenannte tiefe Frankreich wird vermehrt zum Schauplatz für soziale Experimente. Kommunen ohne Geldwirtschaft und Genmais siedeln sich in verlassenen Bauernhöfen an, das Dorf Tarnac ist mit seinem linksanarchischen Dorfladen als Entstehungsort der Theorien zum „Kommenden Aufstand“ im ganzen Land bekannt geworden. Dieser Impetus, der heutigen ganz auf die Bedürfnisse des globalisierten und digitalen Kapitalismus ausgerichteten Gesellschaftsordnung und ihren Lebensplänen einen entscheidenden Willen zu Autonomie und Selbstbestimmung entgegenzusetzen, ist in der französischen Bevölkerung ausgeprägt. Übrigens macht auch der Front National seinen Wählern solche Versprechen, es ist kein ausschließlich linkes Projekt.

Auch in Deutschland hört man den Satz „Ich möchte einmal etwas ganz anderes machen“ oft. Viele schwelgen in der Landlust oder suchen im unendlichen Supermarkt der Traditionen und Religionen etwas zusammen. Problemlos kombinieren sie auf ihrer Haut die Tribals der Maori, asiatische Drachennotive und einen gotischen Schriftzug, so, als habe ein kultureller Schwindel die Leute erfasst. Das wirtschaftlich starke Land hat eine ganze Menge Einwohner, die sich nicht stark fühlen, die die Unsicherheit aber individualisiert durchleiden und den Druck der heutigen Arbeitswelt mit Hausmitteln auszugleichen suchen. In beiden Ländern fehlt derzeit die Energie, nun auch noch Motor zu sein oder gar Lokomotive einer europäischen Einigung. Es ist aber denkbar, dass eines Tages der Wunsch nach mehr Freiheit gegenüber Datenkonzernen und Geheimdiensten zu ungeahnten Ereignissen führt. Deutsche und Franzosen könnten sich dann leicht einig werden, ein neues Kapitel unserer Geschichte würde beginnen. Doch erst kommt das Spiel. Für wen bin ich? Ich bin ein sportlicher Analphabet, aber sentimental. Also für Frankreich, die haben es derzeit schwerer.

## Passes d'armes autour de l'effondrement de l'apprentissage 104,98

LE MONDE | 04.07.2014 à 10h39 • Mis à jour le 06.07.2014 à 19h24 | Par [Benoît Floc'h](#)

Abonnez-vous

à partir de 1 € Réagir Classer

Partager facebook twitter google + linkedin pinterest



La relance des formations en alternance est au menu de la conférence sociale des 7 et 8 juillet. Gouvernement et entreprises se rejettent la responsabilité de l'échec. | Séverin Millet pour "Le Monde"

Branle-bas de combat pour sauver l'alternance. Le gouvernement et le patronat paraissent décidés à tenter d'enrayer la chute dramatique du nombre de contrats d'apprentissage et de contrats de professionnalisation. Le sujet sera abordé lors de la conférence sociale des 7 et 8 juillet. Jeudi 3 juillet, le Medef a publié une dizaine de propositions visant notamment à revenir sur des mesures prises par la gauche depuis deux ans. La veille, le premier ministre se montrait ouvert aux revendications des patrons : « S'il faut réexaminer les dispositifs d'aide et lever des freins, nous le ferons, a déclaré Manuel Valls dans Les Echos. Mais à condition que les entreprises s'engagent sur des objectifs chiffrés. »

**Lire aussi : [L'apprentissage, un cursus dans l'ADN suisse pour tous les métiers](#)**

L'alternance est un mode de formation alliant théorie en classe et pratique en entreprise. Elle s'adresse principalement aux jeunes. François Hollande, dans la droite ligne de ses prédécesseurs, a fixé l'objectif de 500 000 apprentis en 2017. Mais la situation est grave. Les deux types de contrats sont en chute libre. L'apprentissage a baissé de 8 % entre 2012 et 2013 (à 273 000) et de 7,5 % depuis 2011. Le contrat de professionnalisation s'est érodé de 6 % entre 2012 et 2013 (à 117 000 chez les moins de 26 ans) et de 16 % depuis deux ans. Et la chute s'accélère depuis le début de l'année : 14 % pour chacun des deux contrats.

### MISE EN CAUSE DES CHANGEMENTS DANS LE FINANCEMENT

Bref, 2014 est « *mal emmanchée* », soupire Gérard Larcher, ancien ministre du travail et sénateur UMP des Yvelines. « *Si la tendance se confirme, l'hémorragie sera de 90 000 jeunes à la fin de l'année* », met

en garde Florence Poivey, présidente de la commission éducation et formation du Medef. « *C'est 100 000 chômeurs de plus en 2015* », prévient Jean-Michel Pottier, président de la commission équivalente à la Confédération générale des petites et moyennes entreprises.

Chacun convient de la responsabilité de la crise économique. « *Quand une entreprise embauche un jeune en apprentissage, elle souhaite qu'il se forme en travaillant*, rappelle Xavier Cornu, directeur général adjoint de la chambre de commerce et d'industrie de Paris- Ile-de-France. *Si elle n'a rien à lui confier, elle ne l'embauche pas.* »

Pour le reste, tout le monde se renvoie la balle. « *La conjoncture est le facteur principal* », dit-on dans l'entourage du ministre du travail, François Rebsamen. Faux, réplique le Medef : « *Si la crise était la seule responsable de l'effondrement de 2013, comment se fait-il qu'elle ait, en 2009, détruit deux fois moins d'emplois en apprentissage alors qu'elle en détruisait quatre fois plus dans l'ensemble de l'économie ? C'est bien que d'autres facteurs ont joué.* » Lesquels ? « *Les erreurs commises par le gouvernement depuis deux ans* », pointe le Medef.

Il y a d'abord les changements intervenus dans le financement : suppression, en 2012, de l'aide à l'embauche d'un alternant supplémentaire ; réduction du crédit d'impôt et de l'indemnité compensatrice forfaitaire en 2013 ; réforme de la taxe d'apprentissage en 2014. « *Ce sont des signaux fiscaux catastrophiques*, regrette Gérard Larcher, *car le message envoyé est que le gouvernement ne croit plus à l'apprentissage.* »

## **CONCURRENCE DES EMPLOIS D'AVENIR**

Les économies annoncées sont d'un demi-milliard d'euros, selon la Cour des comptes, dans son dernier rapport annuel. Cela représente « *la moitié des aides à l'apprentissage. C'est assez rude* », s'alarme Bertrand Martinot, économiste, ancien conseiller de Nicolas Sarkozy, auteur d'une note sur l'apprentissage pour l'Institut Montaigne.

Le cabinet de M. Rebsamen rappelle que « *l'exonération des cotisations sociales est, elle, maintenue, soit 1,3 milliard d'euros* ». Et les directeurs de centre de formation des apprentis (CFA) considèrent que, « *si la baisse des aides est malvenue, elle n'est pas la source de la chute* », déclare Gilles Langlo, président de la Fédération nationale des associations régionales de directeurs de CFA (Fnadir).

L'autre grande « *erreur* » du gouvernement serait d'avoir entièrement mobilisé ses services sur les emplois d'avenir au détriment de l'alternance. Or, « *c'est une véritable concurrence*, constate M. Langlo. *Je peux vous citer des entreprises qui ont recours aux emplois d'avenir pour l'effet d'aubaine et qui ne prennent plus d'apprentis. Si ces jeunes sont sans emploi ni qualification dans trois ans, on aura tout gagné !* »

## **« IL FAUT UNE RUPTURE CULTURELLE »**

Ces deux dispositifs n'ont pas la même finalité. Les alternants sont scolarisés et vont dans l'entreprise pour se former. Les jeunes en emploi d'avenir étaient au chômage et sortent du même coup des statistiques de Pôle emploi. « *Que l'on opte pour l'un ou l'autre des dispositifs n'a donc pas le même impact sur les chiffres de l'emploi, rappelle M. Martinot. Mais je n'ose imaginer que c'est pour cela que le gouvernement se désintéresse de l'alternance...* »

Chez M. Rebsamen, on rejette ces arguments. Qu'il s'agisse de la baisse des aides ou des emplois d'avenir, « *cela n'a pu jouer que marginalement* ». Et, ajoute-t-on, « *2013 a aussi été marquée par une baisse du chômage des jeunes* ».

D'autres renvoient les entreprises dans les cordes. « *Le problème vient de la représentation que les entreprises ont de l'alternance*, relève M. Langlo. *Elles n'y voient pas un investissement pour l'avenir, mais une variable d'ajustement. Elles gèrent à court terme. Il faut une rupture culturelle.* »

Henri Lachmann, vice-président de Schneider Electric, militant de longue date de l'alternance, pense de son côté que « *les entreprises n'ont pas compris qu'il s'agit de formation, et non de préembauche. Or, si on n'embauche pas, on ne pré-embauche pas* ». Oui, « *il faut une révolution culturelle*, reconnaît Mme Poivey, au Medef. *Mais tout le monde doit la faire : les entreprises, comme l'Etat ou les régions...* » La conférence sociale sera l'occasion d'en poser les bases.

The Economist explains

## Why the French are so strict about Islamic head coverings

### 104,101

Jul 6th 2014, 23:50 by S.P. | PARIS



**Note:** Join the author of this explainer here on July 10th, from 16:30 to 18:00 BST, when she will answer your questions on the rights and wrongs of France's "burqa ban". Leave your questions now in the comments section below.

THE FRENCH breathed a collective sigh of relief on July 1st when the European Court of Human Rights upheld the country's 2010 ban on the wearing of full-faced veils in public places. It followed a separate ruling in June by a top French appeals court that a private day-care nursery was within its rights when it sacked an employee who refused to take off her Muslim headscarf at work. In France, such rules generate relatively little controversy. Yet they are often misunderstood in countries where liberal multiculturalism is the established creed. Why are the French so strict about Islamic head coverings?

France adheres to a strict form of secularism, known as *laïcité*, which is designed to keep religion out of public life. This principle was entrenched by law in 1905, after fierce anti-clerical struggles with the Roman Catholic church. Today, the lines are in some ways blurred. The French maintain, for instance, certain Catholic public holidays, such as Ascension. But secular rules on the whole prevail. It would be unthinkable in France, for example, to hold a nativity play in a state primary school, or for a president to be sworn in on a Bible.

Over the past 30 years, in response to a growing assertiveness among the country's 5m-6m Muslims, the focus of this effort to balance religious and secular needs has shifted to Islam. After a decade of legal uncertainty over the wearing of the headscarf in state schools, the French government in 2004 banned all "conspicuous" religious symbols, including the Muslim headscarf, from public institutions such as state schools or town halls. This was followed in 2010 by what the French call the "burqa ban", outlawing the full face covering in public. Critics accuse France of illiberalism, of curbing freedom of religious expression, and of imposing a Western interpretation of female oppression. Amnesty International, for example, called the recent European court ruling "a profound retreat for the right to freedom of expression and religion". For the French, however, it is part of an unapologetic effort to keep religious expression private, and to uphold the country's republican secular identity. Interestingly, many moderate Muslim leaders also back the ban as a bulwark against hard-line Islam.

Had the European Court ruled against France, it would have prompted an outcry there. The country enjoys broad cross-party support for applying secular principles, on the left and the right, and the court accepted that it was part of France's effort to encourage a society based on "living together". If anything, the judgment will reinforce France's resolve to protect its secular tradition. Last month's ruling against the day-care nursery employee is the first time that a ban on the Muslim headscarf has been extended into the private sector. In its

judgment, the court stressed that its ruling should not be generalised, as it related to the nursery's own company regulations. Yet a precedent has been set, and the chances are that if anything the French will in future enforce rather than loosen bans on Muslim head-coverings.

**Dig deeper:**

[Why there is still much discontent, especially among Muslims, in Marseille](#) (May 2014)

[Violence erupts over the controversial burqa ban](#) (July 2013)

[Our video on Nicolas Sarkozy's plan to ban the burqa](#) (Sept 2009)

## Kurieren an Symptomen 104,103

Die Reformbereitschaft der Politiker muss sich ändern. Viele Mitgliedsstaaten der EU leben über ihren Verhältnissen. Daraus resultiert eine hohe Neuverschuldung.

09.07.2014, von WALTER HAMM



© DPA  die jährliche Neuverschuldung vieler EU Länder ist hoch

Wer eine Krankheit heilen will, kommt nicht darum herum, die Ursachen aufzuspüren und sie auszuschalten. Viele Politiker in Europa gehen einen anderen, zum Scheitern verurteilten Weg: Die vor allem in Frankreich und Italien grassierende, wirtschaftspolitisch zu verantwortende Krankheit glauben sie erfolgreich mit einem Kurieren an Symptomen bekämpfen zu können. Vor allem drei Gründe veranlassen sie zu dieser Strategie: Fehler einzugestehen, die während vieler Jahre in der Finanz-, Sozial- und Wirtschaftspolitik begangen worden sind, fällt – erstens – schwer. Zweitens ist es unpopulär und gefährdet die Wiederwahl, wenn an den sattsam bekannten Ursachen der hohen Arbeitslosigkeit und der Wachstumsschwäche angesetzt wird. Drittens ist es bequem, besser regierte andere Länder oder die Kinder und Kindeskiner mit den finanziellen Folgen begangener Fehler zu belasten. Die Folgen dieser Politik, die angeblich nur Zeit für Reformen sichern soll, sind verhängnisvoll: Die geplanten Maßnahmen sind ungeeignet, den erstrebten Zeitgewinn für eine kausale Therapie zu gewinnen. Und nichts spricht dafür, dass jahrelang Versäumtes endlich nachgeholt wird.



Autor: Walter Hamm, Jahrgang 1922, Autor und Berater der Wirtschaftsredaktion. Folgen:

Worum geht es? Viele Mitgliedstaaten der EU leben über ihre Verhältnisse. Die jährliche Neuverschuldung dieser Länder ist hoch. Die Sozialleistungen wachsen schneller als die Staatseinnahmen. Der öffentliche Dienst ist überdimensioniert. Kurze Lebensarbeitszeiten treiben die Renten- und Pensionslasten auf immer neue Rekorde, wozu auch die Zunahme des durchschnittlichen Lebensalters beiträgt. Die Investitionsbereitschaft in der privaten Wirtschaft wird unterminiert, und zwar sowohl durch hohe Abgabenlasten und durch arbeitsmarktpolitische Interventionen als auch durch staatliche Reglementierung von Marktprozessen. Ist es verwunderlich, dass sich bei einem solchen Umfeld Unternehmer und Innovatoren zurückhalten, dass die Arbeitslosigkeit hoch bleibt und dass die Sozialkassen den zunehmenden Lasten nicht mehr gewachsen sind? Auch die Steuereinnahmen lassen unter diesen Umständen viel zu wünschen übrig.

Zeitbedarf für erfolgreiche Reformen wesentlich länger

Was als Ausweg gepriesen wird, verspricht keine Besserung. Die Versuche einer Konjunkturbelebung durch milliardenschwere Ausgabenprogramme treiben nicht nur die Neuverschuldung und damit auch die Zinslasten in die Höhe. Sie versprechen auch nur einen geringfügigen Aufschub nachteiliger Entwicklungen auf wenigen Märkten. Jedermann weiß zudem, dass es sich nur um Strohuereffekte handelt. Der Zeitbedarf für erfolgreiche Reformen, sofern sie überhaupt ernsthaft beabsichtigt sind, ist wesentlich länger. Die Konjunkturbelebungsprogramme, auch in Deutschland und erst recht in Ländern wie Italien und Japan, waren in der mittel- und langfristigen Sicht komplette Fehlschläge.

Zeit kaufen durch Zulassung höherer Neuverschuldungsgrenzen – das hört sich gut an, bietet jedoch keinen Ausweg. Die Wachstums- und Arbeitslosigkeitsprobleme sind nicht unerwartet hereingebrochen. Viele Jahre lang bestand die Möglichkeit, Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Was soll sich an diesem bedenklichen Zustand ändern, wenn Zeit gekauft, der Wille zu Reformen aber nur geheuchelt wird? Wo sind die fest terminierten und parlamentarisch gebilligten Pläne, die die Ursachen der Fehlentwicklungen wirksam bekämpfen? Dass nach vielen gebrochenen Reformversprechen das Misstrauen verbreitet und hoch ist, verwundert nicht.

Es ist nicht zu viel verlangt, wenn von den Ländern, die durch noch mehr Neuverschuldung Zeit kaufen wollen, politische Vorleistungen verlangt werden. Was geschehen müsste, ist bekannt und auch den Politikern geläufig, die Zeitaufschub für Reformen verlangen. Wachstumsanregende Innovationen müssen wirtschaftlichen Erfolg versprechen. Diese Voraussetzung wird durch hohe Abgaben und obendrein noch angedrohte Steuererhöhungen ebenso verfehlt wie durch hohe (und weiter steigende) Sozialabgaben sowie durch die auf Grund staatlicher Interventionen unflexibel gewordenen Arbeitsmärkte. Woher soll das Wachstum kommen, wenn die Risiken von Neueinstellungen zusätzlicher Mitarbeiter und von privaten Erweiterungsinvestitionen unverändert hoch bleiben und deswegen die internationale Wettbewerbsfähigkeit nicht gegeben ist? Auf diesen Feldern entscheidet sich, ob die Sanierung der öffentlichen Haushalte gelingt. Die Investitionsunlust ist entgegen einer weitverbreiteten Ansicht kein Zinsproblem und nicht auf die zögerliche Haltung von Geschäftsbanken bei neuen Kreditverträgen zurückzuführen.

Was sich ändern muss, ist die Reformbereitschaft der Politiker. Bloße Versprechungen, Abhilfen einzuleiten, genügen nicht. Die Länder, die wie Frankreich und Italien höhere Budgetspielräume als Mittel der Beschäftigungs- und Wachstumspolitik fordern, müssen als Vorbedingung dazu veranlasst werden, erfolgreiche Reformen in der Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik nachzuweisen. So kann der innenpolitische Druck auf die Regierungen, alte Fehler abzustellen, erhöht werden. Die Finanzhilfen des IWF und europäischer Kreditgeber zeigen, dass ein solcher Weg möglich und erfolgreich ist.

Quelle: F.A.Z.

## Der Steuerzahler haftet 104,105

Durch die Bankenunion ist Deutschland erpressbar geworden. Es wird die Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank akzeptieren müssen. Und auch eine Transferunion. Der Präsident des Münchner Ifo-Instituts im Gastbeitrag.

10.07.2014, von **HANS-WERNER SINN**

Was lange bestritten wurde, wird nun wahr. Die deutschen Steuerzahler sollen doch an den Kosten der Bankenrekapitalisierung in Südeuropa beteiligt werden. Während die Nation den Fußballsieg über Brasilien bejubelt, beschloss das Bundeskabinett, die Mittel des gemeinsamen Rettungsfonds ESM für die Finanzierung der maroden Banken der Krisenländer verfügbar zu machen. Nach einer Beteiligung der Eigentümer und Gläubiger von zusammen nur 8 Prozent der Bilanzsumme einer Bank und einer möglichen Beteiligung des neuen Rettungsfonds in Höhe von 5 Prozent verbleibt eine rechnerische Deckungslücke von 87 Prozent.

Dafür dürfen nun im Falle des Falles die Steuerzahler geradestehen, und zwar nicht nur die Steuerzahler der betroffenen Länder selbst, sondern in gemeinschaftlicher Haftung auch die Steuerzahler anderer Länder. Angesichts einer Bilanzsumme der Banken der Krisenländer von 9131 Milliarden Euro ist dies keine Kleinigkeit, sondern ein großes Risiko für die finanzielle Stabilität der Bundesrepublik Deutschland. Deutschland haftet im Prinzip für 28 Prozent von 87 Prozent dieser Summe, also für 2145 Milliarden Euro. Sicher, bisher blieben die Abschreibungsverluste bei Bankpleiten unter 13 Prozent der Bilanzsumme. Insofern mag man die Wahrscheinlichkeit für klein halten, dass Hilfe zu gewähren ist. Doch erlaubt es die Gewalt der Südeuropa heimsuchenden Bankenkrise nicht, von der Vergangenheit auf die Zukunft zu schließen. Die Risiken könnten alles sprengen, was man bislang hat beobachten können.

Das Hauptproblem bei der Risikoübernahme ist allerdings nicht das Eintreten des Risikos selbst, sondern die Erpressbarkeit der Garantie gebenden Staaten. Um die Risiken klein und die Abschreibungsverluste von vornherein unter 13 Prozent der Bilanzsumme halten zu können, werden die haftenden Länder gezwungen sein, die Rekapitalisierung der Banken Südeuropas durch eine exzessive Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank noch sehr lange hinzunehmen und gegebenenfalls auch die Politik des Quantitative Easing zu akzeptieren, nach der die EZB die toxischen Kreditforderungen der Banken direkt übernimmt. Auch werden sie gezwungen sein, den Weg in eine Transferunion zu gehen, bei der die Wirtschaftssysteme jener Länder, die ihre Wettbewerbsfähigkeit in der vom Euro erzeugten inflationären Kreditblase verloren, insgesamt mit dauerhaften Zuwendungen anderer Länder gestützt werden.

**Hans-Werner Sinn ist Präsident des Ifo-Instituts in München.**

## EuGH: Türken dürfen auch ohne Deutschtest nachziehen 104,106

Ausländer aus Staaten außerhalb der EU müssen Deutsch-Grundkenntnisse nachweisen, um zu ihrem Ehepartner in Deutschland ziehen zu können. Dagegen klagte eine türkische Analphabetin. Jetzt hat ihr der Europäische Gerichtshof Recht gegeben.



© HELMUT FRICKE  300 Wörter für ein neues Leben: Der EuGH verwarf jetzt Teile des deutschen Ausländerrechts.

Türken, die zu ihrem Ehepartner nach Deutschland ziehen wollen, können dies künftig auch ohne Nachweis von Deutschkenntnissen tun. Der 2007 eingeführte Deutschtest als Voraussetzung des Ehegattenzuzugs sei nicht mit einem früheren Abkommen mit der Türkei vereinbar und erschwere die Familienzusammenführung. Das entschied der Europäische Gerichtshof (EuGH) in einem an diesem Donnerstag in Luxemburg verkündeten Urteil. (Az. C-138/13).

Dieses Assoziierungsabkommen, das die damaligen EWG-Staaten und die Türkei 1970 unterzeichneten, sollte die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen Europa und der Türkei stärken und die Freizügigkeit der Arbeitnehmer „schrittweise herstellen“. Dabei sollten „der beschleunigte Aufbau der türkischen Wirtschaft sowie die Hebung des Beschäftigungsstands und der Lebensbedingungen des türkischen Volkes gewährleistet werden“. Der Europäische Gerichtshof bezieht sich in seinem Urteil auf ein Zusatzprotokoll zu dem Abkommen. In Artikel 41, Absatz 1 heißt es: „Die Vertragsparteien werden untereinander keine neuen Beschränkungen der Niederlassungsfreiheit und des freien Dienstleistungsverkehrs einführen.“

### **Spracherwerb als Beschränkung**

Als eine solche Beschränkung hat das Gericht die fraglichen Deutsch-Sprachtests gewertet, die eine Voraussetzung für den Nachzug ausländischer Ehepartner nach Deutschland sind. Hier wird bisher von Ausländern aus Nicht-EU-Staaten, die zu ihrem Ehepartner nach Deutschland ziehen wollen, ein Nachweis „einfacher Deutschkenntnisse“ verlangt.

Seit 2007 erteilt Deutschland Visa für den Ehegattennachzug von sogenannten Drittstaatsangehörigen nur, wenn der nachzugswillige Ehegatte sich auf einfache Art mündlich und schriftlich auf Deutsch verständigen kann. Bei Drittstaatsangehörigen handelt es sich um Ausländer aus Staaten außerhalb der EU. Mit dem Sprachtest sollen Schein- und Zwangsehen erschwert und die Integration in Deutschland erleichtert werden. Damit der ausländische Ehepartner überhaupt nach Deutschland kommen kann, verlangt die Deutsche Botschaft für die Visaerteilung in der Regel ein Zertifikat des Goethe-Instituts über die Sprachprüfung A1 „Start Deutsch“.

### **Unter schwierigen Umständen**

Doch der deutsche Sprachtest ist schon aus rein praktischen Gründen nicht einfach zu absolvieren. In vielen Staaten gibt es nur in der Hauptstadt ein Goethe-Institut, so dass nachzugswillige Ehepartner für den Deutsch-Kurs und den anschließenden Test dort erst einmal eine Unterkunft suchen und manchmal sogar ihre Arbeit aufgeben müssen“, sagt Hiltrud Stöcker-Zafari, Bundesgeschäftsführerin des Verbands binationaler Familien- und Partnerschaften. Bis dann der Sprachtest gemacht werden kann, vergehen oft Monate.

„Ein Sprachtest im Ausland darf keine zwingende Voraussetzung für den Familiennachzug nach Deutschland sein“, forderte Stöcker-Zafari. Es sei sinnvoller und einfacher, dass erst in Deutschland die deutschen Sprachkenntnisse erworben und dann getestet werden. „Man will wohl auf diese Weise die finanzschwachen Ehegatten aus anderen Ländern von Deutschland fernhalten“, vermutet Stöcker-Zafari.

Denn gerade bildungsferne oder finanzschwache, nachzugswillige Ausländer hätten häufig große Probleme, den Sprachtest zu bestehen. „Er ist gerade für Ausländer aus ganz anderen Kulturkreisen schwierig, da auch Begriffe abgefragt werden, die in dem Heimatland fremd oder unbekannt sind“, so Stöcker-Zafari.

### **Analphabetin scheiterte am Test**

Im konkreten, vom EuGH nun entschiedenen Fall hatte eine Türkin geklagt, die zu ihrem in Deutschland lebenden Ehemann ziehen wollte. Die Deutsche Botschaft in Ankara hatte ihr ein Visum verweigert, weil sie als Analphabetin nicht über einfache deutsche Sprachkenntnisse verfügt. Die Frau sah damit ihr Recht auf Familienzusammenführung verletzt.

Das Bundesverfassungsgericht hatte am 19. April 2011 noch entschieden, dass der Gesetzgeber für den Familiennachzug durchaus ausreichende deutsche Sprachkenntnisse verlangen kann (AZ: 2 BvR 1413/10). Er habe hier einen weiten Gestaltungsspielraum. Selbst wenn die betroffenen Ausländer mit Hilfe eines Kurses nur rudimentäre Sprachkenntnisse erlangen, stelle dies einen „ersten Beitrag zur erwünschten Integration in Deutschland dar“.

---

Mehr zum Thema

- [Kommentar: EuGH-Urteil zum Familiennachzug](#)
- [Integration: „Das werden nette Türken“](#)
- [Deutsch-türkische Funktionäre kämpfen gegen Integrationspolitik](#)

Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig hatte ein gutes Jahr später, am 4. September 2012, im Fall einer Afghanin den Nachzug zum deutschen Ehepartner erleichtert (AZ: 10 C 12.12). Ausländische Ehepartner könnten nach einem Jahr auch ohne ausreichende deutsche Sprachkenntnisse zu ihrem deutschen Ehepartner ziehen. Um dann dauerhaft in Deutschland bleiben zu dürfen, müssten sie allerdings nach ihrer Einreise Deutsch lernen, denn es gebe ein öffentliches Interesse, dass der nach Deutschland ziehende Ausländer über einfache Kenntnisse der deutschen Sprache verfügt. Dies diene der Integration, aber auch der Verhinderung von Zwangsehen.

[Zur Homepage](#)

Quelle: FAZ.NET mit epd / AFP

## Google manipuliert das 7:1 der Deutschen 104,108

<http://www.npr.org/blogs/alltechconsidered/2014/07/09/330003058/in-google-newsroom-brazil-defeat-is-not-a-headline>

Der Datenkonzern hat in San Francisco ein „experimentelles“ Infozentrum aufgebaut. Darin werden Nachrichten gemacht. Sie folgen einer bestimmten Ideologie. Den Sieg der Deutschen gegen Brasilien stellten die Google-Leute in einer verqueren Weise dar.

10.07.2014, von MICHAEL HANFELD



© AFP  Wir suchen und Google wählt aus: In manchen Fällen zeichnet der Internetkonzern dann eine schöne neue Welt.

Was ist die Nachricht? Was ist keine? Wie wird sie formuliert? Wer, wann, wo, was und warum – damit beschäftigen sich Journalisten den ganzen Tag. Das ist ihr Job. Auch bei Google werden Nachrichten gemacht, allerdings nach einem ganz besonderen System, das eine Reporterin des amerikanischen National Public Radio (NPR) [jetzt beschrieben hat](#).

Bitte alles schön positiv



Autor: Michael Hanfeld, Jahrgang 1965, Redakteur im Feuilleton, zuständig für „Medien“. Folgen:

Aarti Shahani hat den „experimental newsroom“ von Google in San Francisco besucht und festgestellt, dass das Jahrhundertspiel, in dem die deutsche Nationalmannschaft Brasilien bei der Fußball-WM mit sieben zu eins Toren geschlagen hat, kein Thema ist. Zumindest keines, das man mit kraftvollen, eventuell negativ klingenden Begriffen in Verbindung bringen darf. Google setzt vielmehr auf ein firmeneigenes Neusprech – alles muss schön positiv klingen.

Es ist also, wie Aarti Shahani berichtet, nichts mit Vokabeln wie „zerstören“, „besiegen“ oder „erniedrigen“. Mag die Niederlage der Brasilianer noch so vernichtend gewesen sein, entsprechend beschreiben darf man das bei Google nicht. Dazu muss man wissen, dass Google für seine Nachrichtengebung selbstverständlich tonnenweise Daten schürft, um herauszufinden, nach welchen Begriffen die Internet-Nutzer zu einem bestimmten Thema gerade suchen, um dann in Echtzeit die darauf abgestimmten Informationen anzubieten und den Such-Algorithmus entsprechend anzupassen.

In Deutschland stellten viele die Frage nach dem höchsten Sieg bei einer Weltmeisterschaft. Kein Wunder, will doch jeder wissen, ob es so etwas wie dieses Sieben-zu-eins bei einer WM schon einmal gegeben hat, zumal in einem Halbfinale. In Brasilien wiederum tauchten nach dem fünften Tor der Deutschen zunehmend negative Begriffe auf. Die Niederlage als eine einzige große „Schande“ - das war das Stichwort des Tages.

Kein Salz in die Wunde

Das Nachrichtenteam von Google entschied sich aber nun dafür, genau das eben nicht zum „Trend des Tages“ zu machen – obwohl er es war. Und das machte die Reporterin Aarti Shahani selbstverständlich stutzig. Die von den Nutzern verwendeten Begriffe seien einfach „zu negativ“, wurde ihr erklärt. Man wolle nicht auch

noch Salz in die Wunde der Brasilianer reiben. Ist schon klar: Mit seinen „News on demand“ möchte Google in den sozialen Netzwerken punkten, bei Facebook, bei Twitter und da sind Info-Glückskekse einfach angesagt, bittere Pillen eher nicht.

In der Welt des professionellen Nachrichtenjournalismus nennt man so etwas allerdings Manipulation. Den alten Lehrsatz „only bad news are good news“ verkehrt Google ins Gegenteil und beschreibt uns eine schöne neue Welt. Die mit der Realität nichts zu tun hat.

[http://www.youtube.com/watch?v=i\\_Jmemnnlvs](http://www.youtube.com/watch?v=i_Jmemnnlvs)

## Mario Draghi delivers inaugural Tommaso Padoa-Schioppa Memorial Lecture 104,110 (from 9')

Ajoutée le 10 juil. 2014

On 9 July 2014, Mr Mario Draghi, President of the European Central Bank, gave the keynote speech at the inaugural Tommaso Padoa-Schioppa Memorial Lecture during the IFRS Foundation Trustees' meeting in London.

<http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/kommentar-draghis-traum-13038735.html>

Kommentar

### Draghis Traum

Bezeichnend, welches Wort in Draghis Londoner Rede kein einziges Mal vorkam: Demokratie. Seine Vision ist ein falscher Technokraten-Traum.

10.07.2014, von PHILIP PLICKERT

Zentralbanker sind unabhängig, da sie ein begrenztes Mandat haben: Preisstabilität. Im Zuge der Finanz- und Euro-Krise sind aber die Grenzen verschwommen. Notenbanker, die indirekt Staaten finanzieren, greifen auch in die Haushalts-, Wirtschafts- und Strukturpolitik ein.



Autor: Philip Plickert, Jahrgang 1979. Redakteur in der Wirtschaft, zuständig für „Der Volkswirt“. Folgen:

EZB-Präsident Mario Draghi hat sich nun bis aufs Gebiet der Staatstheorie vorgewagt. Souverän ist, wer über die Euro-Rettung entscheidet, könnte man sagen. Der Zentralbankchef meint, dass die **Reformen der Staaten von einer Art Euro-Regierung gesteuert werden sollten**. Mag sein, dass mit einer solchen Kontrollinstanz im Nacken unpopuläre Reformen gegen eine widerstrebende Bevölkerung schneller durchzusetzen sind. Aber technokratische Gebilde (wie die Troika aus EU, EZB und Währungsfonds) dürfen nicht auf Dauer die Parlamente aushebeln.

Bezeichnend, welches Wort in Draghis Londoner Rede kein einziges Mal vorkam: Demokratie. Draghis Vision ist ein falscher Technokraten-Traum. Nicht einmal ansatzweise vermag er zu erklären, wie angesichts Europas Vielfalt eine einheitliche wirtschaftspolitische Reformregel funktionieren könnte. Es gibt kein Einheitskonzept, das für alle Länder passen würde.

# Wie die EZB gegen die reichen Länder arbeitet

## 104,111

Ökonom Hans-Werner Sinn warnt, dass zu hohe Löhne und Strukturprobleme Firmen in Schwellenländer treiben. Das billige Zentralbankgeld ändere daran wenig – schaffe hierzulande aber neue Gefahren.

Von [Tobias Kaiser](#) Wirtschaftsredakteur



Foto: picture alliance / dpaHans-Werner Sinn erwartet wegen der lockeren Geldpolitik auch Probleme für den deutschen Immobilienmarkt. Wenn Geld praktisch nichts koste, entstehen gefährliche Schieflagen, sagt der Ifo-Präsident

*Es ist ein warmer Sommertag in Berlin, und auch Hans-Werner Sinn ist in sonniger Stimmung. Gerade kommt er von einem Gespräch mit Mitgliedern des Bundestags. Ihnen hat er seine Sicht der [Euro-Krise](#) dargelegt und erklärt, welche Knackpunkte er für die kommenden Monate sieht. Viele Fragen habe es gegeben, berichtet er; mehr als er und seine Kollegen erwartet hatten. Vor allem die langfristige Perspektive habe den Abgeordneten Sorge gemacht.*

**Die Welt:** Die Zentralbanken der reichen Länder des Westens haben die Zinsen auf historische Tiefs gedrückt. Wie lange kann das noch gut gehen?

**Hans-Werner Sinn:** Das ist die entscheidende Frage. Die gegenwärtige Situation erinnert mich an Karl Marx, der einst prophezeit hat, dass der Kapitalismus untergehen würde, weil das Kapital im Laufe der Zeit immer weniger Rendite bringt, so dass die Zinsen, die ja der Preis für Kapital sind, immer weiter fallen müssen. Das geht so lange, bis es nicht mehr weitergeht und niemand mehr investiert.

**Die Welt:** Sie sind doch nicht etwa zum Marxisten geworden? Haben die SPD-Abgeordneten Sie deshalb eingeladen?

**Sinn:** Nein, natürlich nicht, aber [die lockere Geldpolitik](#) ist ein gewaltiges Problem. Die Niedrigzinspolitik verhindert nämlich nicht, dass es in vielen Teilen der Welt keine Möglichkeit gibt, rentabel zu investieren, weil es strukturelle Probleme gibt. In Japan beispielsweise ist die Bevölkerung überaltert, und in Südeuropa sind die Löhne und Arbeitskosten zu hoch, so dass diese Volkswirtschaften nicht wettbewerbsfähig genug sind. Das gilt übrigens auch für Frankreich. Die niedrigen Zinsen verlängern [die Lebensdauer unrentabler Unternehmen](#), und sie verlangsamen den Strukturwandel.

**Die Welt:** Sehen wir deshalb beinahe überall in der reichen Welt zu wenig Investitionen?

**Sinn:** Zu wenig würde ich nicht sagen, denn die Kapitalausstattung ist ja schon reichlich. In den reichen Ländern wird nicht mehr investiert, stattdessen investieren die Unternehmen dort, wo die Löhne niedrig und die möglichen Renditen hoch sind. In Asien geht die Post ab, in Osteuropa auch. In den reichen Ländern und besonders in Westeuropa sind die Löhne hoch, manchmal zu hoch. In Südeuropa müssten die Zinsen sogar negativ sein, damit Investitionen sich lohnen. Aber selbst wenn dann wieder investiert wird, wird man angesichts der überhöhten Löhne vor allem in Arbeitsplätze für Roboter statt Menschen investieren.

**Die Welt:** In Deutschland haben die Unternehmen zuletzt allerdings wieder mehr investiert und wollen auch künftig mehr Geld in die Hände nehmen.

**Sinn:** Das stimmt, wir erwarten, dass die Investitionen deutlich anziehen. Das liegt daran, dass die Kapazitäten beinahe bis zum Anschlag ausgelastet sind und die Unternehmen nachrüsten müssen. Der Bau läuft ja ohnehin. Der bleibt der wichtigste Investitionsbereich. Fünf Sechstel des Kapitals hierzulande stecken in Gebäuden, und ein ebenso großer Anteil der Nettoinvestitionen fließt in neue Gebäude. Maschinen, Anlagen und Fahrzeuge machen nur ein Sechstel des gesamten Kapitalstocks aus.

**Die Welt:** Haben Sie keine Angst, dass die Leute das billige Geld in die falschen Projekte stecken?

**Sinn:** Natürlich entstehen gefährliche Schieflagen, wenn Geld praktisch nichts kostet. Viele Leute verschulden sich bis über beide Ohren, um sich ein Haus oder eine Wohnung zu kaufen. Die Kredite laufen über zehn oder 15 Jahre, und wenn die Schuldner nach zehn Jahren Schwierigkeiten haben, den Kredit abzulösen, oder sie die Hypothek zu höheren Zinssätzen verlängern müssen, die höheren Zinszahlungen aber nicht schultern können, werden sie ihre Immobilie verkaufen wollen. Schon jetzt ist klar, dass der Immobilienmarkt dann unter Druck kommt.

**Die Welt:** Aber viele Ökonomen bestehen darauf, dass wir in Deutschland keine flächendeckende Immobilien-Blase haben. Noch zumindest.

**Sinn:** Gegenwärtig ist die Gefahr tatsächlich gering. Der Immobilienmarkt läuft prächtig. Was ich beschreibe, liegt noch ein Jahrzehnt vor uns. Zum Glück verlangen [unsere Banken](#) weiterhin 30 oder 40 Prozent Eigenkapital. Das hält die Entwicklung unter Kontrolle. In Spanien hatten die Banken bis zu 130 Prozent des Immobilienwertes als Hypothek vergeben. Man konnte sich ein Haus kaufen und einen Geländewagen dazu. So etwas muss man unter allen Umständen verhindern.

**Die Welt:** Die faulen Hypotheken liegen jetzt in den Kellern der Banken in den Krisenländern und sorgen dafür, dass die Banken keine Kredite vergeben. Wird [der laufende Stresstest](#) dafür sorgen, dass in den Krisenländern wieder mehr Darlehen vergeben werden?

**Sinn:** Nein, der Stresstest ist nicht sonderlich scharf. Das ist ein Stresstest ohne Stress.

**Die Welt:** Weil die [Europäische Zentralbank](#) die Banken mit Geld praktisch zum Nulltarif versorgt?

**Sinn:** Einmal deshalb und zum anderen, weil die EZB schon angekündigt hat, dass sie erwägt, eine sogenannte quantitative Lockerung zu betreiben. In der Praxis wird das darauf hinauslaufen, den Banken anzubieten, ihnen die faulen Kredite abzukaufen. Das wird genauso funktionieren wie die Ankündigung, im Krisenfall die [Anleihen der Krisenstaaten aufzukaufen](#).

Die Investoren werden die faulen Kredite besser bewerten, der Marktwert der Kredite steigt, die Bilanzen der betroffenen Banken werden dadurch besser aussehen, und die rechnerische Ausstattung mit Eigenkapital verbessert sich. Die Banken werden auf diese Weise den Stresstest bestehen, obwohl sie eigentlich gar nicht gesund sind.

**Die Welt:** Dann bringt der Test gar nichts.

**Sinn:** Das zu sagen, wäre übertrieben. Im Vorfeld strengen sich die Banken schon an, nicht durch den Rost zu fallen. Die laufende Prüfung ist allerdings nicht sehr streng, denn es wurde schon angekündigt, dass man bei den Risikoszenarien die Möglichkeit der Deflation ausschließen wird. Das ist widersprüchlich, denn schließlich müssen die Preise und Löhne in Südeuropa sinken, damit die Volkswirtschaften wieder wettbewerbsfähig werden.

Ökonomen sprechen hier von einer realen Abwertung in Anlehnung an die Währungsabwertungen früherer Jahre. Genau das ist Deflation. In einigen Ländern wie Griechenland und Spanien stellen wir ja bereits eine leichte Deflation fest. Selbst wenn ich keine Deflation in den Volkswirtschaften will; ich muss doch zumindest die Möglichkeit berücksichtigen, wenn ich wissen will, wie krisenfest die Banken sind.

# Hamis wünscht sich Tote auf der eigenen Seite 104,113

Die Palästinenser müssen sich ändern. Nur so gelingt es ihnen, sich aus der Spirale der Gewalt zu befreien, in die sie Hass und der Wunsch nach Vergeltung zwingen. König Hussein könnte Vorbild sein.

Von Ahmad Mansour



Foto: picture alliance / dpa Halb Beerdigung, halb hasserfüllte Demonstration: Palästinenser im Gazastreifen tragen einen Säugling zu Grabe. Die Hamas zwingt mitunter palästinensische Familien als Schutzschirm zu fungieren, um in ihrem Todesfall Israel die Täterrolle zuzuschreiben

## Bild teilen

Kriegsähnliche Zustände breiten sich im Nahen Osten aus. Die Terrororganisation [Hamis](#) arbeitet dabei mit [allen Mitteln](#) und mehr als alles andere mit Propaganda. Solche Darstellungen finden sich dieser Tage im Internet auf palästinensischen Webseiten: Über den Kerzenflammen eines stilisierten Chanukkaleuchters wird ein hilfloses Kind gegrillt und reckt eine Hand zum Himmel. Dazu verkündet eine Schrift: "Don't burn our boys!"

Angespielt wird auf die schreckliche Ermordung eines palästinensischen Jugendlichen durch fanatische Israelis, die in Selbstjustiz Rache nahmen für den Mord an drei Thora-Schülern durch fanatische Palästinenser. Beide Taten sind grausam und sinnlos. Doch das Bild im Stil eines Schattenrisses ist so drastisch, wie es gefährlich ist. Leider ist es typisch für diese Zeit, in der gefälschte – aus dem syrischen Bürgerkrieg stammende – Propagandavideos "jüdischer Gräueltaten" das Netz überschwemmen.

Soziale Netzwerke quellen über vor Hassparolen. "Möge Allah die Juden vernichten", "Möge Allah Gaza beschützen und Israel auslöschen" – eine immer gleiche Litanei gegen den "Satan" Israel gibt den Ton an. Israel zu kritisieren ist zum internationalen Sport geworden, vielleicht auch mit Recht. Doch gerade jetzt müssen wir das Schwerste tun und einen schonungslosen Blick in unsere eigenen Reihen werfen, und "unseren" Beitrag zu diese Misere beim Namen nennen: Wo sind die anderen arabischen Stimmen, die der Besonnenen? Gibt es sie?

## Israels Gesellschaft ist wenigstens demokratisch

Bei Palästinensern im Nahen Osten so gut wie gar nicht. Das ist mit das größte Problem. Zwar ist Israels Gesellschaft keineswegs perfekt, aber sie ist heterogen. Es gibt Menschen, die den Mord des Jugendlichen verurteilen, und eine Justiz, welche die Täter verfolgt. Von der Seite der Palästinenser hört man unisono nur den einen Sprechchor: "Tod den Israelis."



Foto: privat

Ahmad Mansour ist Diplom-Psychologe. Seit September 2010 arbeitet er als Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Zentrums für Demokratische Kultur in Berlin. Seine Schwerpunkte sind Salafismus, Antisemitismus sowie psychosoziale Fragen und Probleme bei Migranten muslimischer Herkunft. Er war außerdem Mitglied der Arbeitsgruppe "Präventionsarbeit mit Jugendlichen" der Deutschen Islam-Konferenz und berät die European Foundation for Democracy

Jeder, der anders denkt, gilt in den autoritären, patriarchalen Strukturen von Hamas, ja der allermeisten Palästinenser, als "Verräter". Es gibt nur Schwarz oder Weiß, als seien Farben verboten. Hamas, deren Ideologie nah an der von al-Qaida und Isis siedelt, gestattet nur einen Stimmenblock.

Dass sich palästinensischer Hass wieder so explosiv Bahn brechen würde, hatte mich nicht überrascht. Ursache ist unter anderem der aktuelle Terror der Isis-Milizen in Syrien und im Irak. Denn die Kämpfe von Sunniten gegen Schiiten, die Abertausende Tote fordern, wirken besonders im Nahen Osten schockierend. Man sieht Bilder gesprengter Minarette, zerstörter islamischer Kunstwerke. Muslime töten andere Muslime – ein verstörender Skandal.

## Die wahnhafte Logik der Hamas

Nichts könnte besser davon ablenken, als die Situation, in der wieder der gewohnte Feind Israel auf den Plan tritt. Jetzt zwingt der Raketenbeschuss israelischer Städte durch Hamas Israels Militär zur robusten Reaktion. Gäbe es diese Reaktion nicht, würde Hamas das als Sieg feiern. [Fallen aber Bomben auf Gaza](#), erhält Hamas neue Schübe der Popularisierung.

So funktioniert die wahnhafte Logik, in der beide Parteien gefangen sind wie in einem Irrenhaus. Ein Kommentator in einem Blog nannte den daraus resultierenden Zustand treffend eine "Betroffenheitsnarkose". Nur wenn etwas grundlegend Neues auftritt, lässt sich diese Dynamik durchbrechen. Das Neue wäre eine Kultur der Selbstreflexion und Empathie bei den arabischen, insbesondere den palästinensischen Verantwortlichen in Nahost.

[Gegenwärtig sind eigene Zweifel, Ängste und Widersprüche so tabu wie diskursives Denken](#), politisches Argumentieren und die Fantasie vom Frieden. Sie vor allem wird gebraucht. Das heißt: Wir Palästinenser benötigen neue demokratische Medien, wir brauchen neue Schulbücher, neue Lehrer, neue Gerichte, neue Imame. Die nächste Generation muss die Chance erhalten, Selbstreflexion, Demokratie, Gleichberechtigung zu lernen und Vorurteile zu überwinden. Denn der Kreislauf aus Tod, Rache und wieder Tod und Rache erreicht nichts. Er häuft nur Trauma auf Trauma. Wo soll die Gewaltspirale hinführen?

## Hamas braucht Opfer aus dem eigenen Lager

Ins Nichts. Hamas muss begreifen: Israel wird fortbestehen. Nie wird Hamas Israel, "alle Juden" oder den Westen "besiegen". Dieser Traum ist nicht nur destruktiv, er ist auch eine totalitäre Illusion. Eine Bevölkerung, deren Selbstverständnis auf der Fantasie gründet, eine andere Bevölkerung zu vernichten, traumatisiert die Bedrohten wie die Drohenden.

Es ist ein tieftrauriges Sinnbild für die starre, kalte Haltung von Hamas, dass sie Familien auffordert, sich als lebende Ziele auf die Hausdächer von Gaza zu stellen, wenn Israels Militär Vergeltungsschläge übt. Hamas will Opfer schaffen, um ihre Opfermythen zu erhalten. Mit ihren Opfern macht sie Reklame, die auch im Westen, auch in Deutschland nun wieder erschreckend wirksam ist.

Aber wer den Opfergesang von Hamas mitsingt, vergeht sich an der palästinensischen Jugend! Zugleich wird damit der Antisemitismus unter muslimischen Jugendlichen in Deutschland, in Europa noch verstärkt. Er ist eine der größten Herausforderungen der Gegenwart.

Sie zu bewältigen erforderte einen wahrhaften Arabischen Frühling – eine wirkliche Revolution gegen die Väter, die uns ins Elend geführt haben. Sie lehrten uns Hass. Wir brauchen hingegen Vorbilder wie König Hussein von Jordanien, der sich bei den Eltern von sieben israelischen Schulmädchen persönlich entschuldigte, die ein jordanischer Soldat ermordet hatte. Das war eine mutige, leider in der Region einmalige Geste. Wer Palästinenser in der Abhängigkeit vom Opfermythos hält, der tut ihnen keinen Gefallen. Von diesem Mythos müssen wir uns verabschieden. Im Nahen Osten wie hier im Westen.

## Es gibt keinen Haftungsautomatismus 104,115

Hans-Werner Sinn behauptet, dass Deutschland durch ein neues Gesetz mit mehr als 2000 Milliarden Euro für südeuropäische Banken haftet. Das stimmt nicht.

16.07.2014, von MICHAEL MEISTER

Das Bundeskabinett hat in der vergangenen Woche vier Gesetzentwürfe beschlossen, die wichtige Elemente der Bankenunion in deutsches Recht übersetzen. Einzelne Kommentatoren scheinen jedoch die Details noch nicht zur Kenntnis genommen zu haben. Die Behauptung, dass „deutsche Steuerzahler ... doch an den Kosten der Bankenrekapitalisierung in Südeuropa beteiligt werden“ sollen (so Ifo-Präsident Hans-Werner Sinn in der F.A.Z. vom 10. Juli), ist schlicht Populismus und entspricht nicht den Tatsachen. Denn richtig ist: Mit den neuen europäischen Strukturen zur Bankenaufsicht und zur Bankenabwicklung reduzieren wir deutlich das Risiko, dass Steuerzahler in Zukunft wieder haften müssen. Mit der neuen Haftungskaskade schaffen wir die Voraussetzungen, dass Eigentümer und Gläubiger künftig an Verlusten beteiligt werden. Und mit dem künftigen Bankenfonds folgen wir dem deutschen Beispiel und sorgen dafür, dass auch der europäische Bankensektor zu möglichen Abwicklungsfällen beiträgt.

---

Mehr zum Thema

- Gastbeitrag zur europäischen Bankenunion: Der deutsche Steuerzahler haftet

Der europäische Rettungsfonds ESM bleibt wie bisher das Sicherungsnetz für nicht leistungsfähige Mitgliedstaaten. Er hat auch künftig ein eng begrenztes Instrumentarium, das sich bereits in der Krise bewährt hat. Daran ändert nichts, dass der ESM künftig unter sehr engen Voraussetzungen auch Banken direkt rekaptalisieren kann. Es gibt dabei keinen direkten Zugang von Banken zum Europäischen Stabilitätsmechanismus, und die Hürden zu seiner Nutzung sind für diesen Fall besonders hoch. So kann eine direkte Rekapitalisierung von Banken durch den ESM nur dann erfolgen, wenn eine indirekte, durch den Mitgliedstaat verantwortete Bankenrekapitalisierung (nach dem Muster des spanischen Programms) nicht möglich ist

Die ab 2016 vollgültige Haftungskaskade wird dafür sorgen, dass Lasten vorrangig von Eigentümern, Gläubigern und der Bankenindustrie getragen werden. Die Entscheidungen des ESM für eine direkte Rekapitalisierung können zudem nur mit Zustimmung des Deutschen Bundestages getroffen werden. Deshalb ist die Aussage grundfalsch, die ESM-Mitglieder würden eine umfassende Garantie für Bankrisiken abgeben und damit erpressbar werden. Es gibt keinerlei Haftungsautomatismus, sondern allenfalls eine eng begrenzte Einzelfallentscheidung als Ultima Ratio.

### **Horrorszenario Haftungsrisiko nicht nachvollziehbar**

Mit Blick auf die quantitativen Dimensionen im Bankensektor ist ebenfalls eine saubere Analyse erforderlich: So erfordert die von Deutschland durchgesetzte Verlustbeteiligung von Eigentümern und Gläubigern („Bail-in“) bereits eine signifikante Verlustabdeckung in Höhe von mindestens 8 Prozent, bezogen auf die Bilanz einer Bank in Schieflage. Legt man eine Bilanzsumme der Banken in Krisenländern von rund 9000 Milliarden Euro zugrunde, entspricht allein dies einem Haftungspuffer von über 700 Milliarden Euro. Das ist weit mehr, als alle Rekapitalisierungs-Programme für Banken dieser Länder in den Krisenjahren gekostet haben. Dazu kommt ein zusätzlicher Beitrag des von der Bankenindustrie zu füllenden Abwicklungsfonds von bis zu 5 Prozent der Bilanzsumme ab 2016. Schließlich können ab 2016 darüber hinaus weitere Gläubiger zur Verlustabdeckung herangezogen werden.

Berücksichtigt man dann noch die dargestellten engen Rahmenbedingungen, die das Instrument der direkten Rekapitalisierung nur bei einer sehr kleinen Anzahl von Einzelfällen überhaupt zulassen, so sind angebliche deutsche Haftungsrisiken im vierstelligen Milliardenbereich nicht nachvollziehbar. Die Tatsache, dass das Volumen des ESM für dieses Instrument auf 60 Milliarden Euro begrenzt ist, spiegelt diesen Punkt ebenfalls klar wider. Die meisten Marktbeobachter haben mittlerweile verstanden, dass der ESM, anders als vielleicht ursprünglich von manchem erhofft beziehungsweise befürchtet, nicht zum Vehikel für die großflächige Übernahme von Bankrisiken wird.

Entscheidend ist vielmehr, dass die Bundesregierung mit den verabschiedeten Rechtsakten zur Bankenunion die Voraussetzungen für eine strenge Überwachung und Überprüfung aller systemrelevanten Banken durch eine unabhängige europäische Aufsicht geschaffen hat. Alle Mitgliedstaaten sind künftig im Fall von Schieflagen verpflichtet, Eigentümer und Gläubiger vorrangig heranzuziehen. Diesen grundlegenden Systemwandel gilt es nun umzusetzen.

**Michael Meister** (CDU) ist Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen.

Quelle: F.A.Z.

## Der Powerpoint-Irrsinn 104,116

Vor Powerpoint-Präsentationen gibt es inzwischen kein Entkommen mehr - ob Büro, Hörsaal oder Trainerkabine im Fußballverein.

Nun warnen Forscher: Die Folien machen dumm.

16.07.2014, von BETTINA WEIGUNY



© DPA  Studenten starren nur noch auf die Folie. Was nicht drauf steht, darf nicht abgefragt werden

Gab es ein Leben vor Powerpoint? „Nein, kann nicht sein“, sagt der Jungmanager in einem Dax-Konzern. Kann man heute noch ohne Folien-Präsentation überleben? „Unvorstellbar“. Seine Gegenfrage: „Kann man ohne Atmen überleben?“ Nein. Na, also.



Autorin: Bettina Weiguny, Jahrgang 1970, freie Autorin in der Wirtschaft der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung. Folgen:

Der Powerpoint-Auftritt ist im Großkonzern eine Fähigkeit wie Lesen und Schreiben, fast noch wichtiger. In jeder, absolut jeder Sitzung kommt Powerpoint zum Einsatz. Und das, obwohl alle wissen: Der Nutzen ist minimal, gleich Null oder – in vielen Fällen – sogar kontraproduktiv.

Wer eine Folie sieht, hört nicht mehr zu. „Sie vergessen die Inhalte schneller“, warnt der Bildungsforscher Christof Wecker, der weltweit 40 Studien zu dem Thema Powerpoint ausgewertet hat. Sein Fazit aus eigenen Untersuchungen: Folien ausblenden, wo immer es geht! „Was nicht auf den Folien steht, geht sonst womöglich verloren“, sagt der Münchner Wissenschaftler.

### **Todesursache: Powerpoint**

Doch wie den Irrsinn stoppen? Die Ausbreitung scheint unaufhaltsam. Nach 25 Jahren Powerpoint sind Konzerne, Behörden und Verbände bis in den letzten Winkel davon durchdrungen. Selbst Bäckerei-Fachverkäuferinnen und Kindergärtnerinnen müssen Powerpoint-Fortbildungen über sich ergehen lassen. Aus Hörsälen und Klassenräumen sind die Folien nicht mehr wegzudenken. Von jedem Neuntklässler wird heute erwartet, dass er sein Referat mit Powerpoint-Folien unterlegt. Die erste Folie zeigt in der Regel den Namen des Referenten, auf der zweiten steht: „Herzlich willkommen“. Nach der dritten schalten die Mitschüler ab, dösen weg.

Das kollektive Wegdämmern wird wenn nicht gewollt, so zumindest toleriert. Der Referent fährt meist unbeirrt fort, liest von seiner Folie vor, was jeder selbst lesen kann. Dazu ein paar bunte und bewegte Charts, Wörter, die durch die Gegend wirbeln, sich drehen und kreisen, das alles mit ein bisschen Ton unterlegt, fertig ist die Powerpoint-Hölle, in der die Zuhörer stundenlang schmoren müssen.

Die driften ab, düddeln am Smartphone und erliegen spätestens, wenn der Vortragende ansetzt zum: „Wie Sie auf Folie 397 deutlich erkennen können...“, dem „Powerpoint-Death“. So schimpft sich das weitverbreitete Einnicken im abgedunkelten Seminarraum.

Trotzdem: Ein Vorstand, der sein Büro ohne ppt-Datei (Powerpoint-Präsentation) verlässt? Undenkbar. Jedes interne Meeting, jede Verhandlung, jede Schulung – die Folien sind immer mit dabei. Und da der Großmanager sich dazu nicht selbst hinsetzt, übernimmt das der Vorstandsassistent, der darüber als „Powerpoint-Maler“ verspottet wird.

### **Tarnung für inhaltliche Leere**

Selbst auf Großveranstaltungen der Konzerne – neudeutsch Town-Hall-Meeting, traditionell Betriebsversammlung – werden dem Publikum Folien mit Diagrammen (steigende Kurven sind immer gut) – zugemutet. Da werden ganze Autofabriken leer geräumt, damit

die Großleinwände Platz finden: Mann und Frau vom Fließband, angerückt im Tausender-Trupp, soll an unleserlichen Balken erkennen, wie toll die eigene Firma dasteht (oder wie ernst die Lage tatsächlich ist, wenn Opfer der Belegschaft gefordert sind).

Eigentlich durchblickt jeder, was da an Blendwerk betrieben wird, um zu vertuschen, wie wenig der Vortragende zu sagen hat oder preisgeben will. An anderen Referenten wird das unter Büromenschen auch heftig kritisiert. Nur die eigenen Folien, die sind natürlich die strahlende Ausnahme; erhellend, zielführend. Schon klar.

Der ganze Powerpoint-Zirkus sei nicht nur nervig, sondern schädlich, schrieb schon 2003 der Yale-Professor Edward Tufte in einem Artikel mit der Überschrift „Powerpoint is evil“. Powerpoint ist grausam. Und nicht nur das: Powerpoint macht dumm, behauptete der Emeritus für Statistik, Grafik-Design und politische Ökonomie. Denn das Programm fördere die ausufernde Vermüllung der Präsentationen mit gehaltlosen Info-Grafiken, mit „Chart-Junk“.

Die ppt-Schwächen sind also hinlänglich bekannt, trotzdem rührt sich kein Widerstand in Unternehmen oder Hörsälen, ganz im Gegenteil. An den Universitäten fordern die Studenten Powerpoint regelrecht ein. „Die sind ganz heiß auf die Foliensätze“, erzählt Wecker von der Ludwig-Maximilian-Universität in München. Da sparen sie sich das Mitschreiben, haben schwarz auf weiß, was sie für ihre Klausuren lernen müssen. Und wehe, der Dozent hält sich nicht daran, fragt Themen ab, die er zwar ausführlich, aber nur mündlich, ohne Folie, behandelt hat. Dann jammern die Studenten, das wäre ja gar nicht vorgekommen in der Vorlesung. „Ihr Argument: Was wichtig ist, steht auf den Folien! Viele Professoren haben dem Druck nachgegeben und erklären zu Semesterbeginn: Es gilt ausschließlich das geschriebene Wort – also die Folie.“

Das bekommt bereits der Buchhandel zu spüren. Traditionelle Universitätsbuchhandlungen stellen ihr Sortiment um von Fachliteratur auf Belletristik, weil die Studenten keine Standardwerke mehr kaufen, ihnen reichen die Folien-Sätze. Kein Wunder, dass der Powerpoint-Wahn sich so in alle Ritzen der Gesellschaft frisst. Im Fußball-Club ist der Jugendtrainer gehalten, seine taktischen Vorstellungen powerpointmäßig aufzuarbeiten. Die Konfirmanden erwarten vom Pfarrer die Beherrschung desselben in ihrem Unterricht.

Nun ist nicht jeder Trainer oder Feuerwehrmann, auch nicht jeder Manager ein begnadeter Redner. Drei Viertel der Menschen hassen öffentliche Auftritte, „Glossophobie“ nennt sich diese Panik. Und da ist nichts leichter, als sich hinter einem Haufen Folien zu verstecken in dem Glauben: Da kann nichts schiefgehen, muss man ja nur ablesen.

Doch da geht was schief. Schon der Ansatz ist falsch. Folien bringen dem Zuhörer nichts, wenn der Redner sie als Spickzettel missbraucht. Sie sollen, wenn überhaupt, die Rede ergänzen: Wenn ein Mediziner eine spezielle Gewebeprobe zeigt, ein Architekt seinen Entwurf für den Rathaus-Neubau einblendet, mag das sinnvoll sein. Alles andere ist ein Zeichen von Unsicherheit. Schon Apple-Gründer Steve Jobs wusste: „Menschen, die wissen, worüber sie reden, brauchen kein Powerpoint.“ Auch Amazon-Chef Jeff Bezos hat Powerpoint-Präsentationen generell in seiner Firma verboten. Und es lässt sich beileibe nicht sagen, dass der Mann etwas gegen den technischen Fortschritt hätte.

### **Trendsportart Powerpoint-Karaoke**

Ohne Folien fallen viele Vorträge in sich zusammen wie ein Soufflé, reihen sich doch nur Allgemeinplätze aneinander: Von Corporate Identity ist da viel zu lesen, von Agendasetting und Problemlösungen, von Evaluation, Qualitätssicherung, Potential, Performance und Exzellenz. Überall warten Herausforderungen, inputs und outputs werden angeführt, upsides und downsides: alles „Bullshit Bingo“, so der Fachbegriff für die beliebige Aneinanderreihung von Managerfloskeln.

Daraus hat sich ein neuer Trendsport entwickelt: Powerpoint-Karaoke – eine bundesweite Bewegung, in jeder Stadt treffen sich Leute in Kneipen und Cafés dazu, beliebt ist das Spiel auch für Familien- und Firmenfeiern. Man sucht im Internet verschiedene Präsentationen erlesener Quatsch-Güte zusammen, dann darf jeder Teilnehmer fünf Minuten zu einem Thema schwadronieren, von dem er gerade mal den Titel kennt: die „kleine Geschichte des Kieferholzmöbels“ zum Beispiel, „PE-Beratung – Quo vadis“ oder „Die ATR-Systemik inverser Plasmen“. Der lustigste, kreativste Beitrag gewinnt.

In einem namhaften Autokonzern, nicht für Albernheiten bekannt, haben Angestellte neulich ihrem Aufsichtsratsvorsitzenden einen Abend Powerpoint-Karaoke geschenkt. Der Manager musste aus dem Stegreif zu übelsten Folien hochtrabende Vorträge halten. Der Mann, offenbar mit Selbstironie gesegnet, hat die Prüfung bestanden, die Stimmung war bestens. Ganz anders vermutlich als in den Original-Vorträgen.

07/17/2014 05:07 PM

## The Bearable Lightness of Being

# How Germans Are Learning to Like Themselves 104,118

By SPIEGEL Staff



The article you are reading originally appeared in German in issue 29/2014 (July 14, 2014) of DER SPIEGEL.

**Germans discovered a new lightness of being in the run-up to their World Cup victory. It's a shift apparent not only in football. Increasingly confident and content, Germany is emerging from the dark shadows of its past, but its global role remains elusive.**

Christine Meier, 61, sits in a beach chair in her bikini on the German island of Sylt. She's seen all but one of the matches at this year's football World Cup, having watched most of them at her allotment garden in Berlin. "We wear necklaces and hats with the colors of the German flag, some paint the colors on their faces. There is cake, antipasti and sometimes I make a noodle salad in black, red and yellow," she says. Meier is proud of Germany's success in Brazil. "People abroad are watching us," she says. "They want to know how we live and who we are." Germany, she says, has shown itself to be a decent country, adding: "We're an uncommonly good people."

Her comments came two days after Germany crushed Brazil 7:1 in the semifinal. The old magicians of football had been stripped of their magic, and it left many Germans scratching their heads wondering if they could really be as great as the match suggested. In Christine Meier's eyes: yes they can.

It was just one game of seven at the World Cup and others didn't go nearly as well. But it's often these individual events, moments in the life of a nation in which people take notice and ask: Is this who we are?

Germany has football to thank for such moments. Until 2006, Germans saw themselves as a brooding society. But that changed after Germany hosted that year's brilliantly successful World Cup. Until 2010, the country also

considered itself to be cumbersome and ponderous, characteristics reflected in the brand of football it played. But then, in the South African World Cup that year, the German team at times played a graceful, attacking style that was beautiful to watch. People abroad were amazed and please. The semifinal in 2014 was the continuation of that spirited lightness.

But is that what it means to be German?

### **What Does It Mean to Be German in 2014?**

In politics as well there are moments that force people to stop and take stock. On June 6th, German Chancellor Angela Merkel visited the 70th anniversary commemorations of the D-Day landings in Normandy. She had been invited by leaders of the former Allied countries, the victors at the time who drove back the Germans and liberated Western Europe. But it was Merkel who was at the center of attention on this anniversary day. Since the Ukraine crisis began escalating in March, the world has been looking to Germany. Would Merkel, a woman from the East who speaks fluent Russian, succeed in making Vladimir Putin listen to reason? She wasn't so successful, but she nevertheless came across as a major world leader just 70 years after the end of the war. It is hard to believe.

Germany in 2014 is very different country than it was in 1984, not to mention 1994 or 2004. One gets the sense that two different aspects are converging to change the country: a new lightness of being and growing importance in the world.

In other words: There's a new feeling of what it means to be German.

There are two components in the way people perceive a nation -- the situation inside the country and its relations with other countries. Generally, the second takes a back seat to the first. But it's appropriate to ask where this new lightness comes from? And how does this new Germany present itself to the world. SPIEGEL asked people from different walks of life in the days leading up to the country's fourth World Cup championship on Sunday.

### **Tearing Down Mental Walls**

Klaus Hollweger and his wife Helga are sitting in the gourmet food stalls at Berlin's KaDeWe department store people watching as droves of shoppers peer through aisle after aisle of offerings, from caviar to marbled steaks at what is the German capital city's answer to Harrods. Hollweger, 78, lives in the state of Thuringia in the former east.

When Hollweger talks about football in Germany, his eyes open wide behind his glasses and a smile forms on his lips. "Oooh," he says, "the World Cup has shown me how wonderful it is to live in a reunited country. Today we can all be proud together of our national team." He appears to be genuinely moved. "Our country is doing so well, everything is so pleasant and new here -- also back at home in Weimar," Hollweger says.

Toni Kroos was a central figure for the German team at this World Cup. But do people know where he comes from? Do they care? Kroos was born in Greifswald, a city in eastern Germany, but that seems to be of little importance in 2014. When Michael Ballack, born in former East Germany, became national team captain in 2004, it was still an issue. An East German at the helm of the team? Good God, many seemed to say. A decade later, people simply view Kroos as a German man from the city of Greifswald. A quarter-century after reunification, it seems, old East-West prejudices are finally fading.

For years, Germans as a people were extremely tense and inhibited, partly because they lived in a divided country. They had trouble determining their own identity. Were they German? Somehow they were, but were they different from the Germans on the other side of the Berlin Wall? Many West Germans just described themselves as Europeans.

Most people believed that East and West Germany would remain forever divided, but the conservatives in the West had no other choice but to insist they wouldn't ever abandon the goal of unity for any reason. Leftists, for their part, insisted that reunification should never happen because of the danger of Germany unleashing yet another world war.

People became engrossed in a virtual debate before, suddenly, reunification happened after all. And the trenches simply got deeper. People responded to the new reality by building new walls in their heads. East Germans lamented the loss of jobs, security and community. West Germans complained about the outflow of billions of deutsche marks and, later, euros for the rebuilding of the eastern states.

Things have changed dramatically in years since. There are still causes for complaint, but on the whole, reunification has been a resounding success. World War III never happened, cities in the east like Leipzig, Dresden and Jena are booming and the situation is even improving in the less prosperous eastern state of Mecklenburg-Western Pomerania.

A handful of elderly people may miss a few comforts from East or West Germany respectively, but the younger generation today identifies firmly with a united Germany.

The Germans have become one again -- they've become Germans. Prefixes are no longer needed. That significantly reduces inhibitions and contributes to the new lightness of being.

### **A Nation of Immigration**

Bajram Avdijaj, 47, immigrated to Germany from Albania 22 years ago. Today he works in one of the most international parts of Munich: at a fruit and vegetable stand at the Viktualienmarkt market in the city center.

Avdijaj says he shuns sports in much the same way that he was raised entirely without religion. He wouldn't exactly call himself patriotic either, but he says he has noticed the change taking shape in the people around him. It's not bad either, he says.

Avdijaj says he feels half Albanian and half Germany, but perhaps just a little bit more German following the World Cup semifinal. He says he still planned to root for Argentina in the final, though, because Messi is "simply the best, brilliant." He also says he doesn't like the way the Argentinians make the sign of the cross on the field, sometimes four or five times in a row. He likes the fact that the Germans focus more on the pragmatic, on what actually needs to be done. "You won't find them praying on the pitch. Praying doesn't help in the end anyway," he says. "You just have to understand the way things happen, that's all. That's German. I tend to be more like that."

"Germany is increasingly becoming a modern country of immigration," the prestigious Swiss daily *Neue Zürcher Zeitung* wrote in July. In that sense, there have indeed been some decisive changes in Germany.

Who is German? And who should be allowed to become German? Are we a country that allows dual citizenship? Do we prefer citizenship that is based on the concept of *Jus sanguinis*, the right of blood passed down only from family members who are citizens of a state, or *Jus soli*, the right of citizenship for anyone born on German territory? And are we a country that should encourage Green Cards for immigrant workers or should we promote ethnic German children? These are debates that for years made it difficult for people who weren't born with "German blood" to become part of our society or even citizens. If you're not like us, then you don't belong. Those kinds of ideas are the source of considerable tension.

But look at Germany now: It has indisputably become a nation of immigration. Figures from the Organization for Economic Cooperation and Development in 2012 show Germany ranking second in the world after the United States in attracting permanent immigrants, beating out even such melting pots as Britain and Canada. Germany drew 400,000 immigrants described by the international body as "permanent" in 2012. For some time, people wanted to settle in Germany. Now they can, the barriers have been lowered -- and not just at the border. In 2010, former German President Christian Wulff made headlines around the world when he said that "Islam is now a part of Germany." It's the kind of statement that cannot be reversed.

Immigration and integration nevertheless remain difficult issues. Chancellor Angela Merkel's conservative Christian Democrats still don't like thinking of Germany as a country of immigration, and the nation could also be a lot more generous in its handling of refugees. Some immigrants, on the other hand, could also make more of an effort to integrate.

Still, people are inching closer to each other, as a study called "New Potential: The State of Integration in Germany" from the Berlin Institute for Population and Development recently showed. The study indicates that societal acceptance for people who are first or second-generation immigrants is growing and that the way in which they live is gradually starting to mirror that of ethnic Germans.

Recently, Berlin's prestigious Grause Kloster high school held a commencement ceremony for its graduating class. In her speech, the head of the parent's association made a plea for a more diverse school, noting that there were almost no children of immigrants. It was just one of many examples of how things are slowly changing, even in strongholds of homogeneity like this. The school, founded in 1871 by the German Empire, includes Otto von Bismarck among its alumni.

Germany has become one society, but also a diverse one -- and that is contributing to this new lightness of being. This is also reflected in the national football team, for which immigrants have since become indispensable, with players like Mesut Özil, a Turkish-German, Jerome Boateng, who has a German mother and a father originates from Ghana, and Sami Khedira, who has Tunisian roots.

### **Will Hitler Ever Leave?**

Burkhard Kieker was astounded when he entered the Grand Khaan Irish Pub in the center of Ulan Bator a week ago Tuesday. It was just before 4 a.m. local time and yet hundreds of Mongolians had gathered to watch the match. Most had covered their cheeks in makeup in the colors of the German flag. After the closing whistle, they flung their arms around the necks of Kieker and his companions and ordered them a round of beer. "We were the stars of the night," Kieker says. Earlier, he adds, "people here considered German football players to be akin to tank drivers rolling their way to the goal, but today they are celebrated as artists."

Kieker is used to partying. As the head of tourism for the city of Berlin, he has one of the world's more pleasant jobs. He's supposed to promote his city in other countries, but whenever he starts to sing its praises, others lose interest. It's not necessary these days to convince anyone of the Berlin's merits.

Berlin is the capital of Germany's new lightness of being. Without the city, the country would still be considered provincial. It's a bit astounding, though, considering just how provincial natural-born Berliners often are.

Starting in the 1990s, though, a new kind of Germany began to emerge in Berlin, one that is decidedly cooler than many other parts of the country.

After the fall of the Wall, a sort of Wild East atmosphere prevailed in East Berlin -- life seemed to move faster than the law and regulations could. Many young West Germans picked up and moved, at the same time discovering a new sense of freedom together with the East Germans. They didn't bother to apply for licenses for their bars and clubs, they squatted buildings and danced, partied and lived wherever they pleased. It was cheap, there was lots of space, a sense of openness to other people and other ideas. It was an openness that also beckoned people from around the world. They answered the call, too, coming to Berlin in droves.

Many came here because they wanted to party, and Berlin became the party capital of the world. This in turn lured the artists and a growing number of tourists, not all of whom could make it past the doorman at Berghain, which many considered to be the world's top nightclub. But they all want to be in Berlin, to be photographed leaping in front of the Brandenburg Gate. They experience Berlin as a place where they can manifest their own lightness of being.

The same applies to Germans. Berlin has radiance to it, drawing in people from other German cities like Bielefeld or Würzburg who then go back home and take a bit of the freewheeling capital culture with them. The Wild East of the 1990s has since been regulated and become commercial, but traces of the post-communist East Berlin can still be found at new places that change location often. The changes that have been taking shape in Berlin represent a considerable share of this new sense of what it is to be German.

Of course, there are some drawbacks to this newfound lightness. And they too are on display in Berlin. All you have to do is fly into Schönefeld Airport, where Easyjet and Ryanair arrive and depart. At landing or takeoff, you'll be treated to aerial views of a brand new airport that stands completely empty. Its opening date was scheduled for two years ago, but engineers failed to do their job, the technical manager is suspected of corruption and billions of euros have been wasted. The international airport that is supposed to welcome millions of tourists each year is a disaster. Is this the new Germany too? Unfortunately, it is.

Klaus Richter is sitting at a table in Dresden's legendary SchillerGarten restaurant. A few bored looking people can be seen watching the semifinal between the Netherlands and Argentina on a big screen TV placed next to a gas lantern beneath some chestnut trees. In the 18th century, German poet Friedrich Schiller was a regular guest at the tavern. Describing his view of the world, the Schiller Institute writes, "a man's duty lies above his own personal inclinations, how he must be both a patriot and a world citizen, which can never imply a contradiction, for the true interests of any one nation can never be at odds with the interests of the world as a whole."

Is Klaus Richter himself patriotic? He stares at his beer and ponders the question. Of course he's pleased that Germany made it into the World Cup final, he says, but he also won't be placing any German flags on his car to celebrate. "People in Germany can't get away with being as casual with symbols like the flag as people in the United States or other places are," he says. Richter says German history is too conflicted for that.

### **Will Hitler Ever Leave?**

History is never too far away for Germans. Adolf Hitler is wandering around Germany's sidewalks, ringing doorbells and even sauntering around the World Cup Fan Mile at the Brandenburg Gate in Berlin, discussing the possibility of a "final victory" with the German people. He wears his familiar uniform and his Hitler mustache, but this is really only an actor playing the Führer in the film version of the best-selling book "Look Who's Back," which portrays the dictator's return to Germany.

But was he ever gone? A good part of West Germans' heaviness and despondency had to do with the country's Nazi past. No other people in the world did such ghastly things as the Germans did, and no other country has done as much to come to terms with the history of its crimes. It was necessary in order to ascertain what was inherently German about that history and if there's a danger of it repeating itself. It was also necessary in order to send a message to the world that people here understand what Germany wrought on the world. But it also created a sense of gloom that was not only difficult for Germans to endure, but sometimes for others as well.

It's a debate that continues to simmer in the country today. Nothing occupies Germans more than the idea of Hitler's return, regardless in what form. It could be a swastika tattooed on the chest of a Russian opera singer at the Bayreuth Wagner festival that sparks a massive debate. Or it could be a rower on the German national team who is engaged to a neo-Nazi, which again triggers a national uproar. A true and reprehensible scandal, however, is the fact that the murderous band behind the National Socialist Underground terror group could go on for years killing immigrants without police and prosecutors doing more to scrutinize and connect the killings and find the perpetrators.

People from other countries also sometimes like to hold us prisoner of our own history. Even during the semifinal against Brazil, this celebration of beautiful football and lightness, some felt compelled to evoke the Nazis. "The Germans have stormed into a foreign country and taken charge," tweeted *New York Times* Washington correspondent Binyamin Appelbaum. Or how about American comedian Rob Delaney, who tweeted, "Germany, relax! They're not Poland."

Hitler is no joke, but sometimes it *is* OK to make jokes about him, even for Germans -- such as author Timur Vermes, who has already sold more than a million copies of his book "Look Who's Back."

Remembering today no longer means that you can't laugh or be happy. The Germans have already learned to shed part of their collective depression, a development that first became visible at the World Cup in 2006, which provided the world with a fantastic party. Today we can remember the past with anger and with sadness, but without becoming overly uptight about it.

## **Rising Prosperity Lifts Moods**

Philipp Stültgens, 28, works as a chef on the North Sea island of Sylt but he has this Wednesday evening off and has joined friends at the harbor for the World Cup watch party there. The German team's success, Stültgens says, fills him with pride -- "of the team and of the country." He says the team's playing style is typically German: For him, that means showing a willingness to work hard and push forward. "We aren't the world champions in exports for no reason," he says. When asked if he considers himself to be typically German, he responds: "Well, I am diligent."

German virtues. They too contribute to the country's lightness. Prosperity makes life easier and improves moods everywhere. And prosperity, thanks to hard work, discipline and harmony, is currently on the rise.

This summer has seen a miniature economic miracle grip the country. Fully 42 million people have jobs in Germany, more than ever before, and wages have risen substantially. Furthermore, low interest rates have reduced the incentive to save and Germans have responded by going shopping -- and for many people, it's an activity that is a component of happiness. Economic institutes have repeatedly adjusted their forecasts upwards and now believe that the economy could grow by more than 2 percent this year and next. For an established Western economy, that is a respectable achievement.

Germany is benefitting from the fact that it modernized its economy in the early 2000s, preparing itself for the 21st century. The lethargic Rhine Capitalism model, which saw stores close for the weekend at 2 p.m. on Saturday, is history. Both business and society have adjusted and become more flexible. Companies became more efficient and began targeting the needs of the booming developing world.

Clemens Fuest, head of the Centre for European Economic Research, says that the package of far-reaching labor market and welfare reforms passed under Chancellor Gerhard Schröder from 2003 to 2005 has also contributed to the positive development. So too has the fact that German unions refrained for several years from demanding exorbitant wage increases, preferring job security to rising income. For many years, real wages climbed slower in Germany than in any other European country.

In pushing through his reforms in 2003, Schröder shattered Germany's social contract. To that point, the state was extremely generous with its citizens and never took away what it handed out. Schröder was the first to foist significant forfeitures onto the jobless. The result was widespread anger in the country, but it also showed that it was

possible to reform Germany. Though reluctant, people followed the lead of the unions and of Schröder. There was no uprising.

### **A Happily Sated Country**

Merkel has been the primary beneficiary, with growth providing the chancellor the opportunity to shower the populace with gifts. And she has been taking full advantage, with unplanned increases in payments to pensioners, the establishment of parental leave benefits, lowering the retirement age to 63 and the introduction of both aid and pensions for stay-at-home mothers. It may be that future generations will have to foot the bill, but no one is complaining now.

Beyond the economy, though, many detractors accuse Merkel of having taken the life out of German politics. Democracy, they say, thrives on debate between competing positions. Merkel, though, approaches things differently and tries to keep her governing coalition in the background, loathe to demand too much of her countrymen and women either politically or economically.

The vast majority of Germans like that. They are left to freely live lives unburdened by national politics, with tempers only flaring in response to local issues such as the construction of a new train station or the erection of an electrical tower next door. The country is satisfied -- one has the impression people would like the current status quo to be frozen in place. No new infrastructure, no new chancellor and as little politics as possible. The country is happily sated.

### **A Strong Feeling of Confidence in Germany's New Lightness**

Dagmar Donabauer, 47, is sitting in Spectacel, a bar in the small lakeside town of Inning in Bavaria, at 9:30 p.m. just before the beginning of the second World Cup semifinal. She is a personnel consultant from the nearby town of Gilching and, when speaking of the German national team, uses the pronouns "we" and "us."

For Donabauer, "everything changed suddenly during the 2006 World Cup. People, myself included, really began to feel proud of their country without this aftertaste. You could wave the flag -- that was the big change -- and the world thought it was great that we waved our flag and didn't see it as begin nationalist anymore."

Donabauer is originally from Austria. Germany's role in the world must really have changed significantly if an Austrian can become so enthusiastic about German football.

Helmut Kohl once uttered a sentence that long defined Germany's relationship to the European Union. "Every mark spent for Europe is money well invested," he said.

Kohl and his predecessors viewed Germany more in terms of the alliances it was part of than as an individual nation-state. Early postwar chancellors had to lead this pariah of world history back into the global community and they did so via Europe and NATO. German interests were reduced to a desire to merge with the West while maintaining decent relations with Warsaw Pact countries. And the process took place under the supervision -- and protective nuclear umbrella -- of the US. Germany wasn't really a sovereign state until Oct. 3, 1990.

Angela Merkel sees Germany completely differently. She runs a country that regained its sovereignty with reunification, a country enjoying an economic upturn that makes France and Southern European EU partners look bad. And, a few more years have passed since the crimes of World War II and the Nazis, which she didn't live through. She runs a country, which, thanks in part to the 2006 World Cup, enjoys a better image in the world.

A strong feeling of self-confidence is bound up in Germany's lightness. Let's call it: We Are Somebody Again, Part II. Part I was defined by the 1954 World Cup victory in Bern and the economic miracle of massive postwar economic growth. Now, Germans are also self-confident politically. But what is going to come of it?

### **Merkel's Cool Nationalism**

In Brussels, Merkel has become famous for representing national interests, and the German electorate approves. But the national interests she promotes are limited to those of defending and broadening prosperity -- and she would like to expand that prosperity to other countries in Europe. She would like to see all EU member states work as efficiently and effectively as the Germans. The reforms she has foisted upon Southern European countries are aimed in part at securing an influential place in the global economy for Europe as a whole. Such an economically strong position would mean greater political influence, which, Merkel believes, would also be beneficial to Germany and its exports. On a global level, Germany is too small to go it alone.

A German chancellor thinking beyond the country's borders? Here too, things have changed. It is only possible because Merkel is quiet and reserved as she pursues her aims. Were she more domineering, resistance from her European counterparts would be much more intense than it has been. Hers is a cool form of nationalism, free from pathos, symbolism and swagger -- but it is unrelenting.

Hendrik Grosse Lefert is sitting in the lobby of the German national team hotel in Belo Horizonte on the day before the semifinal against Brazil. An athletic man wearing his dark shirt with the collar open wide, Grosse Lefert is head of security for the German Football Association -- and there were plenty of challenges presented by the World Cup in Brazil. One was the fact that the team could only reach its base camp by ferry. Together with local authorities in Porto Seguro, Grosse Lefert made sure that Brazilian police divers inspected the bottom of the ferry for bombs prior to each journey. None were found.

During the first week of the tournament, he says he was informed that someone was planning to launch a drone from the beach. In the end, it turned out not to be a threat -- a marketing company wanted to use the drone to photograph a ship.

### **Finding a New Role in the World**

Security is a particularly sensitive issue for the Germans. Now that the world trusts Germany again following its reunification, the UN, NATO, America and France, among others, expect the country to become more involved in security issues and hotspots around the world, preferably with its military. Both Merkel and the electorate, however, are wary of taking on a leading role.

The mission in Afghanistan proved to be too much for most Germans and Berlin declined involvement in Libya. When it comes to the international missions in Mali and the Central African Republic, Germany has taken on tasks that put German soldiers at little risk. Germans have had enough of war.

Indeed, many in the country are no longer all that certain that they want to continue to be part of the West. A recent survey carried out by the Körber Foundation found that 56 percent of Germans want to work more closely with the Americans in the future. But 53 percent said the same about Russia.

During the crisis in Ukraine, the German government ran through several scenarios should Russia invade a NATO member state in the Baltics. One option considered was that of shunning military involvement. That, of course, would have called into question the entire trans-Atlantic alliance, an outcome that nobody really wants.

But the US is making it difficult for the Germans to stand by their side. Two alleged American agents were recently exposed -- their existence an impertinence that is humiliating for a close ally.

Germany's political profile currently looks as follows: Domestically, Germans are pampered by Merkel's governing coalition and see no reason to bicker with one another. Abroad, however, there is no overarching vision and even less consensus. The country used to play the role of model student and was America's best friend in Europe. That is no longer the case, but what is next?

When German President Joachim Gauck earlier this year called for the country to play a greater role abroad, he was blasted by the Left Party for being a "loathsome warmonger." Indeed, most Germans would prefer policies that both protect their prosperity from risk and their soldiers from danger. It is an effective strategy for preserving lightness, but it is also egoistic.

Blitheful contentment, cool nationalism, egoistic risk avoidance: What does the sum total look like? It certainly isn't a 7:1 -- it's not pure beauty. One still can't speak of a relaxed German nation; rather it is a country that is losing its inhibitions. It is finding its way back to itself, but is still searching for its role in the global community. Should it sit quietly in the corner or should it take on a leadership role reflective of its size and economic strength? What is missing is a national team coach, one that stipulates a clear path forward.

Markus Werner, 50, has worked as a lifeguard for 28 years on the island of Sylt. He encounters his fellow citizens during the summer holidays, at a time when they are supposed to be particularly relaxed, but he doesn't find them relaxed at all. They always find something to complain about, he says. But that changes during the month of the World Cup, Werner adds. People then "have a reason to turn up the corners of their mouths." Really, Werner believes, the World Cup should be held twice a year.

In terms of developing a positive German idea, it probably wouldn't be a bad idea.

**By Sven Böll, Rafael Buschmann, Carsten Holm, Frank Hornig, Dirk Kurbjuweit, Paul Middelhoff, Conny Neumann, Anna-Lena Roth and Steffen Winter**

*Translated from the German by Daryl Lindsey and Charles Hawley*

**URL:**

- <http://www.spiegel.de/international/germany/football-championships-help-boost-german-image-at-home-and-abroad-a-981591.html>

**Related SPIEGEL ONLINE links:**

- Photo Gallery: Germany Finds Itself  
<http://www.spiegel.de/fotostrecke/photo-gallery-germany-finds-itself-fotostrecke-117104.html>
- World Cup Triumph: Germany Earned It (07/14/2014)  
<http://www.spiegel.de/international/germany/germany-worked-hard-to-earn-2014-fifa-world-cup-trophy-a-980905.html>
- Hunting American Spooks: Germany Prepares Further Spying Clampdown (07/14/2014)  
<http://www.spiegel.de/international/germany/expulsion-of-cia-head-a-sign-of-tougher-german-response-to-spying-a-980912.html>
- Germany's Choice: Will It Be America or Russia? (07/10/2014)  
<http://www.spiegel.de/international/germany/as-us-scandals-grow-germans-seek-greater-political-independence-a-979695.html>
- Spiraling Spying: Suspected Double Agent Further Strains German-US Ties (07/09/2014)  
<http://www.spiegel.de/international/germany/arrest-of-bnd-employee-strains-ties-between-germany-and-us-a-979738.html>

© SPIEGEL ONLINE 2014

All Rights Reserved

Reproduction only allowed with the permission of SPIEGELnet GmbH

## Wir brauchen mehr rheinischen Kapitalismus 104,126

Es knirscht im Gebälk der Europäischen Union. Um die Katastrophe abzuwenden, brauchen wir wieder eine größere Treue zum ursprünglichen Kern der europäischen Idee.

09.07.2014, von CLAUDIO MAGRIS



© RÖTH, FRANK  Der italienische Schriftsteller Claudio Magris auf dem Balkon der Frankfurter Universität

Mit Europa ergeht es einem genauso wie dem heiligen Augustinus mit dem Phänomen Zeit: Wenn man nicht darüber nachdenkt, weiß man genau, was es ist. Aber wenn man darüber nachdenkt, weiß man es nicht mehr. Wenn wir Europa nicht bloß als geographischen Begriff verstehen, als politisches Projekt, sondern als Zivilisation, als Daseinsform, als kulturelle Erscheinung, als Zusammengehörigkeit der Menschen jenseits der staatlichen Grenzen - dann ist Europa schwierig zu definieren und vielleicht nur eine rhetorische Floskel.

Man kann dieses Gefühl der Zugehörigkeit und der Heimat jedoch außerhalb des eigenen Staates und der eigenen Sprache sehr wohl leben - so, wie man die Liebe für eine Landschaft oder einen Menschen lebt. Oder man kann davon erzählen, das Gefühl mitteilen, wie dies etwa in einer indirekten Weise die Literatur unternimmt.

Man kann und man muss sogar von den greifbaren Problemen reden, an denen Europa heute leidet. Was ist es, das derzeit den Prozess einer wirklichen Einheit befördert oder behindert? Denn trotz der aktuellen Krise hoffe ich immer noch, dass es uns eines Tages gelingen wird, einen wirklichen Europäischen Staat zu schaffen. Doch vorher müssten wir vom Euro sprechen, von der Arbeitslosigkeit, von der Migration und von der Notwendigkeit gleicher Gesetze und Regeln für alle Länder.

### **Der individuelle Kern der europäischen Ideen**

Die europäische Kultur zu definieren, ist hingegen ein schwieriges, riskantes, geradezu willkürliches Unterfangen. Einige Leitlinien lassen sich vielleicht herausarbeiten. Anders als andere große Zivilisationen, die für die Menschheitsgeschichte grundlegend waren, hat sich Europa seit den Anfängen nie auf eine Totalität staatlicher, politischer, philosophischer, religiöser Art gegründet, sondern immer auf das Individuum und auf die universelle Geltung einiger nicht verhandelbarer Rechte.

Von der Demokratie der griechischen Polis über das stoische und christliche Denken mit dem Konzept der Person, vom römischen Recht und dessen konkreter Befassung mit dem Einzelnen bis zum Humanismus, der daraus das Maß der Dinge macht, vom Liberalismus, der die unantastbaren Freiheitsrechte proklamiert, bis zum Sozialismus, der sich um würdige Lebensverhältnisse sorgt - immer ist der Protagonist der europäischen Zivilisation das Individuum. Literatur und bildende Kunst stellen es in seiner unwiederholbaren und unerschöpflichen Vielgestalt dar. Und Immanuel Kant hat das Individuum als Ziel und niemals als Mittel proklamiert.

Daher wohnt der europäischen Kultur ein großes antiautoritäres Potential inne; sie wurde zur Wiege der Menschenrechte, von universellen Prinzipien, die für alle gelten und damit sogar den eingeschränkten historischen Gesichtskreis überschreiten. Der Horizont Europas und seine Interessen sind wahrhaft universell geworden. Schon Antigone appelliert im griechischen Drama an jene „ungeschriebenen Gesetze der Götter“, die kein positives Staatsrecht verletzen darf.

### **Europas universelle Prinzipien**

Von hier aus gelangen wir in einem verschlungenen Prozess bis zu den unverletzlichen Menschenrechten, welche 1776 die amerikanische und 1792 die französische Verfassung benennen. Das schließt ebenso den zivilen Ungehorsam ein, den Thoreau gegenüber einem Staat definiert, wenn dieser die Rechte seiner Angehörigen verletzt. Dieser Prozess der Rechtllichkeit ist, wenn auch immer wieder von Barbareien außer Kraft gesetzt, bis heute im Gang.

Im Universalismus besteht der fundamentale Beitrag der europäischen Zivilisation zu der Weltkultur, wenn auch gerade die europäischen Staaten die Ersten waren, welche die von ihnen proklamierten Prinzipien verletzt haben. Wir müssen unter vielen Beispielen hier nur an den Kolonialismus denken, an die Ausbeutung und Vernichtung fremder Kulturen, an die entsetzliche Behandlung der Sklaven, die man in Millionen von Fällen jeder Rechte und jeder persönlichen Würde beraubt hat und unter unvorstellbaren Bedingungen arbeiten ließ. Europa kannte sehr wohl den Völkermord im Namen von Ideologien. Und natürlich gab es die Shoah, jene Greuelat, an die keine andere heranreicht.

Als 1872 die letzte Tasmanierin starb - die Aborigines der Insel Tasmanien wurden in einem perfekt geplanten Genozid ausgerottet -, flehte sie in ihrem Testament, dass man ihr Skelett nicht wie bei einem ausgestorbenen Tier in einem Museum ausstellen solle. Doch genau dies geschah, und die Knochen wurden bis 1947, notabene zwei Jahre nach der Niederwerfung des „Dritten Reichs“, öffentlich gezeigt. Es gibt keinen einzigen europäischen Staat ohne solche Skelette im Schrank, mal mehr, mal weniger. Aber die moralische Verurteilung der europäischen Verbrechen erwuchs aus jenen universellen Prinzipien (und ihren politischen und juristischen Regeln), die vielleicht nicht ausschließlich, so doch in erster Linie von der europäischen Zivilisation festgelegt wurden.

### **Das Gefühl eines gemeinsamen Schicksals**

Es existiert im Übrigen ein spezifisch europäischer Weg, die Beziehung des Einzelnen zur Gesellschaft, also allen anderen, aufzufassen. Seit Aristoteles verstehen wir das Individuum als „zoon politikon“, als politisches Tier. Gemeint ist der Bürger der Polis, der Gemeinschaftsmensch, der durch sein Verhältnis zu den anderen erst existiert und dadurch anders ist als der anarchokapitalistische Hooligan, der in den letzten Jahren im angelsächsischen Denken in Mode kam und der uns heute eine tiefe Krise beschert hat. Als politisches Tier zu leben, bedeutet, kollektive Gleichmacherei abzulehnen und die eigene Existenz allzeit im Bezug zu den anderen wahrzunehmen.

So begreifen wir, dass unsere eigene Lebensqualität diejenige der uns Umgebenden mit einschließt - und die der Welt, in der wir leben. Wir fühlen dann, dass uns ein gemeinsames Schicksal verbindet. Und ich meine hier keine gutartigen Empfindungen der Nächstenliebe, sondern Wohlergehen im ganz konkreten Sinn, der über unsere eigene Person hinausgeht.

Vor Jahren gab es in meiner Stadt Triest einen alten Unternehmer, der aus armen Anfängen ein Kaffee-Imperium aufgebaut hatte und zu einem der größten Steuerzahler Italiens geworden war. Dieser Mann erklärte öffentlich, er zahle in seinem eigenen Interesse und zu seinem Wohlergehen gerne so viel Steuern, weil er in einem zivilisierten Land leben wolle, in dem das Gesundheitswesen, die Sozialdienste, die Straßen, die Schulen und die Sicherheit verbürgt sind. In diesem Sinn ist der „welfare state“ ein genuin europäisches Institut; man muss es in seinen Auswüchsen und in mancher Verschwendung von Mitteln immer wieder korrigieren, doch nur, um es in seiner Essenz zu retten: Die Beziehung zwischen den Menschen und den Generationen macht den echten Humanismus aus.

Von Thomas Mann bis T. S. Eliot, von Benedetto Croce bis Paul Hazard, von Federico Chabod bis Denis de Rougemont und Erich Auerbach und vielen anderen Denkern wurde die europäische Kultur als eine Einheit in der Vielfalt begriffen, als eine gemeinsame Wurzel unendlicher vieler Unterschiede. Schon Mazzini erinnerte in seinem Essay „D'una letteratura europea“ (1829) an Goethes Worte zum selben Thema: dass kein Volk diese europäische Literatur als die vollständig eigene betrachten könne, sondern dass andere Völker dazu beigetragen haben. Später hat Paul Valéry dann die europäische Literatur gegen jeden Eurozentrismus für alle anderen geöffnet. Doch bereits in der „Iconologia barocca“ des Cesare Ripa von 1618 war die Tracht Europas aus vielen Farben zusammengesetzt, weil „hier mehr Vielfalt herrscht als in anderen Weltteilen“.

### **Das Wurzelwerk der Menschheit**

Schon in seinem Werk „Philologie der Weltliteratur“ von 1952 benannte Auerbach die Gefahr einer weltweiten Vereinheitlichung der kulturellen Besonderheiten, wie sie heute von der Globalisierung und von der Medienherrschaft des Internet noch befeuert wird. Wenn dies auch eine echte Bedrohung ist, so gibt es auch die gegensätzliche, vielleicht noch tückischere: das Fieber der Identitäten, der

Rückfall in Mikronationalismen, die eine reine und in sich abgeschlossene Identität vorspiegeln, Endogamie und Tod. Nach dem befreienden Einsturz der ideologischen Mauern werden jetzt andere, ebenso schädliche Mauern hochgezogen: die ethnischen.

Die Unterschiedlichkeit muss als Wert verteidigt werden, doch stets im Namen einer größeren Identität. Die Menschheit müssen wir verstehen als einen großen Baum, der in seinen Wurzeln, im Stamm und den Blättern unterschiedlich wächst, aber vom selben Leben durchdrungen ist. Dante sagte, dass er durch das viele Trinken von Arno-Wasser Florenz lieben lernte, doch er fügte hinzu: Unser Vaterland ist die ganze Welt, wie für die Fische das Wasser. Beide Gewässer, der lokale Fluss und das große Meer, bedingen und ergänzen einander.

Das politische Gewicht Europas bleibt heute derart weit hinter seinen Möglichkeiten zurück, dass mir angst und bange wird. Bürokratische Verschlackung, alle möglichen Verbotsklauseln, die unmögliche und lähmende Suche nach Einstimmigkeit behindern uns auf dem Weg, der die einzige mögliche Rettung bedeutet: Wir brauchen einen wirklichen europäischen Staat, föderal und dezentral, aber in seinen Gesetzen einheitlich. Was heute die verschiedenen Regionen in einem Staat sind, müssen die heutigen Staaten in einem zukünftigen Europa werden. Denn unsere Probleme sind keine nationalen mehr, sondern europäische.

Jede politisch-ökonomische Krise eines Staates zieht ganz Europa herein. Die Migration ist ein gesamteuropäisches Phänomen, und es ist lächerlich, wenn es in jedem einzelnen Staat unterschiedlich angegangen wird - so, als würden in jeder italienischen Stadt immer noch andere Gesetze gelten. Der globalisierte Finanzmarkt mit seinen Chancen und Gefahren hat die Grenzen längst überrannt und muss von einem Staat jenseits der Nationalstaaten eingegrenzt werden. Die gemeinsame Währung ist ein notwendiger Bestandteil der Union, weil nach der Sprache die Währung entscheidet, ob wir uns zu Hause fühlen oder ausgegrenzt.

### **Zurück zur ursprünglichen Idee**

Sicher, die Europäische Union von heute knirscht im Gebälk, als wolle sie zusammenbrechen. Doch es ist gerade das Schreckbild dieser möglichen Katastrophe, das unsere Eile und die Entschlossenheit anspornen muss, die Union wahrhaftiger und besser zu machen. Wir brauchen größere Treue zum ursprünglichen Kern der europäischen Idee, die sich zwar für immer mehr Länder geöffnet hat - aber mit immer mehr Einschränkungen. Wir brauchen mehr „rheinischen Kapitalismus“, der sich auf Waren und Nachhaltigkeit stützt und dadurch zum Gegengift werden kann zu den kapitalistischen Blasen des angelsächsischen Finanzbetriebs.

Europa ist dabei, sich grundlegend zu verändern. Viele unserer neuen Mitbürger stammen aus völlig unterschiedlichen Ländern und Traditionen, was ihnen einen sicher nicht leichten Prozess der Eingliederung abverlangt; das könnte schon morgen dramatische Dimensionen annehmen. Doch im ganzen bedeutet dies eine Bereicherung und folgt den europäischen Traditionen der Öffnung, der Integration und einer Identität, die sich wandelt, ohne ihr Wesen komplett aufzugeben.

Heute bedeutet die europäische Literatur auch jene der deutschen Autoren türkischen Ursprungs. Wir erleben, wie erstmals in der Geschichte eine wirklich universelle Kultur entsteht - entstehen könnte. In Europa begegnen sich heute Völker und Zivilisationen, religiöse, politische, soziale Weltansichten leben Seite an Seite in einem Polytheismus der Werte.

### **Verhandelbare und unverhandelbare Werte**

Es ist jetzt nötig, wie Tzvetan Todorov bemerkt hat, eine Kultur zu schaffen, die einen ethischen Relativismus, einen gleichberechtigten Dialog mit anderen Kulturen versöhnen kann mit einem unverzichtbaren Quantum von ethischem Universalismus, mit einem Glauben an einige nicht verhandelbare und diskutierbare Werte, die das Fundament jeder Menschlichkeit und jeder Zivilgesellschaft ausmachen.

Dazu gehören die gleichen Rechte für alle Menschen, ungeachtet ihrer ethnischen, religiösen, sexuellen Identität. Antigones Gesetze der Götter - diese ganz wenigen unverzichtbaren Prinzipien - können nicht aufgeschrieben werden, wie uns die Tragödie des Sophokles lehrt. Aber sie müssen in Europa unauslöschlich gültig bleiben.

*Aus dem Italienischen von Dirk Schümer.*

[Zur Homepage](#)

Der Schriftsteller **Claudio Magris**, Jahrgang 1939, lebt in Triest. Zuletzt erschien auf deutsch „Das Alphabet der Welt“ (2011).

Quelle: F.A.Z.

## Geregelt in die Staats-Insolvenz 104,129

Die Eurozone hat nicht genug aus der Schuldenkrise gelernt. Kann ein Staat seine Schulden nicht mehr tragen, haften bisher – verdeckt – die Steuerzahler anderer Länder. Es gibt einen besseren Weg, finden drei Ökonomen.

20.07.2014, von CLEMENS FUEST, FRIEDRICH HEINEMANN UND CHRISTOPH SCHRÖDER

Europas Schuldenkrise bestätigt die alte Erfahrung, dass Krisen lernfähig machen und Reformen anstoßen. Seit 2010 ist viel passiert, um die institutionelle Architektur der Eurozone zu verbessern. Die Europäische Bankenunion entsteht mit gemeinsamem Regelwerk, Aufsicht und Krisenmechanismen. Die Spielregeln zur fiskalischen Überwachung (**Stabilitätspakt**, **Fiskalvertrag**) der Mitgliedstaaten sind ausgeweitet und präzisiert worden. Und die Eurozone verfügt mit dem **Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM)** inzwischen über ein Instrument, das bei der Bekämpfung von Panikattacken an den Anleihemärkten und damit verbundenen Liquiditätskrisen von Eurostaaten helfen kann.

All dies sind unbestritten echte Fortschritte für den gemeinsamen Währungsraum. Und doch ist ein zentrales Defizit im institutionellen Gefüge unübersehbar: Die Eurozone verfügt nach wie vor über kein wohldefiniertes Verfahren zur Bewältigung von Staatspleiten. Das Fehlen einer Insolvenzordnung ist dabei kein untergeordneter Schönheitsfehler eines ansonsten schon fertigen Bauwerks. Dem neuen Institutionen-Gebäude der Eurozone fehlt mit der Insolvenzordnung vielmehr ein für die gesamte Statik unverzichtbarer Grundstein.

Das ist zunächst einmal eine schwere Hypothek für die Glaubwürdigkeit der an die Krisenhilfe geknüpften Bedingungen. Eigentlich sollen Krisenländer nur Zugang zu den Liquiditätshilfen des Rettungsfonds ESM haben, wenn Konsolidierungs- und Reformauflagen erfüllt werden. Andernfalls, so die Drohung, wird der Geldhahn abgedreht. Um die dauerhafte Glaubwürdigkeit dieser Drohung steht es aber ohne ein geordnetes Insolvenzverfahren denkbar schlecht. Die Jahre 2010 bis 2013 haben gezeigt, dass die Politik fast keine Tabus kennt, wenn es darum geht, eine ungeordnete Pleite eines Eurolandes abzuwenden. Die Angst vor den Folgen für Finanzstabilität und Realwirtschaft ist so groß, dass hehre Prinzipien reihenweise geopfert werden – sogar das Verbot der Schuldenfinanzierung über die Notenpresse.

Damit haben die Geldgeber schlechte Karten im Spiel gegen einen reformresistenten Mitgliedstaat. Die Drohung, die Finanzierung einzustellen, ist ein leicht durchschaubarer Bluff. Nur ein Insolvenzverfahren, das eine Perspektive für die Zahlungsunfähigkeit auch eines größeren Eurolandes bietet, ohne dass eine Kernschmelze des Finanzsystems droht, würde diese ungünstige strategische Lage grundlegend verändern. Hinzu kommt, dass selbst reformwillige Regierungen damit überfordert sein können, ein einmal entstandenes Überschuldungsproblem zu lösen. Dafür die Steuerzahler anderer Staaten haften zu lassen ist ungerecht und lädt Investoren und Regierungen zu Leichtsinne ein.

Ohne klare Regeln für die Abwicklung einer staatlichen Insolvenz mutiert ein System für zeitlich begrenzte Finanzhilfen zudem in ein auf Dauer angelegtes Transfersystem. Man mag ein Transfersystem für richtig halten oder nicht. Aber auch die Verfechter eines solchen Systems werden zugeben, dass ein Transfersystem in einem demokratischem Europa nicht verdeckt unter dem Deckmantel vorübergehender Liquiditätshilfe errichtet werden sollte. Wähler und Parlamentarier sollten vielmehr offen über das wirkliche ökonomische Ausmaß von Transfers informiert sein und diesem mit Mehrheit zustimmen.

Dass der Marsch in die verdeckte Transferunion eine reale Gefahr ist, zeigt die Entwicklung Griechenlands. Das Land ist mit seinen 175 Prozent Staatsverschuldung und seinem begrenzten Wachstumspotential immer noch überschuldet. Zu risikogerechten Konditionen könnte das Land seinen Zinsdienst kaum leisten, geschweige denn mit der Rückführung der Schuldenquote beginnen. Das Problem wird nun dadurch „gelöst“, dass der Krisenfonds ESM und die anderen staatlichen Kreditgeber Kreditlaufzeiten drastisch verlängern, Zinszahlungen stunden und auf risikoadäquate Zinsen verzichten.

### **Private Gläubiger würden die Hauptlast tragen**

Griechenland als extrem verschuldeter Staat kommt somit in den Genuss von Finanzierungsbedingungen eines erstklassigen Schuldners. Sogar ESM-Vertreter rechnen vor, dass das Land dadurch beim Zinsdienst derzeit um fast fünf Prozent seiner Wirtschaftsleistung (gemessen am Bruttoinlandsprodukt) entlastet wird, wenn man die tatsächlichen Zinsen mit marktgerechten Zinsen vergleicht. Im Klartext: Das Problem der Überschuldung eines Eurolandes wird hier durch einen hinter dauerhaften Zinssubventionen versteckten Schuldenerlass zu Lasten der Steuerzahler anderer Länder gelöst.

In gewisser Weise praktiziert Europa damit heute schon ein Insolvenzverfahren, nur ein denkbar schlechtes: Es verschont private Investoren und bürdet den Steuerzahlern alle Lasten des faktischen Schuldenerlasses auf. Denn diese stehen am Ende für die Risiken der ESM-Kredite gerade. Wenn diese „Lösung“ Schule macht, schafft sie Fehlanreize für neue private Investitionen in Staatsanleihen. Investoren wird signalisiert, dass der ESM eine Überschuldung notfalls durch eine Dauerfinanzierung zu subventionierten Zinsen bewältigt, falls erforderlich, unterstützt durch Staatsanleihekäufe der Europäischen Zentralbank. Das dürfte auch erklären, dass sich

die Zinsen für Staatsanleihen in der Eurozone wieder stark angeglichen haben, obwohl die Bewältigung kritischer Schuldenstände nicht einmal richtig begonnen hat. Die Errichtung eines transparenten Insolvenzverfahrens, das privaten Gläubigern die wesentliche Last eines Schuldenschnittes auferlegt, wäre deshalb eine dringend notwendige Korrektur dieser Fehlentwicklung.

### **Zur Bailout-Gemeinschaft geworden**

Überlegungen zu Insolvenzverfahren für souveräne Schuldner sind nicht neu. Auf der Ebene des Internationalen Währungsfonds wurde eine solche Neuerung mit Blick auf die Staatspleiten von Entwicklungs- und Schwellenländern vor gut einem Jahrzehnt intensiv diskutiert. Für Europa hat mit der Schuldenkrise seit 2010 ein Nachdenken über ein solches Verfahren unter den spezifisch europäischen Bedingungen eingesetzt. Inzwischen liegen etwa eine Handvoll Blaupausen für die Eurozone vor, die zum Teil bis hinein in rechtliche Details ausgearbeitet sind. So hilfreich diese sind, so wenig bieten sie bislang einen Ausweg aus einem grundlegenden Dilemma: Obwohl die Eurozone dringend ein Insolvenzverfahren für Staaten benötigt, ist die Einführung eines solchen Verfahrens mit erheblichen Risiken verbunden. In der gegenwärtig noch fragilen Lage könnte die Einführung zu einer neuen Panik an den Märkten für Staatsanleihen führen. Wird ein solches Verfahren kurzfristig eingeführt, könnte es als Signal für unmittelbar bevorstehende Schuldenschnitte für hochverschuldete Eurostaaten wahrgenommen werden. Eine neue Abwärtsspirale wäre eine mögliche Folge. Dass die Politik momentan vor einer solchen Reform zurückschreckt, ist nachvollziehbar.

Umgekehrt ist die Verschiebung dieser wichtigen Reform auf unbestimmte Zeit ebenso wenig zufriedenstellend. Zum einen besteht nur unter dem Eindruck der akuten Krise eine realistische Chance auf handfeste Reformen. Es gilt, die Reformchance des Augenblicks auch für die Errichtung eines Insolvenzverfahrens zu nutzen. Zum anderen verfestigt sich ohne die Aussicht auf eine künftige Insolvenzordnung die Wahrnehmung der Märkte, dass die Eurozone de facto zur Bailout-Gemeinschaft geworden ist. Nur eine sofortige Weichenstellung in Richtung einer Insolvenzordnung kann helfen, die Investoren risikobewusst und wachsam in Bezug auf die Bonität von Eurostaaten zu halten.

### **Längere Laufzeiten schützen vor spekulativen Attacken**

Das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung in Mannheim hat nun unter dem Kürzel „VIPS“ ein Modell entworfen, das einen Ausweg aus diesem grundlegenden Dilemma weist. Die Buchstaben stehen für „Viable Insolvency Procedure for Sovereigns“, also für ein „Gangbares Insolvenzverfahren für Staaten“. Die Grundidee fußt auf einem Kompromiss: Das künftige Insolvenzverfahren für Eurostaaten wird zwar heute schon in allen Einzelheiten definiert und im ESM-Vertrag festgeschrieben. Hinzu tritt aber eine vertragliche Übergangsbestimmung, die das Inkrafttreten des Verfahrens auf einen zukünftigen Zeitpunkt verschiebt. Damit wird einerseits ein Schock für die Märkte in der Gegenwart vermieden, andererseits aber eine gangbare Brücke in die Zukunft mit Insolvenzordnung errichtet.

Der erste Pfeiler der VIPS-Brücke ist die Übergangsklausel. Demnach soll das Insolvenzverfahren dann automatisch in Kraft treten, wenn der durchschnittliche Schuldenstand der Eurozone eine bestimmte kritische Marke – beispielsweise 80 Prozent des Bruttoinlandsprodukts – unterschreitet. Gegenwärtig liegt die durchschnittliche Schuldenquote in der Eurozone bei 93 Prozent. Diese Bestimmung hat den Sinn, die Insolvenzordnung in einem freundlichen Marktumfeld wirksam werden zu lassen, wenn nämlich die Schuldenstände sinken und die Bonität der Eurostaaten sich im Durchschnitt verbessert. In einem solchen Umfeld ist eine Destabilisierung durch das neue System unwahrscheinlich. Allerdings muss diese Übergangsbestimmung mit einer Frist für den spätesten Zeitpunkt des Übergangs – beispielsweise 2030 – kombiniert werden. Andernfalls besteht die Gefahr, dass eine vielleicht auch bewusst schlechte Schuldenperformance das Inkrafttreten unmöglich machen würde.

Der zweite Pfeiler des Modells fußt auf flankierenden Reformen mit sofortiger Wirksamkeit. So sind den Euroländern verbindliche Vorgaben für längere Laufzeiten ihrer neu begebenen Staatsanleihen zu machen. Längere Laufzeiten der Anleihen machen ein Land robuster gegen spekulative Attacken und vermindern außerdem den Bedarf für künftige Hilfskredite.

### **Schuldenbremse nach deutschem Vorbild**

Des Weiteren sollten ab sofort neu begebene Anleihen mit verbesserten „Collective Action“-Klauseln versehen werden. Diese Klauseln sollen die Verhandlungen mit den Gläubigern im Fall einer Umschuldung erleichtern und sind mit dem ESM-Vertrag schon Pflicht geworden. Gegenwärtig geben sie den Gläubigern einer einzelnen Anleihe aber noch zu viel Macht und Erpressungspotential im Fall von Umschuldungsverhandlungen. Verbesserte Klauseln können hier schon jetzt günstigere Vorbedingungen für erfolgreiche Umschuldungsverhandlungen in der Zukunft schaffen.

Zu den sofort einzuleitenden Veränderungen gehört aber vor allem ein allmähliches Auslaufen aller Privilegien für staatliche Kreditnehmer in der Finanzregulierung. Dass Kredite an Eurostaaten bei der Berechnung des notwendigen Banken-Eigenkapitals als risikolos gelten, muss auslaufen. Vorschriften für Großkredite, die Klumpenrisiken vermeiden sollen, müssen zudem zunehmend auch für Forderungen gegen Staaten gelten. Außerdem ist es dringend erforderlich, die Eigenkapitalausstattung der Banken über das geplante Maß hinaus zu verbessern. Diese Veränderungen sind deshalb so wichtig für eine zukünftige Insolvenzordnung, weil sie die

Banken weniger empfindlich für Abschreibungen auf Forderungen gegen Euroländern machen. Damit wird ein Schuldenschnitt möglich, ohne das Bankensystem in den Abgrund zu reißen.

Die VIPS-Brücke fußt also auf der Grundidee der verzögerten Einführung. Dabei werden heute Entscheidungen mit weitgehender Bindungswirkung für die Zukunft getroffen. Deutschland hat bei der verzögerten Wirksamkeit der grundgesetzlichen Schuldenbremse bislang gute Erfahrungen mit genau diesem Modell gemacht. Die verzögerte volle Geltung der Schuldenbremse hat bei der Grundgesetzänderung im Jahr 2009 geholfen, politische Widerstände zu überwinden. Bislang gibt es keine Anzeichen dafür, dass Bund oder Länder mit den näher rückenden Fristen der vollen Wirksamkeit – 2016 für den Bund, 2020 für die Länder – die neuen Regeln in Frage stellen.

### **Die begrenzte Schutzperiode wäre auch eine Testphase**

Auch wenn es bei der VIPS-Brücke keine vollständige Sicherheit gegen Neuverhandlung geben kann, so ist die volle Festlegung aller Details im ESM-Vertrag in Sachen Glaubwürdigkeit durchaus mit der grundgesetzlichen Absicherung der Schuldenbremse vergleichbar. Denn eine Änderung des Vertrags bedarf der Einstimmigkeit. Das wäre eine hohe Hürde. Einzelne Euroländer könnten zwar den Vertrag aufkündigen und damit dem künftigen Insolvenzverfahren entgehen. Aber damit würden sie auch den Zugang zu den Hilfskrediten verlieren, so dass die skizzierte Problematik verdeckter Transfers für diese Länder nicht mehr zum Tragen käme. Dann bliebe für diese Länder im Fall der Insolvenz nur die Option einer unregelmäßigen Ad-hoc-Umschuldung. Dies wäre kaum eine attraktive Alternative zum geregelten Verfahren unter dem Dach und Schutz des Krisenfonds ESM.

Wie sollte das nach der Übergangszeit dauerhaft gültige Umschuldungsverfahren aussehen? Grundsätzlich sollten ESM-Hilfen weiterhin verfügbar bleiben, um – vorübergehende – Liquiditätskrisen zu bekämpfen. Das Insolvenzverfahren ist nur bei einer Überschuldung zu eröffnen. Oft wird das Vorliegen einer Überschuldung auf Basis einfacher Indikatoren, etwa dem Verhältnis der Schulden zum Bruttoinlandsprodukt, beurteilt. Dieser Ansatz ist ökonomisch kaum befriedigend, weil sich die Tragbarkeit der Staatsverschuldung nicht alleine mit Blick auf einzelne Indikatoren beurteilen lässt.

Das VIPS-Modell geht einen anderen Weg. Jeder Eurostaat hat demnach das Recht auf eine begrenzte Schutzperiode durch ESM-Kredite von beispielsweise drei Jahren. Im Unterschied zur heutigen Situation ist der Zugang zur Finanzierung des Krisenfonds somit zeitlich streng limitiert. Nach Ablauf der Schutzperiode hat ein Land nur die Wahl zwischen der Rückkehr an den Kapitalmarkt zu den dann gültigen Marktbedingungen oder dem Gang in das Insolvenzverfahren. Die Schutzperiode bietet einen Test, ob wirklich nur ein Liquiditätsproblem oder aber eine Überschuldung vorliegt. Schafft es ein Land auch nach jahrelanger Hilfe nicht, zu akzeptablen Konditionen an den Kapitalmarkt zurückzukehren, ist dies ein sehr starkes Indiz für eine Überschuldung. Die Sorge, ein Land könne das Insolvenzverfahren leichtfertig eröffnen, um einen leichten Weg aus den Schulden zu finden, ist in diesem System unbegründet. Denn der Weg in das geordnete Insolvenzverfahren ist nur offen im Rahmen einer ESM-Kreditperiode mit all ihren Auflagen und Autonomieverlusten.

### **Obergrenze für Schuldenschnitt**

Im Mannheimer Modell übernimmt der Krisenfonds ESM die Moderation der Verhandlungen zwischen Gläubigervertretern und Schuldern und verfügt bei allen Entscheidungen über ein Vetorecht, weil er eigene Mittel im Spiel hat – nämlich die Kreditforderungen aus der Schutzperiode. Mit dem Beginn der Umschuldungsverhandlungen gilt ganz analog zu privaten Insolvenzverfahren ein Zahlungsmoratorium für Verbindlichkeiten des betreffenden Staates, um die Gleichbehandlung der Gläubiger bei der Konkursquote sicher zu stellen. Außerdem stellt der ESM dem überschuldeten Staat eine Zwischenfinanzierung zur Verfügung, die zur Aufrechterhaltung staatlicher Funktionen unabdingbar ist. Diese Zwischenfinanzierung stellt eine bevorrechtigte Forderung dar und wird nicht in die Restrukturierung der Schulden einbezogen. Der Krisenfonds übernimmt außerdem eine Aufsichtsfunktion. Im laufenden Insolvenzverfahren gilt die Aufsicht besonders dem Schutz der Vermögenswerte des Schuldnerstaats aus Gründen des Gläubigerschutzes.

Die Einigung über das Ausmaß eines Schuldenschnitts erfolgt im Konsens zwischen Krisenfonds, Gläubigermehrheiten und Schuldner. Das Verfahren sieht keine formelmäßige Bestimmung des notwendigen Schuldenschnitts vor, eben weil sich die Bestimmung eines tragbaren Schuldenstands einer einfachen Formel entzieht. Relevant sind die Konsolidierungsmöglichkeiten, das Wachstumspotential und auch politische Nebenbedingungen. All dies kann nur bezogen auf den individuellen Einzelfall beurteilt werden. Allerdings sieht das Modell eine Obergrenze für den höchstens denkbaren Schuldenschnitt vor. So darf der Schuldenschnitt die Schuldenquote nicht unter die 60-Prozent-Grenze bringen.

### **Gemeinsame Schuldenhaftung, nationale Budgetpolitik**

Diese Bestimmung dient als Anker für die Verlufterwartungen der Investoren. Im Insolvenzfall ist damit der maximale Verlust auf den Abstand der Schuldenquote zur 60-Prozent-Marke begrenzt. Dies begrenzt zum einen das Risiko, dass die Zahlungsprobleme eines Landes zur Flucht aus den Anleihen moderat verschuldeter Euroländer führen. Und zum anderen signalisiert diese Vorgabe

potentiellen Investoren, bei Euroländern mit Schuldenquoten oberhalb von 60 Prozent sehr genau die Bonität zu prüfen. Dies bringt die Marktdisziplin in Einklang mit dem reformierten Stabilitätspakt, der auf eine Begrenzung der Staatsverschuldung unterhalb der 60-Prozent-Marke angelegt ist. In der VIPS-Welt ist der für private Investoren mit der Insolvenz verbundene Verlust kaum mehr mit Systemrisiken verbunden. Denn die begleitenden Reformen stellen sicher, dass Banken deutlich mehr haftendes Kapital vorhalten und weniger in Staatsanleihen ihrer Länder investieren.

Ist es politisch vorstellbar, dass die Regierungen der Eurozone sich auf diese Vorschläge einlassen? Die verzögerte Wirksamkeit sollte eine solche Reform erleichtern. Auch haben sich alle Eurostaaten verpflichtet, auf Dauer ihre Schuldenstände auf 60 Prozent zu verringern. Wenn sie dieses Versprechen einhalten, dann würde das neue Insolvenzverfahren ohnehin nichts verändern, weil es ja nur für Schuldenstände oberhalb von 60 Prozent in Betracht käme. Regierungen, die sich dem widersetzen, müssen sich fragen lassen, ob sie die deklarierten Konsolidierungsziele wirklich ernst nehmen.

Bleibt die Eurozone ohne glaubwürdiges Insolvenzverfahren, dann entwickelt sich in Europa eine besonders problematische Variante einer Fiskalunion. Einer gemeinsamen Schuldenhaftung stünde eine weitgehend autonome nationale Budgetpolitik gegenüber: eine Einladung, die Schuldenpolitik auf Kosten der Zukunft fortzusetzen. Das kann nicht das Ziel der europäischen Politik sein.

## Die Autoren

**Clemens Fuest** leitet seit seiner Rückkehr aus Oxford 2013 das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) in Mannheim. Außerdem lehrt der 45 Jahre alte Finanzwissenschaftler an der dortigen Universität. Als Politikberater wird Fuest geschätzt, weil er wirtschaftliche Zusammenhänge klar formuliert, ohne unnötig zu polarisieren. Er gehört dem Wissenschaftsbeirat beim Bundesfinanzministerium an und ist seit kurzem auch Mitglied einer Arbeitsgruppe, die Vorschläge zur Finanzierung der EU entwirft.

**Friedrich Heinemann** leitet den Forschungsbereich Unternehmensbesteuerung und Öffentliche Finanzwirtschaft am ZEW. 1964 in Düsseldorf geboren, hat er Volkswirtschaftslehre und Geschichte in Münster, Mannheim und an der London School of Economics studiert. Dem Themenfeld seiner Dissertation „Finanzverfassung und Kompetenzausstattung der EU nach Maastricht“ ist er treu geblieben. Aktuell befasst er sich unter anderem mit der Analyse der Besteuerung kleiner und mittlerer Unternehmen in Europa.

**Christoph Schröder** stieß erst vor zwei Jahren zum ZEW. Er hat in Tübingen und Toulouse Wirtschaftswissenschaften studiert. In seiner Diplomarbeit untersucht der 28 Jahre alte Ökonom die Folgen höherer Eigenkapital-Anforderungen an die Banken auf die deutsche Wirtschaft. Seine empirische Forschung in Mannheim konzentriert sich auf Fiskal- und Finanzmarktpolitik. Derzeit promoviert er bei der Ökonomin Claudia Buch, die kürzlich aus der Wissenschaft als Vizepräsidentin in die Bundesbank gewechselt ist. (hig.)

[Zur Homepage](#)

Quelle: F.A.Z.

# [HTTP://ONLINE.WSJ.COM/ARTICLES/EUS-NEXT-CHALLENGES-ARE-GEOPOLITICAL-1405889616](http://online.wsj.com/articles/eus-next-challenges-are-geopolitical-1405889616)

EUROPE FILE

## EU's Next Challenges Are Geopolitical 104,133

### The geopolitical risks facing Europe could represent a threat every bit as severe as the euro crisis to its cohesion and financial stability.

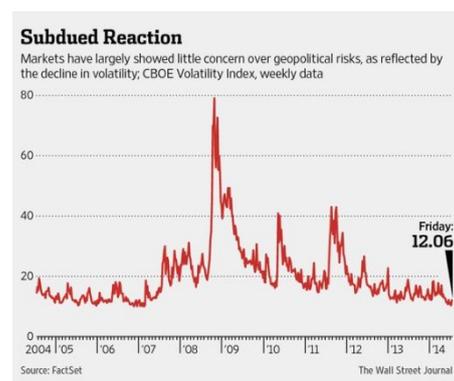
July 20, 2014 4:53 p.m. ET

Until recently, the greatest risks to European stability were internal. The euro-zone debt crisis triggered tensions between and within member states that at various times looked likely to lead to serious social unrest and even a breakup of the currency union.

Those risks haven't gone away, as was clear from the European Parliament elections in May, which delivered big gains for euroskeptic parties. Even so, the probability that domestic economic conditions will lead to an extreme outcome in the euro zone has clearly fallen markedly since 2012.

Instead, the most pressing threats to European stability are now external.

The shooting down of Malaysia Airlines Flight 17 with 298 people on board has dramatically raised the stakes in the war between the government of Ukraine and the pro-Russia separatists in the Donetsk region on the EU's eastern border. If Russian involvement is proved, calls for a far tougher European response than has so far been contemplated will surely be impossible to resist.



Meanwhile, the EU faces massive instability along its southern border in Syria, Israel and the Palestinian territories, Egypt and Libya. European leaders have also been anxiously looking at recent political unrest in Turkey.

No wonder investors cited geopolitical risks as the second-biggest threat to the U.K.'s financial stability—after a collapse in the housing market—in a recent survey for the Bank of England.

Yet there is little sign of this anxiety over geopolitical risks in financial markets. Markets barely budged in the wake of the Flight 17 disaster. Indeed, financial conditions have rarely been more buoyant. The Bank of England notes that at short horizons, measures of volatility are at, or are below, precrisis levels in equity, currency and interest-rate markets. Spreads on corporate bonds over benchmark government bonds have tightened to just above 2003-06 levels.

Are markets being complacent? In the short term, perhaps not. There are two main channels of contagion.

The first is directly through trade. But these linkages are already well understood and European companies and investors have taken steps to limit their exposure to Russia and other conflict zones. German economic growth has softened as a result of the impact of sanctions on Russia, causing Berenberg Bank last week to downgrade its growth forecast for the euro zone in 2014 by 0.1 percentage point, to 1.5%. Fresh sanctions promised by the EU last week before

the downing of Flight 17 will clearly hurt growth in countries most directly exposed to trade with Russia, including Germany and the U.K., but they wouldn't likely derail the nascent European recovery.

The second channel for potential contagion is via financial markets. The risk of a market seizure has been heightened by postcrisis reforms to the banking industry, which have sharply reduced liquidity in financial markets. Bank of England officials estimate that inventories of financial assets held for market-making have fallen by two-thirds since the crisis, reflecting higher capital charges.

Regulators argue that the core financial system is now more resilient to shocks and that there are now improved facilities to provide emergency liquidity. But these facilities are untested and steep falls in asset prices in response to a shock can't be ruled out. However, such a shock doesn't yet seem likely, nor is it clear how the market should price this tail-risk.

But while the short-term risks from geopolitical instability on Europe's borders may be manageable, the long-term challenges are sizable. Violent upheavals in the eastern and southern Mediterranean are already creating refugee crises across southern Europe. In Greece and Italy in particular, the challenge of dealing with large influxes of migrants is a hot political issue.

Thanks to the principle of free movement of people enshrined within the EU's single market, the borders of countries on the periphery of EU are the borders of the EU itself. That means that tensions on the periphery are quickly transmitted to the core, as migrants head to the richer north, fueling support for right-wing, anti-immigrant euroskeptic parties. Yet the EU has no common policy to police its borders, the burden of which falls on countries often least able to afford it—a point made forcibly by Italian Prime Minister Matteo Renzi in a recent speech to the European Parliament.

Instability on the EU's borders also fuels instability within the EU. There are concerns in northern European countries such as France and the U.K. at the domestic impact that Middle East conflicts are having on elements of their large Muslim communities. Similarly, Eastern European governments with large ethnic Russian minorities worry about the destabilizing local consequences of the war in Ukraine.

Until recently, the EU was able to stabilize its borders by holding out the prospect of membership or privileged market access to a queue of other countries knocking at the door, including Turkey, Ukraine, Armenia, Georgia, Moldova and Serbia.

But concerns over the consequences of free movement within the single market and the crisis in Ukraine have shown that the EU has reached the limits of this approach. Incoming European Commission President Jean-Claude Juncker said last week that no new members would be admitted over the next five years. Yet the EU is struggling to identify an alternative relationship that it can offer its eastern and southern neighbors to enable them to coexist harmoniously.

Besides, soft power alone is unlikely to stabilize the EU's borders. The U.K. government argues that the greatest risk to European security is the failure to defend the principle of national sovereignty. One reason why the situation in Ukraine has escalated out of control is that the EU struggles to exert pressure. EU foreign-policy decisions require a unanimity among the 28 member states that is hard to achieve, given competing priorities.

At the same time, the EU's defense capabilities are weak. Europe spends only 1.4% of gross domestic product on defense, the lowest of any region in the world, and a lack of coordination among member states further reduces its effectiveness. The result is that the EU lacks credible deterrence capability of its own.

Ultimately, these geopolitical risks could represent a threat every bit as severe as the euro crisis to Europe's cohesion and financial stability. And as with the euro crisis, the solution is likely to lie in closer integration. But the fact that integration is necessary doesn't make it any easier to achieve.

## Paris-Berlin : deux visions alternatives de l'Europe économique et financière 104,135

THIBAUT MADELIN / CORRESPONDANT À BERLIN | LE 20/07 À 18:38



Les ministres des Finances français et allemand, Michel Sapin et Wolfgang Schäuble, ont donné leur vision de l'Europe économique et financière lors leur exclusivité. Wolfgang Schäuble et Michel Sapin partagent le même impératif : trouver des compromis franco-allemands pour faire avancer l'Europe, comme ils l'expliquent dans une interview aux « Echos » et « Handelsblatt ». Une tâche ardue... Tout en louant le pacte de responsabilité, le ministre des Finances allemand voit la France traverser « une crise de confiance » et met en avant la nécessité de réformer. Tout en défendant sur le sérieux budgétaire, le ministre des Finances français insiste lui sur la nécessité de relancer l'investissement. En toile de fond, la question sensible de l'interprétation du pacte de stabilité et la nomination de celui qui l'appliquera...

Vous vous connaissez depuis quelques mois et devez gérer la zone euro. Comment ça marche ?

Michel Sapin : Nous avons une vie politique relativement longue et donc nous savons ce que c'est que d'être en responsabilité, même si Wolfgang a dix années d'avance sur moi. Lorsqu'on est la France et l'Allemagne, entre deux ministres des Finances, ce sont des liens très particuliers. Pas des liens de supériorité par rapport aux autres pays européens. Jamais. Mais ce sont des liens d'efficacité. Si nous voulons que ça marche en Europe, il faut que ça marche entre nos deux pays. Cela fait quatre mois que je suis ministre des Finances et c'est déjà la cinquième ou sixième fois que nous nous voyons.

Wolfgang Schäuble : Je ne peux que confirmer ce que vient de dire le ministre et peut-être ajouter que mon expérience est que la coopération entre les ministres des Finances est encore plus étroite que celle entre les autres ministres. Nous savons que nous ne ferons progresser l'Europe et surtout la zone euro que si l'Allemagne et la France arrivent à des solutions communes. Nos positions de départ sont souvent différentes, pour des raisons culturelles et historiques, mais au bout du compte nous devons trouver des positions communes. Bien sûr, nous savons, comme l'a dit Michel, que nous devons avoir des solutions communes pour 28 pays mais cela n'est possible que si la France et l'Allemagne sont unies. La coopération est donc étroite et très bonne.

La France veut envoyer le commissaire aux affaires économiques et monétaires. Est-ce une bonne idée ?

Schäuble : Vous connaissez les règles du traité européen. Chaque pays membre propose un membre de la Commission et en accord avec le président élu de la Commission, les gouvernements constituent l'ensemble de la Commission. Ce ne sont pas les ministres des Finances qui décident.

Est-ce judicieux que la France, qui est en procédure de déficit, envoie le commissaire censé appliquer le pacte de stabilité et de croissance ? Vous avez émis des réserves...

Schäuble : Ce genre de décisions sont très sensibles. Plus on en parle et plus elles sont difficiles à prendre. Mais ce ne sont pas que des questions de personnes. Avec tout le respect pour Michel Sapin, son prédécesseur Pierre Moscovici a aussi été un très bon ministre des Finances. Ces décisions ont une portée symbolique et on doit avoir cela en tête. Je ne crois pas que tout le monde ait été content que le président candidat proposé par le Conseil ait dit à la fraction socialiste du Parlement européen qu'il ferait pression pour que cette position soit accordée à un socialiste. Cela peut être un socialiste ou quelqu'un d'un autre parti.

Sapin : ce qu'on me dit parfois en France et c'est parfois comme cela qu'on le ressent, c'est que ça pourrait être dangereux pour la France qu'un Français occupe cette position car il voudrait être encore plus irréprochable et encore plus dur avec la France. Et donc d'un certain point de vue, cela pourrait rassurer l'opinion allemande.

Mais si c'était un libéral venant du Nord de l'Europe, ce serait peut-être plus facile pour vous ?

Sapin : Il est légitime que la France occupe un poste important au sein de la Commission. Un poste économique me paraît correspondre à la puissance économique de la France et à sa capacité à contribuer au bon fonctionnement des institutions européennes. Mais il faut raisonner au-delà des questions de personne car la crainte qui est exprimée, du côté français comme du côté allemand, est très subjective. Au fond, c'est pour quoi faire ? Est-ce pour changer les règles ? Non. C'est pour les appliquer. Les règles sont là, personne ne propose de les remettre en cause. La question, c'est quelle est la meilleure politique à mener pour faire en sorte que l'Europe, qui sort d'une crise d'une gravité exceptionnelle, puisse retrouver le chemin d'une croissance solide et durable.

Et ?

Sapin : Ce n'est pas une croissance éphémère parce que tout d'un coup on se mettrait à dépenser de l'argent. Mais une croissance durable, qui nécessite du sérieux budgétaire. Car on ne fonde pas une croissance profonde et durable sur des déficits profonds et durables. Et on fonde aussi cette croissance sur des mesures de structure favorables à la croissance et sur des programmes d'investissement, que ce soit dans chacun des pays ou au niveau européen, qui permettent de soutenir dans le temps cette croissance. Le commissaire, quelle que soit son origine politique ou nationale, devra être au service de cette vision de la croissance et de l'économie européenne.

Il y a une question de fond sur le rythme. Faut-il faire des économies maintenant ou plus tard ? Il semble y avoir une divergence profonde là-dessus entre la France et l'Allemagne...

Sapin : Je pense qu'il s'agit plus de visions culturelles ou historiques que de différences réelles. En tout cas, il n'y en a pas en ce qui me concerne et pas quand j'en parle avec Wolfgang. La France doit faire des économies budgétaires et si elle était toute seule, elle devrait encore plus le faire. La politique qui est train d'être votée au Parlement est fondée sur deux piliers. Un premier pilier qui veut redonner 41 milliards d'euros aux entreprises par des diminutions de cotisations et d'impôts. Un deuxième pilier qui vise 50 milliards d'économies jusqu'en 2017 dont 21 milliards déjà décidés pour 2015. Le jour où je présenterai un budget à l'équilibre comme Wolfgang, j'apporterai 4 caisses de champagne ! Nous n'en sommes pas encore là mais nous faisons des économies absolument drastiques dans les budgets de l'Etat, des collectivités locales et de la sécurité sociale.

## Donc vous ne voulez pas de délai supplémentaire ?

Sapin : Je ne suis pas là à quémander encore un peu de temps. Ce que je souhaite, c'est que dans le respect de règles européennes, nous puissions trouver avec les autres le bon timing qui nous permette de réduire nos déficits, réduire nos dépenses tout en soutenant la croissance.

Schäuble : Je ne peux pas voir les différences que vous avez vues. Michel vient de dire ce que nous savons et ce que j'ai d'ailleurs dit au Parlement quand j'ai présenté le budget : Nous avons besoin de plus d'investissements en Allemagne. Mais nous ne devons pas tout de suite assimiler investissements à investissements publics. Nous avons besoin de plus d'investissements privés. Nous pouvons financer les infrastructures beaucoup plus par ce biais. Nous travaillons sur ce sujet en Europe. Il y a tellement de moyens en Europe qui n'ont pas été utilisés ces dernières années. Ce n'est pas faute d'argent que nous avons trop peu d'investissements. Par ailleurs, comme Michel l'a dit : Il n'y a pas de croissance solide sans finances solides. Nous devrions nous concentrer là-dessus.

## Qu'a fait l'Allemagne mieux que les autres ?

Schäuble : Nous avons aussi connu des périodes où nous n'allions pas si bien. Nous sommes bien sortis de la crise et avons dû dépenser beaucoup moins d'argent pour le chômage. Autrement dit, nous avons aussi eu un peu de chance. Et puis nous avons réussi quelque chose qui est maintenant décisif en France : Nous avons regagné la confiance. Quand on traverse une crise de confiance, ce n'est pas très simple de s'en sortir. Le principal en matière d'économie, c'est la psychologie. Avec ses baisses de charges et d'impôts, le Pacte de responsabilité est le bon chemin et il crée une nouvelle confiance. Le climat devient meilleur en France et quand le climat est meilleur, les investissements et la demande privée augmentent.

Sapin: Ce qui est crucial en France et en Europe, c'est l'investissement, public et privé. En France nous prenons garde à ne pas réduire l'investissement public et à encourager l'investissement privé, nous réduisons en revanche les dépenses de fonctionnement de l'Etat. C'est le sens du pacte de responsabilité et de solidarité. Et nous introduisons des simplifications pour soutenir l'investissement dans le logement. Au niveau européen, nous sommes tout à fait d'accord sur les secteurs, comme l'énergie ou les infrastructures, et allons faire, des propositions communes quant à ce plan d'investissements aussi bien publics que privés qui seront le cœur de la croissance.

## A-t-on besoin pour cela d'une nouvelle interprétation du pacte de stabilité et de croissance ?

Schäuble : j'ai toujours trouvé artificielle la discussion sur l'interprétation du pacte. En France, du président de la République au ministre des Finances, chacun a toujours dit : nous respectons les règles. Et le gouvernement allemand a toujours dit : la consolidation budgétaire seule ne suffit pas, nous avons aussi besoin de croissance. La France fait l'objet d'une procédure de déficit renforcée. Elle-même le sait et on n'a pas besoin de le rappeler sans cesse. Le débat sur une nouvelle interprétation n'aide pas.

Sapin: Le mot interprétation est dangereux et peut donner lieu lui-même à interprétations. Donc revenons-en aux faits. Les faits, ce sont les textes, les traités, et toutes les possibilités que les textes eux-mêmes ouvrent pour permettre aux Etats de mettre en œuvre des réformes de structure.

## Mais la Commission a reçu pour mission d'utiliser toute la flexibilité du pacte. Quelle marge de manœuvre n'a pas encore été utilisée ?

Sapin: L'avenir vous le dira.

Le patron d'Airbus, Fabrice Brégier, juge que le cours de l'euro face au dollar devrait être 10% moins élevé afin que la zone euro retrouve le chemin de la croissance. N'a-t-il pas raison ?

Schäuble : je ne fais aucun cas de discussions politiques sur le **taux de change**, il est fixé par le marché. Je peux comprendre qu'Airbus trouve un intérêt particulier dans un taux de change plus faible. Mais lorsque la politique s'occupe de ces questions, cela n'a jamais conduit à de bons résultats.

Sapin: Si le président d'Airbus vendait plus d'avions en euros, il se poserait moins la question. La Banque centrale européenne est principalement concernée par la question, mais les politiques peuvent eux aussi parler de l'euro. Pour ce qui est de la politique monétaire, la BCE a pris des décisions en tenant compte de la très, très faible inflation. Elle a dit qu'elle est capable de faire plus, si c'est nécessaire. Et l'évolution du taux de change joue évidemment un rôle sur l'inflation. Maintenant, c'est à nous au niveau de chacun de nos pays de faire en sorte que les crédits arrivent au tissu économique, et surtout aux PME/PMI.

Mais la liquidité que la BCE met à disposition n'atteint pas l'économie réelle...

Schäuble: Cela montre tout d'abord que les possibilités de la politique monétaire sont beaucoup plus limitées que ce qu'on dit parfois dans le monde anglo-saxon. Nous devons réussir des réformes structurelles menées avec détermination et ensuite la confiance reviendra. D'ailleurs, nous avons en Allemagne une inflation supérieure à la moyenne de la zone euro. Nous n'avons pas trop peu de liquidité. Et quand Michel Sapin souligne qu'il y a un gros besoin d'investissement dans le logement, je pense aussi que nous avons des signes de bulles spéculatives sur le marché de l'immobilier. Cela n'est pas seulement vrai en Allemagne. Nous ne pouvons pas abandonner aux régulateurs seuls le contrôle des bulles.

Mais à qui?

Schäuble: Les banques centrales doivent avoir en tête la masse monétaire dans leur prise de décisions.

L'amende record payée par BNP Paribas aux Etats-Unis ne souligne-t-elle pas le caractère extraterritorial de monnaies nationales et celui-ci doit-il être régulé ?

Sapin: Le dollar a une suprématie qui ne sera pas remise en cause à court terme. Mais en tant qu'Européens, nous avons le souci commun de ce que l'on appelle l'extra-territorialité, c'est-à-dire la capacité d'un pays d'imposer au reste du monde les règles qu'il a fixées. C'est ce qui se passe dans le domaine bancaire : il s'agissait de transactions qui auraient été licites en euro, mais étaient illicites en dollars. Mais il y a d'autres sujets pour lesquels les Etats-Unis semblent vouloir imposer à d'autres pays des règles qu'ils considèrent être les meilleures pour eux-mêmes.

Cela vous inquiète ?

Sapin : C'est une préoccupation et nous devons en tenir compte dans nos négociations. Par ailleurs, l'euro pourrait prendre un rôle plus important dans les échanges. Nous pouvons aider à faire évoluer la réalité des échanges. D'où ce clin d'œil au patron d'Airbus, qui produit des avions en Allemagne et en France et les vend aux compagnies allemandes et françaises en dollar, alors qu'il pourrait faire différemment. Je suis pour cette promotion pragmatique de notre monnaie pour rééquilibrer les choses et éviter des situations que nous avons pu connaître en France et dont j'espère qu'aucune banque allemande ne sera victime.

Schäuble : Oui et, par ailleurs, l'euro sera aussi fort que nous le rendons fort économiquement et politiquement. Plus nous sommes forts dans la résolution de nos questions – de l'union bancaire à l'optimisation fiscale excessive de grand

groupes – mieux ce sera pour l'euro. Suite à la crise, les réserves de change internationales en euro ont baissé. Cela ne renforce pas l'euro. C'est un bon plaidoyer pour avancer dans la coopération européenne.

**L'union bancaire est le plus gros projet d'intégration. Avez-vous l'impression que les banques ont suffisamment appris de la crise et qu'elles sont suffisamment fortes pour pouvoir accompagner la reprise ?**

Schäuble: la revue des actifs et le stress test ne sont pas encore terminés. Mais les banques ont levé beaucoup de capital supplémentaire et l'union bancaire est un grand pas dans la bonne direction. Le secteur financier est donc beaucoup moins exposé au risque qu'avant. Il peut toujours y avoir des cas isolés, comme on le voit en ce moment avec la banque portugaise Espirito Santo. Le risque de contagion est cependant beaucoup plus faible. Nous sommes dans la phase finale pour trouver une solution sur la contribution des banques au fonds de résolution. Là aussi nous travaillons à des propositions communes. Nous sommes sur la bonne voie et allons y arriver.

Sapin: L'union bancaire était le deuxième grand acte d'intégration après la monnaie unique. Nous avons parfois des discussions philosophiques sur le fédéralisme – là, c'est un acte de fédéralisme européen. Cela soulève des questions concrètes sur la contribution de nos banques et nous ferons des propositions communes pour faire en sorte que le fonds de résolution puisse se mettre en place dans les meilleures conditions. Il reste une autre préoccupation, c'est la régulation de tout ce qui est hors-banques, le « shadow banking ». Il ne faut pas que la sécurité dans le secteur bancaire mène à plus d'insécurité dans le shadow banking, que les comportements dangereux se déplacent ailleurs au lieu de disparaître.

**Le but originel de l'union bancaire est d'éviter une fragmentation du marché financier européen. Mais malgré les progrès, moins de prêts sont accordés au Sud tandis que dans le Nord de la zone euro, ils augmentent...**

Schäuble: Ne s'agit-il pas là plutôt d'un réflexe économique ? Nous avons deux problèmes dans l'union monétaire. Le premier était la situation budgétaire. Sur ce point, le déficit a été divisé par deux en moyenne ces dernières années par les Etats membres. L'autre problème était les différences de compétitivité. Là aussi, nous avons réalisé de nets progrès, tout particulièrement dans les pays qui étaient sous programme d'assistance. Le chemin n'est pas terminé. Mais au rythme auquel nous avançons, avec notamment la politique du gouvernement français, la confiance revient, le climat économique reprend des couleurs et la fragmentation des marchés financiers va reculer. D'autant plus qu'avec l'union bancaire, nous avons mis fin à la dépendance réciproque des banques et des Etats.

**Est-ce un problème que la place financière londonienne ne soit pas intégrée dans l'autorité de surveillance commune ?**

Schäuble: Nous avons décidé beaucoup de choses au sein de l'Union européenne et elles doivent également être respectées dans le marché commun. C'est pourquoi nous avons aussi besoin d'une définition européenne de cette taxe bancaire nationale car, sinon, nous aurons des distorsions de concurrence. Le débat de savoir s'il serait mieux si la Grande-Bretagne était plus intégrée ne nous mène pas loin en ce moment. Nous sommes satisfaits si la Grande-Bretagne reste dans l'Union européenne et faisons tout pour cela. Plus nous avons de succès dans la zone euro, plus nombreux seront les Etats qui songeront à la rejoindre.

Sapin: Il faut beaucoup penser au Royaume Uni, parce que c'est un pays qui pèse, mais le cœur du sujet, c'est de renforcer la zone euro.

**Ne peut-on pas améliorer les chances que le Royaume-Uni reste dans l'UE en faisant un geste à l'égard de son Premier ministre ?**

Sapin: Il faut réussir ce que nous mettons en œuvre, un système bancaire plus fort, avoir une place financière continentale forte. Il continuera à y avoir Paris, Francfort, Rome, Madrid, Amsterdam. Mais c'est l'intégration, le travail en commun qui nous permettra de démontrer notre force. C'est en construisant que nous pouvons avancer.

Schäuble : Naturellement, nous ne voulons en aucun cas pas la perdre la Grande-Bretagne. Mais nous ne pouvons l'aider seulement en respectant ses décisions.

En savoir plus sur <http://www.lesechos.fr/monde/europe/0203653948987-wolfgang-schauble-exclusif-paris-berlin-deux-visions-alternatives-de-leurope-economique-et-financiere-1026196.php?AdF6fLgd35kJ4SkP.99>

## MICHEL SAPIN UND WOLFGANG SCHÄUBLE; "Wachstum braucht solide Finanzen" 104,141

Madelin, Thibaut; Afhüppe, Sven; Hanke, Thomas

21 juillet 2014

[Handelsblatt](#)

Copyright 2014 Handelsblatt GmbH. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an [nutzungsrechte@vhb.de](mailto:nutzungsrechte@vhb.de)

Gipfel der Finanzminister von **Frankreich** und Deutschland: ein Gespräch über die fehlenden Investitionen in Europa, über den neuen Währungskommissar, über den gemeinsamen Willen, den Stabilitätspakt einzuhalten - und über vier Kisten Champagner.

Die Situation ist ungewohnt: Ein Doppelinterview des französischen mit dem deutschen Finanzminister - das hat es noch nicht gegeben. Beide verstehen sich gut: Wolfgang **Schäuble** lockert die Stimmung auf und flachst, er könne ja Französisch antworten - und Michel **Sapin** auf Deutsch. "Am liebsten würdest du wohl auch die Fragen stellen", witzelt sein Kollege zurück. Doch zwischen Paris und Berlin gibt es auch Kontroversen, nicht zuletzt um den EU-Währungskommissar, den die Franzosen für sich beanspruchen.

Herr **Sapin**, Herr **Schäuble**, Sie kennen sich seit gut zehn Jahren, aber erst seit vier Monaten müssen Sie gemeinsam die Euro-Zone managen. Wie gut geht das?

Michel **Sapin**: Wir haben beide lange politische Erfahrungen, auch wenn Wolfgang zehn Jahre Vorsprung vor mir hat - und wir wissen, was Verantwortung bedeutet. Zwischen **Frankreich** und Deutschland, zwischen den beiden Finanzministern bestehen besondere Beziehungen. Sie dürfen nie zu einer Überlegenheit gegenüber den anderen europäischen Ländern führen. Niemals. Aber es geht um Wirksamkeit: Wenn wir wollen, dass Europa funktioniert, muss es zwischen unseren beiden Ländern klappen. Ich bin erst seit vier Monaten Finanzminister, aber wir treffen uns heute bereits zum fünften oder sechsten Mal.

Wolfgang **Schäuble**: Ich kann dem nur zustimmen und vielleicht hinzufügen, dass nach meiner Erfahrung die Zusammenarbeit der Finanzminister enger ist als die zwischen anderen Ministern. Außerdem wissen wir genau, dass wir Europa und insbesondere die Euro-Zone nur voranbringen werden, wenn Deutschland und **Frankreich** zu gemeinsamen Lösungen kommen. Unsere Ausgangspositionen sind oft unterschiedlich, aus kulturellen und historischen Gründen, aber am Ende müssen wir zusammenfinden. Natürlich wissen wir, wie Michel gesagt hat, dass wir gemeinsame Lösungen für 28 Länder haben müssen, aber das geht nur, wenn Deutschland und **Frankreich** sich einigen. Unsere Zusammenarbeit ist eng und sehr gut.

**Frankreich** will in der neuen EU-Kommission gerne den Währungskommissar stellen. Sind Sie sich da auch so nahe wie bei anderen Themen?

Wolfgang **Schäuble**: Sie kennen die Regeln des europäischen Vertrags. Jedes Mitgliedsland schlägt ein Mitglied der Kommission vor, und im Einvernehmen mit dem gewählten Kommissionspräsidenten stellen die Regierungen dann die gesamte Kommission vor. Das machen nicht die Finanzminister.

Aber ist es klug, wenn **Frankreich**, das in einem Defizitverfahren steckt, den Kommissar stellt, der den Stabilitäts- und Wachstumspakt anwendet? Sie haben Vorbehalte geäußert, Herr **Schäuble**...

Wolfgang **Schäuble**: Solche Entscheidungen sind sehr sensibel. Je mehr man darüber redet, umso schwieriger werden sie. Es geht dabei nicht nur um die Person. Mit allem Respekt vor Michel **Sapin**, aber auch sein Vorgänger Pierre Moscovici war ein sehr guter Finanzminister. Solche Entscheidungen haben Symbolkraft, und

das muss man im Blick haben. Ich glaube, nicht alle waren glücklich, dass der vom Europäischen Rat vorgeschlagene Präsidentenkandidat in der sozialistischen Fraktion gesagt hat, er werde darauf drängen, dass ein Sozialist diese Position kriegt. Das kann ein Sozialist sein oder aber auch jemand von einer anderen Partei.

Warum ist der Posten für Frankreich so wichtig?

Michel Sapin: In Frankreich höre ich manchmal, und so wird es empfunden, es könne gefährlich sein, wenn ein Franzose diesen Posten hat, weil er sich keinem Vorwurf aussetzen wolle und noch härter mit Frankreich umgehen werde. In bestimmter Hinsicht könnte das die deutsche Öffentlichkeit beruhigen.

Wäre es nicht einfacher für Ihre Regierung, sich mit einem Liberalen oder einem Konservativen aus dem Norden auseinanderzusetzen?

Michel Sapin: Es ist legitim, dass Frankreich einen wichtigen Posten in der EU-Kommission wahrnimmt. Ein Amt mit wirtschaftlicher Bedeutung entspricht der ökonomischen Stärke Frankreichs und seiner Fähigkeit, zum guten Funktionieren der europäischen Institutionen beizutragen. Es geht nicht nur um eine Person, in Frankreich wie in Deutschland besteht eine gewisse Furcht: Sollen die Regeln geändert werden? Nein, der Kommissar soll sie anwenden. Die Regeln existieren, niemand kann sie infrage stellen. Die Aufgabe besteht vielmehr darin, die beste Politik zu gestalten, damit Europa, das eine äußerst harte Krise überwunden hat, wieder zu kräftigem und dauerhaftem Wachstum findet.

Was bedeutet das genau?

Michel Sapin: Das ist etwas anderes als ein Strohfeuer durch zusätzliche Staatsausgaben. Solides Wachstum braucht eine ernsthafte Finanzpolitik. Dauerhaftes Wachstum ist nicht möglich mit anhaltenden, hohen Defiziten. Und es benötigt Strukturreformen und Investitionsprogramme in jedem unserer Länder - und auf europäischem Niveau. Der Währungskommissar, egal aus welchem Land er kommt und welchen politischen Hintergrund er hat, muss dieser Wachstumspolitik dienen.

Zwischen Paris und Berlin gibt es aber einen Dissens darüber, ob man sofort oder erst später sparen sollte.

Michel Sapin: Ich denke, da handelt es sich eher um kulturelle oder historische Einstellungen als um aktuelle Differenzen. Jedenfalls gibt es die nicht, was mich betrifft, und wenn ich mit Wolfgang spreche, auch nicht. Frankreich müsste auch dann sparen, wenn es ganz alleine wäre, dann müsste es sogar noch größere Anstrengungen unternehmen. Unsere Finanzpolitik ruht auf zwei Pfeilern. Den Unternehmen geben wir innerhalb von vier Jahren 41 Milliarden Euro zurück, über Steuer- und Abgabensenkungen. Der zweite Pfeiler sind Einsparungen von 50 Milliarden Euro bis 2017. Die ersten 21 Milliarden, die wir bis 2015 schaffen wollen, sind schon entschieden. Am Tag, an dem ich wie Wolfgang einen ausgeglichenen Haushalt einbringen kann, bringe ich vier Kisten Champagner mit. So weit sind wir noch nicht, aber wir nehmen absolut drastische Kürzungen vor in den Haushalten des Staates, der Kommunen und der Sozialversicherung.

Sie wollen keinen zeitlichen Aufschub?

Michel Sapin: Nein, mir geht es doch nicht darum, um mehr Zeit zu bitten. Ich will die europäischen Regeln einhalten und gemeinsam mit den Partnern das richtige Timing finden, damit wir unsere Ausgaben und Defizite verringern können und gleichzeitig das Wachstum stützen.

Wolfgang Schäuble: Ich kann die Differenzen, die Sie gesehen haben, ebenfalls nicht erkennen. Michel hat genau das gesagt, was wir wissen - und was im Übrigen auch ich gesagt habe, als ich den deutschen Haushalt eingebracht habe: Wir brauchen mehr Investitionen in Deutschland. Aber wir sollten das nicht gleichsetzen mit Investitionen aus öffentlichen Mitteln. Wir brauchen mehr private Investitionen. Wir können Infrastruktur auch sehr viel stärker mit privaten Mitteln finanzieren. Daran arbeiten wir in Europa. Es gibt so viele europäische

Gelder, die in den letzten Jahren gar nicht abgerufen worden sind. Es liegt nicht an einem Mangel an Geld, dass wir zu wenige Investitionen haben. Im Übrigen ist es genau so, wie Michel es gesagt hat: Wir bekommen solides Wachstum nur mit soliden Finanzen. Darauf sollten wir uns konzentrieren.

Was hat Deutschland besser gemacht in den vergangenen Jahren?

Wolfgang Schäuble: Wir haben auch schon Zeiten gehabt, in denen es uns nicht so gut ging. Wir sind aus der Krise ganz gut herausgekommen und mussten weniger Geld für Arbeitslosigkeit ausgeben. Insofern haben wir auch ein bisschen Glück gehabt. Und dann haben wir etwas geschafft, was in Frankreich jetzt ganz entscheidend ist: Wir haben das Vertrauen zurückgewonnen. Wenn man erst einmal eine Vertrauenskrise hat, ist es nicht ganz einfach, da herauszukommen. Psychologie ist die Hauptsache in der Wirtschaftspolitik: Der "Pakt für Verantwortung" mit Steuer- und Abgabensenkungen ist der richtige Weg, und er schafft neues Vertrauen. Die Stimmung wird besser in Frankreich - und wenn die Stimmung besser wird, dann werden die Investitionen und die private Nachfrage steigen.

Michel Sapin: Die Investitionen sind der Schlüssel, öffentliche und private. Die verringern wir nicht, wir fahren nur die staatlichen Funktionsausgaben zurück. Das ist der Sinn des "Paktes für Verantwortung." Durch Vereinfachungen schaffen wir bessere Bedingungen für den Wohnungsbau. Auf europäischem Niveau sind wir uns einig über die Sektoren wie Energie und Infrastruktur, und wir werden gemeinsame Vorschläge machen für dieses Programm öffentlicher und privater Investitionen. Sie sind das Herz des Wachstums.

Muss man für die zusätzlichen Investitionen den Stabilitäts- und Wachstumspakt neu interpretieren- und gibt es da eine gemeinsame deutsch-französische Auslegung?

Wolfgang Schäuble: Ich habe die Diskussion über die Interpretation immer für künstlich gehalten. In Frankreich hat doch jeder - vom Staatspräsidenten bis zum Finanzminister - gesagt: "Wir stehen zu den Regeln." Und die Bundesregierung hat stets gesagt: "Allein Haushaltskonsolidierung ist nicht die Lösung, wir brauchen auch Wachstum." Frankreich ist im erweiterten Defizitverfahren, das weiß es aber selber, daran muss man nicht ständig erinnern. Die Debatte über eine Neuinterpretation hilft nicht, die Vertrauenskrise zu überwinden, die es offenbar gibt.

Michel Sapin: Schon das Wort "Interpretation" ist gefährlich, und es kann unterschiedlich ausgelegt werden. Halten wir uns an die Fakten. Das sind die Texte, die Verträge, und die Möglichkeiten, die sie offerieren, damit Staaten Strukturen reformieren können.

Die EU-Kommission hat die Aufgabe erhalten, jede erdenkliche Flexibilität der Verträge zu nutzen. Was ist denn bislang noch nicht genutzt worden?

Michel Sapin: Das wird die Zukunft zeigen.

Vor wenigen Tagen hat Fabrice Brégier, Chef von Airbus, im Handelsblatt gefordert, der Wechselkurs des Euros gegenüber dem Dollar müsse um mindestens zehn Prozent sinken, damit die Euro-Zone stärker wächst. Hat er da nicht recht?

Wolfgang Schäuble: Ich halte nichts von politischen Diskussionen über den Wechselkurs, der bildet sich am Markt. Ich kann verstehen, dass Airbus sich von einem niedrigeren Kurs bestimmte Dinge verspricht. Aber wenn die Politik sich darum kümmert, hat das noch nie zu guten Ergebnissen geführt.

Michel Sapin: Wenn der Chef von Airbus mehr Flugzeuge in Euro verkaufte, würde er sich diese Frage nicht so stellen. Die geht vor allem die EZB an, auch wenn es den Politikern nicht verboten ist, über den Wechselkurs des Euros zu sprechen. Die EZB hat vor kurzem geldpolitische Entscheidungen getroffen aus Sorge wegen der sehr niedrigen Inflation. Und sie sagt, dass sie mehr tun wird, wenn es nötig ist. Der Wechselkurs hat zweifellos

Einfluss auf die Inflation. Nun muss jedes unserer Länder dafür sorgen, dass Kredite in der Realwirtschaft ankommen, vor allem bei den kleinen und mittleren Unternehmen.

Die Liquidität der EZB kommt aber nicht in der Realwirtschaft an ...

Wolfgang Schäuble: Das zeigt zunächst einmal, dass die Möglichkeiten der Geldpolitik viel beschränkter sind, als gelegentlich in der angelsächsischen Welt gesagt wird. Wir müssen durch entschlossene Strukturreformen Erfolge erzielen, dann werden wir auch wieder mehr Vertrauen haben. In Deutschland haben wir übrigens eine Inflationsrate über dem Durchschnitt. Wir haben nicht zu wenig Liquidität, und wenn Michel Sapin darauf hinweist, dass es einen großen Investitionsbedarf im Wohnungsbau gibt, dann denke ich auch daran, dass wir am Immobilienmarkt zum Teil Anzeichen für Blasenbildungen haben. Das gilt nicht nur in Deutschland. Wir können die Vermeidung von Blasen nicht allein der staatlichen Aufsicht überlassen.

Sondern?

Wolfgang Schäuble: Die Zentralbanken müssen das bei ihren Entscheidungen über die Geldmenge mit im Blick haben.

Herr Sapin, hat die Milliarden-Geldbuße der USA gegen BNP Paribas nicht gezeigt, dass es eine extraterritoriale Wirkung nationaler Regeln gibt, und muss das nicht reguliert werden?

Michel Sapin: Der Dollar hat eine Vormachtstellung, die sich kurzfristig nicht ändern wird. Aber wir haben als Europäer gemeinsame Sorgen über das, was Sie "Extraterritorialität" nennen, das heißt die Fähigkeit eines Landes, Regeln durchzusetzen, die es selber entworfen hat. Das erleben wir im Bankensektor: Die Transaktionen, derentwegen BNP Paribas bestraft wurde, wären in Euro rechtmäßig gewesen, in Dollar waren sie es nicht. Es gibt auch andere Themen, bei denen die USA anderen Ländern Regeln auferlegen wollen, die sie für sich als vorteilhaft ansehen.

Beunruhigt Sie das?

Michel Sapin: Das ist eine Sorge, und wir müssen das in Verhandlungen berücksichtigen. Ein zweiter Aspekt betrifft die größere Rolle, die der Euro im internationalen Handel spielen könnte. Das entscheiden aber weder die Staaten noch die EZB, sondern die Realitäten der Märkte. Deshalb habe ich den Airbus-Chef erwähnt, der Flugzeuge in Frankreich und Deutschland herstellt, sie aber französischen und deutschen Fluggesellschaften in Dollar verkauft, obwohl er das auch in Euro könnte. Ich bin für diesen pragmatischen Ansatz, um die Dinge wieder ins Gleichgewicht zu bringen und Vorgänge zu verhindern, wie wir sie in Frankreich erlebt haben. Ich hoffe, dass das keiner deutschen Bank zustößt.

Wolfgang Schäuble: Ja, und im Übrigen wird der Euro so stark sein, wie wir ihn politisch und wirtschaftlich machen. Je stärker wir in der gemeinsamen Lösung unserer Fragen sind, von der Bankenunion bis zur Bekämpfung der exzessiven Steuergestaltung durch große Unternehmen, desto besser wird es für den Euro sein. Als Folge der Krise sind die Währungsreserven in Euro zurückgegangen, das stärkt ihn nicht. Also: Es liegt an uns selber. Das ist ein gutes Plädoyer für Fortschritte in der europäischen Zusammenarbeit.

Die Bankenunion ist das größte konkrete Projekt der Integration. Haben die Banken aus der Finanzkrise genügend gelernt, und sind sie stark genug für den Aufschwung?

Wolfgang Schäuble: Die Prüfung der Vermögenswerte und der Stresstest sind noch nicht abgeschlossen. Aber die Banken haben eine Menge zusätzliches Kapital erhoben und die Bankenunion ist ein großer Schritt in die richtige Richtung. Deshalb ist der Finanzsektor viel weniger risikobehaftet als vorher. Aber es wird immer wieder Probleme geben, wie wir es jetzt bei der portugiesischen Bank Espírito Santo sehen. Die Ansteckungsgefahr ist aber viel geringer. Wir sind in der Endphase einer Lösung für die Bankenabgabe.

Michel **sapin**: Die Bankenunion ist nach der gemeinsamen Währung der zweite große Akt der Integration. Manchmal führen wir philosophische Diskussionen über den europäischen Föderalismus, hier praktizieren wir ihn. Das wirft auch die Frage auf, welchen Beitrag die Banken selber leisten. Wir werden gemeinsame Vorschläge machen, damit der Abwicklungsfonds unter optimalen Bedingungen zustande kommt. Eine andere Sorge bleibt: Die Regulierung der Finanzgeschäfte außerhalb der Banken, das sogenannte Shadow-Banking. Die größere Sicherheit bei Banken darf nicht zur Verlagerung der Unsicherheit ins Shadow-Banking führen.

Die Bankenunion soll die Zersplitterung des Euro-Finanzmarktes überwinden. Doch trotz aller Fortschritte werden im Süden weniger statt mehr Kredite vergeben, während im Norden die Kreditvergabe wächst.

Wolfgang **schäuble**: Ist das nicht eher ein Reflex der wirtschaftlichen Entwicklung? Wir hatten zwei Probleme in der Währungsunion. Das eine war die Haushaltslage. Da ist das Defizit im Durchschnitt aller Mitgliedstaaten in den letzten Jahren halbiert worden. Das andere Problem waren die Unterschiede in der Wettbewerbsfähigkeit. Auch da haben wir deutliche Verbesserungen erreicht, insbesondere in den Ländern, die ein Hilfsprogramm bekommen haben. Der Weg ist nicht zu Ende. Aber in dem Maße, in dem wir vorangehen, in dem etwa die französische Regierung handelt, kommt Vertrauen zurück, bessert sich die wirtschaftliche Lage und wird die Fragmentierung der Finanzmärkte zurückgehen. Zumal wir mit der Bankenunion die gegenseitige Abhängigkeit von Banken und Staaten trennen.

Ist es ein Problem, dass der große Finanzplatz London nicht in diese gemeinsame Aufsicht integriert ist?

Wolfgang **schäuble**: Große Teile haben wir in der EU entschieden - und die müssen auch im gemeinsamen Markt respektiert werden. Deshalb brauchen wir auch eine europäische Definition dieser zunächst noch nationalen Bankenabgabe, weil wir sonst Wettbewerbsverzerrungen bekommen. Die Debatte, dass es besser wäre, wenn Großbritannien stärker integriert wäre, führt uns im Augenblick nicht weiter - da sind wir zufrieden, wenn Großbritannien in der EU bleibt, und wir unternehmen alles dafür, dass es das tut. Je erfolgreicher wir in der Euro-Zone sind, umso eher werden andere sich die Frage stellen, ob sie sich anschließen.

Michel **sapin**: Wir müssen Großbritannien berücksichtigen, ein Land von Gewicht. Aber im Kern geht es darum, die Euro-Zone zu stärken.

Die Aussichten dafür, dass Großbritannien in der EU bleibt, kann man nicht verbessern, indem man dem britischen Premier entgegenkommt?

Michel **sapin**: Wir müssen Erfolg haben bei dem, woran wir arbeiten: ein stärkeres Finanzsystem mit einem starken kontinentalen Finanzplatz. Es wird weiterhin Paris, Frankfurt, Rom, Madrid und Amsterdam geben. Aber die Zusammenarbeit wird es ermöglichen, unsere Stärke zu beweisen. Indem wir aufbauen, kommen wir voran.

Wolfgang **schäuble**: Natürlich möchten wir Großbritannien unter keinen Umständen verlieren. Wir können Großbritannien gegenüber aber nur hilfreich sein, indem wir seine Entscheidungen respektieren.

Vielen Dank für das Gespräch.

Das Interview führte Thibaut Madelin von der französischen Wirtschaftszeitung "Les Échos" gemeinsam mit den Handelsblatt-Redakteuren Thomas Hanke und Sven Afhüppe in Berlin.

## ZITATE FAKTEN MEINUNGEN

Wir brauchen mehr Investitionen, sollten das aber nicht gleichsetzen mit Investitionen aus öffentlichen Mitteln. Wir können Infrastruktur auch stärker privat finanzieren. Wolfgang **schäuble**, deutscher Finanzminister. Die Möglichkeiten der Geldpolitik sind viel beschränkter, als gelegentlich in der angelsächsischen Welt gesagt

wird. Wolfgang Schäuble. Finanzminister Deutschlands. Am Tag, an dem ich wie Wolfgang einen ausgeglichenen Haushalt einbringen kann, bringe ich vier Kisten Champagner mit. Michel Sapin. Finanzminister Frankreichs.

#### VITA MICHEL SAPIN.

Der 62-jährige Sozialist gilt als enger Vertrauter von Präsident François Hollande. Mit ihm und dessen früherer Lebensgefährtin Ségolène Royal hat er 1980 die Eliteschule ENA abgeschlossen. Sapin war bereits zwischen April 1992 und März 1993 Finanzminister, damals unter Premier Pierre Bérégovoy. Nach Hollandes Wahlsieg 2012 übernahm er das Arbeitsministerium - und baute einen engen Kontakt zur damaligen Kollegin Ursula von der Leyen auf. Seit der Regierungsumbildung im April führt er die Finanzen - und treibt die Ministerien unerbittlich zum Sparen an.

#### Vita Wolfgang Schäuble.

Der 71-jährige Christdemokrat hat schon in den 80er-Jahren - als Kanzleramtschef bei Helmut Kohl - enge Beziehungen zu Frankreich aufgebaut. Für ihn, der gut Französisch spricht und keine 30 Kilometer von Frankreichs Grenze entfernt geboren wurde, ist eine gute Beziehung zum Nachbarn wichtig. Beide Länder sollen in der europäischen Integration vorangehen, findet Schäuble. Doch in Fragen der Finanzpolitik hört die Freundschaft auf: Als Paris im Frühjahr einen Aufschub beim Defizitabbau wollte, war Schäuble dagegen.

## Juncker faces political test as fines loom on illegal German trade surplus 104,147

IMF says Germany's surplus has become economically destructive for struggling eurozone nations



The eurozone can order Germany to present an "action plan" to cut its surplus and EU ministers could force Berlin to pay a deposit of up to 0.1pc of GDP (€2.4bn).

By **Ambrose Evans-Pritchard** 3:52PM BST 21 Jul 2014

 [64 Comments](#)

Germany's current account surplus is the largest ever recorded in proportional terms and far above the threshold for EU sanctions, posing a major political test for the incoming commission of Jean-Claude Juncker.

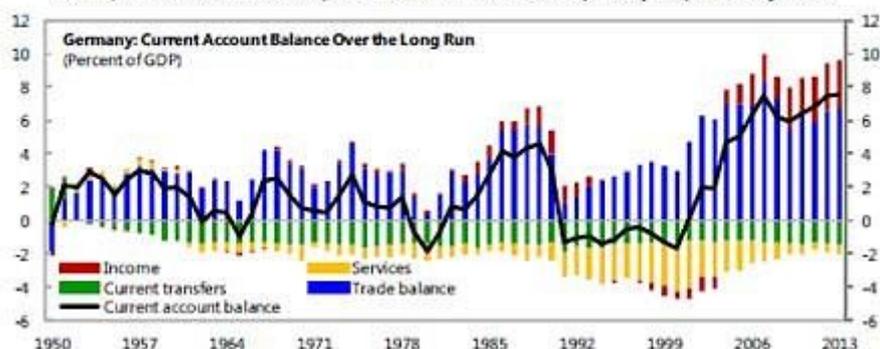
The International Monetary Fund said the country's surplus has reached 8.25pc of GDP when adjusted for the economic cycle and has become economically destructive, making it ever harder for eurozone crisis states to claw their way out of trouble.

The surplus is between three and six percentage points higher than is either "desirable" or justified by fundamentals, the IMF said in its annual health check on Germany.

This is unlikely to change much unless Berlin takes active steps to reduce the imbalance. The Fund called on Germany to do more to help weaker EMU states in "liquidity traps" by boosting its own internal demand.

**Figure 4. Germany: The Balance of Payments**

*In 2013, the current account surplus reached a new historical peak of 7½ percent of GDP...*



Source: IMF

The headline surplus will be 7pc of GDP this year, well above the 6pc limit set by Brussels the under the EU's new Macroeconomic Imbalance Procedure. The Commission caused fury in Germany last year by threatening Berlin with sanctions if it failed to do its "homework", chiefly by taking steps to wean its economy off reliance on foreign markets.

The issue is highly sensitive for Mr Juncker. He must choose whether to set the sanctions machinery in motions and provoke a showdown with Germany – the country that pushed hardest for his nomination -- or turn a blind eye and risk the accusation that EMU rules are enforced only against the weaker countries.

Under the procedure, the eurozone can order Germany to present an "action plan" to cut its surplus. If that fails EU ministers may sit in judgment on Germany, forcing Berlin to pay a deposit of up to 0.1pc of GDP (€2.4bn). This money can be seized if Germany still fails to cut the surplus.

Any such action would set off a storm in the German media and the Bundestag. Most German citizens already think their country is spending too much bailing out Southern Europe. Germany agreed to the rules on imbalances in the belief that it would applied only against deficit "sinners". But currency unions require both sides to reduce the imbalances.

The IMF said Germany's exchange rate is undervalued by 5pc to 15pc, and perhaps by 18pc under trade elasticity theory. Most analysts say this advantage was achieved by squeezing wages in the early years of monetary union, under-cutting Italy, France, Spain, and others. These countries are trying to regain ground by doing the same, but this is pushing the whole eurozone towards a low-growth deflationary trap.

Berlin conceded that Germany's exchange rate is undervalued but denied that it was the result of "policy distortions".

A key cause of the widening German surplus has been fiscal retrenchment in pursuit of a balanced budget, even if this meant cutting through the muscle into the bone. Gross fixed capital investment fell by 0.7pc last year and by 1.4pc in 2012.

Without quite saying it, the IMF hinted strongly that it would be better for everybody concerned if Germany threw a party instead.

## EUROPE

# ***Needing Skilled Workers, a Booming Germany Woos Immigrants*** **104,149**

By ALISON SMALE JULY 18, 2014

BERLIN — After just a few months in Germany, Cristina Torres knows she would like to stay here in Berlin, where her husband is studying global production engineering and their 21-month-old daughter can grow up in safety.

Ms. Torres, 24, said she loved living without fear of the violence that was a daily threat in her hometown, Veracruz, Mexico. And Germany, she said, has done much to make her family feel welcome. Her husband, who spoke German before they arrived, is here on a scholarship program that Germany runs to encourage bright foreigners to study in the country. The program entitles Ms. Torres to learn German at no cost and could yield permission for her family to stay for good.

Like most wealthy countries, Germany has deep concerns about immigration, fueled by racial and cultural tensions, costs and evolving definitions of national identity. But more than the rest of Europe, its healthy economy needs additional workers, especially for jobs requiring high levels of training and education, a problem likely to be exacerbated in the long run by its low birthrate. Right now Germany is trying to fill 117,000 jobs in science, technology and engineering, a gap that may widen to as many as one million by 2020, according to the Cologne Institute for Economic Research.

So Germany, once a relatively homogeneous society that long struggled to assimilate immigrants and refugees from Turkey and other relatively poor countries, is competing more aggressively with the United States, Britain and other nations to attract and keep educated people from abroad who can help crucial industries. Since 2005, but especially over the past three to five years, Germany has eased rules recognizing foreign qualifications, granting residence permits for skilled foreigners and in depicting Germany as a land of migration.

“Immigrants,” noted Axel Plünnecke, a professor at the Cologne Institute who specializes in the effects of the population gap, “are really important to fill the shortage of workers.” There is now “a political consensus that immigration helps Germany and is really good and useful,” he said.

Given its status as the largest economy in Europe, Germany is also attracting the most immigrants — a record net gain of 400,000 last year. Typically, according to the Berlin Institute for Population and Development, 35 percent of immigrants are now more likely to have a bachelor’s or higher degree, compared with 20 percent of Germans.

Germany is still sending some mixed signals about immigration. This month the European Court of Justice ruled against a provision of the country’s immigration law that required the spouses of Turkish immigrants to show proficiency in German before they could qualify for a visa.

Reiner Klingholz, head of the Berlin Institute, said Germany still had work to do to attract foreigners. “Germany has to position itself still more strongly as a land of immigration and make its ‘welcome culture’ a matter of course,” he said.

Among the group of six foreigners studying German with Ms. Torres at a city-run college in central Berlin, the only one who voiced some hesitation about the welcome she had received was Pilar Okenye Ramos, 34, who was born in Spain and whose father hails from Equatorial Guinea. She is finishing her doctorate in biochemistry and moved to Berlin to be with her boyfriend, who works for Transparency International, an anticorruption organization.

“I’m black, I’m Spanish and a woman,” Ms. Ramos said. “I’ve never had any problem. I would like to stay here. I really like this place, but I think they need to change a little bit.” She was reluctant to elaborate, but eventually made it clear that some foreign friends and acquaintances of African origin had experienced prejudice. She phrased it this way: “They need us, but we see that some part of the people here don’t see that.”

Everyone else in the group — an Israeli artist, a Spanish graphic designer, a Russian Tatar lawyer here for breast cancer treatment, Ms. Torres, and a Parisian woman who had abandoned the multinational corporate life in Bangkok to make experimental music — expressed positive views of Germany, noting that Berlin, as the capital, is cosmopolitan but still relatively cheap. All said they could manage everyday life speaking English, but felt that German would be needed if they really wanted to make a life here. Most pay up to 150 euros, or about \$200, for a 10-week course, meeting five times a week, for four hours a day.

In Germany’s effort to lure foreigners, there have been some mishaps. In the spring, news reports chronicled the plight of 128 Spaniards lured at their own expense to the eastern city of Erfurt by a private agency, which did little beyond putting them up in dormitory-like conditions in a former East German job-training center. Most of them were eventually absorbed by government-run programs.

A government program started last year to try to attract people — particularly young southern Europeans — to jobs in hotels, catering or caring for the older people, ran into problems in April.

Some 9,000 people had applied for financial assistance under the program, around half from Spain. Alarmed that the government had no money, the Labor Ministry hastily sent letters urging patience to applicants.

Eventually, the ministry said it had secured financial aid for all those who applied before April 8. Rules for 2015 to 2018 are still being negotiated, but Germany, the only European Union member offering such a program, is now set to spend about \$760 million, more than four times the originally budgeted amount, the Labor Ministry said.

A study prepared for the federal migration office suggested that about 20,000 Spaniards moved to Germany from 2011 to 2013. Figures for Greece and Portugal, both also hit hard during the euro crisis, are thought to be similar.

Germany, famed for its system of combining work experience with academic study, is seeking to extend that approach to immigrants. But officials say they are worried that 20 percent of Germany's pupils leave school without qualifications needed for an apprenticeship, with anecdotal evidence suggesting many of them have a Turkish or other migrant background.

The Association of German Employers said it had tried since 2004 to ensure 60,000 new job openings with training in 30,000 enterprises of all sizes. With the economy still growing, those goals have been exceeded, but for the past six years there have been more apprentice jobs available than qualified candidates to fill them. Nationwide, unemployment is 5.2 percent, compared with 11.8 percent over all in the 18-nation eurozone.

Among the biggest trainers are the engineering giant Siemens, Germany's famed automakers, the state railway network Deutsche Bahn and the telecommunications specialist Deutsche Telekom. To know what they are getting in a hire, these companies mostly need to train in Germany, noted Professor Plünnecke. About 85 percent of the nearly \$300 million that Siemens spends annually training workers is spent in Germany, where some 10,000 people a year enter dual tracks for on-the-job experience combined with a bachelor's degree, said Michael Friedrich, a Siemens spokesman.

But Siemens has started similar programs in the United States and Britain, he said. Some 1,000 young people a year from Siemens plants in Britain, Hungary and Spain come for training in Germany, and the company selects 30 promising Europeans a year for a three-and-a-half-year program that involves a final exam in German before the trainees return to Siemens jobs at home. In all, Siemens employs 360,000 people worldwide, with fewer than half (117,000) in Germany.

Over all, the interchange of skills and labor — particularly in higher-end jobs — and the fact that some 30 percent of the 650,000 to 700,000 births a year in Germany are to immigrants mean that one of every two new German citizens has foreign roots, Professor Plünnecke said.

Whether all of the job opportunity and greater openness to foreigners will add up to a completely new life for Cristina Torres is unclear. Her daughter, though, is prepared. "Already, she says only 'tschüss,' " German for "bye bye," Ms. Torres said. "She forgot 'hola' and 'adios.' "

## Grenzen der Willkommenskultur 104,151

Gehört selbst ein jüdenfeindlicher Islam zu Deutschland? Nein, er gehört definitiv nicht zu Deutschland. Ist das ein Hindernis für Integration? Ja, ein größeres Hindernis für Integration gibt es hierzulande wohl kaum. Ein Kommentar.

22.07.2014, von JASPER VON ALTENBOCKUM



© DPA  Eine anti-israelische Demonstration vor der israelischen Botschaft in Berlin (Aufnahme vom 21.7.2014)

Nicht erst seit den Mahnworten des Bundespräsidenten über Einwanderung, Integration und Flüchtlinge weht ein frischer Wind in Deutschland. Es ist ein angenehmer Wind, weil er das Gute will, weil er weltoffen ist, freundlich und hilfsbereit gegenüber Ausländern und weil er ein berechtigtes Anliegen hat. Deutschland lässt sich nicht so konservieren, wie es sich im vergangenen Jahrhundert entwickelt hat. Die Welt dreht sich weiter, dreht sich schneller als früher, und das „deutsche Jahrhundert“, das eine amerikanische Zeitschrift schon jetzt, zu Beginn dieses Jahrhunderts, ausgerufen hat, wird aus Deutschland - wie in den Jahrhunderten zuvor - ein anderes, wenn alles gut läuft: ein besseres Deutschland machen.



Autor: Jasper von Altenbockum, Jahrgang 1962, verantwortlicher Redakteur für Innenpolitik. Folgen:

Das Mittel, um in diesen Drehungen nicht Fliehkräfte entstehen zu lassen, die nicht mehr zu beherrschen sind, nennt man Integration. Keine Gesellschaft kommt ohne sie aus - ob sie nun eher „multikulturell“ ist oder eher homogen. Gesellschaften aber, die meinen, ohne sie auszukommen, werden erst klug, wenn es zu spät ist. Scheitert Integration, machen sich Zustände breit wie in London und Paris, die in den vergangenen Tagen - nicht das erste Mal - „ausgebrochen“ sind, sich aber eigentlich über Jahrzehnte „eingebürgert“ haben, ohne dass jemand eingeschritten wäre. Schlimmer noch: Wer etwas tun wollte, wurde ausgegrenzt. In London musste sich die einheimische Bevölkerung bei jeder Gelegenheit Rassismus vorwerfen lassen, wenn sie etwas daran ändern wollte. Warum hätte es auch anders sein sollen? Das Gute war schließlich immer auf Seiten der Einwanderung, das Böse gegen sie. Können also Ausländer, gar noch massenweise, überhaupt Rassisten sein?

Ist Antisemitismus etwa nicht eine Form solcher Menschenverachtung? Die Frage müssen sich nicht nur die arabischen Einwanderer und deren gutgläubige Verteidiger in Frankreich oder Großbritannien stellen lassen. Auch in Deutschland flogen jetzt Steine auf Synagogen und antisemitische Parolen hinterher, die sich nicht mit der üblichen nahöstlichen Kriegslüsternheit entschuldigen lassen. Es ist offener Rassismus, und jeder Deutsche, der „integriert“ ist, weiß das und versteht, warum der israelische Botschafter sich an das Jahr 1938 erinnert fühlt. Dennoch ist es eine „Kultur“, über die gerne hinweggesehen wird, wenn wieder einmal leichtfertig vom Zauber einer multikulturellen Gesellschaft geschwärmt wird. Der Antisemitismus ist aber nur eine Seite der Barbarei, die anderen firmieren unter religiösem Fanatismus aller Art. Das gilt nicht nur für den Islam; es ist allerdings nicht zu übersehen, dass seine arabischen Spielarten besonders davon infiltrierte sind.

Damit sind Fragen berührt, denen sich zu nähern nicht nur in London oder Paris heißt, in die Nähe von Rassismus oder Islamophobie gestellt zu werden - im Falle der Linkspartei ausgerechnet von jenen, die antisemitischen Linksextremismus nicht von Israel-Kritik unterscheiden können. Aber auch andere Parteien wollen, indem sie das Thema meiden oder ächten, vor allem ein Tabu schützen. Es besagt, dass Religion kein Hindernis für Integration sei. Das ist eine Erkenntnis des säkularen Europa, stößt sich aber immer wieder an der globalisierten Wirklichkeit. Gehört denn selbst ein jüdenfeindlicher Islam zu Deutschland? Nein, er gehört definitiv nicht zu Deutschland. Ist das ein Hindernis für Integration? Ja, ein größeres Hindernis für Integration gibt es hierzulande wohl kaum.

---

#### Mehr zum Thema

- Israels Botschafter empört über Demonstrationen
- Antisemitismus: Zentralrat beklagt Judenhass bei Demonstrationen
- Angriffe auf Synagogen: Französischer Innenminister verurteilt antisemitische Proteste
- Propalästinensische Demonstration: Zielscheibe eines tiefen Hasses
- Kommentar: Hass und Hetze

Vielleicht ist es eine Illusion, gesellschaftliche Entwicklungen „beherrschen“ zu wollen. Sie suchen sich ihren Weg und finden ihn. Verfechter der Einwanderung, wie sie in Deutschland über Jahre zugelassen wurde, nämlich nach dem Laissez-faire-Prinzip, werden deshalb sagen, dass dieser Migrationsextremismus eben leider auch zum multikulturellen Deutschland gehöre und deshalb auch in Deutschland „geheilt“ werden müsse. Das stimmt wohl oder übel, und ist doch nur die halbe Wahrheit. Denn wie soll etwas geheilt werden, wie eine Therapie gefunden werden, wenn die Diagnose erst gar nicht zugelassen wird?

Da wären wir wieder beim frischen Wind, der nur Gutes will. Er fegt über alles hinweg, was Zweifel an einer naiven Gastfreundlichkeit der Deutschen aufkommen lassen könnte. Er fegt vor allem mit Gewalt darüber hinweg, weil die offene deutsche Einwanderungsgesellschaft, das neue „Wir-Gefühl“, das Joachim Gauck preist, sich so schön kontrastieren lässt zur Volksgemeinschaft, der nachzutruern allen unterstellt wird, die das Multikulturelle ablehnen.

Denn der frische Wind ist der Wind der „Willkommenskultur“, die das Heterogene auf wundersame neue Art zu homogenisieren weiß. Wer sie stört, ist fast schon ein Nestbeschmutzer. Zwangsheiraten, Ehrenmorde, Burka, Scharia, Parallelgesellschaft, Antisemitismus? Das hören Integrationsbeauftragte gar nicht gern, denn es stört ihre Integration. Sollte sich die Willkommenskultur aber als Hammer erweisen, der immer niederfährt, wenn auf Missstände hingewiesen wird, machen sie sich zu Komplizen der Barbarei. Die Antwort darauf kann nur heißen: Es gibt Einwanderer, die nicht willkommen sind.

# Consigny : l'inquiétante faiblesse de la société française

## 104,153



Le Point.fr - Publié

le 23/07/2014 à 07:26

Les violences de Barbès et de Sarcelles sont l'expression d'un grave affaiblissement de notre pays.



Dimanche

demier, à Sarcelles. © Miguel Medina / AFP

Par CHARLES CONSIGNY

Le quartier de Barbès à Paris et la ville de Sarcelles ont été mis à sac, il y a quelques jours, par des dizaines de jeunes gens, à l'occasion de manifestations de soutien à la population de Gaza. Le pays tout entier a regardé ce spectacle horripilant dans la consternation générale. Une fois n'est pas coutume, responsables politiques et commentateurs médiatiques dénoncent et condamnent à l'unanimité ces incroyables scènes de guerre civile. Seul le NPA soutient grotesquement les émeutiers. Comme d'habitude, des abribus ont été détruits, des voitures brûlées, des CRS pris pour cible avec des pierres ou des barres de fer. Comme d'habitude ceux-ci ont répondu au gaz lacrymogène. Les dégradations matérielles et les affrontements entre policiers et manifestants sont déplorables mais courants. Mais où sommes-nous quand le trafic du métro est suspendu, les voyageurs débarqués des rames et contraints de marcher, protégés par la police, le long des voies aériennes ? Où sommes-nous quand les "manifestants", montrant par là que leur sauvagerie est sans limite, vont jusqu'à forcer l'entrée d'un hôpital (Lariboisière, dans le 10<sup>e</sup> arrondissement de Paris), qualifié par certains d'"hôpital sioniste" ? Où sommes-nous quand on a scandé "Allah Akbar", comme un cri de guerre ?

Il est heureux, à ce titre, que la voix des musulmans qui réprouvent ces comportements innommables ait été entendue grâce à M. Boubakeur s'exprimant depuis l'Élysée, accompagné des représentants des autres religions. L'islam normal doit évidemment être considéré : il faut entendre, comme on dit, la grande majorité de ceux qui ne manifestent pas.

### Impunité

Il n'en demeure pas moins que ces jeunes qui affirment bruyamment leur haine d'Israël et des Juifs ressemblent trait pour trait à des barbares, et que l'impunité dans laquelle ils mettent à feu et à sang des quartiers entiers du territoire français est inacceptable. Or la justice n'a prononcé à leur encontre, à ce jour, que trois peines de prison avec sursis et une relaxe, et il semble qu'il n'y ait que sept autres personnes qui soient appelées à comparaître. Une double question se pose : où sont passés les autres ? Comment se fait-il que ceux qui ont été interpellés s'en tirent à si bon compte ? (Cette chronique a été écrite avant la condamnation de quatre personnes impliquées dans les événements de Sarcelles à des peines de prison ferme, NDLR.)

La pratique qui consiste à répondre au moindre fait divers par une loi n'est pas la plus efficace ni la plus honnête. Mais ne rien proposer après des événements d'une telle gravité, c'est abandonner son poste. Comment se fait-il que le gouvernement n'ait pas proposé une idée pour éviter que de tels débordements se reproduisent ? Où sont les acteurs publics ? La responsabilité du ministre de l'Intérieur, du ministre de l'Éducation nationale ou de celui de l'Économie n'est-elle pas d'avoir au moins un petit début de réponse ?

La France est comme une mère qui, battue, moquée, poussée à bout par ses propres enfants, continuerait de les nourrir, de faire comme si de rien n'était, de s'incriminer elle-même en disant que c'est de sa faute, qu'elle n'a pas assez fait pour eux. On regarde ces jeunes avec tristesse, en sachant à peu près ce qui les a menés à cet état d'hébété et de violence, mais on ne fait rien. Il faut agir. C'est la responsabilité de la majorité qui gouverne.

## Intégration

Chacun sait, désormais, qu'au-delà d'un tiers de personnes d'origine étrangère dans une commune, l'intégration ne se fait plus. Chacun sait aussi que l'immigration, qui n'est pas par nature mauvaise, qui participe du dynamisme d'un pays, d'un peuple, d'une culture et d'une économie, est trop importante aujourd'hui, mal organisée et mal définie. La France est la cinquième puissance mondiale, dotée d'un des systèmes de solidarité les plus généreux au monde : elle est fondée à choisir qui elle accueille, et peut décider de préférer les bac + 5, ou ceux qui ont un emploi à leur arrivée, ou ceux qui ont un projet d'entreprise, aux autres. C'est dur, c'est pénible à entendre, c'est très antipathique, mais c'est ce qu'on appelle conduire une politique responsable.

Il est frappant de voir combien la puissance publique semble avoir renoncé à désenclaver les banlieues, à assurer la mobilité sociale, bref à permettre à ceux qui naissent dans un environnement défavorisé de s'en sortir à la force du poignet. C'était le but, par exemple, des internats d'excellence, que la gauche a supprimés par égalitarisme béat. Il faut remettre en chantier des solutions pour cette jeunesse qui grandit dans une société où tout est bloqué.

L'État français, la société française, la culture française montrent une inquiétante faiblesse, échouant à la fois à prévenir et à guérir. À travers les débordements de ces manifestations, c'est notre pays qui est rejeté, et avec lui sa culture, son histoire, l'avenir qu'il propose. À travers la haine d'Israël, c'est l'Occident qui est rejeté. C'est ce contre quoi Huntington mettait en garde, le choc des civilisations. À travers la haine des Juifs, c'est toute l'humanité qui en prend un coup, et l'ensauvagement qui progresse. L'État, l'école et l'université gratuites, les bibliothèques gratuites, les musées gratuits, c'est précisément le contraire de cela, c'est la civilisation. Celle-ci doit affirmer sa force et sa volonté de se maintenir contre ceux qui, la méconnaissant, l'affaiblissent.

07/23/2014 05:30 PM

## A Tour of France

# What Is Wrong with the Grand Nation? 104,155

By Alexander Smoltczyk

**The TV images of the Tour de France show an idyllic country, but behind the gloss is a nation where fears of decline are prompting people to vote for the far right. A trip along the route of the world's most famous cycling race reveals the deep uncertainty ailing the French.**

There is a new word in the French language: *La Mannschaft*. It's the term used to define everything that is enviable on the opposite bank of the Rhine River -- in other words, Germany's success. It's a success that is the product of the collective and is free of any of the egocentrics, self-deluded, bling-bling divas and "general director presidents," as the heads of French companies are called, that can make France so stuffy.

A week ago Monday, on Bastille Day, newspapers across France sighed that it wouldn't hurt if the country were a bit more like *la Mannschaft*. Instead, unemployment is twice as high as it is in Germany, growth and investments have fallen far and former President Nicolas Sarkozy was recently detained for questioning by police at dawn. *La Mannschaft* is the polar opposite of the other word currently in fashion in France: *le malaise*. A deep gloom appears to have taken hold in France. A recent survey showed that two-thirds of the French are "pessimistic" about their country's future.

"Viewed from the outside, France under François Hollande is like Cuba, only without the sun but with the extreme right," the newsweekly *Le Point* recently wrote. The country is "impoverished, over-indebted, divided, humbled and humiliated and finds itself in a pre-revolutionary situation in which anything seems possible."

The only thing missing, it seems is the travel warning, because right at this moment, large numbers of vacationers from the rest of Europe are traveling in the country. Are these vacationers all francophone lemmings on their way to the cliff, blind to anything that doesn't involve a game of boules or finding a camping spot?

Something is adrift in France. Rarely has the public mood been this miserable and the sullenness as omnipresent as it has been this summer. A president currently resides in Elysée Palace who was mercilessly booed during the July 14th military parade. It doesn't seem possible for Hollande to get any less popular, and yet his popularity continues to fall from one low to the next.

But at least the country still has the Tour de France, the grand race that circles the country and serves as a prelude to the summer holiday season. Each year, it provides a long beloved view of a different, rural and idealized France -- one where local firehouses still host annual dances, where there's a memorial to those lost in the wars in front of every city hall and where the people know where they belong. But do they really?

This reporter recently traveled across France to take the country's pulse with the people on the ground. The route followed stayed true to the course of the 2014 Tour de France, taking in cities, towns and villages, and sought to observe signs of the crisis, decline, collective depression and other specters that are haunting Germany's most important neighbor.

### Lille (km 710)

The first stage of the tour to take place in France (the first three are in Britain this year) ends at the periphery of Lille in Pierre Mauroy Stadium, a sparkling arena of glass, steel and concrete. The only person in sight is a guard. Lille is one of the few success stories in a French Socialism that is otherwise in a state of crisis. Local Mayor Martine Aubry even managed to get re-elected recently. The politician is the anchor of the Socialist Party's left wing. In contrast to the president, she is cherished by the party base. Aubry also happens to be the daughter of former European Commission President Jacques Delors, the father of currency union.

Although Lille has profited from Europe, Joël Leclerc has not. "Lille is for the rich," he says, noting that he doesn't even buy his coffee here. Leclerc is the sole security guard standing in front of Pierre Mauroy Stadium. He's the son of a miner and has a crew cut, as is common among members of the French Foreign Legion. He says he raised his children with a "good kick in the ass." Unlike Lille, he says the village of Avion where he lives isn't home to any "vermin," the highly disparaging term used by Sarkozy to describe the children of immigrants who rampaged through the streets of Paris' suburbs in 2005.

"We still have values here in the village," Leclerc says. He's the archetypal supporter of Marine Le Pen, leader of the far-right Front National party. Leclerc says he once had aspirations to become a member of the police force, but that he wasn't able to. "My father threw lumps of coal during the 1968 strikes at the CRS, the special police," he explains. "That's what people here in the village do. Avion has been communist for 200 years. People call it Little Russia. Me? Of course I'm a communist. A simple worker."

Leclerc remains loyal to the communists for the same reason that most of his colleagues have since begun voting for Front National -- out of tradition, patriotism and the desire for order. He says his father once lived in Poland, somewhere near Katowice, but, no, he didn't work in the mines there. The place had a different name. He had to stay there for three years. Then, without any special emphasis, he says the name: "Auschwitz."

### Arras (km 865.5)

Back when the Tour de France was created, French unity was anything but a given. It was a time when Bretonnians, Occitans and Alsations, but also monarchists and Catholics all seemed to have problems with the words that are today posted on every town hall: "Liberté, Égalité, Fraternité," liberty, equality and fraternity.

The race was intended to be a celebration of the country's beauty. People used the landscape as a stage to celebrate their country. It was a chance for "La France profonde" -- deep France, the real France far away from Paris -- to shine. It was all about the periphery of the country, the Café du Commerce that seemed to be located in every town or faded posters advertising aperitifs like Dubonnet.

Essentially, it is this France where much of the current discontent is coming from. "Revolution is stewing at the edge of France, away from the major cities," French social geographer Christophe Guilluy recently wrote. These areas are home to 60 percent of the French population and 80 percent of those who might be described as the "little man": laborers, pensioners, the middle class -- people who in general harbor the strongest fears of decline. It is here that voter turnout was poor during the communal elections in March. And it is here where Le Pen did particularly well.

Somme is a countryside filled with former mines and battlefields. There are flat fields and sugar beets for as far as the eye can see. The French revolutionary Maximilien Robespierre was born and raised here before going to Paris to help the virtuous rise to power, using the guillotine where necessary.

Raffi Ashkar holds a pair of scissors in his right hand. He runs a shoe repair and key making shop in Rue Robespierre across the street from the former Jacobin's home. Ashkar says every era needs a revolution. The question is what kind of revolution? Ashkar, who is of Lebanese origin, is every bit a member of the middle class, or Third Estate as the French called it during the revolution of the late 1700s.

"I understand the French," he says. "There are no values any more. Family and friendship? Each is out for his or her self. Everyone is egotistical. That's why many vote for Le Pen -- out of sheer hopelessness. As long as you behave, the people here are likeable. Unfortunately, there are a lot of foreigners who don't understand that. They have no respect. Let's just take the example of football. Why don't all the players (on the French national team) sing the national anthem? That bothers me. I work here, I earn my money here, and this is my country. Voilà, that's all."

### **Valmy (km 1,160)**

Stacks of books at a local bookstore in Valmy are dedicated to a new genre in French literature: the downfall. It includes titles like "Reinventing France," "France, a Peculiar Bankruptcy," "If We Only Wanted To," "When France Wakes Up," "A Dangerous Game in the Elysée," "Fellow French, Are You Ready for the Next Revolution?" "France, A Challenge," and many, many more.

Around two dozen such titles were published last month alone. They always seem to have the same central message as well -- that things can't continue as they are and that France is in decline. It seems like the term "*déclinisme*" has already emerged as its own school of thought.

The Tour de France detours here around the industrial wastelands and decommissioned blast furnaces of northern Lorraine. Instead, on the route between Reims and Verdun, you see a windmill set on a hill surrounded by canons and heroic statues. This is the site of the birth of the nation. The fact that the cannons placed are emblazoned with "Made in Manchester" -- and that it was German writer and poet Johann Wolfgang von Goethe who retroactively identified the Battle of Valmy as an historical turning point -- doesn't detract from the place's symbolism.

During the Cannonade of Valmy in September 1792, the Revolutionary Army halted a Prussian army that had rushed to the aid of the French monarchy. It marked the first time that the French chanted "Vive la nation!" The notion of the nation, as the central point of reference for all French, had replaced that of God and the king. They persevered as well, using team spirit akin to that of la Mannschaft.

The term "nation" has been invoked here incessantly ever since -- mostly, unfortunately, to animate the people to charge into bayonettes, grenades, mustard gas and all manner of projectiles. After leaving Valmy, the Tour de France route passes through the battlefields of the last century, those of World War I and II.

### **'An Excessively Glorified Past that Won't Go Away'**

#### **Flirey/Pont-à-Mousson (km 1,271)**

The name Pont-à-Mousson can be found everywhere you go in France, be it French Guiana, Martinique or any of the overseas departments. The name of the city appears on French-made manhole covers. The city's main industry is iron casting. Going by the dense smoke billowing out of the blast furnace on Rue nationale, it might come as a surprise to some that the country is in the midst of a crisis. The stockpile behind the plant is filled with pipes -- "for the time being," says Gérard Rothermel, sitting beneath a chestnut tree on a cast-iron bench that, ironically, was made in Spain.

Rothermel then starts to rant. "The six-meter pipes are now being made in Germany. They do what they want." He's spent his entire career pouring iron covers. "Earlier, we used to whistle on our way to the factory. The only thing people think about today is the competition. Leftist politicians lied to us and the right did as well."

Rothermel rails against taxes, but also says he thinks retirement at the age of 56 should be perfectly normal. He says he doesn't like people who just hang around doing nothing or those who take advantage of the welfare state, even though he himself is reliant on the system, receiving government-subsidized social housing and also health care benefits. "French sociologists have a term for people unable to cope with the changes that have been wrought on France: "Petit blanc," or "little whites". Words that were once closely associated with the country -- like education, president, army, nation or labor -- have become empty.

#### **Mulhouse (km 1,622)**

Liberal intellectual Guy Sorman says France is the sick man of Europe these days. "The state is sick, the economy is sick, its education is sick and it is sick from an excessively glorified past that won't go away," he says.

Nation, Verdun, Valmy, the Tour de France and the national football team -- none of it seems strong enough anymore to hold the French together. Many are no longer able to identify with the requisite rituals, dogmas, hymns, creeds and even street names. Still, the country has some great principles, ones that are universal and known to everyone. And what could be wrong with a country that has so many streets with the word "freedom" in their names? The problem is that these terms no longer seem to have much meaning for many people, who no longer feel at home in their own country. So what terms could be used instead?

The final stretch of the stage passes through the Rue de la Marseillaise and goes by a spot where Samir Ayed spends a good deal of his time, the Paradise café and bar, a lively meeting place that seems to be a magnet for the very Arab and African immigrant children who populate the nightmares of many in France.

"Liberté, égalité and fraternité?" he asks. "That has never been my experience. Listen to what I have to say to you." He goes on to claim that the only freedom is that of financial flows, the only equality are EU standards and norms and the sole sense of brotherhood is unbridled globalism. That's not exactly what Samir said, but it's a distillation of the phrases, theories, truths and false truths one hears when he speaks. "The French are pansies," he says. "They're allowing their country to be taken away from them -- by the EU, by the Chinese and by those who are really pulling the strings. Do you understand?"

Samir and his buddies, who come from Morocco, Algeria and Turkey, are angry because France doesn't accept them and because they feel the country is going to the dogs.

### **Yzeron (km 2,104.5)**

Here in the countryside, no suffering is visible. Instead, a disquieting quiet becomes noticeable. Many houses have their shutters closed up tight and there are lots of "For Sale" signs. At 6 p.m. on a recent evening, the only person to be seen was a pensioner trimming her hedge. In the local paper, the list of recent deaths is three times as long as the birth register. France's relatively high birth rate is invisible here.

The Tour has managed to make its way through the Alps and now balances on the Massif Central above the Rhône River and Lyon, flying past Au Petit Rapporteur, where Josiane and Jean-Pierre Lambert have been cooking for locals for 19 years. The daily special costs €12 and is produced using local ingredients, such as veal, goat cheese, Andouillette sausage and berries.

An estimated 70 percent of all restaurants in France use frozen ingredients, the *New York Times* recently reported -- a sign that the country's cuisine is also in freefall. Jean-Pierre Lambert says: "The main thing is that it tastes good." And perhaps, he adds, the Americans also share some of the blame for what is served up in Paris.

Josiane is afraid of flying, but Jean-Pierre recently flew to Cuba with the local volunteer fire department. Neither of them have much use for the word "crisis". "There are still farmers here who make a profit. We survive."

The Lamberts are a like a phenomenon of Quantum physics, only there when you look -- for the brief moment when the peloton speeds past. Afterwards, it disappears back into its parallel universe.

A quarter of all French live in one of the 31,590 communities that have a population of less than 2,000. To a greater degree than in Germany, these people are dependent on what they refer to as "terroir," the specifics of the place where they live. And they are noticing that something is threatening that existence.

The digital revolution is "a new space," a non-space that has eliminated distance, Michel Serres, the French philosopher, at the Sorbonne in late January. This revolution is not a French one, the British columnist Roger Cohen added, continuing the thought. "It is, in fact, an anti-French revolution. It challenges fundamental French values, the French sense of self and the French attachment to the state."

Perhaps that is what is causing the grumbling and complaining along the route of the Tour. People are living next to each other, but not with one-another, they are eying each other with mistrust yet complaining about the coldness between people at the same time. "We used to whistle on the way to work." And throw chunks of coal at the CRS.

### **Saint-Rémy-de Provence (km 3,038)**

Stéphane Paillard trades in vineyards like others do in wine. Bordeaux, Rhône, Burgundy, Provence: He has châteaux for all tastes and proclivities, starting at €3 million. If you want to spent your retirement walled off from the present in a 17th century property with olive orchards and grape-bedecked hillsides, Paillard is your man.

Elderly Americans stroll past the shop windows, marveling at the Van Gogh-esque colors, the soft light and the sycamores. Saint-Rémy is vintage France, some might call it hardcore. "Some of the largest fortunes on the planet can be found here in the Alpilles," Paillard says, referring to the range of low mountains cutting through the Provence. Americans, in particular, are enamored of the region.

Paillard's trade in vineyards is doing well as a result. But, he says, "in recent years I have noticed a certain reserve among international clients when it comes to investments in France. The government. You know." Luckily, wine is an exception, he says. "The euro might not last, but wine will."

Still, Paillard has also noticed change even in the paradise of Provence, small things mostly. Large stone blocks, for example, have been placed in front of an electronics shop to prevent thieves from driving through the show window. At a bakery, customers are asked to pay using a machine due to security concerns. And fear.

"It is the most insecurity I've seen here in the last 20 or 30 years," Paillard says. "Even in my line of work, you see copycats, tricksters and cheapskates." He blames the Internet in addition to the government.

### **Beaucaire (km 3,056)**

By the time the town's new mayor took office in March, the route of the Tour had already been determined. It would have been difficult to drop Beaucaire from the course. It is one of the towns with over 10,000 residents where the Front National won in spring municipal elections.

Seven file folders are stacked on a chair in the new mayor's office. "Inside, are 200 applications for a job in city hall," says Julien Sanchez. Thirty years old, Sanchez had been Marine Le Pen's spokesperson before winning the Beaucaire vote in March. He says the old system of cronyism and unshakable faith in the state is being thrown out. He is a gentle radical; the picture of President Hollande has been allowed to remain.

"I'm not from here, I come from Paris. I said that there wouldn't be any more subsidies for bullfighting," he says, referring to the town's summer bullfighting festivals. "Going by standard criteria, I never should have been elected. But it turned out to be an advantage not to be a part of the sleaze here."

The old Socialist mayor, Sanchez says, left the town with millions in debt. But one key reason for the Front National's victory in the town was the fact that mainstream parties split the vote, allowing the radicals to come out on top.

It was a tedious election, with very little passion. In contrast to previous votes, inflammatory Front National signs were not plastered onto every tree in southern France and there were fewer complaints about them cluttering up the landscape.

Beaucaire is a town of limestone and sharp shadows. A dike protects it when the Rhône periodically bursts its banks while the walls and citadel shield it from the mistral, the cold winter wind. The town is largely segregated, with immigrants in the city center and those born in France on the outskirts. "Yeah, yeah, yeah, the poor, rejected people from Maghreb. And the native-born French in their single-family homes. The same old story. But that's rubbish," says Sylvestre Balit.

Balit says that he should know; his own father is from Algeria. The French who lived in Algeria in colonial times and then lost their homes once the country was granted independence were among the first to vote for the Front National. Today, by contrast, the party is an option for everybody who is angry and afraid.

"This country is a toilet and the Socialists have shoved my arm into it up to here," Balit says, tapping on his shoulder. "They hand out jobs to Arabs and to other Socialists. That isn't racism, my friend. That is EX-PER-I-ENCE. Humanism is a great idea and all, but it needs rules. Otherwise, you get the jungle."

Sylvestre Balit, 54, is a former paratrooper. His girlfriend gets up at 4 a.m., six days a week, for her job in a supermarket. She is a real French "heroine," he says. He spends much of his time in the café waiting for better times. "I spoke with two former comrades of mine," he says, lowering his voice. "In two regiments, they are currently talking about a putsch. *C'est fini la France.*" France is finished.

## **An Open Wound that Never Healed**

### **Col du Tourmalet (km 3,213.5)**

At an altitude of 2,215 meters (7,270 feet), the Col du Tourmalet is the second highest point on the Tour de France, yet by far the most legendary. And surprisingly, there is no Tricolore flying at its peak. There is, however, a herd of sheep grazing just above the road as it crosses the pass. The fur of some of the animals has been sprayed blue, others red, while still others have been left white. Quite a few of them are black and a large portion of the herd bears a circle A on their haunches. The only thing missing is a shepherd to say: "That is France."

No, the A doesn't stand for anarchy. Rather, it is a reference to his last name, says Eric Abadie, whose sheep they are. Abadie is actually wearing a beret. "Why a French flag isn't flying here? I'll tell you. No garbage service, no Tricolore. They have forgotten about us up here."

Perhaps it is the pure mountain air, but otherwise Abadie has a pleasingly laid-back attitude to the world and, in particular, to his country. "I have seen all of them ride by here: Armstrong, Ullrich, Pantani, Jalabert. First they were kings, and then frauds. That's how it is everywhere. I can understand why everyone is now attacking our politicians. But we don't have any others."

### **Eymet (km 3,433)**

The landscape of southwestern France, leading up to the Pyrenees foothills, is peacefully empty, the population so sparse that it feels like one is traveling through northern Canada. One can see expensively renovated farmhouses and sprawling retirement homes -- along with decaying walls covered in vegetation with cars up on blocks out front. Many of the villages seem to survive only on people trying to get away from it all.

"It's less stressful here," says Tracey Griffin. She is from Warwickshire and works behind the bar of the Café de Paris. With several flights a day to the British Midlands, starting at €40 one-way, tourism from the UK is substantial and, with many permanent residents as well, Eymet has come to distantly resemble Stratford-upon-Avon. Without the British, the town would be dead.

There is an English newspaper, called *The Bugle*, and a cricket team, known as the Dorking Dads. Tracey Griffin likes it here, citing the food and the people, and has improved her French. "No, the main square isn't British," she says. "That's where the New Zealanders are."

The town of Eymet is symptomatic. Peugeot is partly owned by Chinese investors, Renault is almost more Romanian and Japanese than it is French, the cement concern Lafarge is moving to Switzerland and Alstom's energy division was just sold to General Electric.

In the last 20 years, French industry has lost more than a million jobs and soon, tourism will contribute half as much to the country's economy as the entire manufacturing sector. An economic paper recently asked: "And what if France becomes the world's amusement park?" It perhaps isn't that far off: Last year, some 90 million tourists made their way to France, the Sick Man of Europe.

In his novel "The Map and the Territory," Michel Houellebecq describes a France of the future, one which is more dependent on agriculture and tourism than industry and is thus largely immune to crises. Old handicrafts flourish, as do romantic hotels, vineyard tours and discrete sex tourism. Many were horrified by the vision laid out by Houellebecq when his book was published and saw it as a warning. Not as a travel brochure.

### **Evry (km 3,523)**

In the final stage, riders don't pass each other anymore; it is considered bad manners in the cycling world. But that is not true in politics.

Manuel Valls was the mayor of Evry for 11 years, but now has his sights set on moving into the Elysée Palace, the presidential residence not far from the Champs-Élysées -- where the Tour de France finishes. That, at least, is the gossip. In March, François Hollande had to promote his rival from the Interior Ministry, where he gained a reputation for steeliness, to his current position as prime minister.

Valls wants to lead France out of its depression with decisive reforms. Evry was his training ground.

Evry was one of the new cities of the future surrounding Paris, a model of statist urbanism. There are no smoldering cars here, the trash cans are emptied regularly and there are signs everywhere: "Human Rights Square," "Citizens' Street," "Transport Assistance for the Elderly," and even one kindly noting that "You Are Entering a Zone Under Video Surveillance." It is as though the city is constantly whispering in your ear.

Evry has an ice-skating rink, schools, psychiatric services and a military recruitment office -- "We actually have everything we need." And yet Nelle Basse is missing something nonetheless. She is 33-years-old and works as a hair stylist in the mega-shopping center that serves as Evry's downtown. Her husband speaks six languages, but has been unable to find a better job than as an Air France steward. Both want to move to Senegal, where they are originally from.

"The concierge in my building doesn't like blacks. Yet she isn't French either," Basse says. "When we go visit my husband's family in the countryside, they all want to touch my skin. That's how it is."

In France, every immigrant can become a citizen if he or she accepts the values and culture of the République Française. But that means little to Basse. "Republic? That is just a word, totally empty," she says. "In the 15 years I have been living here, I haven't made any friends. I greet the neighbors, but that's it. Everyone keeps to themselves in the housing complex -- the Congolese, the Arabs, those from Mali, everyone. People are so stressed out. Everyone feels safe, but so alone."

### **Champs-Élysées, Paris (km 3,660.5)**

At 1 a.m., a conspicuously elegant man is rifling through newly published non-fiction at Publicis Drugstore, the 24-hour mecca of luxury retail. "What a great country, where you can write about what a complete idiot the president is," the man says, holding up the book he is referring to.

Born in Belgium, Philippe Jean Crijns knows the Sarkozys and works in the cosmetics industry. His address is Avenue des Champs-Élysées 25, a palace that once belonged to the Marquise de Paiva, the 19th century courtesan who married a relative of Otto von Bismarck. "In France, you don't get elected president because the people want you, but because they want to get rid of someone else," Crijns says.

Crijns points to a book that predicts a new revolution; the boulevard outside is packed with tourists. "Everyone loves France," he says, "except the French."

The next morning, a national holiday, Crijns stands on the balcony of the Paiva Palace and watches the parade passing by below. Standing in one car, the president looks small, sandwiched as he is between military leaders, and he is followed by boos and whistling as he drives past. He wanted to be a "normal president," but the people didn't want normality. They want an exceptional president that is worthy of the populace. They want everything to get better and to stay the same.

"There are no crises," says Crijns, "only changes. Nowhere else is there as much history as there is in France. Every step is painful. *C'est évident.*" It's obvious.

The Tour de France may seek to celebrate the true and original France. And it ends where everything else leads -- and where one suspects the cause of the malaise can be found.

On July 27, the Tour, as usual, will end with several laps around the Arc de Triomphe after passing by the Elysée Palace and the Place de la Concorde, home to a statue of a woman in front of which a king was beheaded in the winter of 1793. The event opened a wound that the country has never quite recovered from. Otherwise, it wouldn't be so passionate in its scorn of the normal citizen at the helm.

## La France dépense plus que ses voisins, mais pour quels résultats ? 104,160

Le Monde.fr | 23.07.2014 à 18h29 • Mis à jour le 24.07.2014 à 09h12 | Par [Mathilde Damgé](#)

Abonnez-vous

à partir de 1 € Réagir Classer

Partager facebook twitter google + linkedin pinterest



Retraite, santé et enseignement expliquent presque à eux seuls la forte différence de dépenses publiques de la France par rapport à ses voisins européens. | REUTERS/PHILIPPE LAURENSON

Le système de retraites, la santé et l'enseignement coûtent cher à la France, en tout cas plus cher qu'aux autres pays européens. C'est ce que montre une [note de France Stratégie](#) publiée en juillet.

Ces trois postes de dépenses expliquent presque à eux seuls le différentiel avec ses voisins. Car la France figure dans le peloton de tête dans la course aux dépenses, sept points au-dessus de la moyenne de la zone euro avec 54 % de sa richesse nationale consacrée à la dépense publique primaire (hors intérêts de la dette).

L'ancien Commissariat général à la stratégie et à la prospective s'est attaché, dans une analyse « *à grosses mailles* », à regarder « *les domaines dans lesquels les dépenses publiques peuvent sembler élevées au regard de leurs résultats* ». En clair, la question que posent les hauts fonctionnaires est la suivante : la France dépense plus que ses voisins, certes, mais est-ce rentable ?

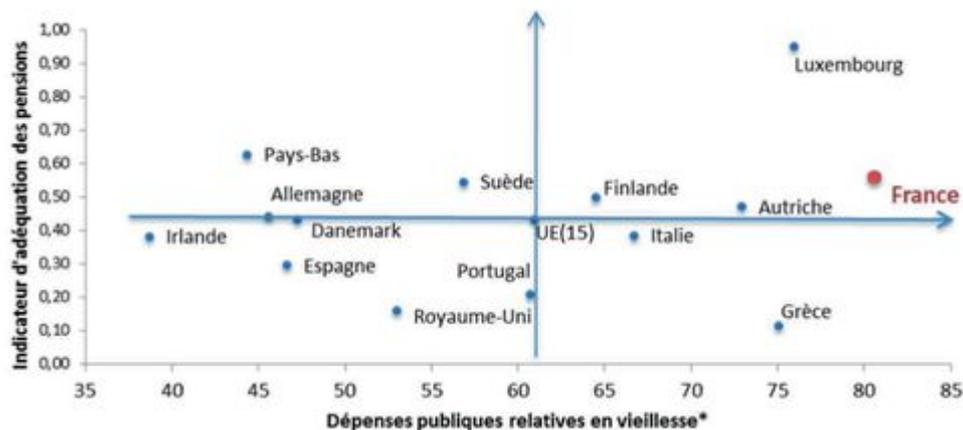
Pour y répondre, ils prennent trois pays de référence : l'Allemagne, qui représente le modèle continental (Autriche, Belgique, France, Pays-Bas), la Suède, qui représente le modèle nordique d'investissement social (Danemark et Finlande), et le Royaume-Uni qui représente le modèle libéral (avec l'Irlande) – cette classification, inspirée de celle de l'économiste danois Esping-Andersen, distingue les systèmes liés aux différents régimes d'Etat-providence.

Sur ce graphique, on voit que la France dépense le plus dans la moitié des catégories : environnement, logement, santé, loisirs et culture, protection sociale.

Dans cette dernière catégorie, l'écart se joue surtout sur le financement des retraites, souligne France Stratégie : « *Avec des dépenses à hauteur de 13,8 % du PIB, la vieillesse représente 56 % du budget de protection sociale.* »

**Chère vieillesse**

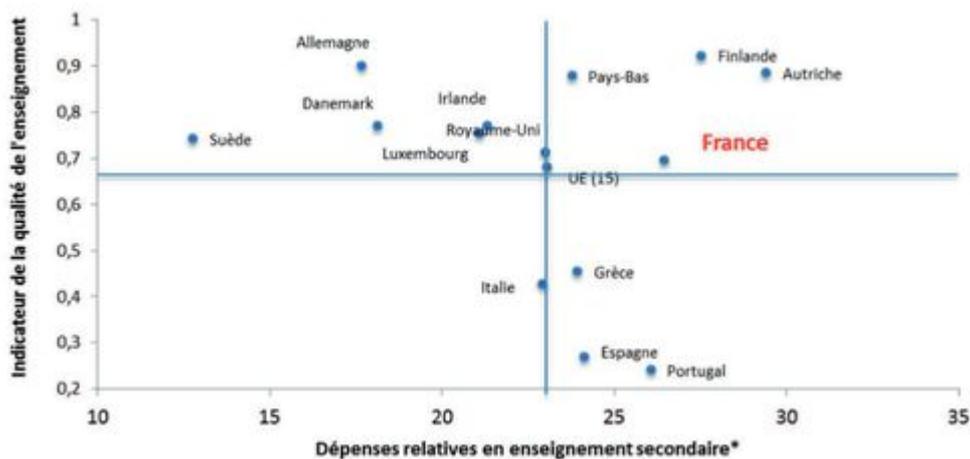
La comparaison des performances (réduction du risque de pauvreté, distribution des revenus, taux de remplacement par rapport au salaire pour les retraités...) et des dépenses de la France montre que l'Hexagone se situe loin de ses voisins : avec une forte inégalité de revenus entre les plus de 65 ans, la France n'est pas aussi efficace qu'elle pourrait l'être, vu ce qu'elle dépense par rapport aux autres pays européens.



« A performances égales, la Suède a par exemple des dépenses relatives en vieillesse très inférieures à celles de la France », notent les auteurs.

### Le coût du redoublement

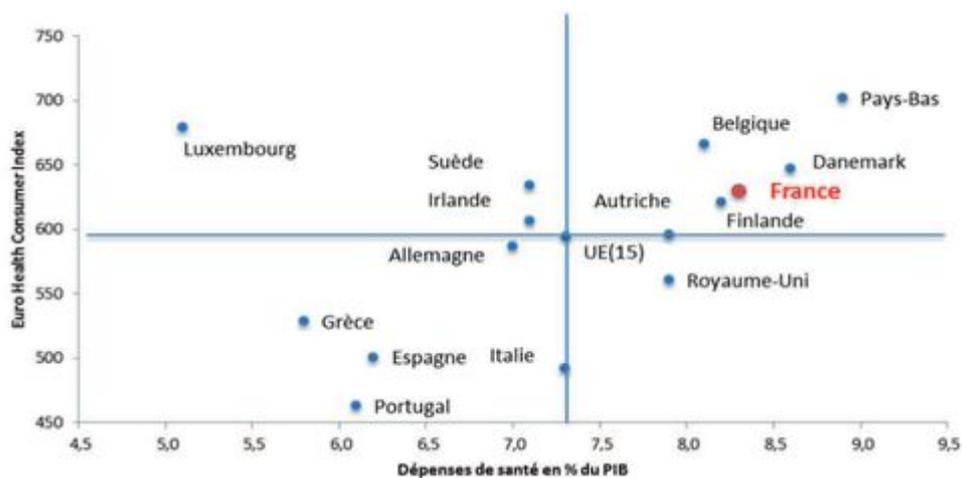
Autre mauvais élève : l'école, et en particulier le secondaire, où les dépenses françaises ne se traduisent nullement en résultats. « Il y a donc une présomption d'inefficacité », avance France Stratégie, qui souligne que ce gouffre entre dépenses et résultats s'explique notamment par la pratique du redoublement, « non seulement coûteuse (près de 2 milliards d'euros par an) mais inefficace ».



Si l'on regarde le taux de décrochage scolaire, celui d'élèves diplômés du secondaire et les scores au test PISA, la qualité de l'enseignement tricolore se classe derrière l'Allemagne, la Suède, le Danemark ou l'Irlande qui dépensent pourtant beaucoup moins.

### Une santé peu efficiente

Même si le système est jugé globalement efficace, il n'est pas efficient : là encore, on voit que les résultats ne sont pas à la hauteur des dépenses engagées. Les résultats sont évalués par rapport à l'Euro Health Consumer Index, un indicateur de performance qui inclut des critères tels que l'accès à des médecins spécialistes, le droit à un autre diagnostic, le travail de prévention...



L'une des faiblesses majeures du système français tient aux besoins non satisfaits d'examens et de traitements médicaux. En cause : « trop cher », « trop loin pour se déplacer » ou « sur liste d'attente », expliquent les auteurs.

« La dépense en santé gagnerait en efficacité si la coordination entre acteurs était améliorée dans le cadre d'une politique de soins moins hospitalocentrée et d'un développement concomitant du maillage de la médecine de ville », juge le rapport.

## Nicht dummstellen 104,163

Alle Beschwichtigungsrhetorik kann nicht darüber hinwegtäuschen: Der aktuelle Antisemitismus hat eine neue Qualität erreicht. Seine Wurzeln liegen in der Türkei und arabisch-islamischen Herkunftsländern. Ein Kommentar.

25.07.2014, von **CHRISTIAN GEYER**



© AFP  Berlin: Demonstration gegen die israelische Militäroffensive in Gaza

Keine neue Qualität? Was muss eigentlich noch passieren, damit die Beschwichtiger aufwachen? Da können antisemitische Parolen durchs Land gerufen werden, da kann unter Ausnutzung des Demonstrationsrechts mitten in Deutschland der blanke Judenhass ins Kraut schießen, und die Beschwichtiger rufen: Das hat doch alles keine neue Qualität. „Seltsame Leute“ hätten „blödsinnige Parolen“ gerufen, wiegelt beispielsweise der Historiker Wolfgang Benz ab. Da soll Volksverhetzung als Blödsinn durchgehen, da sollen türkisch- und arabischstämmige Antisemiten als komische Vögel verharmlost werden.



Autor: Christian Geyer-Hindemith, Jahrgang 1960, Redakteur im Feuilleton. Folgen:

Dieses Dummstellen, diese Verweigerung von Analyse, sobald ein fahles Licht auf Mitbürger mit Migrationshintergrund fallen könnte, hat ideologische Methode. Man relativiert und kontextualisiert die Täterschaften so lange, bis sie unsichtbar geworden sind, damit nur ja kein fremdenfeindlicher Zungenschlag aufkommt. Natürlich sind es immer auch andere. Natürlich gibt es eine unheilige Allianz, die den Judenhass propagiert. Sie reicht von den Neonazis bis zur sogenannten Querfront Jürgen Elsässers. Auch trifft es zu, dass es immer wieder antisemitische Wellen in Deutschland gab, wenn sich im Nahen Osten die Konflikte verschärften.

### **Migrantische Wurzeln**

Aber alle Historisierungsversuche können nicht davon ablenken, dass die Schamlosigkeit der augenblicklichen Judenhetze eine neue Qualität erreicht hat. Nein, dieser Antisemitismus lässt sich gerade nicht als der „konstante Bodensatz in der Gesellschaft“ (Wolfgang Benz) beschreiben. Dieser Antisemitismus entspringt nach allem, was man wahrnimmt, maßgeblich den Köpfen von Migranten aus der Türkei und arabisch-islamischen Herkunftsländern; dieser Antisemitismus lässt sich nicht in der unheiligen Allianz der Judenhasser verstecken, und man macht ihn nicht dadurch besser, dass man erklärt, er sei fremdgesteuert von Dunkelmännern aus fernen Ländern. Richtig ist, dass in vielen dieser judenfeindlichen Obszönitäten ein tradierter Antisemitismus aus der Heimat nachwirkt, der nicht ohne seine religiösen Hintergründe erklärt werden kann.

Man ist weder Rassist noch islamophob, wenn man auch diese religiösen Wurzeln der neuen Judenhetze in den Blick nimmt statt die antisemitischen Pöbeleien bewusst unscharf als Ausfluss mangelnder Integration abzutun. Antisemitismus ist nicht integrierbar. Hier hat jede Beschwichtigungsrhetorik zu verstummen.

„Whatever it takes“

## Mit drei magischen Worten in die neue Eurowelt 104,164

Vor genau zwei Jahren brachte ein kurzer Satz von EZB-Präsident Draghi die Wende in der Euro-Krise. Die Zinsen sind jetzt so niedrig wie nie zuvor. Draghis Bewunderer und Kritiker streiten bis heute, ob diese Politik in eine Zombiewelt führt.

25.07.2014, von PHILIP PLICKERT



© REUTERS  Viel kritisiert, viel gelobt: EZB-Präsident Mario Draghi

Noch nie in der jüngeren Finanzgeschichte haben drei Worte eines Zentralbankers so durchschlagende Wirkung gehabt. Die EZB werde „alles Notwendige tun“ („whatever it takes“), um den Euro zu erhalten, sagte Mario Draghi vor zwei Jahren. „Und glauben Sie mir, es wird genug sein“, fügte er hinzu. Die Rede auf einer Investorenkonferenz in London am 26. Juli 2012 schlug an den Märkten ein wie der Blitz. Die zuvor stark gestiegenen Zinsen für Krisenländeranleihen fielen sturzartig, der Euro stabilisierte sich, die Börsenkurse sind steil gestiegen. Es waren „magische Worte“, sagt Holger Schmieding von der Berenberg-Bank, ein eifriger Eurobefürworter. Draghi habe den Euro „gegen eine irrationale Marktpanik verteidigt“.



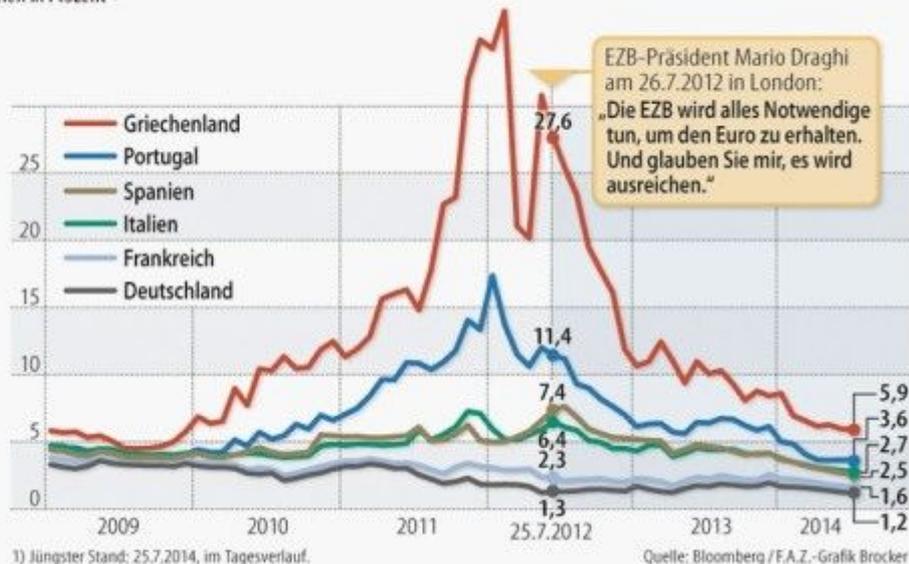
Autor: Philip Plickert, Jahrgang 1979. Redakteur in der Wirtschaft, zuständig für „Der Volkswirt“. Folgen:

Tatsächlich herrschte höchste Nervosität im Juli 2012 an den Finanzmärkten. Es wurde über ein Ausscheiden einzelner Länder aus dem Währungsverbund spekuliert. Die Kurse der Peripherieländeranleihen verfielen, ihre „Spreads“ (Risikoaufschläge) kletterten in kritische Höhen. 6,4 Prozent musste Italien, Spanien sogar 7,4 Prozent für zehnjährige Schuldpapiere zahlen. Griechenlands Papiere mieden die Märkte nach dem Schuldenschnitt. Das Wort „Grexit“ machte die Runde. Die Kurse von Bankenaktien, die hohe Verluste auf Staatsanleihen erlitten, standen unter Druck. Viele Analysten befürchteten Ansteckungsgefahren zwischen den Krisenländern. Der 750-Milliarden-Rettungsfonds ESM wäre mit einem Finanzkollaps Italiens überfordert gewesen. Die ganze Euro-Rettungskonstruktion stand auf der Kippe.

Draghi hatte sich vor seiner Londoner Rede mit Bankleuten in der City getroffen, Marktdaten studiert, die Angst gespürt. Auf der Konferenz im prunkvollen Lancaster House nahe dem Buckingham Palace, vor rund 200 Investoren, Wirtschaftsführern und Politikern, wollte der Italiener nun die Nerven beruhigen. Draghi hielt die wohl wichtigste Rede seines Lebens frei, er hatte nur einige handschriftliche Notizen. Vor dem entscheidenden Satz faltete er beschwörend die Hände. Und nach den Worten „whatever it takes“ machte er eine Kunstpause, um zu sehen, ob die Bombe zündet. „Die Wirkung von Draghis Worten vor zwei Jahren war nicht klar“, sagt ein EZB-Funktionär. „Dass sie so einschlagen würden, hat er wohl selbst nicht erwartet.“

## Der Draghi-Effekte auf die Zinsen

Rendite zehnjähriger Staatsanleihen in Prozent<sup>1)</sup>



An den Märkten wurden sie als Ankündigung für notfalls unbegrenzte Staatsanleihen durch die EZB interpretiert. *Draghi hatte indirekt eine Garantie für sämtliche Staatsschulden abgegeben, so sahen es die Finanzmärkte.* Sofort sanken die Risikoaufschläge, die Anleihekurse stiegen. Die anderen Notenbank-Chefs fühlten sich indes überrumpelt. Staatsschulden zu garantieren gehört nicht zu den Aufgaben einer unabhängigen Notenbank. Draghi hatte die Rede nicht mit ihnen abgesprochen. Einige Zentralbanker waren in heller Aufregung. Eilig ließ die EZB-Pressechefin die Rede abtippen und an die 22 Ratsmitglieder verschicken. Die Formulierung „innerhalb unseres Mandats“ hatte Draghi gleich zweimal gesprochen - doch Zweifel blieben, ob er die Grenzen des Mandats nicht überschreite.

### Nur Weidmann stimmte dagegen

Besonders kritisch sieht bis heute Bundesbankpräsident Jens Weidmann die EZB-Ankündigung zum Staatsanleihenkauf. Die Bundesbank sorgt sich, dass Europas Zentralbank sich auf eine schiefe Bahn der monetären Staatsfinanzierung begeben, die ihre Unabhängigkeit in der Geldpolitik gefährde. Als Draghi im September 2012 das OMT-Programm verkündete (Anleihekäufe nach einem Hilfsantrag eines Landes beim ESM und gegen Reformauflagen), war Weidmann der Einzige im EZB-Rat, der dagegen stimmte.

Zwar erkennt Weidmann an, dass Draghis Worte die brennende Luft abgekühlt haben. „Die Krisenmaßnahmen des Eurosystems haben einer Eskalation der Krise entgegengewirkt.“ Aber doch gehen sie ihm zu weit, weil die Grenze zwischen Geld-, Finanz- und Wirtschaftspolitik verwischt wurde. *Durch Staatsanleihekäufe werden Risiken zwischen Ländern umverteilt - weil die Steuerzahler plötzlich für die Schulden anderer Länder haften. Für eine solche Umverteilung habe die EZB kein demokratisches Mandat.* Auch unter Ökonomen und Juristen, besonders in Deutschland, sehen viele im OMT-Programm eine verbotene monetäre Staatsfinanzierung.

Die Finanzmärkte sind indes begeistert. Draghi wurde von der „Financial Times“ zum „Mann des Jahres“ ausgerufen. Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel und Finanzminister Wolfgang Schäuble stellten sich hinter Draghis Politik und gaben Weidmann keine Rückendeckung. Großspekulant George Soros, der sonst die Europapolitik der Bundesregierung scharf kritisiert, behauptete gar, dass Merkel Draghi im Sommer 2012 vor seiner Londoner Rede ermutigt habe, „alles“ zur Erhaltung des Euro zu tun.

### Ein Sicherheitsnetz für Investoren

Heute, zwei Jahre später, ist die Euroszenerie eine andere: Die Renditen für Staatsanleihen der südeuropäischen Länder sind beinahe pfeilgerade gesunken. *Italien und Spanien leihen sich jetzt frisches Geld zu so niedrigen*

*Zinsen wie noch nie - trotz ihrer hohen Verschuldung. Der Finanzminister in Madrid muss für zehnjährige Anleihen nur noch 2,6 Prozent Zinsen zahlen, sein römischer Kollege 2,8 Prozent. Das ist kaum mehr als die Rendite für amerikanische Staatspapiere, obwohl Italiens Schuldenstand weiter zunimmt und mit 2,1 Billionen Euro (136 Prozent vom BIP) inzwischen der größte in Europa ist, während die italienische Wirtschaft kaum wächst.*

Finanzfachleute sehen das EZB-Versprechen, die Niedrigzinspolitik lange fortzuführen, als Hauptgrund für den Sinkflug der Anleiherenditen. Das OMT-Versprechen wirkt wie ein Sicherheitsnetz für Investoren. Auch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, das dem OMT Grenzen zog und es zur Prüfung an den Europäischen Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg verwies, hat die Marktteilnehmer nicht verunsichert. „Viele im Markt glauben, dass es im Prinzip egal ist, wie der EuGH entscheidet“, sagt Jürgen Michels, früher Euro-Chefvolkswirt der amerikanischen Citigroup und jetzt bei der BayernLB. Die Stimmung im Markt sei: „Wenn’s schiefgeht, wird die EZB schon intervenieren und es richten.“ Die EZB stehe latent als großer Käufer bereit.

Zwei Jahre nach seiner Rede und der Verkündung des OMT hält sich Draghi zugute, die Währungsunion gerettet zu haben. „Die EZB hat unbegründete Ängste vor einem Auseinanderbrechen des Euroraums im Keim erstickt“, sagte er jüngst. Nach sechs Quartalen endete 2013 die schlimmste Rezession Europas seit sieben Jahrzehnten, die Leistungsbilanzen der Krisenländer haben sich verbessert. Ist nun alles gut? Hat Draghi den Euroraum dauerhaft gerettet? Ihn selbst scheint manchmal ein mulmiges Gefühl zu beschleichen. Immer wieder betont er, dass die Hilfe der Notenbank die Politik nicht dazu verleiten dürfe, im Reformeifer nachzulassen. Die Billigfinanzierung der Staaten erleichtert den Finanzministern das Leben. Draghi hat den Krisenländern Zeit gekauft. Aber damit hat er auch den Reform- und Konsolidierungsdruck der Märkte weggenommen.

### **Italien und Frankreich wollen den Stabilitätspakt aufweichen**

*Angesichts der quälend schwachen wirtschaftlichen Erholung kommt von den Märkten und aus der Politik der Peripherieländer der Ruf an die Zentralbank, mit nochmals neuen geldpolitischen Stimuli die lahrende Konjunktur anzuregen. Finanzminister und Regierungschefs aus Italien und Frankreich haben unverblümt die EZB aufgefordert, endlich eine „quantitative Lockerung“ vorzunehmen. Gemeint ist, massenhaft Staatsanleihen anzukaufen, um die Zinsen noch mehr zu drücken und die niedrige Inflation anzuheben. Außerdem wollen Italien und Frankreich die Haushaltsregeln des Stabilitätspakts abermals aufweichen; sie wollen bei hohen Defiziten mehr Spielraum.*

In der Bundesbank verfolgt man den Druck mit wachsendem Unbehagen. Dort geht die Sorge vor neuen Blasen um, etwa am Immobilienmarkt, wenn die Geldpolitik zu lange zu locker bleibt. Der Chefvolkswirt der Allianz, Michael Heise, warnt, dass die EZB mit ihrem Billiggeld „Zombiebanken“ am Leben erhalte, während die Bürger auf ihre Ersparnisse kaum noch Zinsen bekommen. Draghi betont, auch eine neue Geldschwemme durch eine quantitative Lockerung sei „**innerhalb des Mandats**“ der EZB. Es klingt wie damals, in seiner berühmten Rede.

Alain Finkelkraut : «Au nom de la lutte contre l'islamophobie, on sous-estime la haine des Juifs et de la France» 104,167



FIGAROVOX/GRAND ENTRETIEN - Le philosophe Alain Finkelkraut a accordé un long entretien à FigaroVox dans lequel il donne en exclusivité son point de vue sur le conflit israélo-palestinien ainsi que sur ses répercussions en France.

---

*Alain Finkelkraut est philosophe, écrivain et essayiste. Il construit une oeuvre autour de la transmission, la défense des humanités et la critique de la modernité. Son dernier livre, L'identité malheureuse, a suscité de très vifs débats et a connu un important succès de librairie.*

---

**FigaroVox: S'agissant du conflit israélo-palestinien, certains intellectuels vous reprochent de ne pas dénoncer les bombardements israéliens à l'encontre des civils palestiniens comme vous vous insurgiez naguère contre les sièges de Vukovar et de Sarajevo par les Serbes. Que leur répondez-vous?**

**ALAIN FINKIELKRAUT:** Une précision pour commencer. J'aime **Israël** et je suis saisi d'effroi devant la haine intercontinentale qui se déchaîne sur ce tout petit pays dont l'existence est encore en question. Mais je n'ai jamais soutenu inconditionnellement la politique israélienne. Le 9 juillet, j'étais à **Tel-Aviv** à l'invitation du journal Haaretz qui organisait une grande conférence sur la paix. Je représentais **Jcall** \* et j'ai dit qu'en tant qu'intellectuel juif, je devais constamment me battre sur deux fronts: contre un **antisémitisme** d'autant plus sûr de lui-même et dominateur qu'il dénonce le «monstre sioniste» dans la langue immaculée de l'**antiracisme**, et pour le compromis, c'est-à-dire la séparation en deux Etats des Israéliens et des Palestiniens. J'ai ajouté qu'en s'installant dans le statu quo, le gouvernement israélien mettait en péril le projet sioniste lui-même. Dès 1991, le grand orientaliste Bernard Lewis s'inquiétait de voir Israël devenir, sur le modèle du **Liban**, «une association difficile, une de plus, entre ethnies et groupes religieux en conflit». Et il ajoutait: «les juifs se trouveraient dans la position dominante qu'avaient autrefois les Maronites avec la perspective probable d'un destin à la libanaise en fin de parcours.» Pour empêcher cette prédiction de se réaliser, il serait urgent de faire ce qu'**Ariel Sharon**, à la fin de sa vie, appelait de «douloureuses concessions territoriales». Si ses successeurs y répugnent, c'est parce qu'ils se défient de leur partenaire, mais c'est surtout parce qu'ils ont peur de leurs propres extrémistes. Ils craignent la guerre civile entre Israéliens qui accompagnerait le démantèlement des implantations de **Cisjordanie**. Gardons-nous cependant de tout confondre. Les Israéliens n'occupent plus **Gaza**. Il n'y a plus de présence juive sur ce territoire. Si les leaders du Hamas avaient choisi d'y construire un commencement d'Etat et, pour y assurer une vie décente à leurs administrés, de coopérer avec Israël, il n'y aurait pas de blocus et le camp de la paix israélien serait assez fort aujourd'hui pour imposer le retrait de Cisjordanie. Au lieu de cela, le **Hamas** a employé tout l'argent de ses généreux donateurs à l'achat de missiles et de roquettes et à l'édification d'une ville souterraine pour enfouir cet arsenal, pour cacher ses dirigeants et pour permettre à ses combattants de mener des incursions meurtrières dans les **kibboutz** du sud d'Israël.

Lorsqu'on me dit que ces habitants n'ont nulle part où aller, je réponds que les souterrains de Gaza auraient dû être faits pour eux. Il y a aujourd'hui des pièces bétonnées dans chaque maison d'Israël. Mais le Hamas et le djihad islamique font un autre calcul et ont d'autres priorités architecturales.

**N'est-il pas légitime de s'interroger sur le nombre important de victimes parmi les civils palestiniens?**

Quand j'étais à Tel-Aviv, j'ai vu un petit film de propagande où le Hamas demandait aux «colons» de Beer-Sheva (NDLR: dans le Néguev) de quitter leur ville car ils allaient la pilonner. Pas questions de deux Etats pour cette organisation, pas question non plus d'un Etat palestinien. Ce qu'elle veut, c'est que la Palestine tout entière redevienne propriété de l'islam. On apprend dans sa charte que les juifs, qui grâce à leur argent contrôlent les médias du monde entier, sont à l'origine de toutes les révolutions et de tous les conflits à travers le monde! Si la civilisation de l'image n'était pas en train de détruire l'intelligence de la guerre, personne ne soutiendrait que les bombardements israéliens visent les civils. Avez-vous oublié Dresde? Quand une aviation surpuissante vise des civils, les morts se comptent par centaines de milliers. Non: les Israéliens préviennent les habitants de Gaza de toutes les manières possibles des bombardements à venir. Et lorsqu' on me dit que ces habitants n'ont nulle part où aller, je réponds que les souterrains de Gaza auraient dû être faits pour eux. Il y a aujourd'hui des pièces bétonnées dans chaque maison d'Israël. Mais le Hamas et le **djihad islamique** font un autre calcul et ont d'autres priorités architecturales. Pour gagner médiatiquement la guerre, ils veulent faire apparaître Israël comme un Etat criminel. *Chaque victime civile est une bénédiction pour eux*. Ces mouvements ne protègent pas la population, ils l'exposent. Ils ne pleurent pas leurs morts, ils comptabilisent avec ravissement leurs «martyrs». Et ils bombardent méthodiquement l'hôpital de campagne pour les blessés palestiniens que l'armée israélienne a installée en bordure de Gaza. Je manifesterais moi-même à Paris en faveur du cessez-le-feu à Gaza si dans ces défilés on exigeait également l'arrêt des tirs de roquettes sur toutes les villes israéliennes. Je demanderais la levée du blocus si elle était assortie de la démilitarisation de Gaza. Au lieu de cela, on confond Gaza et Sarajevo. Là où il y a la guerre, on parle de massacre, voire, tant qu'on y est, de génocide. Toutes les distinctions sont abolies par l'émotion et ce sont les plus cyniques, les plus inhumains, qui profitent de cette grande indifférenciation humanitaire.

**D'aucuns comparent même Gaza - long d'un peu plus de quarante kilomètres et large de moins de dix- au ghetto de Varsovie, de sinistre mémoire. Cette comparaison vous paraît-elle déplacée? Scandaleuse?**

On se souvient en effet que la Wehrmacht prenait soin, comme Tsahal aujourd'hui, de sécuriser les routes menant au ghetto pour y faire parvenir sans encombre les transports quotidiens de vivres, de médicaments, d'aides humanitaires... Le jour viendra -et il est déjà venu en **Turquie-**, où on ne se réfèrera plus à l'apocalypse nazie que pour incriminer Israël, le sionisme et les juifs. Je n'arrive pas à croire en Dieu, mais ce retournement du devoir de mémoire me paraît être une preuve très convaincante de l'existence du diable.

**Il existe des communautés juives et musulmanes dans de nombreux pays européens. Or, le conflit israélo-palestinien prend une acuité particulière en France, où les manifestations pro-palestiniennes se sont soldées par des violences. Ce conflit extérieur ferait-il éclater au grand jour «l'identité malheureuse» de notre pays que vous avez décrit dans votre livre?**

Je manifesterais moi-même à Paris en faveur du cessez-le-feu à Gaza si dans ces défilés on exigeait également l'arrêt des tirs de roquettes sur toutes les villes israéliennes.

Formés par le «*victimisme*» contemporain à ne rien comprendre et à ne rien savoir de tout ce qu'entreprend le Hamas contre la solution de deux Etats, certains manifestent très sincèrement aujourd'hui leur solidarité avec la population de Gaza sous les bombes. Mais, pour beaucoup, ces manifestations ne sont rien d'autre que l'occasion d'exprimer leur haine des juifs, de la République et des «sionistes qui gouvernent la France.» Quand ils ne s'en prennent pas à des synagogues, ces personnes font, afin d'être bien comprises, des quenelles avec des roquettes qassam en carton. *De manière générale, il y a dans le monde arabo-musulman, une tendance très forte aujourd'hui à fuir toute remise en question dans la recherche éperdue d'un coupable. Si les choses vont*

*mal, c'est la faute des juifs. Il faut donc leur faire la guerre.* Ce choix de l'esprit du djihad contre l'esprit critique est une calamité pour l'occident et pour l'islam. Il faudrait soutenir ceux qui, de l'intérieur, ont le courage de dénoncer une telle attitude, comme l'écrivain algérien *Boualem Sansal*, et non ceux qui l'incarnent, comme le leader du Hamas **Khaled Mechaal**.

**On a entendu dans les rues de Paris le cri «mort aux Juifs». Le phénomène est-il comparable à l'antisémitisme des années 30 ou est-il davantage le prétexte d'un communautarisme «anti-français» qu'on a vu à l'œuvre chez certains supporters franco-algériens après les matchs de leur équipe?**

L'antisémitisme des années trente agonise et la grande solidarité antiraciste des années quatre-vingt a volé en éclats. On a affaire aujourd'hui à l'antisémitisme de ceux qui se disent les damnés de la terre, d'où l'embarras des progressistes. Ils n'en reconnaissent l'existence qu'à contrecœur et quand ils ne peuvent plus faire autrement. Ainsi parlent-ils aujourd'hui de «nouvel» antisémitisme pour un phénomène qui existe depuis près de trente ans. Cette haine ne vise d'ailleurs pas que les juifs. On l'a vu lors des manifestations qui ont suivi les victoires de l'**Algérie** dans la Coupe du monde, des rodéos de voiture au remplacement des drapeaux français par les drapeaux algériens sur les édifices publics, comme à Provins par exemple. Il s'agissait d'exprimer tout ensemble sa fierté nationale et son mépris pour la nation où l'on vit.

**En taxant d'antisémitisme toute critique d'Israël, certains membres de la communauté juive n'ont-ils pas, depuis des années, pris le risque d'alimenter la concurrence victimaire?**

Là où il y a la guerre, on parle de massacre, voire, tant qu'on y est, de génocide. Toutes les distinctions sont abolies par l'émotion

Je critique la politique israélienne. Je plaide sans relâche depuis le début des années quatre-vingt pour la solution de deux Etats. Je condamne la poursuite des constructions dans les implantations en **Cisjordanie**. Je dis que l'intransigeance vis-à-vis du Hamas devrait s'accompagner d'un soutien effectif à l'autorité palestinienne. Cela ne m'empêche pas d'être une des cibles favorites du «nouvel» antisémitisme.

**Selon Pascal Boniface, de nombreux français non-juifs, en particulier les musulmans, ont le sentiment qu'il y a un «deux poids, deux mesures» dans la lutte contre le racisme et que les actes antisémites font l'objet d'un traitement médiatique plus conséquent que les autres actes racistes. Partagez-vous son point de vue?**

*Je crois, au contraire, qu'au nom de la lutte contre l'**islamophobie**, on sous-estime systématiquement la haine dont les juifs et la France font l'objet dans toujours plus de territoires de la République. Il faut des manifestations comme celles de Barbès et de Sarcelles pour qu'on en mesure, temporairement, la réalité et l'ampleur.*

**Plus largement, une partie de la gauche «antiraciste» a abandonné le combat pour l'égalité des droits au profit de la défense des particularismes, voire des communautarismes. Ne porte-t-elle pas une lourde responsabilité morale dans la grave crise identitaire que traverse la France?**

C'est une responsabilité très largement partagée. A droite aussi la tentation est grande de préférer les accommodements prétendument raisonnables à la défense de la République et ce sont aujourd'hui des ministres de gauche, **Manuel Valls** et **Bernard Cazeneuve**, qui se montrent intransigeants en cette matière au mépris de leurs intérêts électoraux comme le leur rappelle avec inquiétude la fraction **Terra nova** du **parti socialiste**.

**Derrière le rejet d'Israël par une partie de la gauche française, faut-il voir un refus de l'identité, de l'Etat-nation et des frontières?**

Dans un article publié en 2004 dans la revue *Le Débat*, l'historien anglais Tony Judt écrivait que «dans un monde où les nations et les hommes se mêlent de plus en plus et où les mariages mixtes se multiplient, où les

obstacles culturels et nationaux à la communication se sont presque effondrés, où nous sommes toujours plus nombreux à avoir des identités électives multiples, et où nous nous sentirions affreusement gênés s'il nous fallait répondre à une seule d'entre elles ; dans ce monde, Israël est véritablement un anachronisme.» De même que Saint-Paul s'indignait du refus juif de la religion universelle, nos multiculturalistes voient Israël comme un obstacle ethno-national à la reconnaissance définitive de l'Homme par l'Homme. Mais le monde humain n'est ni un supermarché, ni un dépliant touristique. Qu'est-ce que le multiculturalisme derrière le United Colors of Benetton et la joyeuse disponibilité de toutes les cuisines, de toutes les musiques, de toutes les destinations? C'est le choc des cultures, et dans ce choc, les juifs où qu'ils soient, quoi qu'ils disent et quoi qu'ils fassent, sont en première ligne.

*\* J'call rassemble les citoyens juifs européens qui aspirent à une paix au Proche-Orient fondé sur un accord entre Israéliens et Palestiniens, selon le principe «deux peuples, deux Etats»*

## Professoren wollen Euro-Bankenaufsicht stoppen 104,171

Das Bundesverfassungsgericht muss sich einem Pressebericht zufolge bald mit einem zentralen Element der Euro-Rettungspolitik beschäftigen: Die gemeinsame Bankenaufsicht ist für die Kläger ein „Höhepunkt des Selbstermächtigungsregimes in Brüssel“.

27.07.2014

Neue Verfassungsbeschwerde gegen die Euro-Rettungspolitik: Das Bundesverfassungsgericht muss sich einem Zeitungsbericht zufolge bald mit der Frage auseinandersetzen, ob die geplante Bankenunion rechtmäßig ist. Eine Gruppe von Professoren hat [nach Informationen der „Welt am Sonntag“](#) kürzlich Verfassungsbeschwerde gegen die gemeinsame europäische Bankenaufsicht unter dem Dach der Europäischen Zentralbank (EZB) eingelegt, die im November ihre Arbeit aufnehmen soll.

„Die Bankenunion hat keine Rechtsgrundlage in den europäischen Verträgen und stellt somit einen Grundrechtsverstoß dar“, sagt der Berliner Anwalt Markus Kerber, Professor für öffentliche Finanzwirtschaft und Wirtschaftspolitik und Initiator der Verfassungsbeschwerde, der Zeitung. Ein Sprecher des Gerichts konnte den Eingang der Klage zunächst nicht bestätigen.

### **Aufsicht ist eine Säule der Bankenunion**

Die gemeinsame Bankenaufsicht unter dem Dach der Europäischen Zentralbank (EZB) ist die erste Säule der Bankenunion. Die EZB kontrolliert dabei die bedeutenden Banken im Euroraum - nach Bilanzprüfungen und Stresstests.

Kerber kritisierte laut Zeitung, die Regeln zur Bankenaufsicht entbehrten jeglicher Ermächtigungsgrundlage. Sie stellten den ersten Schritt zu einer bisher nicht dagewesenen Haftung des deutschen Steuerzahlers für Banken außerhalb der nationalen Bankenaufsicht dar. Die gemeinsame Bankenaufsicht sei der „vorläufige Höhepunkt des Selbstermächtigungsregimes in Brüssel“, eine europäische Bankenaufsicht hätte nur durch eine Änderung der EU-Verträge eingeführt werden können.

### **"Der Bundestag schläft tief und fest"**

Der Bundesregierung werfen die Kläger eine bewusste Verschleierung der Risiken vor. Laut „Welt am Sonntag“ hat die Bankenunion Sicht der Kläger vor allem das Ziel, den zunächst nur für Staaten gedachten Euro-Rettungsfonds ESM zur Sanierung maroder Banken zu nutzen. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble „täuscht die Öffentlichkeit über die Risiken der Bankenunion, und der Bundestag schläft tief und fest“, kritisierte Kerber.

Die gemeinsame Bankenaufsicht soll ab November unter dem Dach der Europäischen Zentralbank (EZB) ihre Arbeit aufnehmen. Sie ist ein zentraler Teil der Bankenunion. Die Kläger kündigten dem Bericht zufolge auch Verfassungsbeschwerden gegen die übrigen Elemente der Bankenunion an: den gemeinsamen Abwicklungsmechanismus SRM und den zugehörigen Abwicklungsfonds. Hierfür gibt es dem Bericht nach aus ihrer Sicht ebenfalls keine ausreichende rechtliche Grundlage in den EU-Verträgen.

Das Bundesverfassungsgericht hatte sich erst im Februar mit einem anderen zentralen Element der Euro-Rettung befasst. Dabei hatte das Gericht entschieden, das umstrittene Programm der Europäischen Zentralbank (EZB) zum Ankauf von Staatsanleihen vom Europäischen Gerichtshof prüfen zu lassen. Das deutsche Verfassungsgericht geht davon aus, dass die EZB mit dem sogenannten OMT-Programm ihre Kompetenzen überschritten hat. Der 2012 beschlossene Plan der Notenbank gilt als [Hauptgrund für die Beruhigung der Eurokrise](#).

28 juillet, jour de «libération fiscale» pour les salariés français 104,172

Publié le 29/07/2014 à 06:01

Les Français seront probablement soulagés - ou furieux selon leur humeur - d'apprendre que depuis le début de cette semaine ils ne travaillent plus pour l'État. Ce lundi, en effet, marque le premier jour de l'année où leur production ne part pas en impôts et charges. L'an dernier, le salarié moyen a travaillé jusqu'au vendredi 26 juillet pour financer les dépenses publiques ; cette année, il lui a fallu «donner» deux jours de plus, jusqu'au 28 juillet, selon l'Institut Molinari (un think-tank libéral basé à Bruxelles), qui vient de publier son étude annuelle sur le «jour de libération fiscale».

Certes, comme le rappelle cette étude, «un grand nombre de pays de l'Union européenne ont tenté de rééquilibrer leurs comptes publics en augmentant la **fiscalité** pesant sur les employeurs et les ménages». Mais, alors que le taux d'imposition réel du salarié moyen atteint 45,27 % en moyenne dans l'Union européenne, il bondit à 57,17 % en France. Seule la Belgique fait pire, à 59,6 %. Suivent ensuite l'Autriche, la Hongrie, la Grèce, l'Allemagne.

Le classement 2014 montre que le salarié français est en théorie parmi les mieux payés de l'UE. Son employeur débourse en effet 55.314 euros. Mais il est particulièrement fiscalisé, avec 31.622 euros de charges, impôt sur le revenu et TVA. Il ne reste in fine au salarié moyen que 23.692 euros, «ce qui le met au 10e rang de pouvoir d'achat réel».

La pression fiscale et sociale française ayant continué d'augmenter en 2014, «en dépit des appels répétés à la pause fiscale», l'employeur français doit désormais déboursier 233 euros pour que son salarié moyen dispose de 100 euros de pouvoir d'achat. C'est 3 euros de plus qu'en 2013. Ces chiffres apportent «un éclairage sur les crispations françaises avec, d'une part, des employeurs inquiets de l'envolée du coût du travail et, d'autre part, des salariés ayant parfois l'impression d'être des laissés pour compte», notent les auteurs de l'étude.

## Dérapage des comptes publics

L'importance des prélèvements obligatoires pesant sur le salarié français pourrait s'expliquer par une gestion plus rigoureuse des finances publiques... Or, comme le souligne l'étude, «ce n'est malheureusement pas le cas»: la France continue de présenter le «double inconvénient» de figurer à la fois «dans la catégorie des pays les plus fiscalisés, mais aussi dans la catégorie des pays enregistrant les plus forts dérapages des comptes publics l'an passé». Et d'enfoncer le clou: «Aucun autre pays ne pratique une fiscalité plus importante et n'a des finances publiques aussi déséquilibrées.»

Le concept de «jour de libération fiscale» tient ses détracteurs. Ceux-ci ne manquent pas d'arguments. Ils mettent en avant un système socio-fiscal qui ponctionne, certes, mais aussi redistribue. Sous forme soit d'allocations (familiales...), soit de remboursement comme pour les soins, ou encore par la mise à disposition de services et de biens (éducation, infrastructures...). L'Institut Molinari voit ce jour davantage comme le «moment à partir duquel le salarié recouvre la liberté d'utiliser, comme il veut, son pouvoir d'achat, en consommant ou en épargnant». Si l'on en croit les promesses de François Hollande, il devrait l'an prochain arriver un peu plus tôt...

---

## Jour de libération fiscale

Le jour de libération fiscale s'obtient en rapportant le salaire brut moyen des salariés grevé de l'ensemble de charges et impôts qu'ils acquittent directement ou indirectement (charges sociales patronales et salariales, impôt sur le revenu, TVA) au nombre de jours de l'année. «Cela permet de mesurer le coût réel des services publics et de la Sécurité sociale pour le salarié moyen», fait valoir l'institut économique Molinari - qui se base sur les données du cabinet EY.



## Bedrohung Islam? 104,177

Wer den Islam mit den Islamisten gleichsetzt, geht den Radikalen auf den Leim. Und verkennt, wie viele liberale Muslime es gibt, die ihren Glauben an die Erfordernisse der modernen Welt anpassen.

29.07.2014, von RAINER HERMANN



© REUTERS  Betende Muslime in Karachi

Noch vor einem Vierteljahrhundert konnte der französische Islamwissenschaftler Maxime Rodinson ein Buch mit dem Titel „Die Faszination des Islam“ schreiben. Seither ist dieser Islam aber zur Bedrohung geworden. Nirgendwo sonst finden weltweit so viele Kriege statt wie im Krisenbogen von Nordafrika über die Levante zum Hindukusch; die Länder dieses Bogens haben eines gemein: Sie sind muslimisch. Auch die Terrororganisationen Boko Haram und Islamischer Staat sowie die Taliban haben eines gemeinsam: Sie berufen sich auf den Islam. Und in den vergangenen Wochen fielen propalästinensische Demonstranten auf europäischen Straßen dadurch auf, dass sie antisemitische Parolen riefen.



Autor: Rainer Hermann, Jahrgang 1956, Redakteur in der Politik. Folgen:

Der Islam sei eben, so heißt es, auf Gewalt fixiert und mit der Moderne nicht zu vereinbaren. Dafür spricht vordergründig einiges, das ist aber als Urteil zu simpel: Das Problem ist nicht der Islam an sich, das Problem sind die Muslime, die ihn praktizieren. Weltreligionen wie das Christentum oder der Islam können nur deshalb so lange bestehen, weil sie flexibel sind und den Gläubigen den Raum bieten, sich stets an Neues anzupassen. Der Islam lässt auch deswegen vieles zu, weil eine Koransure das eine sagt und eine andere das Gegenteil.

In jeder Epoche hat es in der islamischen Welt Terrorgruppen gegeben; im 12. Jahrhundert waren die Assassinen das, was heute Al Qaida und deren Nachfolger sind. Sie waren und sie sind gefährlich, Massenbewegungen sind daraus aber nicht entstanden, im Gegenteil. So hatten die arabischen Muslime im 7. Jahrhundert die Levante nur deswegen nahezu kampflos erobert, weil die dort lebenden orientalischen Christen sie gegenüber der repressiven byzantinischen Staatskirche als Befreier begrüßten.



© REUTERS 

Viele Krisenstaaten in Arabien und Afrika, wie hier Somalia, haben eins gemeinsam: Sie sind muslimisch

Vor genau zweihundert Jahren begann Goethe mit der Lektüre des „Diwan“ des persischen Dichters Hafis; fünf Jahre später setzte er mit seinem „West-östlichen Divan“ dem muslimischen Orient ein Denkmal. Goethe war von Hafis' liberaler Islampraxis beeindruckt; nie hätte sich der Freigeist von einem totalitären Islam inspirieren lassen. Der Münsteraner Islamwissenschaftler Thomas Bauer hat für die Epoche des klassischen Islams, für die Hafis steht, also die Jahrhunderte zwischen der Frühzeit des Islams und der Moderne, den Begriff der Ambiguitätstoleranz geprägt. Die Vielfalt der Diskurse, etwa bei der Koranauslegung, und die Mehrdeutigkeiten, wie sie

Hafis beherrschte, waren nicht ein Ärgernis, sondern ein selbstverständlicher Teil des Alltags. Die Muslime vernichteten diese Ambiguität erst während ihres Modernisierungsprozesses. Denn erst in der täglichen Auseinandersetzung mit dem überlegenen Westen entstand das Bedürfnis nach der einen starken Wahrheit.

### **Viele erheben Anspruch auf den Islam**

Heute prägt eine Ambiguitätsintoleranz das Denken der Muslime. So wie die Salafisten für sich beanspruchen, für den einzig „wahren“ Islam zu stehen, so gehen auch viele im Westen den Salafisten in die Falle, dass es nur einen Islam geben solle. Dieser „Homo islamicus“ aber, dessen Denken und Handeln sich um nichts anderes drehen soll als um den Islam, ist für das tägliche Leben ungeeignet.

Unter den Extremisten gibt es aber diesen Typus, der alles seiner Wahrheit unterordnet. Die meisten Muslime passen sich jedoch unverändert, quasi ad hoc, den Veränderungen an. Der säkulare syrische Philosoph Sadiq al Azm bringt das auf folgende Formel: Der dogmatische Islam ist wegen der Betonung des Monotheismus mit der Moderne unvereinbar, der historische Islam passt sich aber als dynamisch-evolutorischer Glaube ständig an.



© BERGMANN, WONGE  Ließ sich nicht nur von Italien sondern auch vom Islam inspirieren:

Johann Wolfgang Goethe

Viele erheben heute Anspruch auf den Islam: Saudi-Arabien und Iran legitimieren mit ihm ihre Herrschaft; die Mittelschicht entwickelt einen „Business Islam“, der für individuelle Freiheit und eine moderne Gesellschaft gut ist; Extremisten greifen unter Berufung auf den Islam zur Gewalt und handeln in einer Heilserwartung wie vor Jahren in Europa „Action directe“ und die Baader-Meinhof-Bande.

---

Mehr zum Thema

- Antisemitismus: Todesliebe als Politik
- Vertreibung von Christen: Schlimmer als Dschingis Khan
- Großbritannien: Die Islamische Republik von Tower Hamlets

Der Islam steckt heute unbestritten in einer tiefen Krise. Die meisten Muslime - ob in der Türkei, in Indien oder in Indonesien - leben aber in Demokratien. Das Problem sind die arabischen Muslime. In der arabischen Welt geht seit dem Protestjahr 2011 die postkoloniale Phase zu Ende. Die Kolonialmächte hatten nach dem Zweiten Weltkrieg Staaten zurückgelassen, deren Grenzen sie gezogen hatten. Die Menschen identifizierten sich nicht mit ihnen, der Islam wurde zum identitätsstiftenden Nationalismusersatz. Heute zerfallen einige Staaten; Milizen, die sich auf den Islam berufen, streben nach der Macht.

Dabei geht eine Saat auf, die Saudi-Arabien seit Jahrzehnten sät. Legitimiert wird das Königreich durch eine Symbiose, welche das Herrscherhaus mit der puritanisch-wahhabitischen Lehre eingeht. Die steht wie keine andere für Intoleranz und die Aufforderung, „Ungläubige“ und Andersgläubige im Islam zu bekämpfen. Die Muslime müssen erkennen, dass diese Art des Muslimseins in der Welt von heute keinen Platz hat und dass ihr jegliche positive Energie fehlt, eine Zivilisation zu sein. Und dass deshalb „der Islam“ als Bedrohung wahrgenommen wird.

Ramadan, chrétiens d'Irak, communautarisme : Hollande mal à l'aise face aux religions 104,176



**FIGAROVOX/ENTRETIEN - Muet face à la situation des chrétiens d'Irak et désemparé face à la montée des communautarisme, François Hollande est mal à l'aise avec la question religieuse. Samuel Pruvot analyse son rapport au sacré et à la laïcité.**



*Samuel Pruvot est rédacteur en chef du magazine Famille Chrétienne. Il est l'auteur de l'ouvrage François Hollande, Dieu et la République (Salvator, 2013).*

**Importation du conflit israélo-palestinien en France, fin du ramadan, mobilisation des catholiques autour du sort des chrétiens de Mossoul, le fait religieux fait son retour dans la société française. Les hommes politiques sont-ils mal à l'aise avec la question religieuse?**

**Samuel Pruvot:** Le malaise vis-à-vis de la question religieuse est d'autant plus profond en France qu'il est inconscient. La plupart de nos responsables politiques sont toujours tentés, à gauche comme à droite, par une vision «scientiste» du monde. Derrière un respect de façade des grandes religions, ils imaginent, comme Auguste Comte au XIXe siècle, que la religion est un état archaïque de l'humanité et que le Progrès consisterait à s'en émanciper... De même que Monsieur Jourdain faisait de la prose sans le savoir, nos politiques pratiquent la «religion positiviste». Cette posture apparaît d'autant plus décalée que le fameux Progrès n'est pas au rendez-vous! Force est de constater que la religion ne peut s'enfermer uniquement dans le passé ou la sphère privée.

« Les chrétiens d'Orient sont l'angle mort de notre vision du monde : ils sont 'trop' chrétiens pour les altermondialistes, et 'trop' orientaux pour les occidentalistes. »

Régis Debray

**Alors qu'il est omniprésent sur l'affaire du crash au Mali, François Hollande n'a pas eu un mot personnel pour les chrétiens d'Irak, préférant déléguer la tâche à ses ministres. Son silence trahit-il une indifférence au fait religieux que vous avez décrite dans votre livre?**

Laurent Fabius a fait savoir que la France voulait bien accueillir les chrétiens d'Irak. Mieux vaut tard que jamais. Concernant **François Hollande**, ma thèse est qu'il est un «décroyant». Il incarne toute une génération

de responsables politiques pour lesquels la foi est un objet non identifié. Son silence par rapport au drame des chrétiens d'**Irak** n'est pas juste le résultat d'une prudence diplomatique. Dans la tête de François Hollande, les chrétiens d'Orient n'ont pas vraiment leur place. Pourquoi? L'essayiste Régis Debray a dénoncé cette amnésie qui vaut pour le Président et son gouvernement: «Les chrétiens d'Orient sont l'angle mort de notre vision du monde: ils sont 'trop' chrétiens pour les altermondialistes, et 'trop' orientaux pour les occidentalistes.» Briser le mur du silence reste très difficile. Seule une actualité particulièrement dramatique est capable de rejoindre l'opinion comme à Mossoul où les chrétiens avaient le choix entre l'exil ou le cercueil. Pourtant, cela n'a pas suffi à faire bouger François Hollande, même au nom du droit des minorités.

Demain, plus personne ne parlera l'araméen la langue du Christ en Irak. Mais cela peut-il émouvoir François Hollande ? Leur disparition serait moins grave, après tout, que la fonte de la banquise ?!

On a l'impression que cette histoire n'est pas la sienne, ni celle de la France. Le récent appel lancé par **Christine Boutin** et **Rachida Dati** en faveur des chrétiens d'Orient souligne le risque de disparition du «berceau du christianisme». Demain, plus personne ne parlera l'araméen - la langue du Christ - en Irak. Mais cela peut-il émouvoir François Hollande? Il a gardé le silence comme si les Chaldéens, les Coptes ou les Assyriens étaient les témoins d'une vieille histoire trop compliquée, d'un autre monde, d'une réalité anachronique qui ne nous concerne pas. Leur disparition serait moins grave, après tout, que la fonte de la banquise?!

**Certains l'avancent comme la solution à tous nos problèmes. Mais la «laïcité» à la française, de type IIIe République n'est-elle pas obsolète pour répondre à la résurgence du fait religieux dans la sphère publique?**

Certainement. François Hollande est tenant d'une laïcité «à la papa». Il reçoit les représentants des grandes religions à l'Elysée après les émeutes de Sarcelles. Sous la contrainte. Il est poussé par le conflit israélo palestinien importé sur notre territoire. Il se rêve en Henri IV, réconciliateur des Français menacés par les guerres de religion. Mais la réalité est moins glorieuse. Sans être anticlérical, François Hollande est simplement partisan d'une stricte séparation entre l'Eglise et l'Etat. On appelle les religieux à la rescousse du «vivre ensemble»... Mais guère plus. Certains, à gauche, dénoncent l'archaïsme des religions facteur de guerre. Sans prendre conscience que le laïcisme - même tranquille comme chez François Hollande - est aussi d'un autre temps.

**La «laïcité positive» telle que formulée par Sarkozy pourrait-elle être une solution pour mieux accueillir le fait religieux dans la sphère publique et dénouer les tensions communautaires?**

Faute d'être une solution miracle, la «laïcité positive» a été une tentative pour sortir d'une laïcité de combat qui n'est plus de mise. **Manuel Valls** lui-même a parlé d'une «laïcité apaisée» en décorant le cardinal Etchegaray au Vatican. Je prépare un livre enquête sur «Il était une foi **Nicolas Sarkozy**». Et je constate que cette «laïcité active» est un leitmotiv chez lui depuis la mairie de Neuilly. A l'époque, il était le meilleur ami de la paroisse et de la synagogue. Clientélisme diront les uns. Réalisme diront les autres. Il y a paradoxalement chez cet hyperactif la conviction que la politique ne peut pas tout. «La République est une façon d'organiser l'univers temporel. Mais elle n'est pas la finalité de l'homme» écrivait-il en 2004 dans La République, les religions, l'espérance (Cerf). Le poids des mots est indéniable. Cependant les actes ont fait ensuite défaut pour incarner cette laïcité positive délivrée de ses démons.

## Sciences Po: comment choisir son IEP? 104,178

Par Benjamin Dusaussoy

Publié le 25/07/2014 à 16:01



Vous visez Sciences Po mais vous hésitez entre les neuf Instituts d'Etudes Politiques (IEP) de province et le très courtisé IEP parisien? Etablissez votre propre classement à partir de considérations personnelles (familiales, géographiques) et de critères pédagogiques. Chaque établissement a en effet ses propres spécificités.

### Des questions pratiques

«Le choix des étudiants s'explique avant tout par des raisons géographiques», observe Patrick Le Floch, directeur de l'[IEP de Rennes](#). L'aspect financier importe lui aussi: les frais d'inscription en IEP sont progressifs et calculés sur la base du foyer fiscal des parents. Si à [Lyon](#) le montant maximum est de 1650 euros par an, il est de 6300 euros à [Bordeaux](#) par exemple. Seule exception: les [IEP d'Aix-en-Provence](#) et de [Grenoble](#) qui pratiquent encore des prix fixes.

### À chaque IEP sa spécialisation

Vous pouvez aussi faire le choix de vous immerger le plus vite possible dans la culture de l'établissement qui se rapproche de votre projet professionnel. Côté finance par exemple, [Sciences Po Strasbourg](#) dispose de plusieurs masters en plus de son orientation vers les affaires européennes. Vous envisagez une carrière dans le journalisme? L'[IEP de Lille](#) profite de son partenariat avec l'[Ecole Supérieure de Journalisme](#) (ESJ Lille) pour offrir de réelles opportunités dans ce domaine. Si vous êtes branché environnement, Rennes possède une filière consacrée au développement durable et aux énergies renouvelables. A [Toulouse](#), la formation s'articule notamment autour de la préparation aux concours de la fonction publique ainsi qu'une spécialisation dans les domaines de la défense et de la sécurité.

### L'ouverture sur une carrière internationale

Si vous souhaitez vous rendre à l'étranger rapidement, les IEP de Grenoble et de Bordeaux proposent un séjour en université ou en stage hors de l'Hexagone dès la deuxième année, soit un an avant les autres. Pour ceux qui envisagent un cursus internationalisé, Sciences Po Lyon assure des spécialisations par grandes aires culturelles et linguistiques. De même que l'[IEP d'Aix-en-Provence](#), orienté vers le monde arabe et la méditerranée.

## Des cursus tournés vers l'entreprise

Autrefois jugées très académiques, les études à [Sciences Po Paris](#) se sont professionnalisées avec «l'arrivée massive de professionnels issus du monde de l'entreprise dans les cursus de 4e et 5e année», témoigne Françoise Mélonio, directrice des études et de la scolarité. Un stage est organisé en deuxième année de master alors que la pratique est renforcée par la multiplication des travaux de groupe et des études de cas. A l'IEP d'Aix-en-Provence, la dernière année de master peut s'effectuer en alternance. Renseignez-vous sur ces possibilités.

## Sciences Po Paris, la voie de l'excellence

Des postes à hautes responsabilités dans la fonction publique, des salaires plus élevés à la sortie, plus d'universités partenaires... Il existe indéniablement une distinction à opérer entre l'établissement francilien et les IEP de province. Sciences Po Paris possède également plusieurs campus en province qui reposent tous sur une spécialisation par aire géographique. «Nous avons de plus en plus de demandes pour ces campus où l'enseignement des langues est très renforcé. En 2014, seuls 44 % des candidats à l'examen d'entrée ont fait de Paris leur premier choix», relève ainsi Françoise Mélonio.:

## Suivre l'actualité de Sciences Po

Pour prendre votre décision, «n'oubliez pas de suivre l'actualité de Sciences Po. Chaque mois apporte son lot de nouveautés. Cette évolution quasi permanente fera évoluer vos critères», rappelle Laurent Berthet, directeur fondateur de la prépa Climax. Par exemple, à la rentrée, [un nouvel IEP ouvrira ses portes en Ile-de-France à Saint-Germain-en-Laye](#).

## Labor Unions Are Anti-Labor 104,180

Mises Daily: Monday, July 28, 2014 by [George Reisman](#)



Many Americans, perhaps a substantial majority, still believe that, irrespective of any problems they may have caused, labor unions are fundamentally an institution that exists in the vital self-interest of wage earners. Indeed, many believe that it is labor unions that stand between the average wage earner and a life of subsistence wages, exhausting hours of work, and horrific working conditions.

Labor unions and the general public almost totally ignore the essential role played by falling prices in achieving rising real wages. They see only the rise in money wages as worthy of consideration. Indeed, in our environment of chronic inflation, prices that actually do fall are relatively rare.

Nevertheless, the only thing that can explain a rise in real wages throughout the economic system is a fall in prices relative to wages. And the only thing that achieves this is an increase in production per worker. More production per worker – a higher productivity of labor – serves to increase the supply of goods and services produced relative to the supply of labor that produces them. In this way, it reduces prices relative to wages and thereby raises real wages and the general standard of living.

What raises money wages throughout the economic system is not what is responsible for the rise in real wages. Increases in money wages are essentially the result just of the increase in the quantity of money and resulting increase in the overall volume of spending in the economic system. In the absence of a rising productivity of labor, the increase in money and spending would operate to raise prices by as much or more than it raised wages. This outcome is prevented only by the fact that at the same time that the quantity of money and volume of spending are increasing, the output per worker is also increasing, with the result that prices rise by less than wages. A fall in prices is still present in the form of *prices being lower than they would have been* had only an increase in the quantity of money and volume of spending been operative.

With relatively minor exceptions, real wages throughout the economic system simply do not rise from the side of higher money wages. Essentially, they rise only from the side of a greater supply of goods and services relative to the supply of labor and thus from prices being lower relative to wages. The truth is that the means by which the standard of living of the individual wage earner and the individual businessman and capitalist is increased, and the means by which that of the average wage earner in the economic system is increased, are very different. *For the individual, it is the earning of more money. For the average wage earner in the economic system, it is the payment of lower prices.*

What this discussion shows is that the increase in money wages that labor unions seek is not at all the source of rising real wages and that the source of rising real wages is in fact a rising productivity of labor, which always operates from the side of falling prices, not rising money wages.

Indeed, the efforts of labor unions to raise money wages are profoundly *opposed* to the goal of raising real wages and the standard of living. When the unions seek to raise the standard of living of their members by means of raising their money wages, their policy inevitably comes down to an attempt to make the labor of their members artificially scarce. That is their only means of raising the wages of their members. The unions do not have much actual power over the demand for labor. But they often achieve considerable power over the supply of labor. And their actual technique

for raising wages is to make the supply of labor, at least in the particular industry or occupation that a given union is concerned with, as scarce as possible.

Thus, whenever they can, unions attempt to gain control over entry into the labor market. They seek to impose apprenticeship programs, or to have licensing requirements imposed by the government. Such measures are for the purpose of holding down the supply of labor in the field and thereby enabling those fortunate enough to be admitted to it, to earn higher incomes. Even when the unions do not succeed in directly reducing the supply of labor, the imposition of their above-market wage demands still has the effect of reducing the number of jobs offered in the field and thus the supply of labor in the field that is able to find work.

The artificial wage increases imposed by the labor unions result in unemployment when above-market wages are imposed throughout the economic system. This situation exists when it is possible for unions to be formed easily. If, as in the present-day United States, all that is required is for a majority of workers in an establishment to decide that they wish to be represented by a union, then the wages imposed by the unions will be effective even in the nonunion fields.

Employers in the nonunion fields will feel compelled to offer their workers wages comparable to what the union workers are receiving – indeed, possibly even still higher wages – in order to ensure that they do not unionize.

Widespread wage increases closing large numbers of workers out of numerous occupations put extreme pressure on the wage rates of whatever areas of the economic system may still remain open. These limited areas could absorb the overflow of workers from other lines at low enough wage rates. But minimum-wage laws prevent wage rates in these remaining lines from going low enough to absorb these workers.

From the perspective of most of those lucky enough to keep their jobs, the most serious consequence of the unions is the holding down or outright reduction of the productivity of labor. With few exceptions, the labor unions *openly combat the rise in the productivity of labor*. They do so virtually as a matter of principle. They oppose the introduction of labor-saving machinery on the grounds that it causes unemployment. They oppose competition among workers. As Henry Hazlitt pointed out, they force employers to tolerate featherbedding practices, such as the classic requirement that firemen, whose function was to shovel coal on steam locomotives, be retained on diesel locomotives. They impose make-work schemes, such as requiring that pipe delivered to construction sites with screw thread already on it, have its ends cut off and new screw thread cut on the site. They impose narrow work classifications, and require that specialists be employed at a day's pay to perform work that others could easily do – for example, requiring the employment of a plasterer to repair the incidental damage done to a wall by an electrician, which the electrician himself could easily repair.

To anyone who understands the role of the productivity of labor in raising real wages, it should be obvious that the unions' policy of combating the rise in the productivity of labor renders them in fact a leading enemy of the rise in real wages. However radical this conclusion may seem, however much at odds it is with the prevailing view of the unions as the leading source of the rise in real wages over the last hundred and fifty years or more, the fact is that in combating the rise in the productivity of labor, *the unions actively combat the rise in real wages!*

Far from being responsible for improvements in the standard of living of the average worker, labor unions operate in more or less total ignorance of what actually raises the average worker's standard of living. In consequence of their ignorance, they are responsible for artificial inequalities in wage rates, for unemployment, and for holding down real wages and the average worker's standard of living. All of these destructive, antisocial consequences derive from the fact that while individuals increase the money they earn through increasing production and the overall supply of goods and services, thereby reducing prices and raising real wages throughout the economic system, labor unions increase the money paid to their members by exactly the opposite means. They reduce the supply and productivity of labor and so reduce the supply and raise the prices of the goods and services their members help to produce, thereby reducing real wages throughout the economic system.

## In eigener Sache 104,182

Die Zeitungen stecken in der größten Krise ihrer Geschichte. Das liegt nicht nur am Internet. Anlass genug, über unsere eigene Branche nachzudenken.

10.08.2014, von PATRICK BERNAU, RAINER HANK UND WINAND VON PETERSDORFF



© FRICKE, HELMUT  Nachrichten- und Meinungsvielfalt: Am Bahnhofskiosk ist die gute alte Welt der Papierzeitung noch in Ordnung.

Ella ist jetzt 22 Jahre alt. Sie studiert Englisch und Spanisch, ist an Politik interessiert. Ella ist Tochter einer Lehrerin und eines Wirtschaftsjournalisten (der diesen Artikel mit verfasst hat). Der Vertriebsstrategie eines Zeitungsverlages würde sagen: Ella gehört zur Kernzielgruppe von morgen. Genetisch, von der Prägung her und sowieso.



Autor: Patrick Bernau, Jahrgang 1981, verantwortlicher Redakteur für Wirtschaft Online. Folgen:



Autor: Rainer Hank, Jahrgang 1953, verantwortlicher Redakteur für Wirtschaft und „Geld & Mehr“ der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung.



Autor: Winand von Petersdorff-Campen, Jahrgang 1963, stellvertretender Ressortleiter Wirtschaft und „Geld & Mehr“ der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung. Folgen:

Wenn er da mal nicht falschliegt: Die junge Frau, die schon längst in einer WG lebt, hat noch nie in ihrem Leben eine Zeitung gekauft.

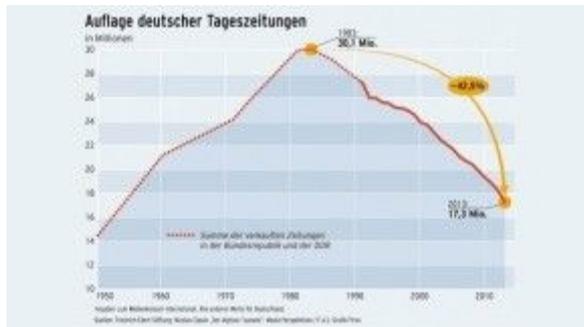
In der Familie, in der Ella aufgewachsen ist, wurde immer Zeitung gelesen: die überregionale Zeitung, dazu das Lokalblatt, am Montag oft der „Spiegel“ und gelegentlich der „Kicker“. Der Zeitungskonsum war beruflich motiviert, aber vor allem war er Teil des Lebensstils. Die Eltern verschwanden zum Ende des täglichen Frühstücks hinter Zeitungsseiten. Sie grunzten Zustimmung, Empörung oder drückten eine Überraschung aus: „Hast du das gelesen?“ „Unglaublich!“

Ella kauft keine Zeitung, aber gelegentlich liest sie Zeitung. Damit ist sie im Einklang mit den Mitstudenten aus ihrem Freundeskreis. Die lesen auch alle selten bis nie Zeitung. Gerade noch zehn Minuten am Tag widmen die 14- bis 29-Jährigen heute im Schnitt der Zeitungslektüre. Ihre Eltern reservieren dafür dreimal so viel Zeit. Das geht aus der ARD/ZDF-Langzeitstudie „**Massenkommunikation 2011**“ hervor.

Ellas Tag beginnt mit dem Griff nach dem Smartphone, das immer neben ihrem Bett liegt. Sie prüft, ob sie neue Whatsapp-Nachrichten bekommen hat, und geht auf Facebook. Zum Duschen hört sie gerne Musik, die von Spotify kommt. Danach und manchmal schon vor dem Duschen stellt sie den Fernseher an fürs Morgenmagazin. Dort folgt sie sogar den Nachrichten. Sie will schon wissen, was los ist in

der Welt. Im Lauf des Tages kommt sie deshalb gelegentlich auf tagesschau.de oder heute.de vorbei. Manchmal schaut sie auf dem Handy auch die Tagesschau.

Ella ist eine Gefahr für die Verlage, unmittelbar und langfristig. Das liegt daran, dass die Zeitung in einer Hinsicht der Zigarette ähnelt: Man muss die Kundschaft im jungen Alter anfixen, um sie zu Gewohnheitskonsumenten zu machen. Sonst sind Hopfen und Malz verloren. Teure Werbegeschenke wie Grillgeräte, Armbanduhren oder andere Verführungen ohnehin.



© F.A.Z. Die Auflage deutscher Tageszeitungen sinkt seit 1983.

Gedruckte Zeitungen befinden sich in der bisher schwersten Krise ihrer Geschichte. Und zwar nicht erst, seit sich nach der Jahrtausendwende das Internet mit Aplomb im Leben von Ella und ihren Generationsgenossen breitgemacht hat. Den Zenit überschritt die Branche schon in den Jahren 1982/1983. Damals betrug die (gesamtddeutsch kumulierte) Auflage aller Zeitungen gut 30 Millionen Exemplare. Dreißig Jahre später, im Jahr 2013, werden nur noch 17 Millionen Exemplare der Tagespresse an potentielle Leser verkauft. Das sind lediglich 57 Prozent des damaligen Allzeitgipfels, es entspricht in etwa der Verbreitung der Zeitungen im Jahr 1957. Am Internet alleine kann der Niedergang also nicht liegen.

Bloß dass Anfang der achtziger Jahre niemand die Wende bemerkt hat. Denn die Kultur des Zeitungslensens war in jenen Jahren noch intakt. Und die satten Anzeigen brachten den Verlegern ordentlich Geld. In den bürgerlichen Familien Deutschlands wurde die F.A.Z. oder die „Welt“ gelesen, der Boulevard hatte seine „Bild“ oder den „Express“. Wer sich links fühlte, griff zur „Frankfurter Rundschau“ oder zur „Zeit“, und aus der alternativ-grünen Szene war 1979 die „tageszeitung“ (taz) erwachsen, hierzulande die letzte erfolgreiche Neugründung einer überregionalen Tageszeitung. Die „Neue Zürcher Zeitung“ (gegründet 1780!), die wir als Studenten in der Schweiz lasen, bot ihren Lesern bis in die siebziger Jahre sogar eine Morgen- und eine Abendausgabe mit jeweils komplett neuen Artikeln.

Wer in dieser guten alten Zeit der selbstbewussten Zeitungskultur aufgewachsen ist und später selbst Journalist wurde (für zwei der drei Autoren dieses Artikels trifft das zu), dem geht die derzeitige Krise der Zeitungen nahe. Wenn wir Wirtschaftsjournalisten über die eigene Branche schreiben, hat das, ob wir wollen oder nicht, seine eigene Befangenheit, kann nicht wirklich „objektiv“ sein. Doch nicht darüber zu berichten ist auch keine Lösung.

Wie gesagt, die Geschichte des Niedergangs fängt längst vor dem Siegeszug des Internets an. Aber seit die meisten Haushalte einen Internetanschluss haben, hat sich das Tempo des Auflagen- und Anzeigenrückgangs rapide beschleunigt: In nur zehn Jahren, von 2004 bis 2014, schrumpfte die verkaufte Auflage der Tages-, Sonntags- und Wochenzeitungen in Deutschland um mehr als sechs Millionen Exemplare. Was ist passiert?



© F.A.Z. Der Medienkonsum steigt, aber Zeitungen werden weniger gelesen - schon seit 1940.

Fragen wir einen der Nostalgie unverdächtigen Zeugen – den Chefökonom des Internetkonzerns Google, Hal Varian. Der Mann, ein Profiteur der Zeitungskrise, hat vor einem Jahr in Mailand einen spektakulären Vortrag über „die Ökonomie des Zeitungsgeschäfts“ gehalten, ausgerechnet als Laudator auf zwei Journalisten. Wenn Zeitungen nicht bald anfangen, kreativ zu experimentieren, könnten sie ihren Herausforderungen nicht trotzen, sagt Varian. Es ist ziemlich ernst: Den ersten Schlag versetzten Kabel- und Satellitenfernsehen den Zeitungen; dann kam das Internet. Es ist ja nicht so, dass der Medienkonsum der Menschen insgesamt zurückginge. Im Gegenteil: Es wird immer mehr gesurft, geguckt, gespielt, gedaddelt. Ganze zehn Stunden täglich vertreiben sich die Bundesbürger ihre Zeit mit irgendwelchen Medien. Aber Zeitung lesen sie immer weniger.

Und Zeitunglesen ist immer teurer. Im Netz lassen sich Informationen viel billiger verbreiten. Die Hälfte der Kosten einer Papierzeitung entstehen durch Druck und Vertrieb. Es braucht große, schwere, teure Maschinen, um die Zeitungsbögen zu drucken. Dann müssen die fertigen Exemplare auf Lastwagen oder in Flugzeuge verfrachtet werden, um am nächsten Morgen von den Austrägern zu den Kiosken und in die Briefkästen der Abonnenten verteilt zu werden. Das verschlingt nicht nur Kapital- und Personalkosten, es dauert auch. Seit dem Internet muss niemand mehr so lange warten, um an die neuesten Informationen zu kommen. „Online-Informationen sind frischer, billiger und jederzeit auf dem Handy zu haben“, sagt Google-Mann Varian. Dabei haben genau diese Vorteile des Internets einst herkömmliche Zeitungen attraktiv werden lassen.

### **Wer Tageszeitung liest, ist gerade kein Spezialist**

Zeitungen waren schnell, billig und ein Massenmedium. Ihren größten Triumph (was nicht mit der größten Auflage identisch ist) erlebten sie an der Schwelle vom 19. zum 20. Jahrhundert. „Damals waren Zeitungen einfach cool“, sagt der Bamberger Kommunikationswissenschaftler Rudolf Stöber.

Weil damals endlich fast alle Menschen in Deutschland lesen und schreiben konnten, wurden Zeitungen zum billigen Kommunikationsmittel für jedermann (man bekam sie für ein paar wenige Pfennige); sie enthielten zudem das Versprechen des sozialen Aufstiegs. Wer sich ein Zeitungsabonnement leisten konnte, der hatte es geschafft und konnte sich sehen lassen. Man muss sich das so vorstellen wie heute das iPhone und iPad (oder vor ein paar Jahren den Blackberry), Statussymbole, mit denen man Coolness und Zugehörigkeit zu den angesagten Kreisen signalisiert.



© INTERFOTO  In den 30ern waren gedruckte Zeitungen schnell und billig.

Immer schon war Zeitunglesen mehr als nur „Informationsbeschaffung“. In den Lesegesellschaften des 18. Jahrhunderts, den Kaffeehäusern des 19. Jahrhunderts, Zeitung ist eine Lebensform, in der sich die bürgerliche Öffentlichkeit herausbilden konnte. Moderne Zeitungen, sagt Forscher Stöber, zeichnen sich durch Aktualität, Periodizität, Publizität und Universalität aus. Sie dienen der kritischen Aufklärung.

Wer eine Tageszeitung liest, ist gerade kein Spezialist. Er ist ein Flaneur, jemand, zu dessen Selbstverständnis zählt, sich für das ganze enzyklopädische Spektrum der Neuigkeiten und ihrer Deutung zu interessieren, sei es in Politik, Sport, Wirtschaft oder Kultur. „Lass mal sehen, was die heute haben“, das ist die Haltung des neugierig flanierenden Lesers. „All the news that’s fit to print“, heißt der Wahlspruch der „New York Times“ seit 1851 – eine Sentenz, die der Wiener Polemiker Karl Kraus kongenial eindeutschte: „Gut, dass in der Welt täglich stets so viel passiert, dass es gerade in eine Zeitung passt.“

Kein Wunder, dass angesichts des aufklärerischen Impulses der Zeitungen die Herrschenden bis heute immer wieder versuchen, durch Pressezensur kritische Gedanken zu unterdrücken – letztlich erfolglos, nachdem die Pressefreiheit in vielen demokratischen Verfassungen als Grundrecht garantiert wurde.

Zeitungen bescherten ihren Eigentümern viele Jahrzehnte satte Gewinne. Das liegt vor allem daran, dass sie von ihren Anfängen an zwei Kanäle der Finanzierung nutzten. Der Leser zahlt am Kiosk oder als Abonnement nicht den vollen Preis, weil sich der Anzeigenkunde, der in der Zeitung Werbung schaltet, an der Finanzierung beteiligt. Der Leser ist dafür sogar dankbar, nicht nur, weil die Zeitung für ihn billiger wird, sondern weil er auch gerne wissen will, wer in der Stadt gestorben ist, wer eine Wohnung zu vermieten oder eine Arbeitsstelle anzubieten hat. Solche Informationen lieferten ihm die Anzeigen.

### **„Geld bringt Unabhängigkeit“**

„Auflage und Reichweite bringen Werbung, Werbung bringt Geld – und Geld bringt Unabhängigkeit“, so lautete der Schlachtruf des ungarisch-amerikanischen Verlegers Joseph Pulitzer. Die lukrativen Nachkriegsjahre, bezogen auf die Erlöse (nicht die verkaufte Auflage) dauerten hierzulande bis zum Jahr 2000, dem Jahr der höchsten Anzeigeneinnahmen. Damals konnte man sich als Faustformel merken, dass sich die Zeitungsumsätze zu zwei Dritteln aus Anzeigen und zu einem Drittel aus Vertriebs Erlösen speisten. Allerdings wäre es ein Missverständnis, dies als historischen Normalfall anzusehen. In der jahrhundertelangen Geschichte der Zeitungen übertrafen die Werbeerlöse den Vertrieb lediglich von 1880 bis zum Ersten Weltkrieg und danach noch zwischen 1958 und 2005, präzisiert der Kölner Zeitungsforscher Andreas Vogel.

Mittlerweile ist es umgekehrt, die Vertriebs Erlöse machen im Durchschnitt 60 Prozent des Umsatzes aus. Weil die Zeitungslektüre gerade bei den für die Werbung relevanten Lesern immer kürzer wird, sind die Werbekunden nicht mehr bereit, hohe Anzeigenpreise zu zahlen. Sie verlangen üppige Rabatte und beklagen lauthals, dass die sogenannten Streuverluste ihrer Reklame in der gedruckten Zeitung viel höher sind als im Internet, wo man sich passgenau seiner Zielgruppe anschmiegen kann, wenn nicht sogar seinem Zielkunden.

Allein in den Jahren 2010 bis 2013 sind den Zeitungen die Einnahmen aus der Werbung von gut 3,6 auf 2,9 Milliarden Euro zusammengebrochen, bei insgesamt steigenden Werbeaufwendungen – eine Spirale nach unten, die an Geschwindigkeit zunimmt. Inzwischen sitzt in den Werbe- und Mediaagenturen eine Generation von Managern und „Kreativen“, die selbst auch keine Zeitung mehr liest.



© DDP IMAGES/DAPD  Wo Zeitung und Schlauchboot eine Verbindung eingehen. Geht

natürlich auch mit iPad, ist aber riskanter.

Die zur Jahrtausendwende endenden Boomjahre der Zeitungen waren in Deutschland aber auch noch in anderer Hinsicht für die Verleger goldene Jahre. Nach dem Zweiten Weltkrieg brauchte, wer Zeitungen drucken wollte, eine Lizenz durch die Besatzungsmächte. Die westlichen Siegermächte waren sich einig, eine neue deutsche, demokratische Presse zu schaffen, die keine Bindung mehr an die unselige Tradition der Nazis haben sollte, und nahmen sich deshalb das Recht der Zensur und Lizenzerteilung heraus.

Faktisch bedeuteten diese Lizenzen für die glücklichen Verleger einen willkommenen Schutz vor Wettbewerb. Wer eine solche Erlaubnis ergatterte – **Rudolf Augstein**, **Axel Springer** oder Henri Nannen sind die prominenten Helden –, der war bald wirtschaftlich ein gemachter Mann. Als nach 1949 jeder einen Verlag betreiben durfte, der nach der Entnazifizierung nicht als Belasteter eingestuft war, kam es zu einer Flut von Neugründungen durch Familienunternehmer, die schon vor dem Krieg einen Zeitungsverlag besaßen. Anschließend setzte eine Konzentration ein, die zu regionalen Gebietsmonopolen mit einer einzigen Verlegerfamilie und einer einzigen örtlichen Zeitung führte. Es ist ein offenes, aber nie offiziell bestätigtes Geheimnis der Branche, dass diese Monopole nicht selten durch wettbewerbswidrige Absprachen zustande kamen, die sich freilich nie nachweisen ließen.

### **Von billigem Papier eingelullt**

Diese ganz besondere Struktur der deutschen Zeitungslandschaft bescherte den Verlageigentümern über viele Jahrzehnte satte Renditen. Die örtliche Sparkasse oder der örtliche Supermarkt kamen gar nicht darum herum, in der Monopolzeitung ihre Reklame zu schalten, wollten sie wahrgenommen werden. Es blieb den werbenden Unternehmen gar nichts anderes übrig, als die von den Verlagen verlangten Anzeigenpreise knurrend zu schlucken.

Monopole machen träge, weshalb der Verdacht naheliegt, dass diese Struktur des Zeitungswesens mit dazu beitrug, dass die Verlage die veränderten Lebensgewohnheiten der Menschen und den technischen Fortschritt lange Zeit nicht sahen oder ernst nahmen. Im letzten Boomjahrzehnt, den 1990er Jahren, wurden sie vom dramatischen Verfall der Papierpreise eingelullt, der für sie angenehm war. Dass das Papier, wie billig auch immer, gegen das papierlose Internet nicht ankommt, wollte damals keiner sehen.

Doch während sich die Zeitungen von den niedrigen Papierpreisen verführen ließen, bereitete die Technik schon das nächste Kapitel im Niedergang der Zeitungen vor. Das Internet löste die Schrift vom Papier und machte sie elektronisch. Das bereitet den Zeitungen gleich doppelt Schwierigkeiten – und zwar in vorher ungeahnter Geschwindigkeit.

Noch im Jahr 2001 funktionierte die Wohnungssuche für den Neuankömmling in der Universitätsstadt so, dass er sich freitagabends um 20 Uhr 30 vor der Druckerei der Lokalzeitung in die Schlange der anderen neuen Studenten einreihete. Um 21 Uhr trug ein Verkäufer die ersten druckfrischen Exemplare der Samstagausgabe aus dem Tor heraus, und dann suchte jeder aus dem Immobilienteil die spannendsten Studentenbuden aus.



© PLAINPICTURE/IMAGE SOURCE  Was die wohl gerade lesen?

Schon drei Jahre später hatten sich „ImmobilienScout“ und „wg-gesucht.de“ durchgesetzt. In dieser kurzen Zeit war die Wohnungssuche per Zeitungsanzeige ein obskurer Geheimtipp für Leute, die im Internet nichts Passendes fanden: Probier's doch mal mit der Zeitung, es gibt immer noch ein paar ältere Vermieter, die das Internet nicht entdeckt haben.

Nicht nur mit den Wohnungen ging es so. Gebrauchtwagen, Bekanntschaften, Arbeitsstellen – all das, was vorher über das Papier an die Nachrichten der Zeitung gebunden war, verschwand nach und nach aus dem Papier. Damit gingen den Zeitungen gewaltige Einnahmen verloren. Aber genauso schlimm: Sie verloren Service für den Leser. Der Werbewirtschaft war durch das Internet plötzlich aufgegangen, dass es überhaupt keinen notwendigen Zusammenhang zwischen Anzeigen und Nachrichten geben muss.

Auch das restliche Anzeigengeschäft wurde schwieriger. Das Internet lockte die Unternehmen mit dem Versprechen, die detailliertesten Daten auszuwerten und ihre Anzeigen immer denjenigen Leuten zu zeigen, die sich am meisten dafür interessieren. Wer die Treffsicherheit der Facebook-Anzeigen kennt, kann an diesem Versprechen auch heute noch zweifeln. Sicher ist aber: Im Internet ist zusätzlicher Platz für Werbung entstanden, jenseits der Plattformen der Zeitungen (Spiegel Online oder faz.net).

### **Die Zeitungen besannen sich auf ihre andere Einnahmequelle: die Leser**

Facebook und andere jüngere Unternehmen haben immer wieder spannende Websites, ohne dafür viel menschliche Arbeit zu brauchen. Dort kombinieren Computer automatisch Nachrichten, die Mitglieder eingegeben haben – so, dass sie zu den individuellen Bedürfnissen der Leser passen. Auch bei Google bauen Computer Milliarden unterschiedlicher Seiten, je nachdem, was der Nutzer gerade sucht. Das Angebot an Werbeflächen vervielfachte sich, die Preise gerieten unter Druck.

Also besannen sich die Zeitungen auf ihre andere Einnahmequelle: die Leser. Die Zeitungen erhöhten die Preise. In den vergangenen 20 Jahren sind die Zeitungen für die Leser doppelt so teuer geworden, die Preise stiegen viel schneller als die der meisten anderen Produkte – während Umfänge und Qualität selten wuchsen, sondern eher schrumpften. Es ist deshalb ein kleines Wunder, dass die Zeitungen so viele Leser bei der Stange halten konnten. Ob die Strategie der Verlage auf Dauer aufgeht, Umfänge zu schrumpfen und Preise zu erhöhen, ist fraglich. Zeitungsforscher Stöber sagt: „Man kann auf Dauer nicht gleichzeitig Preise drastisch erhöhen und Leistungen kürzen, ohne dass dies folgenlos bleibt.“

Anders als in der Papierwelt verursachen in der elektronischen Welt zusätzliche Leser zwar fast keine zusätzlichen Kosten mehr, doch sie sind auch selten bereit, für die Informationen Geld zu bezahlen. Bevor die Zeitungen im Internet auch nur einen Leser verprellten, ließen sie die Zugänge zu ihren Websites lieber kostenlos – ein paar Cent an zusätzlichen Werbeeinnahmen brachte schließlich jeder. Das war einerseits rational gedacht, andererseits aber reichen die niedrigen Werbeeinnahmen im Internet bis heute nur für einen Teil der Redaktionen, um ihre Kosten zu decken. Geschäftlich ist der Online-Journalismus bis heute nicht erwachsen geworden.

Von den Lesern Geld zu verlangen wurde fast unmöglich. Das Veröffentlichen ist ja billig, der Wettbewerb ist schärfer geworden. Wochenmedien bauten fürs Internet zusätzliche, aktuelle Redaktionen auf. Die privaten, aber auch die mit Zwangsgebühren finanzierten öffentlich-rechtlichen Fernsehsender eröffneten große Gratis-Websites.

### **Journalisten verlieren das Monopol als Experten für Nachrichten - werden sie trotzdem noch gebraucht?**

Doch nicht nur unter den Journalisten wuchs die Konkurrenz. Ministerien, Unternehmen, Forschungsinstitute – sie alle fingen an, ihre Sicht auf die Welt selbst im Internet zu veröffentlichen. Gerade die Informationsfans konnten sich den Bundeshaushalt direkt angucken, anstatt über ihn in einer Zeitung zu lesen. Dazu kamen neue Blogs von Fachleuten oder Autoren, die fundierte und lesenswerte Kommentare in die Welt brachten.

Das Internet vermiest den Zeitungen nicht nur das Anzeigengeschäft, es untergräbt auch ihre Autorität. Wir Journalisten haben das Monopol als Experten für Nachrichten und Kommentare ein für alle Mal verloren. Für die Leser ist die neue, vielfältige Welt großartig. Die Journalisten allerdings sind entmachteter. Ihre Hoffnung bleibt, dass sie doch noch gebraucht werden.

Der Psychologe Uwe Hasebrink am Hamburger Hans-Bredow-Institut für Medienforschung sagt, dass Blogs von Fachleuten es den Lesern erleichterten, ihr „thematisches Interesse“ zu stillen: Die Leser wissen meistens vorher, worüber sie sich informieren wollen. Doch es gibt auch das alte „ungerichtete Informationsbedürfnis“ des Zeitungslesers, das Flanieren, die Freude an der Überraschung. Was passiert damit in der neuen Internetwelt? Könnte darin eine Chance für Chefredakteure und ihre Zeitungen liegen?

Der Umbruch des Internets ist nicht die einzige Zäsur unserer Gegenwart. Auch die gesamte berufliche und soziale Umwelt des Zeitungslesers hat sich verändert. Dass Ella, die Tochter des F.A.Z.-Journalisten, und viele andere Deutsche nur noch selten eine Zeitung lesen, ist eine Entwicklung, die nicht nur am Internet liegt. Es hängt auch damit zusammen, dass sich die Tagesabläufe der Menschen in den vergangenen Jahrzehnten dramatisch verändert haben. Das gemeinsame Frühstück in der Familie, zu dem die Zeitungslektüre gehört wie der heiß dampfende Kaffee, gibt es nur noch in traditionellen Milieus.



© WWW.FOTEX.DE  Die Zeitung als Lebensform - in der Kneipe ist das Lesen noch erlaubt.

Die Arbeitszeiten innerhalb der sozialen Schichten haben sich vertauscht. Während Arbeiter und tarifliche Angestellte mit ihren Gewerkschaften die 35-Stunden-Woche erkämpft haben, gilt in internationalen Anwaltskanzleien oder bei Investmentbankern heute eine 80-Stunden-Woche als Regelfall. Von „Zeitnot“ und „Arbeitszeitverdichtung“ sprechen die Soziologen. Noch in den 1960er-Jahren kam der Fabrikdirektor zum Mittagessen nach Hause, vor dem Mittagsschlaf gönnte er sich einen Blick in die Zeitung. Und sein Prokurist las am Arbeitsplatz F.A.Z., „Handelsblatt“ oder „Börsen-Zeitung“, ohne sich gegen den Vorwurf wehren zu müssen, er habe wohl nichts zu tun.

Zeitungslektüre auf der Arbeit geht heute gar nicht, privat im Internet zu surfen ist kein Problem. In der Bürowelt von heute wechseln die Kollegen regelmäßig von der Excel-Tabelle zu Online-Nachrichten, zu Facebook oder Immoscout. Das wird toleriert, weil es in der Regel schnell geht und zudem von außen schwer zu erkennen ist, ob da einer Tabellen kalkuliert oder sich anderweitig im virtuellen Raum herumtreibt.

### Wie geht es weiter? Zwei Szenarien

Wie also geht es weiter mit der Zeitung? Zwei Szenarien können wir uns ausmalen. Das erste trägt den Arbeitstitel: Es wird böse enden. Die Finanzierungsbasis der klassischen Zeitungen erodiert. Ein großes Zeitungssterben setzt ein. Einige Verlage retten sich, indem sie die alten Nebengeschäfte im Internet ausbauen, ihre Zeitungen aber aufgeben. In Gefahr geraten selbst die großen Namen.

Die Werbepreise bleiben unter Druck und sinken. Noch nicht mal die Websites, die heute profitabel scheinen, sind noch sicher. Mit den Redaktionen gehen die Nachrichtenagenturen unter, die heute ja ein paar rudimentäre Nachrichten bis auf die Websites der E-Mail-Dienstleister bringen. Noch sieben Jahre wird es die gedruckte Zeitung geben. Dann ist Schluss – so orakeln gestandene deutsche Verleger. Auch nach dem Untergang der Zeitung werden die Menschen nicht verdummen.

Ihre Nachrichten bekommen sie zum Beispiel von den öffentlich-rechtlichen Sendern, die zunehmend von der Politik beherrscht werden, mit einer Art Steuer zwangsfinanziert. Dazu gesellen sich gemeinnützige Initiativen, wie sie sich in den Vereinigten Staaten und auch in Deutschland nach und nach gründen. Ihre Finanzierung hängt dann von Spenden ab oder von einzelnen Mäzenen, **so wie Ebay-Gründer Pierre Omidyar gerade die investigative amerikanische Nachrichtenseite „The Intercept“ finanziert.**

Wenn sich keine dauerhafte Finanzierung für berufliche Publizisten findet, entsteht der große Teil des Lesestoffs aber aus anderen Motiven. Journalisten werden eine Art Nebenerwerbslandwirt. Wissenschaftler, von den Universitäten bezahlt, unterhalten Blogs.

Und: Unternehmen schaffen ihren eigenen Lesestoff. In den vergangenen Jahren haben viele Firmen ihre Kundenmagazine entdeckt. Der jüngste Hype heißt „**Content Marketing**“: Unternehmen bauen eigene, redaktionsähnliche Einheiten auf und veröffentlichen eigene Artikel, um die Menschen auf ihre Marke aufmerksam zu machen. Coca-Cola hat schon ein ganzes Online-Magazin unter dem Namen „Journey“ im Internet. Die Themen drehen sich längst nicht nur um Cola. Die Autoren spüren dem Trend zum Marathonlauf nach, sie begleiten die Entwicklung der Elektroautos und erklären den Amerikanern sogar, wie das deutsche Ausbildungssystem gegen Jugendarbeitslosigkeit wirkt. Nur richtig kritisch wird kein Artikel. Vor einer solchen Welt haben wir, die Autoren dieses Artikels, Angst. Aber, wie gesagt: Wir sind befangen.

## Eine positive Utopie

Nun die positive Utopie. Es wird doch noch gut: Eine neue Pressevielfalt entsteht. Einige wenige alte Verlagshäuser gehen als Sieger aus der Krise hervor. Medienforscher Hasebrink sagt, sie profitierten davon, dass die großen Marken der Presse ein großes Vertrauenskapital bei ihren Lesern angehäuft haben. Selbst wenn sich Jugendliche vor allem auf sozialen Netzwerken informierten, dann läsen sie dort vor allem die Artikel der bekannten Marken.

Zu den alten Verlagshäusern, die den Wandel geschafft haben, gesellen sich junge Verlage. Sie können entstehen, weil in der neuen Zeit die Verteilung von Informationspaketen ohne großen finanziellen Aufwand möglich wird: Es braucht keine Druckmaschinen, kein Papier und keine Verteilorganisation mehr, um das Produkt zu Kunden zu bringen.

Die neuen Zeitungen entstehen nicht auf der grünen Wiese, sondern eher in der Cloud. Sie werden von jungen, billigen Redaktionen gemacht. Die neuen Verleger haben die Vorstellung aufgegeben, dass das alte Anzeigengeschäft zurückkommt. Sie müssen ausschließlich vom Verkauf journalistischer Texte leben. Damit das funktioniert, verzichten die neuen Verlage weitgehend auf Printausgaben. Zeitungen zum Anfassen gibt es nur als Luxuspaket – so wie wir es jüngst in einem Trendhotel im österreichischen Bad Gastein erlebt haben, wo morgens um sieben Uhr wahlweise F.A.Z. oder „Süddeutsche Zeitung“ vor der Zimmertür lagen. Es gilt das Wort des Amazon-Gründers und neuen „Washington-Post“-Besitzers Jeff Bezos: Gedruckte Zeitungen sind wie Pferde, man nutzt sie nicht mehr zur Fortbewegung, hält sich aber trotzdem gerne ein paar, wenn man sich das leisten kann. Nach langer Zeit ist der Journalismus wieder direkt abhängig von seinen Lesern.

## Verlage kaufen weniger Papier und senken den Preis

Dank Big Data bekommen die Redaktionen schnell eine Erkenntnis, was funktioniert und was nicht funktioniert. Wenn Redakteure die Quote nicht halten, werden sie schneller abgelöst als früher. Statt bisher 150 werden nur noch 20 Journalisten zu einer Pressekonferenz der Kanzlerin kommen – den Untergang der Demokratie muss man deswegen trotzdem nicht befürchten. „Edelfedern“ dagegen werden zu umworbenen Fachkräften, zu Stars des Metiers, beneidet, kopiert und bewundert. Sie bekommen hochdotierte Exklusivverträge, man zahlt Ablösesummen, wenn sie wechseln.

Die Kostenposition der Verlage hat sich halbiert: Sie kaufen weniger Papier, drucken weniger und verteilen kaum noch in entlegene Gegenden. Im Gleichklang senken sie die Preise zum Teil beachtlich, um Marktanteile zu erobern.

Die allgemein erwartete Boulevardisierung der Medien bleibt aus. Stattdessen funktionieren Texte, die mit dem Alltagsleben der Leute verknüpft sind: die vergebliche Suche nach dem passenden Eigenheim im Ballungsraum und mögliche Lösungen. Warum es gefährlich ist, Salat zu essen. Wie Big Data hilft, den besten Partner fürs Leben zu finden. Solche Themen. Einige Verlage setzen explizit auf einen Journalismus, der sich nicht mehr so stark an den Institutionen wie den Parteien, der Kirche oder den Gewerkschaften abarbeitet. Vor allem wird wie wild experimentiert und getestet.

Überraschend für viele ist, dass die Desintegration der Medien, die durchs Internet so leicht gemacht wird, zurückgedrängt wird. Blogger und Journalisten finden sich zu mehr oder weniger losen Redaktionsgemeinschaften zusammen – **nach dem Vorbild von krautreporter.de**. Gemeinsam können sich die Reporter eher Bildredaktion, Infografik und Korrektur leisten und damit die Darstellung verbessern.

Schließlich steigt die Bereitschaft der Leser, für Inhalte zu bezahlen, die sie klüger machen. Die Geschäftsmodelle bleiben gleichwohl fragil: Das Modell „Krautreporter“ holt sich durch regelmäßige Kampagnen Geld über das sogenannte Crowdfunding. Die Zahler fühlen sich als Teil einer Gemeinschaft zur Förderung des zeitgemäßen Journalismus. Sie funktionieren, sagt taz-Geschäftsführer Kalle Ruch, wie eine Versicherungsgemeinschaft, die gewährleistet, dass der gute Journalismus da ist, wenn man ihn braucht.

Hinzu kommt: Die überlebenden alten Verlage haben sich unterdessen an straffes Kostenmanagement gewöhnt und kommen zurecht – ebenso wie die jungen Verlage, extrem schlank, die mit Wagniskapital im Rücken die Zeitungslandschaft aufrütteln. Sie kämen gar nicht auf die Idee, dass sie keine Zukunft haben könnten.

Ist das alles Wunschdenken? Ja, es ist Wunschdenken. So wünschen wir – die Autoren dieses Artikels – uns die neue Zeitungswelt.

Quelle: F.A.S.

## Europas junge Nomaden 104,189

In Portugal, Italien, Spanien oder Frankreich drücken viele junge Menschen nur deshalb länger die Schulbank, weil der Arbeitsmarkt ihnen nichts bietet. Hilfsprogramme sollen das ändern - dabei sind die Gründe ganz andere.

09.08.2014, von SVEN ASTHEIMER



© DPA  Nachwirkungen der Finanzkrise: Vor allem für Millionen junger Menschen gingen quasi über Nacht die Zukunftsperspektiven verloren.

Mitte September jährt sich der Zusammenbruch der amerikanischen Investmentbank Lehman Brothers zum sechsten Mal. Dieser Kollaps wirkte als Brandbeschleuniger der Finanzkrise, die nicht nur Volkswirtschaften und Bankensystem an den Rand des Abgrundes brachte, sondern auch die Arbeitsmärkte in einen Abwärtsstrudel hinabzog. Vor allem für Millionen junger Menschen gingen quasi über Nacht die Zukunftsperspektiven verloren.



Autor: Sven Astheimer, Jahrgang 1972, Redakteur in der Wirtschaft, zuständig für „Beruf und Chance“. Folgen:

In der Europäischen Union stieg die Zahl der Arbeitslosen unter 25 Jahren in nur einem Jahr um eine Million auf weit mehr als fünf Millionen. In Spanien und Griechenland kletterten die Quoten in dieser Altersgruppe auf mehr als 50 Prozent. Auch wenn zu Recht darauf verwiesen wird, dass damit nicht „jeder zweite“ Jugendliche arbeitslos ist, weil Schüler und Studenten nicht berücksichtigt werden, ändert das an der Dramatik wenig.

### **Orientierungslos in der Arbeitswelt**

Denn in Portugal, Italien, Spanien, Griechenland oder Frankreich drücken viele junge Menschen eben nur deshalb länger die Schulbank, weil der Arbeitsmarkt ihnen nichts bietet. Von Südeuropa über weite Teile Mittel- und Osteuropas bis nach Irland und Schweden stolpert eine ganze Generation orientierungslos in die Arbeitswelt hinein. Glaubt man Wissenschaftlern, sind gerade diese ersten Erfahrungen prägend für die Berufsbiographie. Wer seine „Karriere“ mit Arbeitslosigkeit und Existenzängsten beginnt, wird diese Verunsicherung nur schwer wieder los.

Wut und Enttäuschung über jahrzehntelanges Versagen der Regierungen entluden sich zunächst auch in Protestmärschen aufgebracht junger Menschen in den Metropolen von Madrid bis Athen. Diese Demonstrationen sind seltener geworden, doch die Probleme sind noch lange nicht gelöst. Viele haben sich mit der Situation arrangiert. Sie leben wieder unter dem Dach der Eltern und führen ein Leben auf Sparflamme. Andere haben dem offiziellen Arbeitsmarkt frustriert den Rücken gekehrt und halten sich mit Schwarzarbeit über Wasser.

### **Glück im Ausland**

Gerade junge Südeuropäer schnüren auch zunehmend ihr Bündel und suchen ihr Glück im Ausland. Ausgerechnet Deutschland, das sich lange gegen den Status als Einwanderungsland gewehrt hat, ist dank der Strahlkraft seiner Industrie zum neuen Fixstern für

Europas junge Arbeitsnomaden aufgestiegen. Vielerorts können die Goethe-Institute gar nicht so schnell neue Lehrer einstellen, wie die Nachfrage nach Sprachkursen steigt. Der Bund hat gerade die Eingliederungshilfen für junge Zuwanderer aufgestockt, nachdem der Topf für das groß angekündigte Programm wegen hoher Nachfrage rasch geleert und die Regierung blamiert war.

Zwar wird in den Herkunftsländern Süd- und auch Osteuropas die Abwanderung junger Eliten auch kritisch beäugt. Mittelfristig dürften jedoch gerade die EU-Staaten von ihren Auswanderern profitieren. Denn sobald sich die wirtschaftliche Situation in der Heimat verbessert und neue Arbeitsplätze entstehen, werden viele Krisengetriebene über eine Rückkehr nachdenken – reich an Erfahrungen und wertvoll für die eigene Wirtschaft.

Die Jugend meistert die Krise also auf ihre eigene Weise. Das ist gut so, denn von der Politik sollte sie nicht viel erwarten. Zwar haben Europas Staats- und Regierungschefs öffentlichkeitswirksam 6 Milliarden Euro für Hilfsprogramme bewilligt, deren Kernstück eine Garantie ist, jedem jungen Menschen eine Stelle, eine Ausbildung oder ein Praktikum zu bieten. Doch das ist leichter versprochen als vor Ort organisiert. So bleiben dem vor der Ablösung stehenden EU-Arbeitskommissar László Andor nur Appelle.



Mehr dazu in der F.A.Z. vom 09.08.2014. Am Vorabend schon in der [F.A.Z.-App](#) und als [E-Paper](#).

Wichtiger als die weiße Salbe aus Brüssel sind Therapien der nationalen Regierungen. Doch vielerorts wird bestenfalls an Symptomen herumgedoktert, statt Ursachen anzugehen. Spanien hat immerhin einige Reformen im Arbeitsrecht durchgesetzt und bemüht sich, ein praxisnahes Ausbildungssystem nach deutschem Vorbild aufzubauen. Das ist ein langwieriger Prozess, der den Arbeitslosen von heute wenig hilft.

Dennoch ist es kein Zufall, dass sich zwischen Galicien und Andalusien erste Lichtblicke am Arbeitsmarkt zeigen, während in Italien weiterhin das Kartell der Arbeitsplatzbesitzer regiert und die Jugend ihrer Chancen auf fairen Zugang zum Arbeitsmarkt beraubt. Mit Matteo Renzi verhebt sich allem Anschein nach gerade der nächste Regierungschef und Hoffnungsträger an der Herkulesaufgabe, den Arbeitsmarkt aufzubrechen.

Deutschlands Erfolgsgeschichte in Sachen Jugendarbeitslosigkeit beginnt nicht mit dem Ausbildungssystem. Sie gründet in schmerzhaften Reformen nach der Jahrtausendwende, deren Renditen in den Folgejahren eingefahren wurden. Auch wenn das Regulierungspendel zuletzt zurückgeschwungen ist, besitzt das Land heute viele wettbewerbsfähige Unternehmen, die neue Arbeitsplätze schaffen und deshalb ein hohes Interesse an qualifizierten Arbeitskräften haben. Es gilt die alte Erkenntnis: Eine kluge Wirtschaftspolitik ist die beste Arbeitsmarktpolitik. Davon profitieren vor allem junge Menschen.

## Die Deutschländerin 104,191

Als Tochter von Türken wuchs sie in der fränkischen Provinz auf. Schwimmen war tabu, Jungs küssen auch. Dann suchte sie ihre Heimat in der Türkei. Und stellte erst dort fest, wie deutsch sie geworden war.

11.08.2014, von MICHAEL MARTENS, MÜNCHEN



© EILMES, WOLFGANG  Deutsch, türkisch, oder beides? Eine Deutschlandfahne mit Halbmond und Stern, aus einem türkischen Imbiss in Deutschland.

Es ist einer dieser Rundum-sorglos-Sommertage in Deutschland, München leuchtet und funkelt und brunftet und surft & turft, alles ist perfekt, bis auf den Caesar Salad in der „Fleming’s Brasserie & Wine Bar“ am Hauptbahnhof, denn da ist Schweinefleisch drin. Emine Sahin stochert mit der Gabel im Salat und sagt: „Das ist Schinken. Ich kann das jetzt leider nicht mehr essen.“



Autor: Michael Martens, Jahrgang 1973, politischer Korrespondent für südosteuropäische Länder mit Sitz in Istanbul. Folgen:

Sie schiebt den Teller von sich und beschließt, heute zu fasten. Das kennt sie von früher. „Wir Kinder haben sehr gern gefastet. Weil wir dann auch immer Geld bekamen.“ Ihr Vater hatte einen Trick, um seine fünf Kinder für den Ramadan zu begeistern. „Er sagte immer: ‚Wir machen jetzt einen Wettbewerb und schauen mal, wer von euch dreißig Tage fasten kann.‘ Pro Fasttag gab es eine Mark.“

### Das Klischeebild einer Sarrazin-Türkin

Aha. Eine Sarrazin-Türkin also. Kriegt von ein wenig Schinken gleich die Krise. Liebt die Türkei, findet Erdogan toll und Deutschland nicht. Könnte man denken. Stimmt aber nicht, denn die Geschichte von Emine Sahin geht ganz anders. Es ist die Geschichte einer jungen Frau, die in Deutschland aufwächst und glaubt, eine Türkin zu sein, bis sie in die Türkei geht und feststellt: Ich bin eine Deutsche.

Die Geschichte einer Frau, die in Istanbul erkennt, dass ihre Heimat jenes oft geschmähte und gescholtene, vermeintlich langweilige, graue und griesgrämige Land ist, in dem sie aufwuchs, dessen angeblicher Kleinkariertheit sie seit ihrer Rückkehr aber sogar etwas Poetisches abgewinnen kann.

#### Mehr zum Thema

- Nach der Präsidentenwahl in der Türkei: Düstere Aussichten für Erdogan
- Türkische Präsidentenwahl in Deutschland: „Zeichen gelungener Integration“
- Vätergruppe für Deutsch-Türken: Raus aus der Macho-Ecke
- Kommentar: Erdogans Triumph
- Präsidentenwahl in der Türkei: Einer für alles
- Türkei: Lachbremse für Frauen
- Türkei wählt ein neues Staatsoberhaupt

Emine Sahin, geboren 1973 in Ankara, war fünf Monate alt, als sie nach Deutschland kam. Ihr Vater stammt aus Mittelanatolien. Einer von Hunderttausenden, die in Deutschland ein besseres Leben suchten. Mit seiner Frau und den fünf Kindern zog er nach Kleinheubach, Landkreis Miltenberg, Unterfranken. Ein geordnetes, überschaubares, berechenbares Stück Welt: Die zehn Mitglieder des Taubenzuchtvereins treffen sich jeden ersten Freitag im Monat bei Moschos Mavroudis, der die Gaststätte im Sportheim von Eintracht Kleinheubach betreibt.

Der Kaninchenzuchtverein hat 14 Mitglieder, der Bienenzuchtverein 18, die „Vogelfreunde Kleinheubach und Umgebung“ sogar 27. Es gibt auch einen Chor, einen Heimatgeschichtsverein und organisierte Gartenfreunde. Am Mittwoch ist beim Wanderverein „Freiheit“ Seniorenwandertag, Donnerstag übt die freiwillige Feuerwehr, Samstag um halb zwölf ist Sirenenprobealarm.

### **Eine unsichtbare Mauer zur Mehrheitsgesellschaft**

Wie fast überall in der Haushaltsüberschuss-, Rentenerhöhungs- und Titanhüftenrepublik Deutschland haben auch in Kleinheubach die meisten Menschen keine ernsthaften Sorgen. Die Verwaltung funktioniert bestens, das Programm „Mit der Maus ins Rathaus“ für Online-Behördengänge wird gut angenommen, am Grüngutsammelplatz können Äste und Stammteile bis 15 Zentimeter Durchmesser abgeliefert werden. Vorletztes Wochenende waren interessierte Bürgerinnen und Bürger herzlich eingeladen zum Forsteinrichtungs-Abnahmegang im Gemeindegewald, und im Bürgerbüro wurde eine verlorene Lederjacke abgegeben.

So ungefähr war die Welt, in der Emine Sahin aufwuchs. Und auch wieder nicht. Eine unsichtbare Mauer trennte ihr Leben von jenem, das den Lesern des Amtsblatts der Verwaltungsgemeinschaft Kleinheubach, Laudenbach und Rüdenua entgegenschimmert. Emine Sahin durfte zum Beispiel nicht am Schwimmunterricht teilnehmen. Das sei haram, sagte die Mutter, tabu. Die Tochter umging das Tabu, eine Freundin brachte ihr einen Badeanzug zur Schule mit. Bei Klassenfahrten half kein Trick.

Emine durfte als Einzige nicht mit nach England, nicht zum Skiausflug in der neunten und nicht zur Abschlussfahrt in der zehnten Klasse. „Das war ganz schlimm. Ich habe so geheult und immer gefragt: Warum darf ich nicht?“ Wegen der Gegenseite. „Tochter, ich vertraue dir“, sagte die Mutter, „aber ich vertraue der Gegenseite nicht. Es könnte etwas passieren.“

Die Deutschen, die Mehrheitsgesellschaft, all die unterfränkischen Bienen-, Tauben- und Kaninchenzüchter aus Kleinheubach und Umgebung, waren potentielle Feinde. Die Mutter lebte in der ständigen Angst, ihre Töchter könnten die Ehre verlieren. Das konnte einem Mädchen auf vielfältige Art passieren. Durch Vergewaltigung sowieso, durch einen Zungenkuss mit einem Mitschüler auch. Aus dieser Perspektive betrachtet, war das Leben in Kleinheubach voller Gefahren.

In Berlin-Neukölln oder Hamburg-Veddel wären die vielen Tabus nicht so schmerzhaft gewesen. Dort wäre Emine nur eines von vielen türkischen Mädchen in einer mit Verboten umzäunten Welt gewesen. Aber sie wuchs in der deutschen Provinz auf, wo es in den siebziger Jahren kaum Türken gab. „Ich wusste damals nicht, was ich bin. Bin ich Türkin? Bin ich Deutsche?“

In der Schule musste sie sich wie eine Deutsche verhalten, um von den Mitschülern akzeptiert zu werden. Zu Hause musste sie wieder eine Türkin sein. Ein 24/7-Rollenspiel, ohne Ruhetage. An der Realschule biss sie sich durch. Die Mutter konnte nicht schreiben und kaum lesen, der Vater arbeitete. Aber die Lehrer halfen ihr. Herr Krämer in Geschichte, Frau Göbl in Mathe.

### **Der Druck der Familie**

Als Emine Sahin achtzehn wurde, sollte sie verheiratet werden. Im Verwandtenkreis. „Ich habe gesagt, ich möchte nicht. Ich hatte gerade meine Ausbildung angefangen und wollte weitermachen.“ Dennoch versuchten die Mutter und einige Verwandte weiter, sie zu verkuppeln. Irgendwann hasste sie Familienfeiern, weil dann immer ein Kandidat vorgestellt wurde. Ein Verwandter schickte Jungs vorbei, sie sollten sich Emine anschauen. „Das war unangenehm. Bin ich Vieh, das angeschaut werden muss?“ Irgendwann gaben sie es auf.

Die Tochter ließ sich zur Bauzeichnerin ausbilden. Der Vater unterstützte sie. Vielleicht, weil er selbst unter seinen Möglichkeiten geblieben war. Ein aufgeweckter Junge aus der Provinz, nicht dümmer als die studierenden Söhne reicher Türken. Nur viel ärmer und deshalb chancenlos.

Sahin holte das Abitur an der Abendschule nach, studierte Architektur in Frankfurt, ging als Erasmus-Studentin nach Birmingham. Immer weiter entfernte sie sich von dem Leben, das ihre Mutter ihr zgedacht hatte. Das hinterließ Spuren.

Auf die Frage, ob sie ein gutes Verhältnis zur Mutter habe, antwortet Sahin heute nur: „Ja.“ Irgendwann, Stunden später, dazu befragt, wie oft sie mit ihrer Mutter telefoniere, sagt sie: „Nicht so oft. Einfach so, wenn es mal sein muss, an Feiertagen und zu den Geburtstagen.“ Also nur ein paar Mal im Jahr? „Ja, genau.“ Noch später sagt sie über die Beziehung zu ihren Eltern: „Sie könnte herzlicher sein, wenn ich verheiratet wäre. Meine Mutter hat mittlerweile aufgegeben, mit mir zu kämpfen.“

Emine Sahin musste immer kämpfen. Als sie in Frankfurt studierte, hatte sie ihren ersten Freund, einen Deutschen. Sie musste das geheim halten, drei Jahre lang. Immer hatte sie Angst, sie könnte auf der Straße mit ihm gesehen werden. Von Miltenberg nach Frankfurt sind es schließlich nur 75 Kilometer. Deswegen schlug sie dem Freund oft vor, übers Wochenende wegzufahren, weit weg.

### **Entscheidung gegen den deutschen Freund**

Meistens war sie aber bei den Eltern und spielte die türkische Emine. Vorsichtig testete sie, wie die Mutter auf einen deutschen Schwiegersohn reagieren würde. „Mama, ich bringe dir einen Deutschen ins Haus“, sagte sie, scheinbar scherzend. Der Test fiel nicht gut aus. Auch einen Kurden oder einen Aleviten hätte sie nicht nach Hause bringen dürfen. „Mädchen, pass auf, dass es einer von uns ist“, sagte ihre Mutter immer.

Emine Sahin begriff, dass sie zwischen ihrem deutschen Freund und den Eltern wählen musste. Sie wählte. „Mein Freund hat das nicht verstanden. Es war für ihn unvorstellbar, dass ich meine Beziehung meinen Eltern zuliebe beende“, erinnert sie sich.

Heute würde sie auch gegen den Willen ihrer Eltern einen Deutschen heiraten. „Ich bin doch auch eine Deutsche und habe meine deutschen Seiten.“ Vor 15 Jahren lag das noch jenseits ihrer Vorstellungswelt. Sie wollte ihren Eltern das nicht antun. Unter den wenigen Türken von Kleinheubach hätte es Gerede geben, am Ende wäre die Sache gar bis Miltenberg gedrungen.

„Fatimas Tochter ist mit einem Ungläubigen abgehauen. Was für eine Schlampe!“ imitiert Sahin das Gerede, das es gegeben hätte. Es gab solche Geschichten in der Gegend. Geschichten von undankbaren türkischen Töchtern, die mit einem Deutschen durchbrennen und deren Mütter vor Scham an Krebs erkrankten und sterben.

Mit 24 Jahren ging Emine Sahin das erste Mal in eine Disko, in eine deutsche natürlich. In einer Türkendisko wäre die Gefahr der Entdeckung zu groß gewesen. Niemand wusste schließlich, wer einen da sieht und über welche Umwege die Nachricht zu den Eltern gelangen könnte. Allahs Wege sind unerforschlich, aber von einer Disko in Frankfurt nach Kleinheubach führen sie allemal. Tagelang hatte Emine Sahin ein schlechtes Gewissen nach dem Diskobesuch.

Offiziell war sie da schon Deutsche. Sie wurde 1997 eingebürgert, durfte ihren türkischen Pass aber behalten. Als bekannt wurde, dass sie die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen hat, wurde gemunkelt im Dorf. Sieh an, Mustafas Tochter will Deutsche werden. „Für die älteren Türken war das so, als gäbe ich meine Identität auf.“ Für Sahin war es normal. Sie lebte in Deutschland und konnte sich nicht vorstellen, weg zu wollen. Aber dann wollte sie doch.

### **Rückkehr in das Boom-Land Türkei**

Als ihr Vater 2006 in Rente ging, kehrten die Eltern in die Türkei zurück. Ihre Mutter hatte immer davon geträumt, eines Tages wieder dort zu leben, in einem eigenen Haus, mit zehn Hühnern und zwei Kühen. Heute leben Fatima und Mustafa Sahin tatsächlich in einem eigenen Haus in der Türkei, und Hühner haben sie auch, nur Kühe nicht.

Als ihre Eltern in die Türkei gingen, stand Emine Sahin längst auf eigenen Beinen. Sie hatte zuletzt in Frankfurt für die Immobilienabteilung einer Bank gearbeitet, wollte sich aber eine Auszeit nehmen. So ging sie ebenfalls in die Türkei. Ein paarmal war sie dort gewesen, Verwandte besuchen - jetzt wollte sie das Land wirklich kennenlernen und dort leben. In Izmir fand sie einen Job als Bauleiterin. Später wechselte sie nach Istanbul, wo sie für eine deutsche Elektronikmarkt-Kette Grundstücke akquirierte. Die Türkei boomte, Emine Sahin boomte ein wenig mit.

Das war die Zeit, als die Medien auf Sahin aufmerksam wurden. Für „Spiegel“, „Zeit“, „Stern“, „Financial Times Deutschland“, „Le Monde“, „Frankfurter Rundschau“ und „Rheinischen Merkur“ war sie die ideale Protagonistin für eine Reportage mit eingängigem Plot: Eine junge Frau mit Migrationshintergrund verlässt das stagnierende und spießige Deutschland, in dem man ihr nie eine Chance gab, um im Boomland Türkei ihr Glück zu finden. Die „Financial Times“ schrieb: „Die Wirtschaft der Türkei boomt.“

Der Aufschwung zieht scharenweise junge, gut ausgebildete Türken aus Deutschland an. Im Land ihrer Eltern bekommen sie endlich die Chance, die ihnen in ihrer Heimat verwehrt wurde.“ Der „Stern“ druckte unter ein Bild von ihr: „In Deutschland chancenlos, in der Türkei von Arbeitgebern hofiert: Nun feiert Emine Sahin das Oktoberfest am Bosphorus.“

Dabei war sie nie chancenlos gewesen in Deutschland, und sie hatte auch nie behauptet, dort ausgegrenzt zu werden. „Ich kann nicht sagen, dass ich in Deutschland einen Job nicht bekommen habe, weil ich Emine Sahin heiße oder Türkin bin.“ Man müsse doch nur sehen, wie viele Mehmet und Ahmet inzwischen in Deutschland führende Managementposten innehätten, um zu verstehen, dass ein türkischer Name in Deutschland kein Karrierehindernis mehr sei.

In vielen Artikeln über gut ausgebildete Türken, die Deutschland den Rücken kehren, klingt das anders. Der „Spiegel“ führte in einer 2010 erschienenen Reportage über Rückkehrer in Istanbul eine Studie an, laut der jeder dritte deutsch-türkische Student Deutschland

Richtung Türkei verlassen will. „Dort haben sie eindeutig bessere Aufstiegschancen als in Deutschland“, zitierte das Magazin den Geschäftsführer der deutsch-türkischen Handelskammer in Istanbul. Sahin wurde im „Spiegel“ mit der Einschätzung zitiert, in Deutschland sei vieles „kleingeistiger und weniger dynamisch“ als in der Türkei.

### **Sehnsucht nach deutschen Vorschriften**

Ja, so habe sie das damals gesagt, bestätigt sie. Vier Jahre später sagt sie: „Ich liebe die deutsche Bürokratie.“ Als Bauleiterin in Izmir erlebte sie, dass für einen Neubau zwei Stockwerke genehmigt, aber vier errichtet wurden.

Das könne doch nicht sein, warnte sie ihren Chef. Kein Problem, sagte der. Tatsächlich: Der Kontrolleur der Baubehörde wurde bestochen, das Haus erhielt vier Stockwerke. Alltag in der Türkei. Beim nächsten großen Erdbeben wird dieser Alltag viele tausend Menschen, deren gegen die Vorschriften errichtete Häuser die Stöße nicht aushalten, das Leben kosten.

Dennoch gefiel es ihr anfangs in der Türkei. Aber mit den Jahren begann sie, Deutschland zu vermissen. Zunächst waren es nur banale Dinge, Süßigkeiten etwa. Maoam, Nutella, Milka, Lebkuchen. Schwarzbrot konnte sie sich aus Deutschland mitbringen lassen, aber immer mehr fehlten ihr auch Dinge, die in keinen Koffer passen. In Deutschland konnte man sich darauf verlassen, dass der Lohn pünktlich ausgezahlt wird und der Arbeitgeber seinen Anteil an den Sozialbeiträgen abführt, statt ihn heimlich einzubehalten.

In der Türkei war das keine Selbstverständlichkeit. „Es gibt diese deutschen Tugenden, die wir in uns haben, Pünktlichkeit und Ehrlichkeit und so“, sagt Sahin. „In Deutschland haben wir ein tolles System. Mit diesem deutschen System, mit diesem deutschen Kopf bin ich in die Türkei gegangen. Mein Deutschsein habe ich erst in der Türkei entdeckt.“

### **Im Niemandsland zwischen den Kulturen**

Für Menschen wie Emine Sahin gibt es ein Wort im Türkischen, das ihre Stellung im Niemandsland zwischen den Kulturen gut beschreibt: Almanci - Deutschländer. Eigentlich fühlt Sahin sich wohl als Deutschländerin. „Ich finde es schön, beides in mir zu haben. Mal bin ich Deutsche, mal Türkin, wie es mir gerade passt.“ Liebeslieder hört sie lieber auf Türkisch, Verhandlungen führt sie am besten auf Deutsch. Sie ist Muslimin, betet aber auch in Kirchen, mal auf Türkisch, mal auf Deutsch, denn ihr Gott ist polyglott. Auch ihre Träume sind sprachlich gemischt.

Aber was heißt das nun eigentlich - Deutsche sein?

Es ist das erste Mal, dass Emine Sahin länger überlegt, bevor sie antwortet. „Die deutschen Tugenden. Fleißig sein, ehrlich, pünktlich“, sagt sie zuerst. Dann stimmt sie dem Einwand zu, dass es auch fleißige, ehrliche und pünktliche Türken gibt und diese Eigenschaften kaum eine erschöpfende Beschreibung des Deutschseins sind. Ob es mit dem Denken zu tun hat? „Ich denke nicht türkisch. Ich denke deutsch.“

Dass sie anders ist als die meisten türkischen Türcinnen, hat Emine Sahin in Istanbul oft gemerkt. Und vielleicht hat nationale Identität am Ende ja auch mit Gefühlen zu tun, die nicht bis ins Letzte erklärbar sind? Sie habe geweint, als das Flugzeug abhob, mit dem sie nach Deutschland zurückkehrte, erinnert sich Sahin. „Und in Deutschland wollte ich am liebsten den Boden küssen, wie der Papst.“

Emine Sahin fährt immer noch gern in die Türkei. Aber sie weiß jetzt, dass es nicht ihre Heimat ist. Sie lebt heute in München, dort ist sie zu Hause. Wenn Erdogan nach Deutschland kommt und die Almanci als seine Landsleute vereinnahmt, spricht er nicht für Emine Sahin. Sie hat ihre Stimme bei der Präsidentenwahl diese Woche nicht abgegeben. Es gibt viele wie sie in Deutschland.

[Zur Homepage](#)

Quelle: F.A.S.

## Les nouveaux arguments du FN pour sortir de l'euro 104,195

Le Monde.fr | 18.08.2014 à 19h34 | Par **Maxime Vaudano**

Partager facebook twitter google + linkedin pinterest



Florian Philippot, le vice-président du Front national, le 26 mai 2013 à Nanterre. | AFP/STEPHANE DE SAKUTIN

Le Front national poursuit son entreprise de crédibilisation économique. Partisan de longue date d'une sortie de la France de la zone euro, le parti de Marine Le Pen s'est trouvé depuis quelques mois un maître à penser proche du Front de gauche, l'économiste Jacques Sapir, dont un proche collaborateur vient de rejoindre l'équipe frontiste.

Lundi 18 août, sur France Inter, le vice-président du FN, Florian Philippot, s'est à nouveau appuyé sur les thèses de cet intellectuel d'extrême gauche pour dissiper les critiques sur l'irréalisme d'une sortie en douceur de l'euro.

Ce qu'il a dit :

*« La question : "est-ce que la dette va exploser [en cas de sortie de la zone euro] ?" a été tranchée. Non, la dette n'explosera pas, au contraire. La dette française est en contrat national de droit français à 97 %. Selon la loi monétaire internationale, la *lex monetae*, elle sera relibellée en monnaie nationale. Ce dont vous parlez ne concernera que 3 % de la dette française. »*

### POURQUOI C'EST PLUS COMPLIQUÉ

L'argumentaire déployé par Florian Philippot pour dédramatiser le scénario d'une sortie de la France de l'euro n'est pas nouveau. En décembre 2013, sur France 2, il avait déjà cité la *lex monetae* pour contrer les attaques de son adversaire de l'UMP, Benoist Apparu. Au lieu de devoir régler son ancienne dette en euros, ce qui lui coûterait très cher, la France pourrait selon lui la payer dans sa nouvelle monnaie, le franc.

Quelques semaines plus tard, le Front national formalisait sa contre-attaque dans une étude technique de son conseiller économique, en se basant sur les travaux de M. Sapir.

#### 1. Oui, la quasi-totalité de la dette est sous contrat français

Le chiffre cité par Florian Philippot est proche de la réalité : 97 % de la dette publique française serait émise sous contrat de droit français, contre 3 % sous loi étrangère.

Il correspond à l'estimation faite par l'économiste danois Jens Nordvig, coauteur d'une étude de la banque japonaise Nomura qui s'est penchée début 2012 sur les conséquences d'une dissolution de la zone euro, régulièrement citée par Jacques Sapir. Un chiffre jugé « *plausible* » par une source du Trésor public dans les colonnes de *Libération*.

Selon le Front national, cet aspect légal permettrait à 97 % de notre dette d'être relibellée en nouveaux francs, et donc d'être remboursée beaucoup plus facilement. En effet, un Etat qui a le contrôle de sa monnaie peut plus facilement la dévaluer pour alléger le poids de sa dette. Si notre dette restait libellée en euros, il serait au contraire beaucoup plus difficile de la rembourser, car le nouveau franc serait très déprécié par rapport à l'euro.

## 2. Un débat juridique loin d'être tranché

C'est là que réside le grand point d'interrogation du plan du FN. Florian Philippot s'appuie sur l'étude de la banque Nomura pour assurer que toute la dette « *sous contrat français* » sera automatiquement transformée en francs. Mais, déjà, cette conversion risque de ne pas être légale.

En effet, la sortie d'un pays de la zone euro n'ayant jamais eu lieu, le débat juridique est loin d'être tranché, contrairement à ce que sous-entend Florian Philippot.

La Fondation Copernic, un think tank proche de la gauche de la gauche, rappelle que « *l'émission de la dette sous droit français* » ne garantit qu'une seule chose : « *En cas de conflit entre l'Etat et ses créanciers, ce conflit serait réglé devant les tribunaux français.* »

Et rien ne permet d'être sûr que la France obtienne gain de cause. Un gouvernement FN qui sortirait de l'euro et déciderait de relibeller sa dette devrait donc s'attendre à une vague de procès de la part de créanciers de la France, qui lui reprocheraient une rupture de contrat. « *Si l'euro continue à exister comme monnaie, poursuit la Fondation Copernic, on ne voit pas pourquoi les créanciers, en particulier les non-résidents, accepteraient qu'une dette libellée en euros le soit en une monnaie moins forte.* »

## 3. Un problème politique, pas juridique

L'argumentation frontiste s'appuie sur la *lex monetae*, un principe de droit international communément admis : chaque Etat étant souverain pour définir sa monnaie, en changer et fixer le taux de conversion, la France devrait être juridiquement fondée à transformer sa dette nationale de l'euro vers le franc.

Le fait que certaines banques britanniques aient exigé au plus fort de la crise de l'euro des clauses les protégeant en cas de changement de monnaie prouve que la question n'est pas limpide.

En réalité, contrairement à ce que veut faire croire le FN, la question de la dette française en cas de sortie de l'euro est davantage politique que juridique.

L'enjeu financier des quelque 2 000 milliards d'euros de dette tricolore est tel que la France aura du mal à passer en force en imposant ses conditions à 97 % de ses créanciers – sous peine d'être tenue responsable de faillites ou de faire fuir de futurs prêteurs. Il faudra à l'évidence en passer par un compromis.

Quelle que soit la manière de procéder, rééchelonner une dette auprès de ses créanciers n'est jamais simple pour un pays, comme le prouve l'exemple de l'Argentine, qui a été condamnée le mois dernier à rembourser les fonds vautours qui la poursuivaient depuis plus de dix ans.

## 4. Non, la conversion de notre dette en francs ne serait pas indolore

En outre, cette conversion aurait un prix. Pour la population, en premier lieu : une monnaie plus faible impliquerait une inflation démultipliée à chaque dévaluation, le tout gonflé davantage par l'inflation importée, c'est-à-dire liée aux importations.

*« Cela créerait beaucoup d'inflation avec, du coup, une baisse du pouvoir d'achat et des taux d'intérêt extrêmement élevés sur la dette »,* selon Eric Heyer. Pour l'économiste à l'Observatoire français des conjonctures économiques (OFCE), impossible d'affirmer ce qu'une telle sortie de l'euro coûterait, *« à la centaine de milliards près »*.

Par ailleurs, cette « francisation » ne laisserait pas indifférents plusieurs lobbys de poids, étant donné que 34 % de notre dette sont détenus par des banques et des assurances françaises. Sans compter les intérêts de l'Etat lui-même...

107 MILLIARDS Reprenant les chiffres de Nomura, le programme de Marine Le Pen en 2012 reconnaissait une augmentation pour l'Etat lui-même de 107 milliards d'euros de la valeur de la dette en cas de retour au franc. Une somme qui pourrait toutefois être étalée sur plusieurs années à raison de 15 milliards par an, affirmait la candidate.

*« Une taxation exceptionnelle des actifs extérieurs libellés en euros détenus par les banques sera établie pour compenser les coûts pour l'Etat de sa dette résiduelle en euros, dans l'hypothèse très peu vraisemblable où l'euro existerait encore »,* avançait encore le Front national.

Car une sortie de la France de l'euro pourrait provoquer la disparition pure et simple de la monnaie commune. On entrerait alors dans un cas de figure plus clair : en faisant hara-kiri, les Etats de la zone euro se mettraient d'accord sur les taux de change entre l'euro et leurs nouvelles monnaies nationales par une convention, fixant un cadre juridique clair pour le devenir de leurs dettes respectives. Mais les bouleversements économiques qui en résulteraient pourraient alors contrecarrer le scénario optimiste du Front national.

## Die Phantomdebatte von der Deflation 104,198

Europa sorgt sich vor fallenden Preisen. Aber ob das gefährlich ist, hängt von den Ursachen ab. Es besteht kein Grund zur Panik.

15.08.2014, von PHILIP PLICKERT

Das Deflationsgespenst heult derzeit durch viele Kommentare. Eine Deflation, also ein sinkendes Preisniveau, werde „verheerende“ Auswirkungen auf die Wirtschaft des Euroraums haben, heißt es. Häufig ist das Argument zu hören, bei sinkenden Preisen würden Verbraucher massenhaft Einkäufe in Erwartung eines weiteren Preisverfalls verschieben. Daraus resultiere ein Konsumstau, die Wirtschaft in den angeschlagenen Südländern werde gelähmt.



Autor: Philip Plickert, Jahrgang 1979. Redakteur in der Wirtschaft, zuständig für „Der Volkswirt“. Folgen:

Auch wenn diese These von der Konsumzurückhaltung noch so oft und eifrig wiederholt wird - sie ist falsch. Es gibt keinen Konsumstau bei sinkenden Preisen, **zeigt eine jüngst veröffentlichte Studie des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel**. Die Forscher haben die deutsche Preis- und Verbrauchsstatistik daraufhin analysiert, wie sich der Konsum von Gütern entwickelte, die über viele Jahre stetig günstiger wurden. Eine ganze Reihe von Waren, etwa Unterhaltungselektronik, Computer oder Haushaltsgeräte, sind trendmäßig billiger geworden. Und dennoch haben die Verbraucher ihre Anschaffungen keineswegs ewig verzögert. Im Euroraum gibt es trotz der niedrigen Inflationsrate von zuletzt nur 0,4 Prozent keinen Einbruch des Konsums. Die Sparquote liegt stabil bei 13 Prozent. Das ist der niedrigste Wert seit einem Jahrzehnt. Fakt ist: Europas Verbraucher horten ihr Geld nicht, sondern konsumieren.

Selbst in Japan, das zwei Jahrzehnte mit leichter Deflation erlebte, war von einer dauerhaften Konsumverzögerung nichts zu spüren. Die Sparquote, die Anfang der neunziger Jahre 14 Prozent betrug, ist inzwischen auf 2 Prozent gesunken - was an der Alterung der Bevölkerung, aber auch an der geringen Attraktivität von Sparen bei extremen Niedrigzinsen liegt. Besucher in Japan staunen, wie hoch trotz der angeblich zwei verlorenen Jahrzehnte der Lebensstandard weiterhin ist. Ein anderer Fall ist die Schweiz, die wegen der Aufwertung des Frankens seit einiger Zeit einen Deflationsdruck erlebt und trotzdem ein gutes Wachstum schafft.

Jene, die Japan als abschreckendes Beispiel für die angeblich verheerenden Konsequenzen einer Deflation darstellen, argumentieren am Kern des japanischen Problems vorbei. Das Preisniveau fiel, nachdem 1990 eine riesige Immobilien- und Börsenblase geplatzt war. Das sinkende Preisniveau - insgesamt 4 Prozent in zwanzig Jahren - war aber nicht die Ursache des gebremsten Wachstums, sondern eine Folge davon. Der Grund für die schwache Entwicklung nach den geplatzten Blasen war, dass man eine Bereinigung von Fehlinvestitionen vermied und Zombiebanken und Zombieunternehmen mit billigen Krediten über Wasser hielt. Japan scheut bis heute Strukturreformen und hat deshalb an Dynamik eingebüßt.

### Deflation schadet nicht immer

Die Geschichte kennt viele deflationäre Phasen, die wirtschaftlich nicht schädlich waren. Es gibt sogar „zahllose Beispiele ‚guter‘ oder zumindest ‚gutartiger‘ Deflationsepisoden“, schreibt die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, die Zentralbank der Notenbanken, **in ihrem jüngsten Jahresbericht**. Im Goldstandard im neunzehnten Jahrhundert gab es mehr Deflationen als Inflationen, und zugleich war es eine Zeit kräftigen Wachstums. Die Warnungen vor verheerenden Deflationsfolgen beziehen sich meist auf die Erfahrung in der Weltwirtschaftskrise nach dem Crash 1929. Sie führte zu einer „debt deflation“, wie es der Ökonom und unglückliche Spekulant Irving Fisher nannte: Die Aktienkurse und Preise verfielen, die reale Last von Schulden wurde immer drückender. Das hat vielen das Genick gebrochen.

Ob eine Deflation gefährlich oder ungefährlich ist, hängt von den Ursachen ab. Sind es angebotsseitige Schocks, die das Preisniveau drücken - etwa die Integration der Schwellenländer mit günstigen Produkten in die Weltwirtschaft -, dann ist dies eine positive Entwicklung, die den realen Wohlstand mehrt. Auch Strukturreformen, die zu mehr Wettbewerb und damit sinkenden Preisen führen, sind günstig. In den Euro-Krisenländern müssen die übertrieben hohen Lohnstückkosten korrigiert werden. Das ist notwendig, um die Wettbewerbsfähigkeit wieder zu stärken. Ungemütlich ist eine Deflation freilich für jene, die Schulden haben. Zu einer wirklichen Gefahr könnte eine Deflation werden, wenn Zweitrundeneffekte einsetzen und Preise und Löhne wegen einer hartnäckigen Nachfrageschwäche in eine Abwärtsspirale geraten. Davon ist aber nichts zu sehen.

Bislang ist das Deflationsgerede in Europa eine Phantomdebatte. Sie wird von einigen Regierungen - etwa Paris und Rom - benutzt, um vom eigenen Versagen abzulenken und noch mehr billiges Geld von der Europäischen Zentralbank zu verlangen. Auch die Finanzwelt lechzt danach. Die jüngste EZB-Umfrage unter Ökonomen ergab, dass diese ihre Inflationsprognosen für 2014 und 2015 zwar leicht gesenkt haben. Aber sie gehen von einem steigenden Verlauf aus, für 2015 werden im Mittel 1,5 Prozent erwartet. Zuletzt waren die Preise für Energie und Nahrungsmittel rückläufig. Was soll daran schlecht sein? Wenn Öl und Essen billiger werden, stärkt das die Kaufkraft der Bürger. Diese Deflation einzelner Preise ist überhaupt kein Grund zur Besorgnis.

## Die automatisierte Transferunion 104,199

Über eine Arbeitslosenversicherung will die EU-Kommission ständige Transferzahlungen zwischen den Euroländern etablieren. Das Vorhaben ist politisch nicht ungeschickt. Und Deutschland wäre der größte Zahler.

18.08.2014, von **WERNER MUSSLER**, BRÜSSEL

Lange nichts gehört von der „Fiskalkapazität“. Bis vor etwa einem Jahr geisterte dieser Begriff durch die Debatte über mögliche Reformen der Europäischen Währungsunion. Er meint die Idee, für den Euroraum einen eigenen Haushalt für Umverteilungszwecke einzurichten. Eine Zeitlang begeisterte sich auch die Bundeskanzlerin für die „Kapazität“. Sie hielt es für sinnvoll, einzelne Eurostaaten künftig per Vertrag zu bestimmten Reformen zu verpflichten und ihnen im Gegenzug finanzielle Belohnungen in Aussicht zu stellen. Die Mittel dafür hätten aus der neuen „Fiskalkapazität“ kommen sollen – und die hätte zuerst einmal aus den Mitgliedstaaten befüllt werden müssen.

Aber auch für Angela Merkel haben diese Pläne offenbar keine Priorität mehr, und das ist gut so. Die Staats- und Regierungschefs haben die „Fiskalkapazität“ vorerst nicht weiterverfolgt. Doch was in Brüssel einmal auf die Tagesordnung geraten ist, verschwindet so schnell nicht wieder. Die EU-Kommission hat die „Kapazität“ immer anders interpretiert als die Bundesregierung – nämlich als eine gemeinsame Arbeitslosenversicherung für den Euroraum. Sozialkommissar Lászlo Andor treibt diese Idee munter voran, schreibt Studien aus und tut kund, er halte einen ständigen „Mechanismus“ für Finanztransfers zwischen den Eurostaaten für eine der wichtigsten Prioritäten der nächsten EU-Kommission.

### **Zwei Möglichkeiten für die Anpassung an externe Schocks**

Dass die Forderungen nach Transfers mit dem vorläufigen Abklingen der Euro-Krise wieder auf den Tisch kommen, ist keine Überraschung, denn ihnen wohnt eine gewisse Logik inne. Der Euroraum ist kein optimaler Währungsraum. Die lehrbuchmäßigen Mechanismen der Anpassung an externe Nachfrageschocks funktionieren schlecht. Die grenzüberschreitende Mobilität von Arbeitskräften ist gering, die nationalen Güter- und Faktormärkte sind nicht flexibel genug. Theoretisch gibt es bei festen Wechselkursen zwei Möglichkeiten, die Anpassung an externe Schocks zu verbessern. Die erste besteht in einer Erhöhung der Arbeitskräftemobilität und in wirtschaftspolitischen Reformen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit. Die zweite, politisch bequemere besteht in Transferzahlungen.

Solche Transfers über eine gemeinsame Arbeitslosenversicherung organisieren zu wollen ist politisch nicht ungeschickt. Denn für die Versicherung gibt es makroökonomische Argumente, die über die von Andor propagierte Solidaritätsfolklore hinausgehen. Eine Arbeitslosenversicherung gilt – auch national – als klassisches Beispiel eines automatischen Stabilisators. Sie dämpft im Aufschwung die gesamtwirtschaftliche Nachfrage und erhöht sie in der Rezession. Prinzipiell gilt das auch auf europäischer Ebene: Regionen im Aufschwung alimentieren jene in der Rezession und dämpfen so insgesamt konjunkturelle Einbrüche in der EU. Und da zumindest in dieser Theorie die Risiken, von einer Rezession und damit von Arbeitslosigkeit betroffen zu sein, gleich verteilt sind, wäre eine Versicherungslösung demnach empfehlenswert.

### **Ein neuer Kanal für europäische Transfers**

Allerdings beruht diese Theorie auf falschen Voraussetzungen. Die hohe Arbeitslosigkeit in einigen Ländern des Euroraums hat in erster Linie strukturelle, nicht konjunkturelle Gründe. Gegen strukturelle Arbeitslosigkeit kann eine Arbeitslosenversicherung nichts ausrichten, wie man in Deutschland aus eigener leidvoller Erfahrung weiß. Sie verfestigt sie sogar, weil sie den Anreiz für Tarifpartner und den nationalen Gesetzgeber senkt, die Ursachen der strukturellen Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Wer auf Mittel aus der EU-Versicherung hoffen kann, öffnet die Arbeitsmärkte nicht und macht die Löhne nicht flexibler. Und solange die Ursachen der Arbeitslosigkeit unterschiedlich sind, kann auch von einer Gleichverteilung des Arbeitslosigkeits-Risikos keine Rede sein.

In Wirklichkeit geht es Andor auch nicht um eine Versicherung, sondern um einen automatischen neuen Kanal für europäische Transfers, über den dauerhaft von den besser- zu den

schlechtergestellten Ländern umverteilt werden soll. Dass Deutschland der größte Nettozahler wäre, versteht sich von selbst. Andor verschleierte das noch. Bisher hat er nur gesagt, wie er sich die Ausgabenseite vorstellt: Arbeitslose sollen sechs Monate lang 40 Prozent ihres letzten Einkommens erhalten. Über die Finanzierung schweigt er. Es heißt nur, dass die Mitgliedstaaten irgendwie einzahlen sollen. Wer da konkret belastet würde – nationale Haushalte, Arbeitgeber, Arbeitnehmer –, lässt die Kommission vorerst im Dunkeln.

Würde ein Vorschlag für eine europäische Arbeitslosenversicherung konkreter, würden auch die Belastungen klarer. Und weil etliche Staaten eine erhebliche (Netto-)Belastung zu erwarten hätten, darf es derzeit als unwahrscheinlich gelten, dass ein solcher Vorschlag die erforderliche Mehrheit bekäme. Aber die politische Gesamtkonstellation kann sich schnell ändern. Andors Vorgehen erinnert an eine Maxime, die früher einmal dem neuen Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker zugeschrieben wurde: Zuerst stellt man in der EU eine neue Idee in den Raum und wartet auf Reaktionen. Gibt es dann „kein großes Geschrei“, macht man weiter.

## Die unerwiderte Liebe der Menschen zum Kapitalismus 104,201

Die Menschen lieben die kapitalistische Wirtschaftsordnung. Sie drängen hinein, nicht heraus. Das kommt, weil die Regeln einfach sind und das materielle Ergebnis stimmt. Doch ist es ein Vertrag zu Lasten Dritter.

17.08.2014, von MEINHARD MIEGEL



© DDP IMAGES/WARNER BROS. PICTURES  „Der große Gatsby“ - hier mit Leonardo DiCaprio - kündigt auch vom Charme des Kapitalismus.

Die wohl größte Stärke des Kapitalismus - oder dessen, was dafür ausgegeben wird - ist seine überwältigende und nicht zuletzt deshalb für manche geradezu furchterregende Widerstandsfähigkeit. Er gedeiht überall, breitet sich aus und durchdringt jeden Lebensbereich. Ob in Europa oder Asien, ob im 19. oder 21. Jahrhundert, ob in den Glitzer-Avenuen oder Elendsquartieren dieser Welt - die Gefühls-, Denk- und Handlungsmuster, die gemeinhin als „kapitalistisch“ apostrophiert werden und die Ulrich Brand in dieser Zeitung mit der Formulierung „das bornierte Streben nach Profit“ auf den Punkt zu bringen versuchte, sind allgegenwärtig.

Eine solche Erfolgsgeschichte nährt, auch wenn sie erst wenige Jahrhunderte währt, einen Nimbus. Der Kapitalismus, so will es vielen scheinen, ist unvergänglich, weil unüberwindlich. Mögen doch seine Gegner sich über ihn ereifern und ihn verfluchen, am Ende triumphiert er. Wo sind sie denn geblieben, die großen Lehrgebäude und Systeme, die gegen ihn in Stellung gebracht wurden - Sozialismus, Kommunismus und manches andere? Sie sind alle an ihm abgeprallt und letztlich gescheitert. Wie ein Chamäleon passt er sich umstandslos Kulturen und Zeitläuften an und schlägt Jahr für Jahr weltweit mehr Menschen in seinen Bann. Wie die Menschen im Kapitalismus - so wollen möglichst viele leben.

### **Der Kapitalismus obsiegt**

Was ist sein Geheimnis oder zumindest sein Erfolgsrezept? Wo liegen seine scheinbar unerschöpflichen Kraftquellen? Die Antwort ist einfach, wenn auch für manche verstörend: Er kommt der großen Mehrheit zupass und bedient, wenn schon nicht ihre edelsten, so doch ihre stärksten Triebe. Das bornierte, sprich geistig beschränkte Streben nach Profit, soll heißen nach Vorteil und Gewinn, ist, anders als seine Kritiker meinen, nicht eine seiner Schwächen, sondern eine weitere Stärke. Denn das versteht jeder auf Anhieb: Konzentriere dich auf deinen eigenen Vorteil, und versuche, ihn gegen andere zu verteidigen. Du stehst im Mittelpunkt. Unter dem Strich zählst allein du.

Zumindest in seiner heute dominanten Vulgärfassung sind die ethischen und moralischen Anforderungen des Kapitalismus gering. Längst vorbei sind die Zeiten, in denen es noch Teil seines ungeschriebenen Kodex war, dass der Erfolgreiche den weniger Erfolgreichen an seinem Erfolg teilhaben ließ - und zwar freiwillig. Ausgesprochen bescheiden sind auch seine intellektuellen Voraussetzungen. Während sich die Jünger sozialistischer Lehren jahrelang mit schwer verständlichen, auf wissenschaftlich getrimmten Theorien herumschlagen mussten, genügen dem Protagonisten des Kapitalismus ein paar simple Verhaltensregeln, die die meisten im Vorübergehen aufschnappen und selbst die Ungebildetsten in Kürze beherrschen.

Zugleich ist das kapitalistische Belohnungs- und Bestrafungssystem von bestechender Schlichtheit. Lohn und Strafe stehen nicht erst in einer ferneren oder gar jenseitigen Zukunft an, sondern werden zeitnah erteilt. Und sie sind handfest. Der Kapitalismus belohnt und bestraft nicht spirituell-ästhetisch. Er belohnt und bestraft weitestgehend mit der Zuweisung oder der Vorenthaltung materieller Güter. Dass damit auch Fragen von Ansehen und Macht geregelt werden, steht außer Frage, ist aber für breite Bevölkerungsschichten nicht von ausschlaggebender Bedeutung. Für sie zählt das saftige Steak, das flotte Auto und die erlebnisreiche Urlaubsreise. Und für alles das hat das kapitalistische Wirtschaftssystem bislang besser gesorgt als jedes andere.

### **Es geht nicht ohne**

Das haben seine Kritiker häufig verkannt, und wenn sie es erkannt haben, haben sie es nicht einzuordnen vermocht. Selber in wuchtigen Gedanken- und Lehrgebäuden gefangen, fiel es ihnen schwer, das weithin Undogmatische, Spontane, intellektuell Unpräzise und in gewisser Weise Leichtfüßige, beinahe Flüchtige des Kapitalismus zu erfassen. In der Tradition des Marxismus versuchten sie den Kapitalismus wissenschaftlich zu durchdringen, Gesetzmäßigkeiten festzuklopfen und ihn auf diese Weise zu fixieren. Gebracht hat das wenig. Jedes Mal, wenn seine Kritiker glaubten, sein Räderwerk begriffen zu haben, hatte sich der Gegenstand ihres Interesses verändert.

Entmutigt hat sie das nicht. Wie eh und je analysieren, systematisieren und reformieren sie unverdrossen weiter, wohl in der vagen Hoffnung, auf diese Weise eines hoffentlich nicht zu fernem Tages in eine bessere Welt vordringen zu können. Die wichtigsten Kritikpunkte sind geläufig, und Ulrich Brand zählt sie in seinem bereits erwähnten Beitrag alle noch einmal auf: die verhängnisvollen Wachstumstreiber Profit und Konkurrenz, die nicht minder verhängnisvolle Dominanz des Tauschwertes über den Gebrauchswert, die rastlose Suche des Kapitals nach Verwertung oder die inhärente Tendenz zur Überakkumulation und Überproduktion. In seiner Aufzählung fehlt so gut wie nichts - mit Ausnahme des Entscheidenden.

Die ganze Kritik am Kapitalismus krankt daran, dass sie zwar eine Fülle seiner Mängel und Fehler zutreffend erkannt und beschrieben hat, aber nicht wahrhaben will - und um ihres Selbstverständnisses willen wohl auch nicht wahrhaben darf -, dass er sich in den Hirnen und Herzen von mittlerweile Milliarden von Menschen eingemischt hat und deren Denken, Handeln und Fühlen von Grund auf prägt. Diese Menschen mögen den Kapitalismus nicht lieben, möglicherweise verachten oder hassen sie ihn sogar. Aber sie können und wollen nicht von ihm lassen. Brand irrt, wenn er meint, die Menschen hierzulande würden in einer kapitalistischen Wachstumszange gehalten und Hunderte von Millionen würden in den kapitalistischen Arbeitsmarkt gezogen.



© REUTERS  Kaffee trinkt fast jeder, angemessene Preise für ihn zahlen will niemand.

Wenn das so zwanghaft wäre wie von ihm unterstellt, hätte er leichtes Spiel. Das aber hat er nicht. Die meisten drängen nämlich nicht aus dem Pferch, in dem er sie wähnt, und viele drängen sogar hinein. Denn sie sehen, dass es sich mit ein wenig Geschick und Glück dort ganz behaglich leben lässt. Wenn die Menschen wollten, könnten sie sich den Zumutungen des Kapitalismus durchaus entziehen. Aber die Mehrheit will nicht. Sie vertraut, wenn auch zunehmend zweifelnd, der Verheißung, dass alles immer noch besser werde. Und wer ist nicht gerne dabei bei jährlichen Lohn- und Rentensteigerungen, mehr Geld für Gesundheit und Bildung, leistungsfähigeren Infrastrukturen oder größeren staatlichen Leistungen!

Das unterscheidet den Kapitalismus namentlich in den früh industrialisierten Ländern von allen bisher angebotenen Optionen: Die meisten Menschen machen willig und mitunter geradezu lustvoll mit. Hätten die Bürger beispielsweise im real existierenden Sozialismus ebenso bereitwillig mitgemacht, gäbe es ihn zweifellos noch heute. Stattdessen haben sie der Welt höchst eindrucksvoll vor Augen geführt, dass jedes System zu seinem Ende kommt, wenn es nicht mehr von breiten Bevölkerungsschichten getragen wird. Eine wirtschaftliche und gesellschaftliche Ordnung ist ohne das Zutun vieler ein Nichts, eine bloße Chimäre. Diese Binsenweisheit gilt es wieder bewusst zu machen. Solange sie nämlich nicht beherzigt wird, sind alle Systemdebatten Scheingefechte.

### **Eine neue Wirtschaftsordnung?**

Dieser Befund hat schwerwiegende Folgen. Denn ein System zu ändern, an dessen Wesenskern unzählige Menschen hängen, ist wahrscheinlich noch schwieriger, als ein System zu erhalten, dass von vielen abgelehnt wird. Doch Änderungen sind unvermeidlich und dringend. Je länger, je mehr wird nämlich manifest, dass das Expansive des Kapitalismus sein fortwährendes Höher, Schneller und Weiter einen Punkt erreicht hat, an dem nicht mehr nur Wohlstand gemehrt und ein besseres Leben ermöglicht, sondern zugleich die

Lebensgrundlagen beeinträchtigt werden. Die Bundeskanzlerin fordert deshalb, dass noch in diesem Jahrzehnt eine Art des Wirtschaftens gefunden werden muss, die nicht die Grundlagen ihres eigenen Erfolges zerstört.

Viel dramatischer geht es nicht: Wir leben in einer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ordnung, genannt Kapitalismus, die ihre Fundamente aktiv untergräbt! Doch fruchten solche Appelle offenkundig wenig. Von dem angepeilten Jahrzehnt ist mittlerweile fast die Hälfte vergangen, und der Zug fährt immer noch in die falsche Richtung. Die Menschheit beansprucht für ihre wirtschaftlichen Aktivitäten heute anderthalb Globen, und 2030 werden es voraussichtlich zwei sein, wobei es die wohlhabendsten Länder besonders toll treiben. Wirtschaftete die Weltbevölkerung beispielsweise wie die US-Amerikaner, brauchte sie mehr als vier, wirtschaftete sie wie die Deutschen, wären es noch immer zweieinhalb Globen. Dass das kein dauerhaftes Wirtschafts-, geschweige denn Lebensmodell ist, liegt auf der Hand.

Das scheint auch die große Bevölkerungsmehrheit in Deutschland so zu sehen. 2012 wünschten sich nach einer Umfrage im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung acht von zehn Bundesbürgern „eine neue Wirtschaftsordnung“. Zwei von drei Befragten glaubten nicht, dass der Kapitalismus für einen „sozialen Ausgleich in der Gesellschaft“, „den Schutz der Umwelt“ oder „einen sorgfältigen Umgang mit den Ressourcen“ Sorge. Auch misstrauten sie den Selbstheilungskräften des Marktes, die anstehenden Probleme in Wirtschaft und Gesellschaft zu lösen. Verflagen scheint schließlich die Gewissheit, Wirtschaftswachstum erhöhe die eigene Lebensqualität. Zwei Drittel der Befragten verneinten dies.

### Der geliebte Luxus

Ist das die Wende, oder könnten dies wenigstens ihre Vorboten sein? Zweierlei lässt hieran zweifeln: zum einen die Einlassung aller bedeutsameren politischen Kräfte. Keine der größeren Parteien atmet diesen vermeintlich neuen Geist. Zwar finden sich in allen Lagern Individuen und Gruppen, die es ernst meinen mit dem Wandel. Aber tonangebend sind sie nirgendwo. Union und FDP setzen unverändert auf die Entfesselung der Marktkräfte und auf technischen Fortschritt. Die Grünen haben sich mit der gleichen Zielsetzung einem Technikoptimismus verschrieben, „der schon fast Angst macht“ (Brand). Und bei SPD und Linken dominieren diejenigen, denen Verteilungsfragen dringlicher erscheinen als die Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft.

Schleicht die Politik in ihrem ganzen breiten Spektrum um jenen vielgepriesenen und -gescholtenen Kapitalismus wie die sprichwörtliche Katze um den heißen Brei? Dafür spricht in der Tat viel. Die Rechte, was immer darunter zu verstehen ist, duckt sich weg in der Hoffnung, der Sturm des Wandels werde schon irgendwann vorübergehen. Ihre Botschaft: Nur Mut. Harrt aus. Alles wird gut. Überzeugende Gründe für diesen Optimismus bleibt sie allerdings schuldig. Die Linke hingegen flüchtet sich, wie so oft in ihrer Geschichte, auch diesmal wieder in Utopien. Obwohl sie tiefgreifende Veränderungen in Aussicht stellt, sollen diese in den Worten Brands „nicht auf dem Rücken der Menschen ausgetragen werden“. Soll das heißen, „die Menschen“ könnten bei derartigen Umwälzungen ausgespart bleiben?

Das wird schwerlich möglich sein. Wenn dennoch solche Postulate erhoben werden, sind sie diktiert von der Furcht, „die Menschen“ könnten auf Einschnitte in ihrer Lebensführung - weniger Autos, weniger Flugreisen, weniger Fleischkonsum und manches andere - abwehrend reagieren und die Politiker aller Couleur abstrafen. Da erscheint es politisch opportuner, entweder zu behaupten, alles könne und werde im Großen und Ganzen so bleiben, wie es ist, oder zu erklären, vieles werde sich zwar ändern, aber die Menschen erlitten dadurch keine Nachteile. Die Furcht vieler Politiker vor den Menschen scheint groß zu sein. Wie viel und welche Wahrheit vertragen sie? Und wie ist diese Wahrheit zu dosieren und zu verpacken? Nicht ohne Anlass treiben Fragen wie diese die Politiker seit langem um.



© REUTERS  Ein Symbol des Kapitalismus: Eine riesige Kugel bewirbt das Produkt des Cola-

Herstellers Pepsi in Caracas, der Hauptstadt von Venezuela.

Damit ist der zweite Grund angesprochen, der Zweifel an einer Wende, an einem wirklichen Gesinnungswandel breiter Bevölkerungsschichten aufkommen lässt. Es ist wohlfeil, einen größeren sozialen Ausgleich, mehr Schutz für die Umwelt oder einen sorgfältigen Umgang mit den Ressourcen zu fordern. Wird es jedoch ernst und erfährt der Lohnempfänger, dass er mit einem monatlich verfügbaren Haushaltseinkommen von knapp 2500 Euro zum wohlhabenden Teil der Bevölkerung gehört und folglich mehr

zum „sozialen Ausgleich“ beizutragen habe, oder der Erholungssuchende, dass sein geplanter Mallorca-Urlaub die Umwelt erheblich belastet, schwindet bei den meisten die Veränderungsbereitschaft abrupt. So hatten sie sich das nicht vorgestellt.

Fakt ist, dass ein Land wie Deutschland trotz Urban Gardening, Carsharing und was der hoffnungsvollen Zeichen mehr sind, noch längst keinen Abschied genommen hat von einer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die beinhaltet die Grundlagen ihres eigenen Erfolges zerstört. Trotz aller Weltläufigkeit und Internationalität hat es sich eingesponnen in einen dichten Kokon von Selbstzufriedenheit und Selbstgerechtigkeit. Die Bevölkerung dieses Landes ist weithin blind für die Lebensbedingungen und Nöte der Völker um sie herum. Wie könnte sie sonst von Hungerlöhnen bei Mitbürgern sprechen, deren Kaufkraft dreißigmal so hoch ist wie die einer schwer arbeitenden kenianischen Teeplückerin oder einer Näherin in Bangladesch.

### **Nur der Räuber lebt angenehm**

Die nüchterne und oft brutale Wahrheit ist: Beim derzeitigen Wissens- und Könnensstand ist der materielle Lebensstandard, den die Menschen in den früh industrialisierten Ländern pflegen - und zwar alle vom Millionär bis hin zum Grundsicherungsbezieher -, nur unter Bedingungen zerstörerischer Ausbeutung von materiellen Ressourcen, Umwelt und nicht zuletzt Menschen möglich. Die Bürger der früh industrialisierten Länder, die allesamt zum wohlhabendsten Fünftel der Weltbevölkerung zählen, erlitten vermutlich einen Schock, wenn sie ihren hehren Worten Taten folgen ließen und beispielsweise die afrikanische Teeplückerin und die asiatische Näherin menschenwürdig entlohnten oder für Rohstoffe Preise zahlten, bei denen auch Knappheits- und Umweltkosten berücksichtigt sind.

Die Folge wäre eine Preis- und Kostenexplosion, gegen die es kein Aufbegehren gäbe. Denn ein Ausgleich wegen gestiegener Lebenshaltungskosten, wie er heute regelmäßig von Gewerkschaften und sonstigen Interessenverbänden gefordert und oft auch durchgesetzt wird, hätte keinen Adressaten. Das ist nicht, edel aber ehrlich: Wie die Dinge liegen, lebt eigentlich nur der homo rapax, der räuberische Mensch, materiell angenehm. Zwar ist das nicht neu, hat sich aber im Laufe der Zeit institutionell verfestigt und betrifft nicht mehr nur Individuen, sondern ganze Völker. Diesem homo rapax ist die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung des Kapitalismus auf den Leib geschneidert. Sie ist das Biotop, in dem er aufblüht.

Nicht zuletzt bedingt durch überkommene ethische Normen gestehen sich nur wenige ein, dass der Wohlstand, den sie genießen, allenfalls teilweise auf eigener Tüchtigkeit, im Übrigen aber auf der fortdauernden Überforderung von Lebensgrundlagen und Mitmenschen gründet. Deshalb rotiert namentlich in früh industrialisierten Ländern unablässig eine Erklärungs- und Rechtfertigungsmaschinerie, die buchstäblich so alt ist wie Adam und Eva. Jahrtausendlang war es der Teufel, der den Menschen zur Sünde verführt hat. Der Mensch als solcher war gut. Jetzt ist es ein System, der Kapitalismus, das den Menschen zu fehlsamem Verhalten verleitet. Ohne dieses System wäre der Mensch ein anderer. Also nieder mit dem System.

### **Ein freier Wille für den Wandel**

Wenn es doch so einfach wäre! Seit vielen Generationen bemüht sich vornehmlich die politische Linke, den Kapitalismus zu reformieren oder besser noch durch eine andere, humanere Ordnung zu ersetzen. Das Ergebnis dieses Mühens ist auf globaler Ebene ein totaler Fehlschlag. Wer kann, bereichert sich schamloser denn je. Das wohlhabendste Fünftel der Menschheit beansprucht mittlerweile 83 Prozent der Weltgütermenge. Für das wirtschaftlich schwächste Fünftel bleibt gerade einmal gut ein Prozent. Und was auf globaler Ebene gilt, setzt sich im binnengesellschaftlichen Bereich fort. Alles nur Fehlfunktionen eines Systems oder - in der Sprache der Technik - auch menschliches Versagen? Denn schließlich sind es Menschen, die Systeme so oder anders aufladen.

---

Mehr zum Thema

- TV-Kritik „Beckmann“: Wühlen in den Abfällen der Überflussgesellschaft
- Wachstumskritik: Das bornierte Streben nach Profit
- Liberalismus im Konflikt: Eigentum ist Macht
- Abheben im Handel: Der globale Deal
- Blogs | Wostkinder: Geld her, wir leben im Kapitalismus

Es sei wiederholt: Beim derzeitigen Wissens- und Könnensstand bedeutet jedes Wachstumsprozent, jede Lohnrunde, jede weitere soziale Wohltat oder jede zusätzliche öffentliche Leistung zwar nicht zwangsläufig, aber nach allen bisherigen Erfahrungen in der Regel eine Erhöhung des zerstörerischen Drucks auf die Lebensgrundlagen und damit eine Beschleunigung ihres Zusammenbruchs. Es kann ja sein, dass die Menschheit irgendwann so wissend und könnend sein wird, dass sie ihren materiellen Lebensstandard auch ohne Zerstörung und Ausbeutung von Natur und Mensch zu heben vermag. Aber noch ist sie hiervon weit entfernt. Bisher hat sie für die Mehrung ihres materiellen Wohlstands allenfalls kleine Abschlagszahlungen geleistet.

Die Menschheit, mit den früh industrialisierten Ländern an ihrer Spitze, befindet sich damit in einem existentiellen Dilemma. Frönt sie weiterhin ihren räuberischen Neigungen und fährt fort, ihre Lebensgrundlagen zu überfordern, wird sie scheitern. Das muss sie aber nicht. Denn auch wenn die Gelehrten darüber streiten, ob der Mensch einen freien Willen hat, ist er doch nicht Sklave der von ihm selbst geschaffenen Ordnungen. Insoweit gilt für den Kapitalismus Ähnliches wie für den Krieg: Stell dir vor, es ist Kapitalismus, aber

keiner lebt seinen Maximen. Das wäre sein Ende. Ein wirklichkeitsferner Traum? Vielleicht. Aber wenn es nicht gelingt, die tief verinnerlichten „kapitalistischen“ Denk-, Gefühls- und Handlungsmuster zu überwinden, können die Menschen noch so viel am System herumschrauben - sie werden keines ihrer Probleme lösen.

Meinhard Miegel Jahrgang 1939, ist Ökonom und Sozialforscher sowie Vorstand des wachstumskritischen Thinktanks „Denkwerk Zukunft“. Miegel plädiert für einen Abschied von der Wachstumsideologie zugunsten immateriellen Wohlstands. Er war Sachverständiger in der Enquetekommission des Deutschen Bundestages zum Themenfeld „Wachstum Wohlstand Lebensqualität“. Im März 2014 erschien sein Buch „Hybris. Die überforderte Gesellschaft“ im Propyläen-Verlag, Berlin.

[http://www.nytimes.com/2014/08/18/opinion/europes-recurring-malaise.html?hp&action=click&pgtype=Homepage&module=c-column-top-span-region&region=c-column-top-span-region&WT.nav=c-column-top-span-region&\\_r=1](http://www.nytimes.com/2014/08/18/opinion/europes-recurring-malaise.html?hp&action=click&pgtype=Homepage&module=c-column-top-span-region&region=c-column-top-span-region&WT.nav=c-column-top-span-region&_r=1)

## The Opinion Pages | EDITORIAL

### Europe's Recurring Malaise 104, 206

By THE EDITORIAL BOARD AUG. 17, 2014

No one should be surprised that the economy of the eurozone is once more going in reverse. This is an entirely predictable outcome of the misguided policies that European leaders stubbornly insist on pursuing, despite all evidence that they are exactly the wrong medicine.

The acute phase of the financial crisis in Greece, Spain, Ireland and other European countries ended months ago. But the European Union's insistence, led by Germany, that governments reduce their deficits by cutting spending and raising taxes has continued to impede further recovery. In addition, the European Central Bank has been slow and timid in lowering interest rates and buying bonds, both of which would help. And Europe has allowed problems in its banking sector to fester — witness the [emergency bailout](#) of one of Portugal's biggest banks.

The numbers tell the story. In the second quarter of the year, the 18-country euro area registered [no growth](#), down from a 0.2 percent increase in output in the first three months of the year. The economies of Germany and Italy contracted 0.2 percent, while France registered no growth for the second quarter in a row. Other data released in recent days provide little reason for hope that conditions will get better soon. The [inflation rate](#) in the eurozone fell to 0.4 percent in July, down from 1.6 percent in the same month a year earlier. [Industrial production](#) fell 0.3 percent in June.

Big changes are plainly needed. As other central banks around the world have done, the European Central Bank should be buying government and other bonds to drive down interest rates and encourage banks to lend more to businesses and consumers. The bank's president, Mario Draghi, [has argued](#) that governments must adopt more pro-growth policies. He's right, but he cannot ignore his own responsibility. There is little to no risk that more aggressive central bank policies would cause runaway inflation, given that prices are increasing at a far slower pace than the central bank's target of [just below 2 percent](#).

It's true, of course, that monetary policy alone will not be sufficient to revive the eurozone economy. Fiscal policy must also be rethought and reworked. The E.U. (encouraged, again, by Germany) has demanded that nations like France and Italy reduce their budget deficits, while at the same time undertaking "structural reforms" that, for instance, make it easier for entrepreneurs to start businesses and for companies to fire workers.

But it is politically difficult, not to mention counterproductive, for governments to do both of those things at a time when the eurozone [unemployment rate](#) (11.5 percent in June) is so high. Governments need more flexibility. If anything, they should be taking advantage of [low bond yields](#) — Germany can borrow money for 10 years at an interest rate of about 1 percent, and France can borrow at 1.4 percent — to increase spending to kick-start their economies. Once the laggards get going again, their leaders can more easily make the case to their legislatures and citizens for tough economic reforms. But far greater patience is needed, as well as a big change in attitude in Germany and among the E.U.'s senior leadership.

<http://www.lefigaro.fr/conjoncture/2014/08/19/20002-20140819ARTFIG00102-le-new-york-times-dezingue-la-politique-economique-de-l-eurozone.php>

### Le New York Times dézingue la politique économique de l'Eurozone

Publié le 19/08/2014 à 11:20

«Entêtement des leaders européens», «décisions contre-productives», «changement d'attitude indispensable de l'Allemagne», entre autres éléments de langage: les éditorialistes du [New York Times](#) se sont livrés dimanche à une cinglante attaque des politiques économiques de l'Eurozone. Au centre des critiques du quotidien américain: l'Allemagne qui, en sa qualité de première puissance du continent, se trouverait à l'origine de presque toutes les mauvaises décisions prises au niveau européen.

La croissance n'est pas au rendez-vous: [nulle en France](#), elle est en recul de 0,2% en [Allemagne](#) et en [Italie](#). «Personne ne devrait être surpris que l'économie de l'Eurozone marche encore à l'envers» selon le [New York Times](#), qui pointe du doigt l'entêtement des leaders européens à poursuivre leurs politiques alors «qu'elles sont exactement le mauvais traitement». Ce «mauvais traitement» dont parlent les éditorialistes du journal new-yorkais, c'est l'austérité: «l'insistance de l'Union Européenne, menée par l'Allemagne, à pousser les gouvernements à réduire leurs déficits en coupant les dépenses et en augmentant les impôts a fait obstacle à la reprise». La Banque centrale européenne (BCE) n'est pas non plus épargnée: «la BCE a mis trop de temps et pas assez de volonté à baisser les taux d'intérêt et à racheter les obligations des États, alors que ces deux mesures sont efficaces». Résultat de cette série de mauvais choix, selon le journal new-yorkais: en plus d'une croissance atone, [la déflation guette l'Europe](#) et la production industrielle poursuit sa chute.

## Le journal préconise un changement d'attitude radical

Et le [New York Times](#) de proposer des solutions pour relancer la croissance de [l'Eurozone](#). «De grands changements sont indispensables. Comme d'autres banques centrales ailleurs dans le monde l'ont fait, la BCE devrait racheter les obligations des États ainsi que d'autres emprunts, pour faire baisser les taux d'intérêt et encourager les banques à prêter plus aux entreprises et aux particuliers» analyse le quotidien, expliquant que les risques qu'une telle politique provoque une inflation galopante sont proches de zéro.

En plus de ces nouvelles actions de la [BCE](#), le [New York Times](#) prône une autre politique fiscale. Les requêtes simultanées de l'UE (portées une nouvelle fois par [l'Allemagne](#), critique le quotidien) de baisse des déficits et de hausse de la flexibilité du travail sont contre-productives et irréalisables en période de chômage de masse.

Enfin, le journal «conseille» aux décideurs européens de profiter des taux d'emprunts actuellement très bas pour relancer l'économie de la zone. Mais pour que ces mesures portent leurs fruits, le [New York Times](#) préconise un changement d'attitude radical des autorités européennes en général, et de l'Allemagne en particulier.

# Merkel hält Top-Ökonomen fehlerhafte Prognosen vor 104,207

Auf dem Treffen der Wirtschaftsnobelpreisträger hat Angela Merkel die versammelte Wissenschaftselite kritisiert. Und für Schuldensünder im Euro-Raum forderte die Kanzlerin härtere Sanktionen.

Von [Holger Zschäpitz](#) Leitender Wirtschaftsredakteur



Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat auf dem Treffen der Nobelpreisträger in Lindau weltweit einheitliche Regeln für spekulative Fonds und Investmentfirmen gefordertFoto: REUTERS

Angriff ist die beste Verteidigung. Getreu dieser Devise hat Angela Merkel ihr Debüt beim renommierten Treffen der Wirtschaftsnobelpreisträger in Lindau gegeben. Statt auf die Kritik an ihrer Euro-Politik näher einzugehen, fragte die Bundeskanzlerin in ihrer Eröffnungsrede zunächst die versammelte Wissenschaftselite, warum denn die Prognosen der Spitzenökonomien so oft fehlerhaft seien.

Sie schätze den ökonomischen Sachverstand durchaus sehr, wolle aber endlich eine "ehrlichere" Politikberatung, die auch Fehler eingesteht und Unschärfen benennt. "Politik hat ein Interesse daran, nicht nur zu reagieren, sondern zu agieren. Um Sachen gestalten zu können, müssen wir sie rechtzeitig vorhersehen", sagte Merkel in Lindau.

Zudem verteidigte die Kanzlerin die deutsche Euro-Politik. [Deutschland](#) habe bewiesen, das Wachstum und Schuldenabbau durchaus zusammengehen. Zwar will sich auch die Kanzlerin dafür einsetzen, dass die Konstruktionsfehler der Währungsunion beseitigt werden. Nur hält sie dafür eher härtere Sanktionen für Schuldensünder und Reformverweigerer der Euro-Zone für nötig und weniger Euro-Bonds oder eine Fiskalunion.

Mit ihrer Rede hat Merkel eine Duftnote beim fünften Treffen der Wirtschaftsnobelpreisträger hinterlassen, auch wenn sie die Erwartungen der Wissenschaftselite wohl verfehlt hat. Lindau gilt als eine Art Gipfeltreffen der Ökonomenzunft ähnlich dem prominenten Weltwirtschaftsgipfel in Davos.

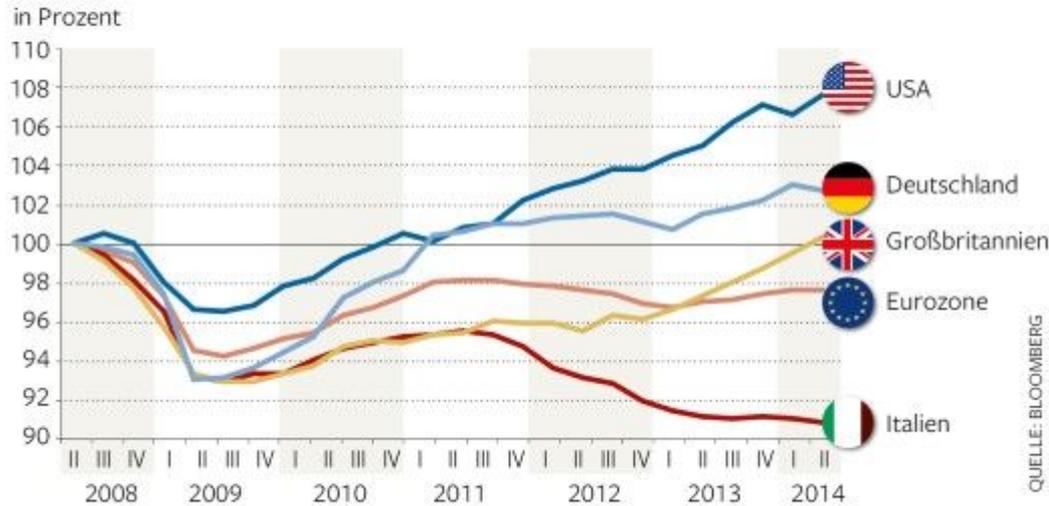
Während in den Schweizer Alpen die Welt verbessert werden soll, geht es in Lindau darum, ökonomische Theorien und Modelle zu diskutieren und so den Nutzen der Volkswirtschaftslehre für Politik und Gesellschaft zu erhöhen. Vor zehn Jahren fand das erste Treffen dieser Art statt.

## Euro-Zone könnte in eine Abwärtsspirale geraten

Die wachsende Bedeutung des Treffens macht auch deutlich, dass Merkel erstmals das Gipfeltreffen der Ökonomen in Lindau besucht hat, während sie Davos in diesem Jahr fern geblieben war.

Die Erwartungen der meisten Spitzen-Ökonomen an Merkel waren hoch. Schließlich [schlittert die Euro-Zone in ihre dritte Krise](#) innerhalb von sechs Jahren. Die Wirtschaft der Währungsgemeinschaft ist im zweiten Quartal zum Stillstand gekommen, die Wirtschaftsleistung in Italien und Deutschland ist zwischen April und Juli sogar um 0,2 Prozent geschrumpft. Viele Ökonomen sehen das Risiko, dass die Euro-Zone in eine gefährliche Abwärtsspirale kommen könnte.

## REALES WIRTSCHAFTSWACHSTUM SEIT AUSBRUCH DER FINANZKRISE



DIE WELT

Das Wirtschaftswachstum seit 2008 indiziert von ausgewählten Ländern und der Euro-Zone im VergleichFoto: Infografik Die Welt

Doch die Nobelpreisträger bekamen von Angela Merkel nicht viel Neues zu hören. Die Bundeskanzlerin wiederholte, dass die [Euro-Krise](#) noch nicht abgearbeitet ist. Vor allem auf drei Gebieten sieht sie weiteren Handlungsbedarf: bei der Staatsverschuldung, dem Bankensystem und der mangelnden Wettbewerbsfähigkeit vieler Länder.

Doch statt neue Initiativen wie Schuldenerlasse oder Fiskaltransfers ins Leben zu rufen, setzt Merkel weiter auf [Schuldenabbau](#) durch Konsolidierung. Die Antwort darauf, wie beispielsweise Italien mit einer Staatsverschuldung von 135 Prozent, das gerade zum dritten Mal seit 2008 in die Rezession gerutscht ist, das schaffen soll, blieb die Kanzlerin schuldig. Mehr wirtschaftspolitische Koordinierung müsse her und natürliche schärfere Sanktionen, die auch bei Reformverfehlungen greifen sollten.

Und [Europa](#) müsse sich im internationalen Wettbewerb an den Besten orientieren und keineswegs am Durchschnitt. "Europa hat heute etwa sieben Prozent der Weltbevölkerung und wird vielleicht knapp 25 Prozent des Weltinlandsprodukts haben. Gleichzeitig hat Europa annähernd 50 Prozent der Sozialausgaben der Welt. Den Wohlstand können wir nur dann halten, wenn wir innovativ sind." Diese Erkenntnis hatte Merkel bereits die Davoser Elite im Jahr 2013 wissen lassen.

### Neues Indikatorensystem für den Wohlstand

Auch ihr Plädoyer für eine schärfere Regulierung der Finanzmärkte war nicht neu. In Lindau verlangte sie einmal mehr weltweit wirksame Regeln für die sogenannten Schattenbanken. Damit sind zum Beispiel spekulative Fonds oder Investmentfirmen gemeint, die zwar milliarden schwere Transaktionen abwickeln, aber anders als die traditionellen Geldhäuser kaum einer Kontrolle unterliegen.

Bei allen Fortschritten bei der Regulierung der Banken sei dies immer noch "ein Bereich, der regulatorisch ziemlich nackt dasteht", sagte Merkel. Es bestehe das Risiko, dass Finanzakteure aus dem regulierten Bankensektor auswichen in den Schattenbanken-Bereich. "Wenn wir den nicht mit derselben Konsequenz dann auch unter die Lupe nehmen, dann ist jedenfalls die Gefahr einer nächsten Finanzmarktkrise bereits vorprogrammiert."

Immerhin machte Merkel noch einen Vorschlag zur besseren Messung des gesellschaftlichen Wohlstands. Man dürfe zur Berechnung des Bruttoinlandsprodukts nicht nur die nackten Zahlen addieren, sondern müsse ein neues Indikatorensystem erfinden, das die Erfahrungen der Bürger nach einem guten Leben berücksichtigt.

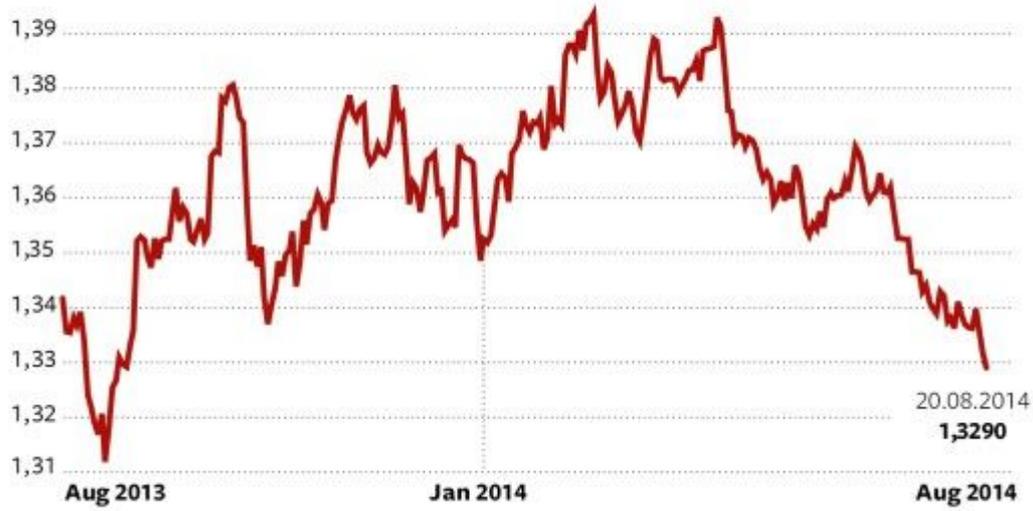
Der Vorschlag führte beim Publikum zu ähnlichem Stirnrunzeln wie die Idee eines Weltwirtschaftsrats unter dem Dach der UNO, die Merkel 2009 in Davos ventilierte.

Merkel hat mit ihrem Auftritt dem Nobelpreisträger-Treffen ein weiteres politisches Gütesiegel aufgedrückt. Doch in Sachen Aufmerksamkeit blieb sie hinter dem Auftritt des ehemaligen Bundespräsidenten Christian Wulff zurück.

Dieser hatte vor drei Jahren frontal die Europäische Zentralbank für ihre weite Auslegung des Mandats angegriffen und insgesamt die Politik des Klein-Klein geziehen und damit Lindau in die Tagesschau gebracht. Das dürfte Merkel mit ihrer Kritik an der Ökonomenzunft nicht gelingen.

## EURO ERSTMALS SEIT SEPTEMBER 2013 UNTER 1,33\$

Kurs in US-Dollar



DIE WELT

Euro-Devisen-Kurs in DollarFoto: Infografik Die Welt

L'Allemagne ne paiera pas ; et elle aura bien raison ! 104,210

Publié le 20/08/2014 à 10:19



FIGAROVOX/TRIBUNE - Alors que le gouvernement reproche à l'Allemagne de ne pas suffisamment contribuer à la reprise économique européenne, Yves de Kerdrel conseille à François Hollande de cesser de blâmer notre voisin pour notre faiblesse.

---

*Yves de Kerdrel est chroniqueur au Figaro.*

---

**François Hollande** a plongé l'économie française dans le chaos, comme en témoignent les récents chiffres sur la croissance publiés par l'Insee. Non seulement l'économie française tourne deux fois moins vite que ce qui était promis pour cette année par le chef de l'État. Non seulement l'investissement des entreprises a fondu et la consommation des ménages s'est évanouie. Non seulement les faillites d'entreprises augmentent en flèche. Mais surtout les recettes fiscales ne seront pas au rendez-vous cette année. Si bien que la France sera le seul pays européen qui verra s'accroître, cette année, son déficit budgétaire par rapport à 2013.

**Le problème du président de la République, c'est qu'il ne veut pas reconnaître que c'est sa politique fiscale insupportable qui a plongé notre économie dans cet état-là.**

Le problème du président de la République, c'est qu'il ne veut pas reconnaître que c'est sa politique fiscale insupportable qui a plongé notre économie dans cet état-là. À tel point qu'à ce rythme, la **France** risque de se retrouver d'ici deux ans dans le même état que la **Grèce**. N'en déplaise aux agences de notation qui recommandent toujours aux investisseurs l'achat des emprunts d'État tricolores comme s'ils étaient aussi solides que de l'or. De fait, François Hollande a trouvé le coupable idéal. Tout en multipliant les embrassades avec les officiels d'outre-Rhin pour commémorer le déclenchement de la **Première Guerre mondiale**, il s'en prend à **Angela Merkel** et à une Allemagne qu'il considère comme égoïste car «ses excédents commerciaux et sa situation financière lui permettent d'investir davantage. C'est le meilleur service que l'Allemagne peut rendre à la France et à l'Europe».

La réponse de la bergère allemande au berger français ne s'est pas fait attendre. Et la chancelière a immédiatement rétorqué que «les déclarations très générales en provenance de Paris ne fournissent aucune raison pour de quelconques corrections dans la politique économique (...) l'Allemagne est déjà la locomotive la plus importante pour la conjoncture de la zone euro».

Et comme à Paris les voix autorisées faisaient semblant de ne pas avoir compris, **Jens Weidmann**, le président de la Bundesbank, a rappelé à nos dirigeants socialistes qu'avant de demander à leurs voisins de faire des efforts, peut-être pourraient-ils s'atteler à des réformes de structure. «La France a des défis structurels à relever, elle doit redresser sa compétitivité et réduire le niveau très élevé de ses dépenses publiques», a déclaré le grand argentier allemand avant d'ajouter: «Paris devrait exercer son leadership en donnant le bon exemple, notamment en matière budgétaire.»

Ce n'est pas la première fois que François Hollande essaye de se défausser sur notre voisin et de faire croire aux Français qui l'ont élu, que «l'Allemagne paiera», reprenant ainsi la fameuse expression de Clemenceau après la signature, en 1919, de l'humiliant traité de Versailles. Ce texte imposa à l'Allemagne défaite de payer pas moins de 269 milliards de marks-or, soit quatre fois plus que ce que l'économiste Keynes, alors jeune expert à cette conférence de la paix, jugeait supportable. Même si François Hollande aime à se replacer un siècle en arrière et si Manuel Valls a fait de Clemenceau son modèle en politique, l'Allemagne ne paiera pas.

### **Pourquoi donc Angela Merkel braderait-elle des années de sacrifices faits par son peuple pour des Français incapables de se réformer?**

Tout simplement parce que si l'Allemagne est devenue l'une des principales puissances exportatrices mondiales et si elle a réduit à néant son déficit budgétaire, c'est après avoir mené des réformes drastiques. Tant au profit des entreprises et de leur compétitivité que de l'État fédéral. Angela Merkel avait récolté les fruits de la politique audacieuse de Gerhard Schröder et notamment de son efficace réforme du marché du travail. À son tour elle a amplifié ce rebond en instaurant une sorte de TVA sociale destinée pour partie à alléger les charges des entreprises et pour partie à réduire le déficit budgétaire. Cela fait maintenant une décennie que les Allemands se saignent aux quatre veines pour que l'Allemagne profite de la mondialisation plutôt que de la subir. Et pendant ce temps, la France joue la cigale dépensière, qui danse sur des montagnes de déficit en attendant de tendre la sébile à sa voisine. Pourquoi donc Angela Merkel braderait-elle des années de sacrifices faits par son peuple pour des Français incapables de se réformer?

Il y a quelque chose de pathétique à voir notre chef de l'État se comporter ainsi avec son puissant voisin. Cet épisode a néanmoins l'intérêt de révéler les défauts structurels de la construction européenne. Cela démontre l'impuissance de la France, qui, en ayant accepté d'abandonner sa politique monétaire puis soumis sa politique budgétaire à des zombies bruxellois, se retrouve contrainte de mendier une relance à l'Allemagne. Mais le pire est qu'après d'aussi longues années d'échec, personne ne semble prêt à remettre en cause cette construction qui ne marche pas et qui finit par se retourner contre la grande idée européenne.

## Décapitations en Arabie Saoudite : comment la charia transforme-t-elle la société ? 104,212

Par Adrien de Volontat

Mis à jour le 21/08/2014 à 11:35

Publié le 21/08/2014 à 11:06



FIGAROVOX/ENTRETIEN - Alors que la mise à mort du journaliste américain James Foley suscite l'émotion, les décapitations légales se multiplient en Arabie Saoudite. Mathieu Guidère nous explique comment la loi islamique régit la société saoudienne dans son ensemble.

Mathieu Guidère est islamologue, il enseigne à l'université de Toulouse 2 où il est titulaire de la chaire d'islamologie et pensée arabe depuis 2011. Il a écrit de nombreux ouvrages sur le monde arabe et l'islam dont le dernier *Sexe et Charia* (Ed. du Rocher, mai 2014)

FigaroVox: Quatre Saoudiens, condamnés à mort pour trafic de drogue, ont été décapités au sabre lundi 18 août à Najrane, dans le sud-ouest de l'[Arabie saoudite](#). Ces [décapitations](#) portent à 32 le nombre d'exécutions en Arabie saoudite depuis le début de l'année, selon un décompte de l'AFP. Ces exécutions sont-elles liées à la charia qui est appliquée de manière rigoureuse dans la péninsule arabique?

Mathieu Guidère: La [charia](#) désigne en théorie un ensemble de prescriptions et de normes théologiques ayant donné lieu, dans la pratique, à des dispositions légales et juridiques. Ses deux sources principales sont le [Coran](#) et le [Hadith](#) (Traditions du prophète Mahomet). Or, dans ces sources, il n'existe rien sur le trafic de drogue ni sur les sanctions concernant ce type de trafic, ce dernier étant inconnu à l'époque du Prophète. C'est donc par extension, dit "qiyâs" (raisonnement analogique), que les jurisconsultes saoudiens appliquent la peine de mort aux trafiquants de drogue. La peine capitale fait partie de ce qu'ils appellent les "hudûd Allah", c'est-à-dire les "limites fixées par Dieu" alors même qu'elles sont fixées par les théologiens qui font la charia. Car il s'agit, toujours en définitive, d'une interprétation de nature humaine de prescriptions perçues comme divines.

Tous ces théologiens sont bien évidemment étrangers à l'esprit des Lumières qui a donné lieu à la philosophie des droits de l'Homme, et c'est pourquoi la question de la compatibilité de certaines parties de la charia avec ces droits fondamentaux reste posée aujourd'hui encore de façon récurrente et aiguë.

Est-ce l'interprétation de la loi islamique par la justice saoudienne ou bien l'essence même de la charia qui fait de l'Arabie saoudite l'un des pays les moins respectueux des [droits de l'Homme](#)?

La charia en soi n'est rien d'autre qu'un ensemble de règles issues d'interprétations diverses de théologiens concurrents qui ont formé, au fil des siècles, les principales écoles juridiques que nous connaissons aujourd'hui. Il existe ainsi quatre écoles juridiques chez les musulmans sunnites et trois écoles juridiques chez les musulmans chiites. Par exemple, l'école juridique majoritaire au Maghreb est l'école sunnite "malékite" que l'on doit à un théologien de Médine appelé Malek ibn Anas (711-795). Ainsi, l'application de la loi islamique dépend de l'interprétation propre à l'école juridique en vigueur sur le territoire musulman considéré. Celle qui domine en Arabie saoudite et dans les pays du Golfe est issue de l'école dite "hanbalite", du nom de son fondateur l'imam Ahmed ibn Hanbal (780-855), mais avec des influences salafistes fortes, dues à un autre théologien médiéval, Ibn Taymiyya (1263-1328) et à un réformiste du XVIIIe siècle, Ibn Abd Al-Wahhab

(1703-1792). Tous ces théologiens sont bien évidemment étrangers à l'esprit des Lumières qui a donné lieu à la philosophie des droits de l'Homme, et c'est pourquoi la question de la compatibilité de certaines parties de la charia avec ces droits fondamentaux reste posée aujourd'hui encore de façon récurrente et aiguë.

Dans le royaume saoudien, la loi islamique est entrée progressivement en vigueur à partir des années 1930. Peut-on dire que désormais elle concerne tous les aspects de la vie du pays?

Absolument. La charia concerne en Arabie la quasi totalité des aspects politiques, économiques, sociaux et culturels. Cela va du droit de la famille (mariage, divorce, adoption, héritage) qui est strictement soumis aux normes de la charia, jusqu'au droit commercial (vente, achat, contrats) dont la conformité à la charia est contrôlée par le "Comité des oulémas", en passant par la finance islamique où les activités bancaires sont soumises à l'avis d'un "Shariah Board" (Conseil en charia) qui interdit notamment toute usure ou taux d'intérêt. Mais il est vrai qu'en Occident, seule la partie pénale de la charia (peine capitale, amputation, lapidation, etc.) est connue en raison de son caractère anachronique et inhumain.

En juin dernier, le Premier ministre irakien déclarait «tenir l'Arabie saoudite pour responsable des aides financières et morales que les groupes insurgés de l'Etat islamique reçoivent». Quelle est le lien entre le jihadisme international, l'Arabie saoudite et la charia?

Grâce aux pétrodollars et à l'attractivité spirituelle des Lieux Saints de l'Islam (La Mecque et Médine), l'Arabie saoudite a pu rapidement diffuser sa pratique de l'islam et promouvoir, à travers un vaste réseau de missions et d'oeuvres de charité, une version bien plus rigoriste et militante de l'islam.

Au-delà de la rivalité millénaire entre l'Arabie et l'[Irak](#), c'est bien la stratégie missionnaire saoudienne qui est en cause aujourd'hui. Il faut savoir que l'islam saoudien, d'inspiration salafiste et wahhabite, était loin d'être dominant au début du vingtième siècle. Il était même minoritaire, voire marginal dans beaucoup de régions du monde musulman, face au soufisme notamment en Afrique et en Asie. Mais grâce aux pétrodollars et à l'attractivité spirituelle des Lieux Saints de l'Islam (La Mecque et Médine), l'Arabie saoudite a pu rapidement diffuser sa pratique de l'islam et promouvoir, à travers un vaste réseau de missions et d'oeuvres de charité, une version bien plus rigoriste et militante de l'islam. C'est cette version qui a donné naissance au jihadisme international, d'abord à la faveur de la guerre en Afghanistan contre les Soviétiques dans les années 1990, puis des autres guerres au [Moyen-Orient](#) dans les années 2000. Aujourd'hui, paradoxalement, la quasi totalité des groupes jihadistes proclament comme objectif ultime de leur combat l'instauration de la charia au sein d'un "Etat islamique", et considèrent l'Arabie saoudite comme un ennemi parce qu'à leurs yeux, elle n'applique pas assez rigoureusement la charia. Ironie de l'Histoire. C'est ce qui explique d'ailleurs la condamnation récente de l'Etat islamique en Irak par le grand Mufti d'Arabie saoudite et son appel à le combattre.

Le gouvernement saoudien a affirmé sa volonté, en 2010, de codifier la charia afin de rendre «la justice plus lisible». Peut-on envisager sérieusement une amélioration de l'Etat de droit en Arabie saoudite?

Le noeud gordien demeure la question du lien entre le religieux et le politique : tant que ce noeud ne sera pas tranché, les "droits humains" auront peu de poids face aux "droits divins" en Arabie comme ailleurs dans le monde musulman.

La charia ne se présente pas aujourd'hui sous forme de "codes" (civil, pénal, commercial, etc.) comme en France, elle est toujours sous forme de jurisprudence et reste fortement marquée par les avis théologiques émis par le Comité des oulémas saoudiens. Il y a eu dans le passé, sous le Califat ottoman, des tentatives de codification de la charia (vers 1850), mais cette entreprise a été partielle et finalement avortée, sous la pression des législations occidentales bien plus appropriées aux évolutions sociétales et technologiques contemporaines. De plus, l'expérience montre que toute tentative de modernisation de la charia suscite, par ricochet, une réaction des milieux religieux et des franges conservatrices d'une société tribale qui est encore très pratiquante, ce qui limite de facto la portée des entreprises réformistes gouvernementales. En réalité, on le sait, le noeud gordien demeure la question du lien entre le religieux et le politique: tant que ce noeud ne sera pas tranché, les "droits humains" auront peu de poids face aux "droits divins" en Arabie comme ailleurs dans le monde musulman.

## Who's responsible for these anti-Semitic attacks? Give me one guess... 104,214

**Just pretend for a moment that of, say, 200 anti-Semitic attacks in the UK, a study discovered that 198 of them had been committed by Methodists...**

273 Comments [Rod Liddle](#) 16 August 2014



I was attacked by a swan the other day, as I walked along the bank of the River Stour in Kent. The creature climbed out of the water and lunged towards me, wings puffed up, making this guttural and hate-filled coughing noise. I kicked out at its stupid neck and told it to fuck off and the bird backed away towards the river, still making that demented hissing, like a badly maintained boiler.

At first I was mystified as to how I had gained its enmity. I wasn't near its mate and still further distant from its sallow and bedraggled idiot children. Nor had I advanced towards it, or even given it a threatening glare. And then the horrible realisation dawned on me. The swan had attacked me because it believed — mistakenly — that I was Jewish. There was no other possible explanation. And as I stood, a little shaken, on that riverbank, it occurred too that all of these mysterious anti-Semitic attacks which we've been hearing about recently, the attacks in which the perpetrators remain a complete and utter mystery, are almost certainly the work of swans. Why had I not realised this before?

The previous day I had read a very long piece in the *Guardian* by Owen Jones precisely about anti-Semitism. In the course of more than 1,000 words Owen kindly cautioned us against having anti-Jewish feelings and pointed out that anti-Semitic attacks were on the rise throughout Europe and that this was a bad thing, on the whole. But nowhere did he say who was responsible for this nastiness and I was left with the impression that it could be any of us, just any of us, walking down the street one day and we're suddenly possessed of the insuperable desire to torch a synagogue or knife a rabbi.

Puzzlingly, Owen did dwell for a paragraph or two on the anti-Semitic roots of some of Europe's far-right parties. So there was a sort of implication that perhaps those sorts of people had been responsible, although no direct allegation. I have heard and seen much the same thing on the BBC and *Channel 4 News*; reports of horrible attacks upon synagogues and Jewish businesses in Europe. A huge spike in anti-Semitic attacks in this country, too — more than 200 in the last month; more in the last four weeks than the previous six months put together. But no mention, not even a hint, as to who might be responsible. A complete mystery, isn't it? We are left to try to fathom our own explanation — and it is very difficult, isn't

it? I think the giveaway, though, is some of the graffiti which accompanies these attacks: Allahu Akbar! Jihad! Stuff like that. It's obvious — unusually literate, fundamentalist swans.

Here's the thing. I will bet every penny I have and more besides that virtually all of the anti-Semitic attacks in this country — and in France and Germany and Belgium — have been perpetrated by Muslims. And because they have been perpetrated by Muslims, that fact will simply not be reported, even when it is plainly obvious that the attackers were Muslim.

This is a peculiar state of affairs, to my mind. Imagine if it wasn't Muslims or swans. Just pretend for a moment that of, say, 200 anti-Semitic attacks in the UK, a study discovered that 198 of them had been committed by Methodists. That the one thing which 99 per cent of violent UK anti-Semites had in common was membership of the Methodist church. Do you think that such a fact would not be mentioned in news reports of such incidents, or in comment pieces by juveniles warning us how horrible anti-Semitism really is? I think the journos would be falling over themselves to nail the Methodists, and to delve and investigate the roots of this sectarian hatred. I think this fact would be considered salient and significant, germane to the issue at hand. But not with Muslims. Instead, Owen and the rest will first try to disguise the fact that it is Muslims making these attacks and then secondly, when it becomes patently obvious that it is Muslims, will try to insist that this fact is irrelevant and perhaps simply an unfortunate coincidence. And that anyway, because not all Muslims are anti-Semites, the fact is not worth reporting. But of course it would not be considered irrelevant and a coincidence if it were any other minority group on earth, would it? And of course it isn't irrelevant, or a coincidence; there is a strain of anti-Semitism running through Islam, and a mistrust or even loathing of Jews is firmly rooted within both our Muslim communities and in Muslim countries from Turkey to the Indonesian archipelago. This does not mean for a moment that all Muslims are anti-Semites, and nor of course should that conclusion be drawn. But Islamic anti-Semitism is surely a fact — and recognised as such by plenty of the more, um, enlightened Muslim writers, such as Mehdi Hasan. Here's what he had to say on the issue: 'It pains me to have to admit this but anti-Semitism isn't just tolerated in some sections of the British Muslim community; it's routine and commonplace. Any Muslims reading this article — if they are honest with themselves — will know instantly what I am referring to. It's our dirty little secret. You could call it the banality of Muslim anti-Semitism.'

Remember, it is only three or four years ago that our most moderate and amenable Muslim organisation, the Muslim Council of Britain, refused to take part in Holocaust Day, so great was its animus toward Britain's Jewish community.

To refuse to tell the truth when you know what the truth is constitutes bad journalistic practice, to my mind. But it is also deluding and utterly gutless.

This article first appeared in the print edition of The Spectator magazine, dated [16 August 2014](#)

## Are "Integrated Muslims" Integrated? 104,216

by [Douglas Murray](#)

August 13, 2014 at 5:00 am

<http://www.gatestoneinstitute.org/4589/integration-muslims>

Most noticeable was that the protests across Western European cities have overwhelmingly been led by Muslims – not Islamists – just normal, "integrated" Muslims, who stay at home when any other war occurs. (Where were their protests against Qatar for funding Hamas?)

What is harder for people to address is the lies that feed this violence.

These otherwise "integrated" people hate Israel and Jews because they have been *taught* to. A whole generation – perhaps several – has been taught to hate. That is a lot of hate, but it needs to be tackled.

The best place to start might be by tackling the lies and defamations that are allowed to go on underneath everyone's noses, such as the frivolous – and false – accusations of Israeli "genocide," "war-crimes" and the like. The problem is worse than anyone had thought.

The Gaza War has had disturbing fallout in Europe. The Gaza War has produced flagrantly anti-Semitic protests, attacks on Jews and the burning down of Jewish buildings. Those protests have come as a surprise to parts of the European public – nowhere more so than in Germany, where a hatred thought to have been disgraced for all time has found its way back onto European streets under a new guise.

As well as being a time for outrage, this also ought to be a time for re-thinking. And some of that rethinking will have to be done by those who assumed they best understood these outbursts. Certainly calls to "kill the Jews" in France, Germany, the Netherlands and Italy are a part of the problem, but these, as well as the outbreaks of violence against Jews across Europe, are condemned by politicians and journalists alike. To some extent it is too easy for them to do so. There is not yet any real political or other price to pay for saying that you think people should beat up rabbis in the street, send "Jews to the gas" or call openly for genocide. What is harder for people to do is address the lies that feed this violence, and the underlying hatred that the Gaza War revealed. These need attention.

Groups in Europe that monitor anti-Semitic hate crimes have, for many years, been ahead of the public curve in understanding that these attacks are no longer carried out by white, neo-Nazi, skinhead thugs. Although such people do exist, they are small in number and shunned by the wider society. The discovery that anti-Semitism today is spurred by Muslims and (to a lesser extent) misinformed fellow-travellers has been recognized by people who work in the field, but has taken a long time to trickle down to public awareness.

This latest round of events in the Gaza, however, and the response to it on European streets, have thrown some of those experts. It turns out that a very major part of their analysis might be wrong. It seems to have been the assumption of many involved in trying to prevent anti-Semitism in Europe that the problem of anti-Israel and anti-Semitic activism could be put down, among the Muslim communities, to a minority of radicalized people called "Islamists." These were recognized to be the sort involved in extremist groups, such as Hizb ut-Tahrir or similar groups, including the Muslim Brotherhood and its various Western front-groups. They were expected to be individuals who are highly politically and religiously motivated -- very possibly the same people who attend protests against American or any other Western military engagements in the world. But now, since Gaza, a terrible realization has begun to strike: that analysts may have been focussing on the tip of the iceberg while ignoring the vast immensities beneath.

Most noticeable was that the protests across Western European cities have overwhelmingly been led by Muslims. Not Islamists or Islamist groups in particular, but by extremely angry Muslims – especially young Muslims – who stay at home when any other war occurs anywhere in the world, but who seem spurred to anger whenever Israel is involved in any conflict with any of its neighbors. The crowds appear deaf to the reasonable charge that they are singling Israel out for special treatment. They are unwilling to consider that they are perpetrating a grotesque double-standard (where were their protests against Qatar for funding Hamas? ). But they otherwise seem like normal, "integrated", Muslims.

There are examples that might, at first, even seem frivolous. The British boy band, One Direction, for instance, has five members. One of its members, Zayn Malik, happens to be a Muslim. When the Gaza war began, it was Zayn Malik alone, out of all five members of One Direction, who started [tweeting hashtags](#) to do with "FreePalestine." They caused a media storm. The singers in One Direction are not generally known for their interest in geo-strategic issues. Is it coincidence that it was Malik and not any of his bandmates who felt compelled to weigh in on the side of the government in Gaza, led by the terrorist group Hamas, rather than on the side of the open, democratic nation-state of Israel? Whatever the cause, it has an effect. Malik has 13 million Twitter followers. That is more followers than there are people in Belgium, and twice as many as live in Switzerland. Malik's tweet has been re-tweeted and favorited over 300,000 times to date.



The "FreePalestine" tweet from Zayn Malik, of the boy-band One Direction, caused a media storm. (Image source: Mailk - DeviantART/pawa24)

Or consider the only Muslim in the British cabinet. Just as Israeli ground forces were withdrawing from Gaza, Sayeeda Warsi resigned in protest, stating that the British government has been too "uncritical" of the Israeli government. She claimed that the British government had shown an unwillingness to condemn Israel for defending its citizens. That this UK cabinet "support" included accusations (albeit, under international law, inaccurate accusations) of "[disproportionality](#)" as well as an official call to reconsider all arms sales contracts to Israel, is something Warsi seems to have overlooked. She simply claimed that her "conscience" prevented her from remaining silent on the situation in Gaza any longer, and that she believed that the Israelis should be investigated for "war crimes" -- also, under international law, no more than Hamas's *double* war crime of both shooting *at* civilians and hiding *behind* civilians. And that does not even include mentioning that the civilians Hamas hid behind were their own Palestinian subjects.

Examples such as these seem to demonstrate what many people had already begun to observe on the streets among the anti-Israel crowds: that the protestors, who turn out in their thousands to spend weekend after weekend screaming hatred against Israel and Jews, are perhaps not, in fact, Islamists. Certainly, some of them are, but many are simply enraged Muslims. Some -- just like Zayn Malik of One Direction -- are people whom you would ordinarily have described as models of integration. Yet if it comes to any action of Israel's, they behave in a way no ordinary British person does or would.

This of course makes the challenge vastly bigger than many people may have thought. The problem is that a whole generation -- perhaps several -- has been taught to hate. What is notable, though, is that in a country such as Britain, most Muslims are descended from the Indian sub-continent. What is "Palestine" to them? It should have been nothing, or at least no more concern of theirs than anywhere else. But they do care differently about it. Perhaps it is part of the anti-Semitism that one British Muslim recently admitted to being "rife" and "the dirty little secret" among British Muslims.

What seems clear is that these otherwise "integrated" people hate Israel and Jews because they have been *taught* to. They have been trained to carry over a bigotry and a bias that they may not even be aware of. It is a lot of hate to tackle, but it needs to be tackled, and it is important to start. The best place might be by tackling the lies and defamations that are allowed to go on underneath everyone's noses, such as the wholly frivolous -- and false -- accusations of Israeli "genocide," "war-crimes" and the like. It is going to require a lot of work, leadership, and the realization that the problem is worse than anyone had thought.

[http://www.nytimes.com/2014/08/22/opinion/kenan-malik-muslims-and-jews-are-targets-of-bigotry-in-europe.html?hp&action=click&pgtype=Homepage&module=c-column-top-span-region&region=c-column-top-span-region&WT.nav=c-column-top-span-region&\\_r=0](http://www.nytimes.com/2014/08/22/opinion/kenan-malik-muslims-and-jews-are-targets-of-bigotry-in-europe.html?hp&action=click&pgtype=Homepage&module=c-column-top-span-region&region=c-column-top-span-region&WT.nav=c-column-top-span-region&_r=0)

**The Opinion Pages** | CONTRIBUTING OP-ED WRITER

## Enough Hate for Everyone

Muslims and Jews Are Targets of Bigotry in Europe 104,218

AUG. 21, 2014

Photo



Credit Kelly Blair

LONDON — A few years ago, I was a guest on “Start the Week,” a BBC radio discussion show. Among the other guests was [the novelist Eva Figes](#), a Jewish refugee from Nazi Germany and a fierce critic of Israel. Israel, she suggested, [would have built gas chambers](#) to exterminate the [Palestinians](#) but for the fear it would “be found out.”

What astonished me was not simply Ms. Figes’s comment itself, but the fact that I was the only one who challenged her on it. The other guests may well have felt that a Holocaust survivor had some special license to speak harshly about Israel; I certainly don’t see them as anti-Semitic. But in suggesting without a speck of evidence that Israelis had a desire to build gas chambers, Ms. Figes had, for me, given the history of the Holocaust, crossed a line.

What the incident revealed was that many anti-Semitic ideas have become such an acceptable part of the liberal view on Israel that they are barely seen as such anymore. They have become almost invisible.

I was reminded of that discussion as the question of anti-Semitism has returned to Europe — often disguised as anger against Israel’s assault on Gaza. Synagogues have been attacked, Jewish-owned shops smashed, Jews beaten up. At pro-Palestinian demonstrations in London, placards comparing Israelis to Nazis have become common. There have even, reportedly, been chants of “[gas the Jews](#)” at demonstrations in Germany.

Today’s anti-Semitism in Europe is more than a replay of old themes; it is also the product of new developments. One is the growth of Muslim communities, or rather, their transformation.

In the 1970s and ’80s, Muslim communities in Europe were broadly secular. Since the late ’80s, though, secular movements have been marginalized, while religious fervor has grown. Support for the Palestinian cause has always been strong, but only recently has a fervent anti-Semitism become entrenched.

It might be convenient for some to simply blame the growth of reactionary tendencies within Muslim communities for the new anti-Semitism, but the truth is more complicated. [A 2008 survey](#) by the Pew Global Attitudes Project showed that hostility to Jews had increased in most European nations.

In Britain, Muslims make up [4.6 percent of the population](#); in France, 7.5 percent. The proportion of people who possessed unfavorable views of Jews in those countries was, respectively, 9 percent and 20 percent. But in Spain, where just 2.3 percent of the population is Muslim, almost half the population was ill disposed toward Jews, a figure that had more than doubled in three years. In Poland, there are just 20,000 Muslims, or about 0.1 percent of the population; more than a third of Poles held anti-Semitic views.

In other words, there is no clear correlation in Europe between the level of popular anti-Semitism and the size of the Muslim population. In fact, it is in those countries with fewer Muslims that anti-Semitism seems most prevalent.

One explanation for this is that many of the drivers of change within Muslim communities that have paved the way for greater hostility toward Jews have had an equally corrosive effect on public opinion at large. The rise of identity politics has helped create a more fragmented, tribal society, and made sectarian hatred more acceptable generally.

At the same time, the emergence of “anti-politics,” the growing contempt for mainstream politics and politicians noticeable throughout Europe, has laid the groundwork for a melding of radicalism and bigotry. Many perceive a world out of control and driven by malign forces; conspiracy theories, once confined to the fringes of politics, have become mainstream.

Anti-Semitism has become a catchall sentiment for many different groups of angry people. The distinction between anti-Zionism and anti-Semitism has eroded, as many see Israeli action in terms of grand conspiracies. Thus someone can imagine that Israel would build gas chambers on the West Bank if it could get away with it.

Perhaps in no country are the corrosive effects more visible than in France. And perhaps no figure better represents the character of the new anti-Semitism than the stand-up comic Dieudonné M’Bala M’Bala, [notorious for popularizing the “quenelle.”](#) a hand gesture that, for some, is an expression of hatred for the system, and for others, an anti-Semitic taunt. In reality, it is both: Dieudonné’s popularity shows how inchoate anger against “the system” and anti-Semitic sentiment can all too easily become fused, and his success rests on his ability to blur the two.

But Jews are not the only object of this free-floating rage. [The Pew survey showed](#) not just that anti-Semitism had increased throughout Europe, but also that the “publics that view Jews unfavorably also tend to see Muslims in a negative light.” The fusion of xenophobia, conspiracy theory, identity politics and anti-politics that has nurtured the new anti-Semitism has also cultivated hostility to Muslims. The Pew report found that in every country surveyed, “Opinions about Muslims in almost all of these countries are considerably more negative than are views of Jews.”

Against this background, what is troubling is that many who rightly challenge anti-Semitism do so in a way that fuels anti-Muslim prejudice. Many commentators talk of anti-Semitism [as an almost wholly Muslim problem](#), and have used the growth of anti-Semitism to question the wisdom of allowing Muslim immigration to Europe. [Others suggest](#) that Muslim support for Palestine shows that Muslims cannot be truly integrated into Western societies.

Such arguments only entrench further hostility toward “the other,” and so inflame not just anti-Muslim but anti-Jewish sentiment, too. Israel’s action in Gaza should not be a moral shield for complaisance with anti-Semitism in Europe. But neither should anti-Semitism be a moral shield for the justification of anti-Muslim prejudices. Bigots on both sides need to be held to account.

<http://www.nytimes.com/2014/08/21/opinion/deborah-e-lipstadt-on-the-rising-anti-semitism-in-europe.html?hp&action=click&pgtype=Homepage&module=c-column-top-span-region&region=c-column-top-span-region&WT.nav=c-column-top-span-region>

**The Opinion Pages | OP-ED CONTRIBUTOR**

## Why Jews Are Worried 104,220

Deborah E. Lipstadt on the Rising Anti-Semitism in Europe

By **DEBORAH E. LIPSTADTAUG.** 20, 2014

Photo



Credit Kelly Blair

ATLANTA — AN old Jewish joke goes like this: “What’s the definition of a Jewish telegram? ‘Start worrying. Details to follow.’”

I am often asked by fellow Jews about contemporary manifestations of anti-Semitism, particularly in Europe. “Is this just like 1939? Are we on the cusp of another Holocaust?” Until now, my answer has been an unequivocal “no.” I have criticized community leaders who, either out of genuine concern or to advance their own purposes, use Holocaust analogies to describe contemporary conditions. These claims are ahistorical. They overstate what is going on now and completely understate the situation in 1939.

The differences between then and now are legion. When there is an outbreak of anti-Semitism today, officials condemn it. This is light-years away from the 1930s and 1940s, when governments were not only silent but complicit. Memory also distinguishes the present from previous events. Now, in contrast to the 1930s, we know matters can escalate. Jews today are resolute in their determination: “Never again.”

And despite all this I wonder if I am too sanguine. Last month, pro-Gaza protesters on Kurfürstendamm, the legendary avenue in Berlin, [chanted](#), “Jews, Jews, cowardly swine.” Demonstrators in Dortmund and Frankfurt chanted, “ Hamas, Hamas; Jews to the gas!” And a pro-Hamas marcher in Berlin [broke away from the crowd and assaulted an older man who was quietly standing](#) on a corner holding an Israeli flag.

On the eve of Bastille Day, a group of Parisian Jews were [trapped in a synagogue](#) by pro-[Palestinian](#) rioters and [had to be rescued by the police](#). A few weeks ago signs were [posted in Rome](#) urging a [boycott of 50 Jewish-owned businesses](#). In central London last week, anti-Israel protesters [targeted a Sainsbury’s grocery](#), and the manager reflexively pulled kosher products off the shelves. (The supermarket chain later apologized.)

It would be simple to link all this outrage to events in Gaza. But this trend has been evident for a while. In [March 2012, four people were killed](#) at a Jewish day school in Toulouse, France. (Last month, a Jewish community center there was [firebombed](#).) In December 2012, Israeli officials [warned Jewish men who wanted to visit synagogues in Denmark](#) not to don their skullcaps until they were inside the building. It is increasingly common for Jewish tourists in Western Europe to avoid carrying anything that might distinguish them as such. A [shooting](#) at the Jewish Museum in Brussels in May, a month before the latest Gaza conflict began, killed four people.

I am unpersuaded by those who try to dismiss what is happening as “just rhetoric.” It is language, after all, that’s at the heart of the ubiquitous slippage from anger at Israeli military action to hatred of Jews.

Nor am I comforted by the explanation that these actions are being taken by “disgruntled Muslim youth.” (By one estimate, [95 percent](#) of anti-Semitic actions in France are committed by youths of Arab or African descent.) Many of these Muslims were born in Europe, and many of those who weren’t are the parents of a new generation of Europeans.

It's true that this is not the anti-Semitism of the 1930s, which came from the right and was rooted in longstanding Christian views that demonized the Jews. Traditionally, Islam did not treat Jews this way. But in the past century a distinct strain of Muslim anti-Semitism has emerged. Built on a foundation of antipathy toward non-Muslims, it mixes Christian anti-Semitism — imported to the Middle East by European missionaries — and a more leftist, secular form of anti-Semitism. It is evident in political cartoons, editorials, television shows and newspaper articles.

The  [Hamas charter](#) is an example. It contains references to “The Protocols of the Elders of Zion,” a notorious forgery created by Russian czarist police officers in 1903 and later used as Nazi propaganda. The charter accuses Jews of relying on secret societies to foment global economic and political disasters. It calls on adherents to prepare for “the

The rationales — “it’s just rhetoric,” “it’s just Muslims” — bother me almost as much as the outrages. Instead of explaining away these actions, cultural, religious and academic leaders in all the countries where these events have occurred should be shaken to the core, not just about the safety of their Jewish neighbors, but about the future of the seemingly liberal, enlightened societies they belong to. Yet when a Hamas spokesman recently [stood by his statement that Jews used the blood](#) of non-Jewish children for their matzos — one of the oldest anti-Semitic canards around — European elites were largely silent.

Seventy years after the Holocaust, [many Jews in Europe no longer feel safe](#). Hiring an armed guard to protect people coming for weekly prayer is not the action of a secure people. In too many cities worldwide, directions to the local synagogue conclude with, “You will recognize it by the police car in front of the building.” France has seen a [sharp rise](#) in the number of Jews who have decided to emigrate (though the figures are still [fairly small](#)).

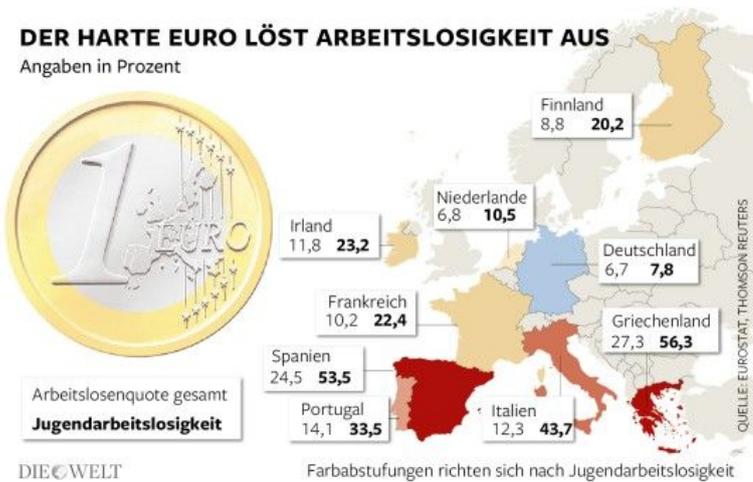
The telegram has arrived. Jews are worrying. It is time for those who value a free, democratic, open, multicultural and enlightened society to do so, too. This is not another Holocaust, but it’s bad enough.

[Deborah E. Lipstadt](#) is professor of modern Jewish history and Holocaust studies at Emory University and the author, most recently, of “The Eichmann Trial.”

# Der Euro muss weg für Europas Aufschwung 104,222

Überraschend ist die Gemeinschaftswährung Euro auf die Agenda des Treffens der Wirtschaftsnobelpreisträger gekommen. Die Finanzmärkte haben das Problem schon abgehakt – vielleicht zu vorschnell.

Von [Holger Zschäpitz](#) Leitender Wirtschaftsredakteur



Arbeitslosenquote und Jugendarbeitslosenquote im Juni in ausgewählten LändernFoto: Infografik - Die Welt

Die Europäische Zentralbank (EZB) mag mit ihrer unerschöpflichen Notenpresse die Finanzmärkte eingeschüchtert haben. Kaum ein Investor wettet noch gegen einen Zerfall des Euro. Doch viele Wirtschaftsnobelpreisträger sind nicht davon überzeugt, dass die Währungsunion in ihrer jetzigen Form langfristig überleben wird.

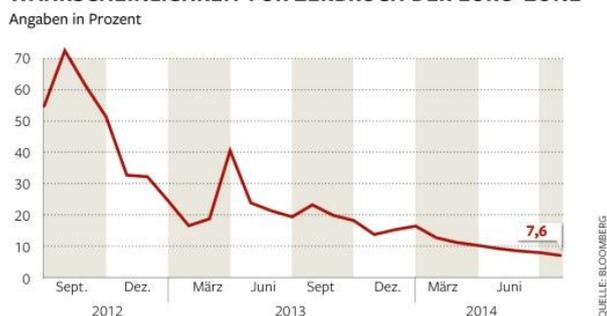
Die ökonomische Elite hält den Euro hinderlich für den Aufschwung. Einige Laureaten sehen im Bruch des Euro sogar die einzige Chance, um das wirtschaftlich lahme Europa wieder in Schwung zu bringen. "Ich kann mir mit dem Euro keinen wirklichen Aufschwung in der Euro-Zone vorstellen, der auch den Namen Aufschwung verdient", sagte James Mirrlees, Professor für politische Ökonomie in Cambridge.

Ein stures Festhalten an der Gemeinschaftswährung hält der Wirtschaftsnobelpreisträger von 1996 für zu kostspielig. "Die Kosten für den Zusammenhalt der Währungsunion dürften langfristig die Kosten für ein Auseinanderbrechen bei Weitem überschreiten", sagte Mirrlees.

## Finanzmärkte haben kaum noch Euro-Sorgen

Überraschend ist der Euro auf die Agenda des Treffens der Wirtschaftsnobelpreisträger in Lindau gekommen. Schließlich hatten die Finanzmarktakteure und die Politik unisono die Diskussion um das Projekt Gemeinschaftswährung für beendet erklärt. Sichtbar wird dies etwa am Euro-Break-up-Index des Analysehauses Sentix.

### WAHRSCHEINLICHKEIT FÜR ZERBRUCH DER EURO-ZONE



Dieser ist zuletzt auf ein historisches Tief gefallen. Die Erwartung eines Euro-Kollapses in den kommenden zwölf Monaten liegt gerade noch bei 7,6 Prozent. Vor zwei Jahren hatten noch drei Viertel der Investoren damit gerechnet, dass in den kommenden zwölf Monaten mindestens ein Land aus dem Währungsverbund ausscheidet. Doch die Spitzenökonomien haben die Causa Euro nun wieder neu belebt.

Vor allem die Beschäftigungssituation in den Mitgliedsstaaten der Euro-Zone hat es den Nobelpreisträgern angetan. Die hohe Beschäftigungslosigkeit in Staaten wie Spanien, Italien oder Frankreich sehen sie als Folge der Währungsunion. "Viele haben argumentiert, dass ein Zerfall des Euro das Bankensystem ruiniert und damit unkalkulierbar teuer wird. Sie haben vergessen, dass sie für ihre Kalkulation zum Fortbestand des Euro auch die ökonomischen Kosten der Arbeitslosigkeit einbeziehen müssen", sagt Mirrlees.

## Mit dem Euro kein Gleichgewicht an den Finanzmärkten

Selbst Deutschlands [Bundeskanzlerin Angela Merkel](#) habe in ihrer Lindau-Rede von Konstruktionsmängeln der Währungsgemeinschaft gesprochen, so der Ökonom, der freimütig seine britische Blickweise auf den Euro eingesteht. Europa habe jahrzehntelang ohne Euro gut leben können. "Mit dem Euro wird es kein Gleichgewicht an den Arbeitsmärkten Europas geben", lautet sein Fazit. Was er damit meint, zeigt die Entwicklung der Arbeitslosenquoten in den Euro-Ländern. Die haben sich dramatisch auseinanderentwickelt. Während die Quote in Deutschland auf 6,7 Prozent gefallen ist, liegt sie in Italien auf über zwölf Prozent.

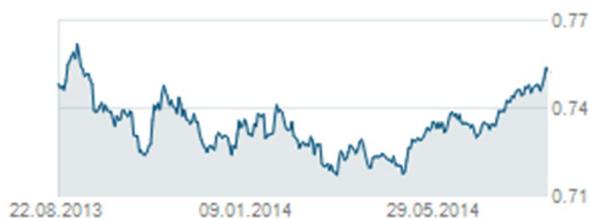
In Spanien ist sogar jeder Vierte ohne Job. Noch dramatischer sieht das Bild bei der Jugendarbeitslosigkeit aus. Diese liegt in Italien mittlerweile auf dem Rekord von knapp 44 Prozent. In Spanien steht sogar mehr als jeder zweite Arbeitssuchende unter 25 Jahre ohne Job da. "Junge Spanier und Italiener, die in der jüngsten Rezession keinen Job gefunden haben, werden auf Jahrzehnte darunter leiden", sagt Peter Diamond, emeritierter Professor am MIT, der für seine Arbeitsmarktforschung im Jahr 2010 prämiert wurde.

## Europa hat Konstruktionsfehler der Währung nicht im Griff

Gerade die ersten Jahre des Berufslebens seien entscheidend für die Karriere und den späteren Verdienst. Wenn diese wichtigen Erfahrungen wegen Arbeitslosigkeit wegfielen, drohe dieser Generation eine jahrzehntelange Stagnation. Europa müsse umgehend mit großen Infrastrukturinvestments gegensteuern.

Drastischer formuliert es Christopher Sims, Professor für Geldpolitik in Princeton. Die Politik in Europa habe bis heute nicht die Konstruktionsfehler des Euro nicht in den Griff bekommen. "Wenn ich Politikberater in Griechenland, Portugal oder Spanien wäre, würde ich den Staaten raten, Notfallpläne für den Ausstieg aus der Währungsunion auszuarbeiten", sagt Sims, der 2011 den Nobelpreis bekam.

[US-Dollar / Euro](#)[Zur Detailseite](#)



22.08.2014 07:20:36 -0,04% 0,7526 €

Es könne nicht sein, dass die schwachen Staaten immer weiter abrutschen. "Ein Ausstieg aus dem Euro ist kostspielig, ein Dabeibleiben aber auch." Genau über diese Kosten-Nutzen-Rechnung wird auf dem Nobelpreisträgertreffen in Lindau auch diskutiert.

US-Ökonom [Joseph Stiglitz](#), der 2001 den Nobelpreis verliehen bekam, hält einen Euro-Zerfall für zu teuer. Aber auch er hat deutlich seinen Unmut über die Gemeinschaftswährung formuliert: "Die Einführung des Euro hat ein System der Instabilität geschaffen mit der Folge, dass die schwachen Staaten immer schwächer und die starken immer stärker geworden sind. Das ist fatal."

## Terror, Made in Britain 104,224

Großbritannien hat ein Extremismusproblem: Junge britische Muslime gehen lieber zum Islamischen Staat als in die Armee. Diese Realitäten werden im Land aber nur ungern gehört.

24.08.2014, von JOCHEN BUCHSTEINER, LONDON

Am besten wären alle Muslime wie der Läufer Mo Farah. Als „Mo“, ein gebürtiger Somalier, im olympischen Londoner Sommer zwei Goldmedaillen für das Königreich holte und sich stolz in den Union Jack hüllte, schien der Traum von der harmonischen, multireligiösen Einwanderungsgesellschaft perfekt. Doch Bürger, die den Propheten und die Queen gleichermaßen in Ehren halten, gibt es seltener, als man sich wünschen würde. Gerade bei jungen Muslimen ist der Union Jack weniger geschätzt als die grüne Fahne des Islam, wenn nicht gar die schwarze Dschihadistenflagge. Zurzeit dienen mehr britische Muslime in der Terrororganisation Islamischer Staat als in der British Army.



Autor: Jochen Buchsteiner, Jahrgang 1965, politischer Korrespondent in London. Folgen:

Die Briten werden gerade mit Realitäten konfrontiert, die sie ungern hören. Nach ersten Auswertungen des Videomaterials aus dem Irak gilt als nahezu sicher, dass der amerikanische Journalist James Foley von einem Mann aus London exekutiert wurde - im Namen Allahs und des „Islamischen Staats“. Entsetzt ringt die Nation nun die Hände. Wie konnte es nur so weit kommen?

Bislang war es der Beobachtung von Teroexperten überlassen, dass Muslime aus dem Vereinigten Königreich eine Sonderrolle im globalen Dschihad spielen. Briten, zumal Absolventen guter Universitäten, kennen den „Feind“ im Westen besser, sind oft eloquenter und beim Reisen weniger verdächtig als ihre Kampfkumpane aus dem Süden Asiens oder der arabischen Welt. Die Spur des Terrors, der sich als „Made in Britain“ oder „Made by Britains“ bezeichnen lässt, zieht sich von der Enthauptung des „Wall Street Journal“-Korrespondenten Daniel Pearl in Pakistan über Bombenanschläge in Tel Aviv und London bis hin zur grausigen Massakrierung des Soldaten Lee Rigby im vergangenen Jahr.

### Oft für Propaganda eingesetzt

Dass britische Gotteskrieger zu den „Bösartigsten“ zählen, wie es ein Wissenschaftler vom Londoner Zentrum für Radikalisierungsstudien ausdrückte, hat damit zu tun, dass sie ihrer Sprache wegen oft für propagandistische Zwecke eingespannt werden. Eine Rolle spielt aber auch, dass das Königreich Einwanderer aus Ländern anzieht, in denen sich islamischer Fundamentalismus und Hass auf den Westen besonders breitgemacht haben.

Umso rätselhafter erscheint die Naivität, mit der die Briten auf den religiös-politischen Extremismus in ihrer Mitte reagieren. Seit Jahren sehen sie dabei zu, wie in ihren Vierteln und Vorstädten homogene muslimische Parallelgesellschaften entstehen. Kritik daran wird kaum geübt, auch weil die, die es wagen, mit dem Vorwurf der „Islamophobie“ leben müssen.



© DPA  Muslime wie den Läufer Mo Farah gibt es in Großbritannien zu wenige

Die Folgen sind jetzt zu besichtigen. In Birmingham stehen sechs Schulen vor der Schließung, weil sie islamistisch unterwandert wurden - auf einigen sind mehr als 95 Prozent muslimische Schüler angemeldet. Im Londoner Stadtteil Tower Hamlets werden Frauen in Miniröcken von jungen Muslimen „zurechtgewiesen“ - auch das verwundert nicht, wenn im muslimisch majorisierten Stadtrat des Bezirks schwule Abgeordnete ungestraft verunglimpft werden dürfen.

### Es fehlt der Wille, frühzeitig einzugreifen

Wenn schon die „Financial Times“ die Politiker im Königreich auffordert, „ehrlich anzuerkennen, dass Britannien ein Extremismusproblem hat“, darf das als Weckruf verstanden werden. Wohin falsch verstandene Toleranz führt, zeigen die Reflexe nach dem Rigby-Mord, als die erste Sorge nicht den Angehörigen des Sicherheitsapparats galt, die selbst in London Opfer fanatischer Islamisten werden können, sondern den Moscheen im Land, die angeblich Anschläge zu befürchten hatten.

---

## Mehr zum Thema

- Foley-Mörder soll Brite sein und sich John nennen
- Großbritannien: Die Islamische Republik von Tower Hamlets
- Islamistische Terrorgefahr: Britischer Ex-Geheimdienstchef gibt Entwarnung
- Radikalisierung britischer Muslime: Cardiffs verlorene Söhne
- Angriff auf „britische Werte“

Den Sicherheitsbehörden, die in den vergangenen Jahren so manchen islamistischen Anschlag verhindert haben, mangelt es nicht an Befugnissen. Wo sie wollen, können sie kontrollieren, verhören und einsperren. Woran es fehlt, ist der Wille, frühzeitig einzugreifen. Würden die Hassprediger nach dem ersten Aufruf zum Heiligen Krieg aus dem Land geworfen werden, könnten sich die Geheimdienste die spätere Beschattung indoktrинierter Schüler ersparen. Stattdessen werden gefährliche Islam-Aktivisten wie Anjem Chaudary sogar ins Fernsehstudio eingeladen. So ist das Königreich zu einem Rückzugsort für Hassprediger geworden, die in anderen Ländern nicht mehr auftreten dürfen.

Aus diesen Gründen sind die Briten gut beraten, die breite Debatte über die islamische Einwanderung, die nun überall gefordert wird, ernsthaft und mit Konsequenzen zu führen. Am Anfang sollte die Bereitschaft stehen, die Probleme beim Namen zu nennen. Solange sich die Muslime im Königreich unfähig zeigen, Fehlentwicklungen in ihren Gemeinschaften anzuerkennen und gegen sie vorzugehen, fällt Staat und Gesellschaft die Aufgabe zu, klare Grenzen zu setzen.

Dass guter Wille nicht ausreicht, um alle Muslime zur Beherrschung des westlichen Regelwerks zu bringen, ist hinlänglich bewiesen. Jetzt gilt es, Maßnahmen zu finden, um die Integrationsunwilligen unter ihnen, an die bestehende Ordnung und ihre Grundwerte heranzuführen - notfalls mit Zwang. Das beginnt an den Schulen. Michael Gove nannte dies die „Austrocknung des Sumpfes“, kurz bevor er aus dem Amt des Bildungsministers entfernt wurde.

## Pourquoi Berlin reste hostile à une grande relance européenne 104,226

LE MONDE | 24.08.2014 à 18h32 • Mis à jour le 25.08.2014 à 07h52 | Par Jean Matouk (économiste)

Partager facebook twitter google + linkedin pinterest



Selon l'économiste Jean Matouk, l'Allemagne considère que ses nouveaux horizons sont en Asie ou aux Etats-Unis, et non en Europe (ici, un graph devant la Banque centrale européenne de Francfort). | REUTERS/KAI PFAFFENBACH

La simultanéité des politiques budgétaires restrictives dans plusieurs pays de l'Union européenne (UE) freine fortement la croissance économique de la zone. La concentration des exportations de chaque pays sur cette zone agit comme un « multiplicateur négatif ». C'est évidemment beaucoup moins le cas pour l'Allemagne, qui est parvenue à basculer une bonne partie de son excédent commercial vers des pays tiers d'Asie, même si sa piètre performance au deuxième trimestre montre qu'elle n'est pas complètement à l'abri.

### Le point de vue (en édition abonnés) : Les cinq menaces qui feront exploser le « modèle allemand »

Ce multiplicateur négatif rend – et va rendre de plus en plus – le retour de chaque pays de la zone euro dans les normes budgétaires plus difficile et plus lent. Seule une nouvelle source de croissance peut, en développant les rentrées fiscales, rendre possible à la fois l'amélioration de l'emploi et le retour aux normes budgétaires, sachant qu'aucun pays ne peut pratiquer seul la traditionnelle relance keynésienne « nationale », du fait même de ces normes budgétaires.

### L'ALLEMAGNE REFUSE D'ÊTRE LA LOCOMOTIVE DE L'EUROPE

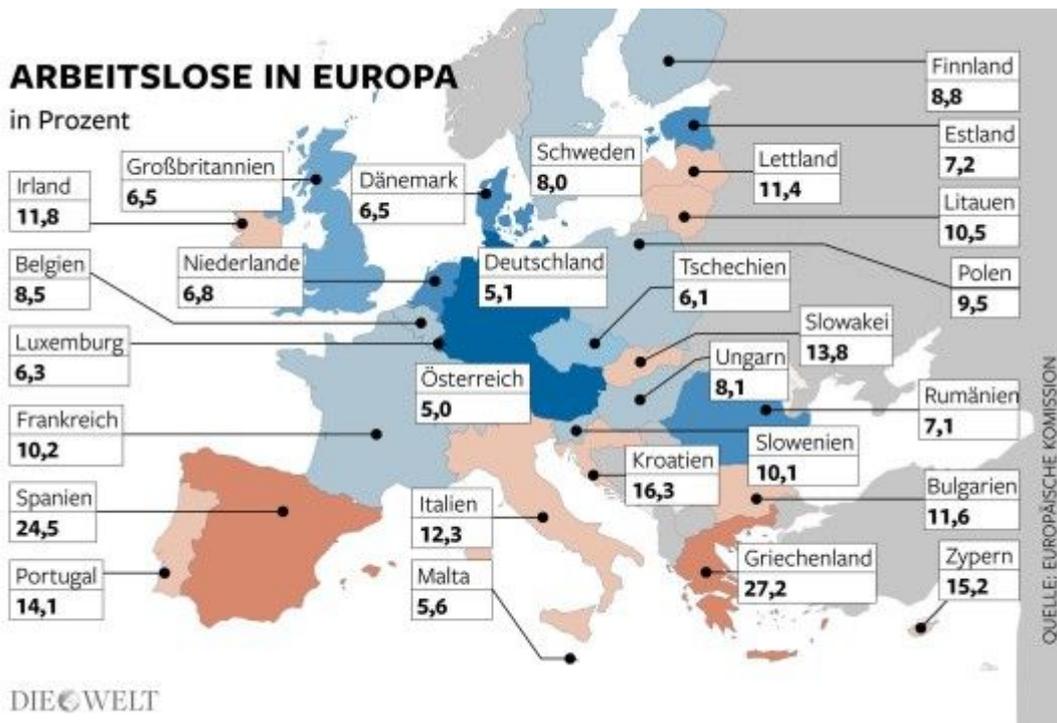
Aucun, sauf l'Allemagne ! Elle affiche désormais un excédent des comptes de la Sécurité sociale et un équilibre budgétaire, mais elle a de grands besoins d'infrastructures qu'elle pourrait satisfaire en acceptant de voir sa dette augmenter à nouveau quelque peu... L'introduction du salaire minimum à 8,5 euros brut de l'heure, moyennant délais et exceptions, ne saurait...

SOZIALLEISTUNGEN

# Brüssel plant europäische Arbeitslosenversicherung 104,227

Zahlt Deutschland bald für Arbeitslose in anderen Ländern? Die EU-Kommission arbeitet an einer europäischen Arbeitslosenversicherung, gespeist aus Milliardentransfers der reichsten Mitgliedsstaaten.

Von Christoph B. Schiltz, Brüssel



Die Arbeitslosigkeit in Griechenland und Spanien ist besonders hochFoto: Die Welt Infografik

EU-Sozialkommissar [Lazlo Andor](#) hat mehr Transferzahlungen innerhalb der Eurozone gefordert und zugleich seine Pläne für eine europäische Arbeitslosenversicherung präzisiert. Andor sagte im Gespräch mit der "Welt", eine europäische Arbeitslosenversicherung sollte die nationalen Arbeitslosenversicherungssysteme nicht ersetzen: "Die europäische Arbeitslosenversicherung würde nur Kernaufgaben übernehmen. Das europäische Arbeitslosengeld würde beispielsweise 40 Prozent des letzten Einkommens betragen und nach sechs Monaten auslaufen.

Die [nationale Arbeitslosenversicherung](#) könnte diesen Betrag von 40 Prozent in den ersten sechs Monaten um einen bestimmten Betrag aufstocken und anschließend wieder vollständig die Ersatzleistungen übernehmen".

## Sicherheitsnetz für Sozialsysteme von Krisenstaaten



Foto: dpaEU-Sozialkommissar Lazlo Andor will ein Sicherheitsnetz schaffen für die Sozialsysteme der EU-Mitgliedstaaten

Ein solches Konzept, so der Kommissar aus Ungarn weiter, schaffe wirtschaftliche Stabilität und könne in einer Phase des konjunkturellen Abschwungs die Wirtschaft kurzfristig beleben.

"Wir brauchen eine europäische Arbeitslosenversicherung: Dadurch wäre es möglich, ein Sicherheitsnetz zu schaffen für die Sozialsysteme der einzelnen Mitgliedstaaten. Alle Euro-Länder zahlen beim europäischen Arbeitslosengeld in einen gemeinsamen Topf ein und bekommen je nach Höhe der Arbeitslosigkeit einen Teil zurück".

Früher hätten sich die Länder bei Konjunkturreinbrüchen selbst geholfen und die eigene Währung abgewertet. "Das geht bei einer gemeinsamen Währung aber nicht mehr, man muss also andere Wege gehen", sagte der EU-Sozialkommissar.

Laut Andor soll die europäische Arbeitslosenversicherung aus Steuermitteln der Euro-Länder finanziert werden. "Es geht kein Weg daran vorbei, dass wir künftig mehr Transfers von Geldern zwischen den Euro-Ländern vornehmen". Diese Transfers sollten aus Steuermitteln der einzelnen Mitgliedsländer finanziert werden.

## **Deutschland soll nicht nur Zahlmeister sein**

"Nur mit solchen fiskalischen Transferzahlungen lässt sich die Währungsunion künftig sicher machen. Sie sorgen dafür, dass die sozialen und wirtschaftlichen Folgen von Reformen und Konjunkturreinbrüchen abgefedert werden und es keine Spirale nach unten gibt", erläuterte der studierte Ökonom Andor.

Er widersprach zugleich Behauptungen, dass finanzstarke Länder wie Deutschland durch die gemeinsame Versicherung einseitig belastet werden und Krisenländer aus Südeuropa profitierten.

"Nein, das ist nicht so. Wenn wir Anfang der neunziger Jahre eine europäische Arbeitslosenversicherung gehabt hätten, so hätte auch Deutschland davon profitiert." Die Folgen der hohen Arbeitslosigkeit wären dann nach Ansicht von Andor "weniger dramatisch" gewesen. "Europa hätte Deutschland geholfen".

## **Union warnt vor Transferunion zulasten Deutschlands**

Nach Angaben von Herbert Reul (CDU), Chef der deutschen Unionsabgeordneten im Europaparlament, sind die Pläne für eine gemeinsame Arbeitslosenversicherung in der Eurozone "noch lange nicht vom Tisch, im Gegenteil".

"Italien will die europäische Arbeitslosenversicherung zu einem zentralen Projekt seiner EU-Ratspräsidentschaft machen, die von Juli bis Dezember dieses Jahres dauert", sagte Reul. Neben Italien gilt auch Frankreich als engagierter Verfechter einer solchen Versicherung. Die Regierung in Paris hat in der Vergangenheit bereits mehrfach versucht, die Pläne für eine europäische Arbeitslosenversicherung voranzubringen.

Der CDU-Wirtschaftsexperte Reul ist alarmiert: "Das ist der Versuch, Aufgaben nach Europa zu ziehen, die dort nicht hingehören. Eine europäische Arbeitslosenversicherung führt zu einer gewaltigen Umverteilung innerhalb Europas, die Deutschland ganz wesentlich mitfinanzieren muss".

Der Weg in die von Andor geforderte "Transferunion" sei falsch. "Es kommt darauf an, strukturelle Reformen in den einzelnen EU-Volkswirtschaften durchzuführen, um die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken, Wirtschaftswachstum zu ermöglichen und die Arbeitslosigkeit zu reduzieren".

## **Vor allem Spanien und Italien würden profitieren**

Nach Berechnungen des [Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung \(IAB\)](#) der Nürnberger Bundesagentur für Arbeit hätte eine europäische Arbeitslosenversicherung – bei einem Leistungssatz von 50 Prozent des letzten Gehalts – zwischen 2006 und 2011 netto rund 20 Milliarden Euro gekostet. Deutschland hätte nahezu ein Drittel der europäischen Arbeitslosenversicherung finanziert. Größter Profiteur wäre Spanien mit Nettozuflüssen von 37,9 Milliarden Euro gewesen.

Auch die Italiener könnten sich freuen. Laut IAB würde eine neue europäische Arbeitslosenversicherung in ihrem Land im Vergleich zu den vergangenen Jahren künftig zu einem "massiven" Anstieg des Leistungsniveaus und der Anspruchsberechtigten führen.

## **"Automatische Stabilisatoren" gegen Konjunkturflauten**

In der Eurozone wird seit Jahren überlegt, welche fiskalischen Instrumente benötigt werden, um Konjunkturreinbrüchen, die einzelne Mitgliedstaaten unterschiedlich treffen, durch sogenannte automatische Stabilisatoren in einem gemeinsamen Währungsraum wirksam abzufangen.

Als ein möglicher automatischer Stabilisator wird dabei eine europäische Arbeitslosenversicherung gesehen. Im Idealfall dämpft sie im Aufschwung die Nachfrage und erhöht sie bei einer Rezession. Für die Einführung einer solchen einheitlichen Arbeitslosenversicherung wäre eine Änderung des EU-Vertrags notwendig, der alle Mitgliedsländer zustimmen müssen.

Eine Alternative zur europäischen Arbeitslosenversicherung wäre das vom Brüsseler Ökonomen Daniel Gros (Center for European Political Studies) favorisierte Konzept eines "europäischen Rückversicherungsfonds". Analog zur USA, wo die Finanzierung der Arbeitslosenversicherung bei den Einzelstaaten liegt und die Regierung in Washington nur in besonderen Krisensituationen einspringt, soll auch der beitragsfinanzierte europäische Fonds nur dann Unterstützung bieten, wenn ein Mitgliedsland der Eurozone von einem schweren wirtschaftlichen Schock getroffen wurde.

**POLITIK**

SCHULDENPOLITIK

# Wirtschaftsweiser warnt CDU vor Falle der SPD 104,229

Ökonom Lars Feld kritisiert das "Gerede vom gigantischen Investitionsstau in der Infrastruktur" und sieht hier den "zentralen Kriegsschauplatz" der Koalition. Dahinter wöhnt er eine SPD-Strategie.

Von [Dorothea Siems](#) Chefkorrespondentin für Wirtschaftspolitik



Lars Feld, 48, ist Leiter des Walter Eucken Instituts in Freiburg. Der Professor für Wirtschaftspolitik ist seit 2011 einer der fünf Wirtschaftsweisen, die regelmäßig im Herbst eines Jahres die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik begutachtenFoto: picture alliance / Rolf Haid

**Die Welt:** Die Deutschen wöhnen sich wirtschaftlich auf einer Insel der Seligen. Stehen wir wirklich so gut da?

**Feld:** Die Rahmendaten sind derzeit in der Tat günstig: Der Arbeitsmarkt sieht gut aus, die Preise sind stabil, wir erzielen permanent einen Außenhandelsüberschuss, und bei der Haushaltskonsolidierung kommen wir voran. Doch das muss keineswegs so weitergehen. Zuletzt ist die Wirtschaft überraschend geschrumpft. Noch beunruhigender aber ist, dass Deutschland im Vergleich zu vielen anderen Regionen wie den USA oder den Schwellenländern an Boden verliert. Unser Problem ist, dass die [Wirtschaft nicht investiert](#), jedenfalls nicht in Deutschland.

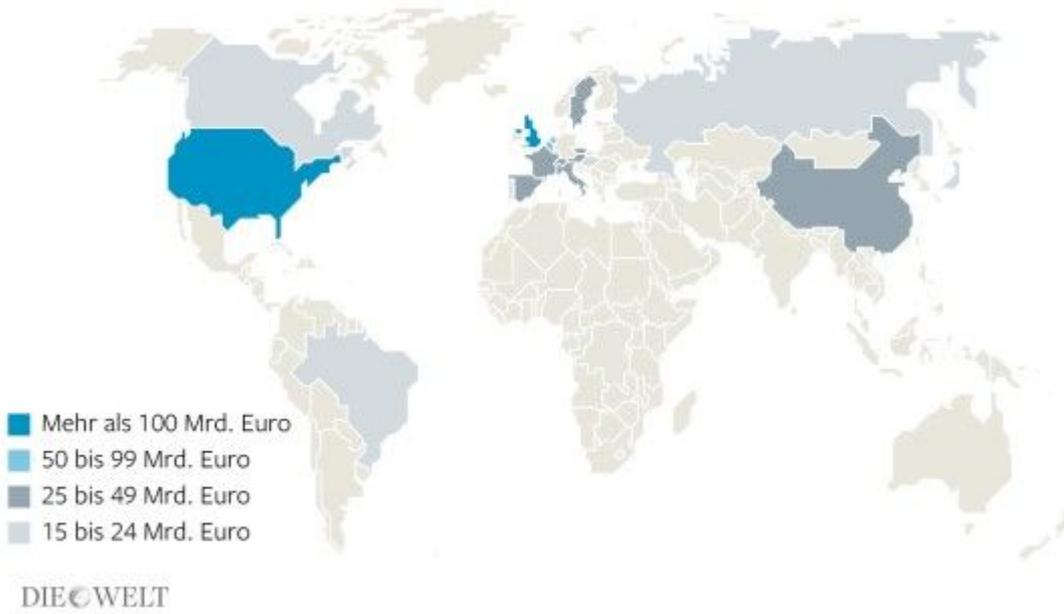
**Die Welt:** Woran liegt das?

**Feld:** Die abwartende Haltung der Unternehmen wird gerne mit Unsicherheit begründet, etwa während der Finanzkrise und auf dem Höhepunkt der Euro-Krise. Jetzt führt man die Krisenherde im Nahen Osten oder in Osteuropa an. Doch in den USA oder in den Schwellenländern hält man sich trotz der Krisen nicht mit Investitionen zurück. Es muss also an den allgemeinen Rahmenbedingungen hierzulande liegen.

Die Energiewende treibt die Energiekosten in die Höhe, mit der Folge, dass Unternehmen ganz oder mit Produktionsteilen ins Ausland gehen. Hinzu kommen strikte Regulierungen etwa bei der Gentechnik. Auch die Arbeitsmarkt- und Rentenpolitik der großen Koalition stärkt nicht gerade das Vertrauen in den hiesigen Standort. Belastend wirkt sich zudem der demografische Wandel aus.

Deutsche Firmen investieren weniger zu Hause

## DEUTSCHE INVESTITIONEN IM AUSLAND



Am meisten investieren deutsche Firmen in den USA.

1/3

Foto: Infografik Die Welt

**Die Welt:** Die Alterung der Gesellschaft ist doch derzeit noch gar keine Belastung. Die geburtenstarken Jahrgänge sind alle noch am Arbeitsmarkt.

**Feld:** Schon sehr bald wird der demografische Wandel spürbare Folgen für die Wirtschaft haben. Denn die Babyboomer gehen in den nächsten Jahren in Rente. Ab 2020 wird der [Fachkräftemangel gravierend](#). Investoren haben das im Hinterkopf, zumal sie in der Regel über einen Fünf-Jahres-Zeitraum hinaus planen. Hinzu kommt, dass der deutsche Arbeitsmarkt nach wie vor ziemlich unflexibel ist. Denn auch die Agenda 2010 von Gerhard Schröder hat den im Vergleich zu anderen Ländern rigiden Kündigungsschutz kaum verändert. Mit der Lockerung für Leiharbeit oder Befristungen wurden vor allem an den Rändern Ausweichmöglichkeiten geschaffen.

Die große Koalition dreht jetzt aber die Reformen zurück. Bei den Arbeitsmarktregulierungen droht Deutschland in die Vor-Agenda-Zeit zurückzufallen. Damit droht uns ein gespaltenen Arbeitsmarkt: Auf der einen Seite Fachkräftemangel, auf der anderen Seite Langzeitarbeitslosigkeit von Geringqualifizierten.

**Die Welt:** Die große Koalition setzt stark auf das Thema "soziale Gerechtigkeit" und trifft damit offenbar einen Nerv. Sorgt sich die Bevölkerung zu Recht, dass die Kluft zwischen Arm und Reich immer größer wird?

**Feld:** Nein, die Behauptung, dass die Einkommensungleichheit immer größer wird, ist falsch. Zwar ist die Schere bis 2005 auseinandergegangen. Seit den 80er-Jahren, parallel zum Anstieg der Arbeitslosigkeit, nahm die Ungleichheit im Westen zu. Im Osten ging die Schere in den 90er-Jahren ebenfalls mit Zunahme der Arbeitslosigkeit auseinander. Doch seit 2005 nimmt die Ungleichheit nicht mehr zu. Die Reformpolitik im Zuge der Agenda 2010 hat die soziale Spaltung also keineswegs vertieft.

**Die Welt:** Nutzt der Mindestlohn im Kampf gegen Armut?

**Feld:** Überhaupt nicht, die Einkommensunterschiede werden durch den Mindestlohn nicht verringert. Dort, wo er greift, verlieren die Menschen entweder ihren Arbeitsplatz oder aber sie zählen bislang zu den Aufstockern, bekamen also vom Staat einen Zuschuss, weil ihr Lohn nicht für den Unterhalt der Familie reicht. Beide Gruppen haben [durch den Mindestlohn](#) nicht mehr Geld in der Tasche. Eine Politik, die das Risiko der Arbeitslosigkeit für Geringqualifizierte erhöht, ist für die Armutsbekämpfung kontraproduktiv.

**Die Welt:** Welcher Weg ist denn zielführend?

**Feld:** Die Globalisierung und der technische Fortschritt drücken den Preis für unqualifizierte, standardisierte Arbeit. Den Markt zu zwingen, höhere Löhne für einfache Jobs zu zahlen, wird nicht gelingen. Entscheidend ist, die Menschen in die Lage zu versetzen, anspruchsvolle Tätigkeiten auszuüben. Man muss an der Bildung ansetzen. Es ist ärgerlich, dass es Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten nicht gelungen ist, den Bestand an Bildungsschwachen zu senken.

Zwar kann nicht jeder ein Studium schaffen, aber einen Schulabschluss schon. Doch dafür müsste man in der Schule viel stärker bei der Förderung der Schwachen ansetzen. Dass dies funktionieren kann, beweisen solche Unternehmen, die kräftig investieren, um schwierige Kandidaten zu qualifizieren. Neben der dualen Ausbildung werden beispielsweise Schulabbrechern in Kursen Allgemeinwissen und Sprachkenntnisse vermittelt, was eigentlich das Schulsystem schon vorher hätte leisten müssen.

**Die Welt:** Noch ungleicher als die Einkommen sind hierzulande die Vermögen verteilt. Sollte der Staat hier mehr umverteilen?

**Feld:** Tatsächlich zeigen die Zahlen zur Vermögensverteilung, dass die Ungleichheit auch seit 2005 zugenommen hat. Doch die Daten sind nicht verlässlich. Während wir uns bei den Einkommen auf Steuerdaten stützen können, basiert die Statistik für die Vermögen lediglich auf Befragungen. Die meisten Menschen kennen etwa den Wert ihrer Immobilie nicht. Auch sind die Anwartschaften der Gesetzlichen Rentenversicherung nicht einbezogen, die Lebensversicherung der Selbstständigen aber schon. Es gibt somit erhebliche Verzerrungen.

## VERMÖGEN NACH SOZIALER STELLUNG

Nettovermögen der Personen ab 17 Jahren in Privathaushalten in Euro

Selbstständige (10 und mehr Mitarbeiter)	952.264
Angestellte mit Führungsaufgaben	209.096
Selbstständige (ohne Mitarbeiter)	172.334
Rentner	112.163
<b>Insgesamt</b>	<b>83.308</b>
Beamte (einfacher/mittlerer Dienst)	79.776
Facharbeiter/Angestellte	45.076
Ungelernte/Angestellte ohne Ausbildung	32.527
Arbeitslose	17.797
Azubis/Praktikanten	7881

QUELLE: SOEP/KFS, IAW BERLIN

Foto: zgb grafik

Eine wichtige Rolle spielt zudem die Struktur der hiesigen Wirtschaft. Denn im Mittelstand ist ein großer Anteil des Vermögens konzentriert. Solche Personengesellschaften gibt es in anderen Ländern wie den USA, Großbritannien oder Frankreich nicht. Eine stärkere Umverteilung der Vermögen durch Steuern würde zwangsläufig den für Deutschlands Wirtschaft so wichtigen Mittelstand schwächen, wovon ich dringend abraten würde.

**Die Welt:** Die Zeit der Agenda 2010 ist mehr als zehn Jahre her. Herrscht in Deutschland wieder Reformstau?

**Feld:** Bedauerlicherweise ja. Dabei gibt es große Aufgaben, für die eine große Koalition prädestiniert wäre, weil sich bei anderen Konstellationen oft der Bundesrat querstellt. In der Energiepolitik bräuchten wir eine viel weiter reichende Reform als das, was die Bundesregierung beschlossen hat. Der Abbau der Förderung muss klarer und schneller erfolgen. Völlig unnötig ist es, konventionelle Energie, Stichwort Kapazitätsmärkte, zu subventionieren. Es gibt erhebliche Überkapazitäten und keine Engpässe.

**Die Energiewende** kostet enorm viel Geld, ohne dass wir uns technologisch dadurch an die Spitze setzen. Doch die große Koalition wagt keinen Befreiungsschlag. Auch für die anstehende Föderalismusreform braucht man große Mehrheiten. Nötig ist eine größere Steuerautonomie der Länder. Sie sollten ein Zuschlagsrecht auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer erhalten. Aber ich fürchte, dass die Reformbereitschaft weder bei den Ländern noch beim Bund vorhanden ist.

**Die Welt:** Was ist mit einer Abschaffung der kalten Progression? Selbst Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel und Gewerkschaften monieren, dass vor allem der Fiskus von Lohnerhöhungen profitiert.

**Feld:** Die Haushaltskonsolidierung hat für mich Priorität vor einer Steuerentlastung. Die Schuldenbremse muss eingehalten werden. Das Problem ist, dass viele Länder nicht richtig sparen. Die Länder und viele Kommunen sind zudem an zu vielen Unternehmen beteiligt. Anstatt hier anzusetzen, rufen sie nach mehr Geld vom Bund, dabei hat der Bund den höchsten Schuldenstand. Trotz Haushaltskonsolidierung ist eine Rücknahme der kalten Progression in dieser Legislaturperiode gleichwohl möglich und richtig.

**Die Welt:** Brauchen wir mehr öffentliche Investitionen?

**Feld:** Das Gerede vom gigantischen Investitionsstau in der Infrastruktur ist übertrieben. Sicher muss in Breitbandverbindungen investiert werden und einige Brücken sind sanierungsbedürftig. Doch das Volumen wird von interessierter Seite völlig überzeichnet. Die von der Regierung vorgesehenen fünf Milliarden Euro reichen aus. Die Union muss aufpassen, dass sie ihre zentralen Wahlversprechen, Konsolidierung und Verzicht auf Steuererhöhungen, über die gesamte Legislaturperiode hinweg einhält. Denn ansonsten büßt sie die ihr zugeschriebene Wirtschaftskompetenz ein. Die SPD legt es auch mit ihrer Forderung nach mehr Infrastrukturinvestitionen bewusst darauf an, dass die schwarze Null am Ende doch noch verfehlt wird. Das ist der zentrale Kriegsschauplatz der großen Koalition.

**Die Welt:** In der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik hat die Koalition noch weitere Wohltaten angekündigt wie jüngst die Angleichung der Ostrenten oder die Frauenquote.

**Feld:** Der **jüngste Konjunkturdämpfer** könnte genau zum richtigen Zeitpunkt gekommen sein. Er gibt mir ein wenig Hoffnung, dass Union und SPD ihre Pläne für weitere Regulierungen am Arbeitsmarkt oder neue teure Rentenpläne noch einmal überdenken und stattdessen die nötigen Reformen in Angriff nehmen.

**KOMMENTAR**

GESCHICHTE

# Weltniveau besaß die DDR nur beim Alkoholkonsum 104,232

Ein Leben nach Schablone, Langeweile, Perspektivlosigkeit: Der triste Alltag im real existierenden Sozialismus war für viele Bürger nur durch Flucht ins Private zu ertragen – oder im Rausch.

Von Klaus Schroeder



Hauptsache hochprozentig: Spirituosengeschäft in FürstenwaldeFoto: picture-alliance / akg-images /

Während viele westdeutsche Politiker und Wissenschaftler, vornehmlich aus dem linken Lager, der DDR noch Stabilität und Zukunft attestierten, hatte sich schon längst eine allgemeine Perspektivlosigkeit bis weit in den Funktionärskorps der SED verbreitet. Die einen – die Mehrheitsbevölkerung – wollten nicht mehr, die anderen – die Führungskader in Partei, Staat und Gesellschaft – konnten nicht mehr. Spätestens mit der Massenflucht und den Massendemonstrationen im Sommer und Herbst 1989 war das [Ende der DDR](#) vorgezeichnet. Die Flucht von knapp vier Millionen Menschen bis zur vollständigen Schließung der innerdeutschen Grenze inklusive des Baus der Berliner Mauer dokumentiert die breite Ablehnung des sozialistischen Zwangssystems. In den Jahren danach verließen durch Flucht oder Ausreise jährlich zwischen 13.000 und 50.000 Menschen den SED-Staat. Im Jahr 1989 schwoll die Zahl auf knapp 400.000 an. Insgesamt gingen zwischen 1949 und dem 3. Oktober 1990 etwa 5,2 Millionen Menschen Richtung Westen.

Die Gründe hierfür waren unterschiedlich; einig waren sich die meisten Flüchtlinge wohl in der Ablehnung der sozialistischen Diktatur. Sie sahen in dem Staat, der sich so zukunftsgeraus gab, für sich keine Perspektive. Doch wie ging es den in der DDR Gebliebenen?

## Lebensverläufe waren weitgehend genormt

Die gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen zwangen vielen Menschen einen weitgehend genormten Lebensverlauf auf. Sie heirateten früh, um eine Wohnung zu erhalten, arbeiteten Vollzeit, um einen bescheidenen Wohlstand aufbauen zu können, bekamen früh Kinder, um Kredite zu erhalten, engagierten sich mehr oder weniger aktiv in Parteien und Massenorganisationen, um nicht aufzufallen, und genossen das Leben jenseits des Offiziellen in der Familie und mit Freunden.



Foto: picture alliance / dpaDer Autor: Klaus Schroeder ist Zeithistoriker an der Freien Universität Berlin und Chef des Forschungsverbundes SED-Staat

Die meisten passten ihr Leben an die von der SED vorgegebenen Verhältnisse an, denn ein Verlassen der DDR in Richtung Westen war nicht mehr ohne großes Risiko möglich. Doch nicht wenige kamen mit dem Gesellschaftssystem nicht zurecht, verweigerten sich oder zogen sich in ihr Privatleben zurück. Die DDR verzeichnete einen hohen Alkoholkonsum und hohe Suizid- und Gefangeneneraten, psychische Erkrankungen waren weitverbreitet, Absentismus an der Tagesordnung.

Die Partei ließ Rückzugsräume zu, die allerdings keine unkontrollierten Situationen entstehen lassen sollten. Für die SED und ihren Sicherheitsapparat hatte die Kontrolle über das alltägliche Leben Priorität, um abweichendes – beziehungsweise ["feindlich-negatives Verhalten"](#), wie es im Stasi-Jargon hieß – frühzeitig erkennen zu können.

## Die Lebenserwartung war deutlich niedriger als im Westen

Schlechte ökologische Bedingungen führten zusammen mit einer Zunahme gesundheitsgefährdender Ernährungsweisen, einem mitunter exzessiven Alkoholkonsum, wenig Alltagssport und einer vergleichsweise schlechten medizinischen Versorgung bis Ende der 80er-Jahre zu einer deutlich niedrigeren [Lebenserwartung](#) als in der Bundesrepublik. Zum Zeitpunkt der Vereinigung lag sie bei Männern um mehr als zwei und bei Frauen um etwa drei Jahre unter dem westdeutschen Vergleichsniveau.

Unterschiedlich entwickelte sich auch die [Selbsttötungsrate](#). Nach Gründung beider deutscher Staaten pendelte sie sich in der Bundesrepublik jährlich auf etwa 20 pro 100.000 Einwohner ein. In der DDR war sie zunächst rückläufig und fiel von knapp 30 auf etwas über 25, stieg jedoch nach dem Bau der Mauer und den Zwangskollektivierungen auf über 30 an und erreichte in den 70er-Jahren einen Höchststand. Obschon zumindest die ersten Jahre dieses Jahrzehnts von vielen ehemaligen DDR-Bewohnern als sozial und wirtschaftlich erfolgreich eingestuft wurden, registrierten die zuständigen Stellen knapp 37 Suizide pro 100.000 Einwohner.

Eine Erklärung könnte die internationale Anerkennung der DDR sein. Die Bevölkerung musste nun von der dauerhaften Existenz des SED-Staates ausgehen; der Weg in den Westen schien auf immer versperrt. Diese Hoffnungslosigkeit führte psychisch labile Personen vielleicht zur Selbsttötung. Ab Ende der 70er-Jahre gingen die Selbsttötungen zwar etwas zurück, aber erst 1989, im Jahr des Aufbruchs und der Hoffnung für viele Menschen, registrierten die Behörden die geringste Selbsttötungsrate.

## Beim Alkohol erreichte die DDR Weltniveau

Seit den frühen 60er-Jahren wurden auf Weisung der SED-Führung Suizidstatistiken nicht mehr veröffentlicht. Selbsttötungen galten als Ausdruck bürgerlicher Dekadenz oder fehlgeleiteten Individualismus, welche die gewünschte heile Welt des Sozialismus störten. Ärzte sollten nicht eindeutig ausgewiesene Selbsttötungen als Unfälle verschleiern.

Mit dem Konsum von Alkohol ließ sich die sozialistische Realität gleichsam vernebeln. Hier erzielte die DDR das so oft beschworene, aber außer im Sport selten erreichte ["Weltniveau"](#) (Platz 3 seit 1982). Der Pro-Kopf-Verbrauch betrug 1988 bei Spirituosen 16,1 Liter, bei Bier 143 Liter. Insgesamt tranken die Bewohner im vorletzten Jahr der Existenz ihres Staates umgerechnet 11 Liter reinen Alkohol pro Person. Das heute viel beklagte exzessive Saufen bis zum Koma existierte dort bereits, vor allem auch bei Mädchen und jungen Frauen. Den höchsten Alkoholkonsum erreichte mit den 35- bis unter 45-Jährigen die Altersgruppe, die offenbar im Beruf und Privatleben schon das Ende der Fahnenstange in einem geschlossenen und genormten System sah.

Weitverbreitet war auch der Medikamentenmissbrauch. Schlafmittel und Tranquilizer konsumierten viele Menschen ebenso übermäßig wie Alkohol, um sich zu vergnügen oder der als trist empfundenen sozialistischen Realität zu entfliehen.

## Kirchenbindung konsequent zurückgedrängt

Der SED-Führung gelang es nicht, den Alkoholkonsum einzuschränken – vielleicht wollte sie dies in den 80er-Jahren auch gar nicht mehr –, aber auf einem anderen Feld war ihr "Drogenkampf" erfolgreich: im [Zurückdrängen der Kirchenbindung](#) und der Religion – nach Karl Marx dem Opium für das Volk.

Dafür verordnete sie ihren Anhängern eine marxistisch-leninistische Ideologie, an der sich vor allem Funktionäre und nicht wenige systemloyale Akademiker berauschen konnten. Dies führte im Laufe der Jahrzehnte zu einem weitgehenden Realitätsverlust, der bei manchen bis zum heutigen Tag nachwirkt.

Die Unzufriedenheit zeigte sich auch in der zunehmenden Zahl der [Ausreiseantragsteller](#), die Restriktionen und Repressionen in Kauf nahmen, um die DDR verlassen zu können. Die Zahl der Antragsteller, die bei den meisten Anträgen mehrere Personen umfassten, stieg von 8400 im Jahre 1977 über 57.000 im Jahre 1984 auf über 120.000 im Jahre 1989.

Insgesamt genehmigten die Behörden zwischen 1961 und September 1989 etwa 550.000 Personen die "Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der DDR" und damit die Ausreise. Ausreiseantragsteller galten als "negativ-feindliche Elemente", die unter Beobachtung gestellt werden sollten und berufliche und alltägliche Diskriminierungen hinnehmen mussten.

## **Die alltägliche Schizophrenie galt als Normalität**

Letztlich vermochte es die SED nicht, den "neuen Menschen", die "allseitig gebildete sozialistische Persönlichkeit", im gewünschten Umfang zu schaffen. Die "sozialistische Lebensweise", die nach offizieller Lesart den Interessen der Werktätigen in einer sozialistischen Gemeinschaft entsprach, existierte für die breite Masse der Bevölkerung nur in den Phrasen und Parolen der Partei.

Der "Normalbürger" gab sich bei der Arbeit, im Büro oder auf Massenversammlungen und Demonstrationen Staat und Partei gegenüber loyal, demonstrierte, wo immer es verlangt wurde, "sozialistisches Bewusstsein", um sein privates Leben gleichzeitig nach anderen Werten und Verhaltensmustern zu organisieren. Diese alltägliche Schizophrenie galt in weiten Kreisen der Bevölkerung als Normalität. Nur in der Ausgrenzung von unbeliebten Minderheiten stimmten viele mit ihren Herrschern überein.

Das Perfide an der Lebenssituation von Individuen in einer totalitären sozialistischen Diktatur ist ihre Annahme, sie könnten sich der offiziellen Politik und dem äußeren Druck weitgehend entziehen, indem sie in der Öffentlichkeit Unterordnung oder Unterwürfigkeit nur spielen und meinen, sie seien ihrem Gewissen und ihrer wirklichen Auffassung treu geblieben.

So sind beide zufrieden: die Herrschenden ebenso wie die Beherrschten. Die einen meinen, ihre Ansprüche durchgesetzt zu haben, und die anderen glauben, sie selbst geblieben zu sein. Hier liegt das Geheimnis der vermeintlichen Bindungskräfte und der jahrzehntelangen äußeren Stabilität des SED-Staates. Solange die Beherrschten glaubten, an den allgemeinen Bedingungen werde sich nichts ändern, erschien das System nach außen hin stabil, war im Innern aber schon längst erodiert.

## **Rückzug führte zu wachsender Distanz zum System**

Die aufgezwungene Politisierung von Alltag und Freizeit empfand eine Mehrheit zunehmend als Belästigung, der sie sich so weit wie möglich zu entziehen suchte. Stärker noch als Ablehnung breitete sich selbst unter systemnahen Personen politische Gleichgültigkeit aus. Der Rückzug in die – vom Regime gleichwohl kontrollierten – Nischen führte daher nicht zu steigender Zufriedenheit, sondern zu einer ausgeprägten Distanz gegenüber dem gesamten sozialistischen System.

Die von der SED angestrebte "Diktatur über die Bedürfnisse" scheiterte jedoch vor allem an der Orientierung der Bevölkerungsmehrheit am westlichen Lebensstil. In dem Augenblick, als die Gewaltandrohung entfiel, brach in geradezu atemberaubender Geschwindigkeit die nach außen hin stabile Mitläufergesellschaft in sich zusammen.

Der Untergang des SED-Staates demonstriert die entscheidende Grenze totalitärer sozialistischer Regime: Der Wunsch der Menschen nach Freiheit und Wohlstand lässt sich allenfalls kurzfristig durch das Versprechen auf eine neue, bessere Zukunftsgesellschaft verdrängen.

## « Notre ennemi, ce n'est pas l'Allemagne, c'est nous-mêmes », pour le PDG d'AXA 104,235

LE MONDE | 26.08.2014 à 11h51 • Mis à jour le 26.08.2014 à 14h26 | Propos recueillis par [Dominique Gallois](#), [Cédric Pietralunga](#) et Anne Eveno



Henri de Castries, PDG d'Axa. | AFP/ERIC

FEFERBERG

Quelle politique économique pour la France ? Les journées de mardi 26 et mercredi 27 août permettront à l'exécutif de répondre un peu plus clairement à cette question. Après le départ d'Arnaud Montebourg, le nouveau gouvernement que devait nommer Manuel Valls mardi sera rassemblé derrière la politique de l'offre que défend François Hollande depuis janvier.

Le discours du premier ministre pour l'ouverture de l'université d'été du Medef, mercredi, sera quant à lui disséqué par les chefs d'entreprise que le président de la République appelle à s'engager pour l'investissement et l'emploi.

PDG d'Axa depuis 2000, Henri de Castries, appelle à une réforme urgente de l'Etat, qui mette fin à vingt-cinq ans « d'errements » qui ont mis en « échec » le modèle français. Ce condisciple de M. Hollande à l'ENA (promotion Voltaire), avec lequel il entretient des relations amicales, estime que le pacte de responsabilité est nécessaire mais pas suffisant. « *Nous sommes prêts à jouer le jeu* », insiste-il, rappelant qu'Axa a annoncé, en juin, l'embauche de 20 000 jeunes de moins de trente ans en Europe, dont 9 000 en France.

### Comment réagissez-vous à la démission du gouvernement ?

Si vous m'aviez interrogé il y a trois jours, je vous aurais dit qu'une clarification s'imposait au sein du gouvernement en matière de politique économique.

C'est ce qui vient de se passer avec le remaniement ministériel. C'est une bonne chose. Mon point de vue n'est pas celui d'un homme de gauche ou de droite, mais celui d'un chef d'entreprise. Un dirigeant qui a envie que la France réussisse et qui en a marre de voir son pays à l'étranger devenir l'objet de scepticisme ou de dérision.

L'important est de savoir si l'on s'inscrit dans le monde de demain et si, dans ce cas, nous sommes capables en tant que nation de faire des réformes pour sauver notre économie et notre démocratie.

L'autre posture serait de rester tournés vers le passé et d'accélérer notre affaiblissement, malheureusement à certains égards déjà commencé, vers la seconde division voire la troisième. Nous sommes à l'heure cruciale du choix.

## **Dans quel état est la France ?**

La situation ne cesse de se dégrader depuis deux ou trois ans. Face à cela, deux attitudes sont possibles. La première c'est de se complaire dans la « Schadenfreude », la « joie du malheur » comme disent les Allemands. La deuxième, c'est de faire face à la situation avec vision, réalisme et courage. Bien sûr que tout cela était prévisible, mais il ne sert à rien de se plaindre devant le lait qui a été répandu. L'urgence est maintenant telle que la priorité doit être donnée à l'action.

Il faut regarder ce que l'on veut et ne pas employer les mots à tort et à travers – comme celui d'austérité. Il faut arrêter d'être complaisant avec nous-mêmes en accusant les autres de nos malheurs et en nous racontant une histoire que nous sommes seuls à croire.

## **Que voulez-vous dire ?**

Prenons les politiques d'austérité, ou plutôt de saine gestion. S'il y en avait eu en France depuis vingt-cinq ans, nous ne serions pas à 57 % de dépenses publiques par rapport au produit intérieur brut (PIB). A ce niveau, on ne peut pas dire que l'Etat manque de moyens. Il manque de décision et de priorité.

## **Que pensez-vous des critiques contre une Allemagne égoïste ?**

Il faut arrêter ce combat contre les moulins à vent. Notre ennemi, ce n'est pas l'Allemagne, c'est nous-mêmes. L'Allemagne est notre principal partenaire économique. Elle a intérêt à notre réussite comme nous avons intérêt à la sienne. En revanche, nous devons avoir une vraie vision européenne.

Quand j'entends dire depuis quelques jours que la croissance outre-Rhin est faible, je rigole. Avec une population qui diminue, elle est en train de faire 1,8 % de croissance sur l'année. Nous avons une population qui augmente, et nous aurons, au mieux, une croissance zéro. Les Français s'appauvrissent, les Allemands s'enrichissent. Mieux, ils augmentent leur pouvoir d'achat sans que le pays ait besoin de s'endetter. Ceux qui les critiquent ont la crédibilité du cancre assis au dernier rang de la classe, près du radiateur, et qui conteste le sujet de la composition.

Il faut raisonner au niveau européen et définir une vision commune. Celle-ci devrait concerner la gouvernance économique et un assouplissement du carcan réglementaire. La crise de 2008 a entraîné de nouvelles contraintes et la création de normes prudentielles et comptables qui limitent les prises de risques, et donc les initiatives. Le moment est venu de se réinterroger sur leur calibrage.

## **Mais la France est-elle réformable ?**

Je ne crois pas que la France soit irréformable. Mais pour réformer, il faut du courage et du réalisme. Il faut que se lèvent des hommes capables de dire vrai.

Quand vous regardez de Gaulle en 1940, beaucoup de gens le prenaient pour un fou. De même, à son retour. En 1958, tout le monde pensait que la France était perdue, engluée dans ses problèmes de décolonisation. Là encore, de Gaulle l'a sortie de l'ornière en jetant aux orties une partie des convictions qui l'avaient fait revenir au pouvoir, en particulier sur l'Algérie. Sa réussite est venue de son revirement face à un principe de réalité.

Si on veut sauver notre économie et notre démocratie, il faut faire ces réformes. Avoir le courage de reconnaître qu'un certain nombre de recettes ne marchent plus.

## Frankreichs Wirtschaft gerät völlig aus den Fugen 104,237

Es steht schlimm um die zweitgrößte Volkswirtschaft der Euro-Zone. Die Arbeitslosigkeit steigt von Monat zu Monat, immer mehr Firmen kollabieren. Schnelle Besserung ist nicht in Sicht.

Von Gesche Wüpper



Seinem wirtschaftspolitischen Kurs fehlen vorzeigbare Erfolge: Frankreichs Präsident François HollandeFoto: AP

Plötzlich füllen sich in Paris wieder Straßen und Geschäfte, genau wie die Mailbox. Denn nun steht die "Rentrée", wie die Rückkehr aus den traditionellen Sommerferien in Frankreich heißt, vor der Tür. Für Franzosen ist das Ereignis wichtiger als Silvester. Sie fassen gute Vorsätze, treten neue Stellen an oder ziehen um. Die "Rentrée" steht für einen sommerlich beschwingten Neuanfang.

Normalerweise. Denn in diesem Jahr ist die Stimmung in der zweitgrößten Volkswirtschaft der Euro-Zone getrübt. Das liegt nicht nur an dem verregneten Sommer, sondern vor allem an der vor sich her dümpelnden Konjunktur. Dazu kommt die politische Krise samt Regierungsrücktritt, ausgelöst durch den Streit über den wirtschaftspolitischen Kurs von Präsident François Hollande.

Tatsächlich ist es um die Wirtschaft Frankreichs alles andere als gut bestellt. Die Arbeitslosigkeit steigt und steigt, das Wachstum stockt und das Defizit sinkt langsamer als erhofft. Daran dürfte sich auch so schnell nichts ändern.

### Arbeitslosigkeit in Frankreich steigt stetig an

Man dürfe nicht erwarten, dass die Arbeitslosigkeit sinkt, warnte der alte und neue Arbeitsminister François Rebsamen nach dem Regierungsrücktritt. Entsprechend schlecht dürften die neuesten Arbeitslosenzahlen ausfallen, die das Arbeitsministerium am Mittwochabend bekannt geben wird.

Im Juni war die Zahl der Arbeitssuchenden erneut gestiegen, auf 3,398 Millionen Menschen. Seit der Wahl Hollandes im Mai 2012 ist die Zahl der Beschäftigungssuchenden bereits um eine halbe Millionen gestiegen.

Die Arbeitslosenquote betrug nach Angaben des Statistikamtes Insee im ersten Quartal 10,1 Prozent. Rechnet man die Übersee-Départements heraus, lag sie immerhin bei noch 9,7 Prozent.

Die Zahlen für das zweite Quartal will Insee am 4. September veröffentlichen. Doch sie dürften ähnlich hoch ausfallen. Erst wenn die Wirtschaft wieder um 1,3 bis 1,5 Prozentpunkte wachse, könnten neue Arbeitsplätze geschaffen werden, erklärte Arbeitsminister Rebsamen.

### Frankreichs Wirtschaft stagniert das zweite Quartal in Folge

Ein solches Wachstum ist jedoch noch lange nicht in Sicht. [Denn in den ersten beiden Quartalen stagnierte die französische Wirtschaft](#). Die sozialistische Regierung musste deshalb gerade ihre Prognosen kräftig kappen. Statt einem Wachstum von einem Prozent erwartet sie nun nur noch 0,5 Prozent in diesem Jahr, 2015 dann nicht viel mehr als ein Prozent. Zuvor hatte sie gehofft, dass Frankreichs Wirtschaft nächstes Jahr 1,7 Prozent zulegen würde.

Frankreich dürfte deshalb nicht in der Lage sein, 2014 und 2015 die selbst gesteckten Defizitziele zu erreichen, meint der alte und neue Finanzminister Michel Sapin. Statt 3,8 Prozent wie geplant dürfte das Haushaltsdefizit in diesem Jahr mehr als vier Prozent betragen.

Nach Ansicht von Dominique Lefebvre von der Finanzkommission der Nationalversammlung wird es bei 4,2 bis 4,3 Prozent liegen. Damit scheint auch das Versprechen, das Defizit nächstes Jahr auf drei Prozent des Bruttoinlandproduktes (BIP) zu senken, nicht mehr einhaltbar.

### Handelsbilanz mit Rekorddefizit von 74 Milliarden Euro

Seit Inkrafttreten des Stabilitätspakts 1997 hat Frankreich die darin enthaltenen Ziele in zwei von drei Jahren verfehlt. Noch unter Ex-Präsident Jacques Chirac eröffnete die EU-Kommission 2003 ein Defizitverfahren gegen das Land. 2009 folgte unter seinem Nachfolger Nicolas Sarkozy das zweite Defizitverfahren. Paris versprach damals, das Defizit bis 2012 auf drei Prozent zu senken, verschob das Ziel dann jedoch wegen der Präsidentschaftswahlen auf 2013. Im letzten Jahr dann musste Hollande erneut um einen Aufschub von zwei Jahren bitten.

Nicht viel besser sieht es beim Handelsbilanzdefizit aus. Nachdem Frankreich noch 2002 einen Überschuss auswies, verbuchte das Land 2011 mit minus 74 Milliarden Euro einen Negativrekord.

Im letzten Jahr betrug das Handelsbilanzdefizit noch immer 61 Milliarden Euro. Die wenigen Branchen, die Überschüsse aufweisen, sind die Luftfahrt-, die Nahrungsmittel- und die Pharma-Industrie.

## **Probleme, Investoren zu finden**

Die ausländischen Direktinvestitionen in Frankreich sind nach Angaben der UN-Organisation für den Welthandel Unctad im letzten Jahr um 70 Prozent auf 4,9 Milliarden Dollar eingebrochen. Die Banque de France dagegen hat für 2013 einen Anstieg um 3,3 Prozent auf 12,7 Milliarden Euro errechnet.

Den Unterschied erklärt sie mit unterschiedlichen Berechnungsmethoden, wobei sich Frankreichs Zentralbank nach eigenen Angaben an die Berechnungsmethoden des Internationalen Währungsfonds IWF hält.

Eine Studie der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young (EY) hält es dann eher mit der Banque de France, denn demnach haben ausländische Investoren 2013 erstmals seit mehreren Jahren wieder stärker in Projekte in Frankreich investiert.

Das Land bleibt damit der drittbekannteste Standort in Europa nach Großbritannien und Deutschland. Allerdings warnt Marc Lhermitte von EY: "Frankreich hat Schwierigkeiten, neue Investoren anzulocken."

## **Arbeitskosten in Frankreich extrem gestiegen**

Ein Grund dafür dürften auch die hohen Arbeitskosten sein. Sie betragen im vergangenen Jahr laut Eurostat 34,3 Euro pro Stunde. In den Jahren 2001 bis 2010 sind sie um 35 Prozent gestiegen, in Deutschland dagegen nur um 16 Prozent.

Gleichzeitig weist Frankreich nach Schweden die höchsten Lohnnebenkosten in Europa aus. So mussten Arbeitgeber in der zweitgrößten Volkswirtschaft der Euro-Zone 2013 für 100 Euro Bruttoverdienst 47 Euro an Lohnnebenkosten zahlen. Zum Vergleich: In Deutschland waren nur 27 Euro fällig, und in der gesamten EU im Schnitt 31 Euro.

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung OECD bemängelte denn auch in einem Bericht zu Frankreich Ende 2012, dass die Löhne in dem Land seit Ende der 90er-Jahre schneller gestiegen seien als die Produktivität. Einer der Gründe dafür dürfte die 35-Stunden-Woche sein. Nach Angaben des statistischen Bundesamtes lagen die Löhne in Deutschland in der Privatwirtschaft 2013 neun Prozent unter denen Frankreichs.

## **Zahl der Firmenpleiten steigt fast jeden Monat**

Die hohen Arbeitskosten wiederum dürften auch dafür verantwortlich sein, dass in [Frankreich viele Firmen Pleite gehen](#). Im Zeitraum Juni 2013 bis Juni 2014 sind die Firmenpleiten laut Banque de France zwar "nur" noch um 1,8 Prozent auf 62.916 gestiegen. Doch noch immer vergeht kaum ein Monat, in dem kein bekanntes Unternehmen Konkurs anmelden muss. Letztes Beispiel ist der Einkaufswagen-Hersteller Caddie. Seit Beginn des Jahres fährt Präsident Hollande einen deutlich unternehmensfreundlicheren Kurs. So soll der sogenannte Verantwortungspakt Unternehmen um 30 Milliarden Euro pro Jahr entlasten. Darin enthalten sind allerdings bereits die 20 Milliarden Euro an Steuergutschriften, die Firmen durch den Anfang 2013 beschlossenen Wettbewerbspakt ab 2015 jährlich zugute kommen sollen.

Hollande hat auch damit begonnen, den Arbeitsmarkt flexibler zu gestalten. Doch angesichts der großen Probleme, mit denen die französische Wirtschaft kämpft, [wird das nicht ausreichen](#). Um Frankreich wieder fit zu machen, muss die neue Regierung ein beherzteres Reformprogramm in Angriff nehmen.

# Jean-Marie Rouart : comment le président va démissionner

## 104,239

Le Point - Publié le 29/08/2014 à 17:42

VIDÉO. Le remaniement, l'arrivée d'Emmanuel Macron à Bercy, la montée du populisme, Jean-Marie Rouart était l'invité d'Audrey Crespo-Mara sur LCI.



Jean-Marie Rouart estime que la dissolution est inévitable et que

l'opposition refusera la cohabitation. © Capture LCI

Propos recueillis par AUDREY CRESPO-MARA

L'Académicien [Jean-Marie Rouart](#), invité d'Audrey Crespo-Mara sur [LCI](#) à l'occasion de la publication de *Ne pars pas avant moi* (éd. Gallimard), commente la semaine politique.

**Audrey Crespo-Mara : Appréciez-vous l'humour Montebourg qui sort une "cuvée du redressement" ?**

**Jean-Marie Rouart :** Je trouve que la crise devrait dissuader les hommes politiques de faire de l'humour ! Les gens souffrent beaucoup, il doit y avoir un sérieux, une gravité. Je n'apprécie pas tellement cette façon un peu désinvolte, un peu dandy, d'aborder la politique.

**Marine Le Pen applaudit Arnaud Montebourg. En début de semaine, on a vu un bloc se dessiner : extrême droite et gauche de la gauche... Cela a un nom : c'est le populisme ! C'est ce populisme qui fait qu'on dit *demain on rase gratis*, on fait des promesses qui d'ailleurs, pardon, ont été un peu les promesses du candidat Hollande.**

**À l'Économie, on passe de Montebourg à Macron, ancien banquier de chez Rothschild. Là, au moins, c'est clair...**

Oui évidemment, ses antécédents vont un peu faire de lui un symbole, le symbole absolu du social-libéralisme ! Mais en même temps, c'est un homme très compétent. C'est un peu l'électrochoc vis-à-vis des socialistes ! Il y a un principe de réalité et, de ce point de vue, le nouveau gouvernement est sur la bonne voie. Il essaie de rattraper la réalité. Évidemment, c'est un peu tard, on peut se demander pourquoi Hollande ne l'a pas fait plus tôt, mais c'est déjà bien de le faire maintenant. En même temps, on est étonné de voir qu'on a gardé Mme Taubira, Mme Belkacem, qui envoient des signaux complètement opposés ! C'est un peu curieux dans ce gouvernement, à la fois d'appuyer sur l'accélérateur et sur le frein.

**D'ailleurs, pas question de toucher aux 35 heures, dit Matignon.**

Oui, mais enfin on va trouver les moyens, un système, afin de pallier les 35 heures.

**Pensez-vous qu'on soit dans "une crise de régime", un mot qu'on a beaucoup entendu cette semaine ?**

**À quelle époque compareriez-vous celle qu'on vit aujourd'hui ?**

Ce qui me frappe, c'est la tentative des partis pour revenir, pour imposer leurs lois contre la Ve République ! Ce qui est en cause finalement, ce sont les institutions de la Ve. Personnellement, je trouve que ces institutions ont créé une stabilité dans des époques qui ont été très difficiles. Et on voit bien maintenant que ce sont les partis qui veulent diriger, et cela entraîne le populisme ! Je crois qu'il faut revenir à cette Ve République et ne surtout pas la lâcher ! Mais c'est une tentation, c'est la tentation des populismes ! Alors cela ramène, c'est vrai, aux années 30.